WERNER SCHIFFAUER, ANNE EILERT,
MARLENE RUDLOFF (HG.)

SO SCHAFFEN WIR DAS

EINE ZIVILGESELLSCHAFT IM AUFBRUCH

90 WEGWEISENDE PROJEKTE MIT GEFLÜCHTETEN

[transcript] Kultur und soziale Praxis

Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)
So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch

Kultur und soziale Praxis

Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch

90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten

[transcript]

Ein Projekt des Rats für Migration



Gefördert durch die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration





Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Satz: Justine Buri, Bielefeld
Printed in Germany
Print-ISBN 978-3-8376-3829-5
PDF-ISBN 978-3-8394-3829-9
EPUB-ISBN 978-3-7328-3829-5

Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*

Inhalt

Vorwort | 9

Einleitung. Eine neue Bürgerbewegung | 13

Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten | 36
ASB-Notunterkunft Sumte | 38
Refugio Berlin | 41
Gemeinde Golzow | 44
Queere Unterkunft Berlin | 47
Staudenhof Potsdam | 50
AG Wohnen des Xenion Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V. | 53
Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH | 56

Gesundheitsförderung, psychosoziale Beratung und Traumabewältigung | 60
Mosaik Leipzig – Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V. | 63
Ipso-care | 66
Omega | 69
Frauen helfen Frauen Beckum e.V. | 72
NTFN – Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e.V. | 75

Rechtsberatung und Amtshilfe | 78
Refugee Law Clinic Cologne | 80
Refugee Law Clinics Abroad | 83
Angehört | 86
Asylverfahrensberatung für LSBTI* der Schwulenberatung Berlin | 89
Kirchenkreis Berlin Stadtmitte | 92
Infobus | 95
Frauen*beratung der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. | 98

Bildung und Ausbildung | 102
BBZ Berlin | 104
SchlaU-Schule München | 107
ZuBaKa | 110
*foundationClass Berlin | 113
Kiron Open Higher Education | 116
Life Back Home | 119

Arbeitsvermittlung | 122
Workeer | 125
Lernwerkstatt HuT – Handwerk und Technik für Flüchtlinge | 128
Avenir | 131
Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V. –
Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen (PBF) | 134
ReDI – School of Digital Integration | 137
Social Impact Recruiting (SIR) | 140
Singa Deutschland | 143
Arrivo | 146
Reuther STC GmbH | 149

Kinder- und Jugendarbeit | 152
Schutz- und Spielraum | 154
RheinFlanke | 157
YouMeWe e.V. | 160
SolidariGee e.V. | 163
Heimspiel | 166
WEICHENSTELLUNG | 169
FLOW– Für Flüchtlinge!
Orientierung und Willkommenskultur | 172

Internet und digitale Hilfen | 176
Watch The Med Alarm Phone | 178
Freifunk hilft | 181
Refugees Online e.V. | 184
metacollect und Social Collective | 187
Stimmen der Geflüchteten | 190
RefugeesWork | 193

Freizeitprojekte im Bereich Kunst, Kultur und Sport | 196
Fußballverein KSV Lützkendorf | 199
Newcomers | 202
Sportverein VFL Bad Wildungen | 205

Interkultureller Garten Braunschweig e.V. | 208
KulturLoge Dresden | 211
zusammenessen.de | 214
Welcome United 03 | 217

Integration und Inklusion | 220
Flüchtlingshilfe Bad Schwartau | 223
Netzwerk ANKOMMEN | 226
Asylothek | 229
Freund statt fremd e.V. | 232
Frauen von Welt | 235
Welcome and Learning Center | 238
Flüchtlingshilfe Mittelhessen | 241
Coswig – Ort der Vielfalt | 244
Aktionstage der Wirtschaft Erkrath | 247

Selbstorganisation und Empowerment | 250
Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg | 253
iwspace – International Women's Space Berlin | 257
Refugees Emancipation | 260
interaction Leipzig | 263
Refugee Radio Network | 266
Club Al-Hakawati | 269

Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten | 272
InfoCompass Berlin | 274
Afeefa | 277
Berlin hilft! | 280
We.Inform | 282
Mehrgenerationenhaus Ludwigsburg | 285
Wir machen das | 288
Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit | 291

Kooperationsmodelle von Freiwilligenkoordinationen und Kommunen | 294
Willkommen-Team | 296
Bündnis für Menschlichkeit | 298
Freiwilligen-Agentur und Evangelischer Kirchenkreis Halle | 301
Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement Nürnberg | 304
Kölner Forum für Willkommenskultur | 307

FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain | 310
Caritasverband für das Erzbistum Berlin | 313

Projekte und Initiativen von islamischen Gemeinden und Organisationen | 316
Haus der Weisheit e.V. | 319
Neuköllner Begegnungsstätte e.V. | 322
Salam e.V. | 325
Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. | 328
Inssan e.V. | 331
Avicenna-Studienwerk | 334
Moscheen fördern Flüchtlinge | 337

Herausgeber_innen | 341

Vorwort

In diesem Buch werden 90 wegweisende Projekte analysiert, die sich seit dem Sommer 2015 aufgrund der steigenden Anzahl von Geflüchteten in Deutschland gebildet haben oder die als bereits existierende Projekte originelle Antworten auf die neuen Herausforderungen entwickelt haben. In den Projekten spiegelt sich die Bandbreite der Antworten, die aus der Zivilgesellschaft auf die mit der Ankunft verbundenen Herausforderungen heraus entwickelt wurden. Sie zeigen an konkreten Fällen, dass – und wie – die Probleme gemeistert werden können. Sie zeigen auch, dass in der Bewältigung der sogenannten »Flüchtlingskrise« eine Chance für die ganze Gesellschaft besteht, zu einem neuen Selbstverständnis und einem neuen Selbstbewusstsein zu gelangen.

In einer Vorstudie haben wir aus circa 15.000 Projekten 1.000 interessante Projekte identifiziert. Für die Hauptuntersuchung haben wir aus diesen 1.000 dann wieder 90 wegweisende Projekte aus den dreizehn Bereichen, die die Kapitel dieses Buchs bilden, ausgewählt und einer genaueren Analyse unterzogen. Dabei wurde versucht, diejenigen Projekte auszuwählen, die besonders originelle und vielversprechende Lösungen für spezifische Handlungsprobleme gefunden haben. Eine derartige Auswahl ist angesichts der großen Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Projekte zwangsläufig unvollständig. Sie stellt keinen Bewertungsmaßstab, im Sinne von best practice, dar. Die von uns dargestellten Projekte stehen vielmehr exemplarisch für eine viel größere, ständig wachsende und kreative Projektlandschaft, die viel mehr bereithält, als wir in diesem Rahmen darstellen können. Viele andere sehr wertvolle Projekte bleiben von uns völlig unterbelichtet. Ähnliches gilt für ganze Bereiche der Projektarbeit. So haben wir uns z.B. bewusst gegen die Aufnahme von exemplarischen Projekten in dem Bereich Deutschunterricht entschieden, weil hier seitens der Universität Potsdam bereits an einer ähnlich gelagerten Studie gearbeitet wurde (Schroeder, Steinbock und Gornitzka 2015).

Dieses Buch ist aus einer Initiative des Rats für Migration, eines Zusammenschlusses der Migrationsforscher_innen in Deutschland, hervorgegangen. Der Rat hat die Vorstudie finanziert. Die Hauptuntersuchung wurde durch die Förderung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration

ermöglicht. Aus sechzehn hochmotivierten Student_innen und Absolvent_innen der Lehrstühle Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie der Europa Universität Viadrina wurde eine Forschungsgruppe gebildet. Die Leitung hatten Werner Schiffauer, Anne Eilert und Marlene Rudloff.

Die Darstellung der Projekte in diesem Band verfolgt hauptsächlich drei Ziele.

Zunächst einmal gilt es in der heutigen politischen Situation, in der rechtspopulistische Kreise zunehmend auf Angstmache und Verunsicherung setzen, konkrete Beispiele dafür zu geben, dass Integration und Inklusion gelingen kann und gelingen wird, wenn Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. In einer Situation, in der politische Entscheidungsträger teilweise wieder häufig Zuflucht zu einer Politik der Abschottung, Eingrenzung und Kontrolle nehmen wollen, kann man zeigen, dass es Alternativen gibt, die nicht nur besser funktionieren und weniger soziale Spannungen erzeugen, sondern auch eher in der Tradition der offenen pluralen multikulturellen Gesellschaft stehen. Durch die Identifikation von Projekten, die in dieser Hinsicht wegweisend sind, soll der Raum des Denkbaren und Machbaren erweitert werden.

Zum Zweiten sollen *konkrete Anregungen* gegeben werden. Anhand der Projekte soll gezeigt werden, was sich bewährt hat und deshalb kreativ aufgegriffen und weiterentwickelt werden kann. Dies soll es Interessierten erlauben, neue Wege zu gehen und mögliche Sackgassen zu vermeiden. Die Übersicht soll damit zu einer verbesserten Praxis beitragen. Ein Augenmerk dieser Kartierung liegt deshalb auch auf der Frage nach der Übertragbarkeit der Projekte; ein weiteres auf Teilhabemöglichkeiten.

Drittens soll dieser Band zur *Selbstverständigung der Projekte* beitragen. Wie in der Einleitung ausgeführt werden wird, handelt es sich bei den Initiativen um weit mehr als um eine Ansammlung von Projekten. Es handelt sich vielmehr um eine soziale Bewegung von beachtlicher Stärke. Dies gilt schon zahlenmäßig. Laut einer Untersuchung des sozialwissenschaftlichen Dienstes der Evangelischen Kirche haben sich im Mai 2016 8,7 % der über 14-Jährigen in Deutschland an solchen Initiativen beteiligt, wenn man Sach- und Geldspender_innen dazu zählt sogar 10,6 % (Ahrens 2016). Daraus ergibt sich eine Zahl von circa fünf Millionen Bürger_innen, die sich engagiert haben. Dies gilt aber auch, wie ich ausführen werde, wenn man die Inhalte der Bewegung betrachtet. Die Stärke und Schwäche der Bewegung liegt in ihrem lokalen und konkreten Charakter. Eine Stärke insofern, als dieser Charakter die Bewegung sehr robust macht. Die Schwäche wiederum zeigt sich in der Tatsache, dass die Konzentration auf das Lokale und Konkrete bislang verhinderte, dass die Bewegung eine Vorstellung von sich selbst und ihren politischen Zielen entwickelt hat und deshalb bisher kaum als kollektiv handelnder Akteur aufgetreten ist. Mit diesem Buch verbindet sich die Hoffnung, sich die in der Bewegung vor-

handenen Potenziale bewusst zu machen und darüber zur Ausbildung eines stärker politischen Selbstverständnisses beizutragen.

Ende 2017 wird ein zweiter Band erscheinen, der in einer vergleichenden Analyse von Projekten in der Geflüchtetenarbeit die Bedingungen von Gelingen und Scheitern untersuchen wird. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Voraussetzungen für Nachhaltigkeit und der Übertragbarkeit liegen. Dazu gehört es, die Möglichkeiten einer sinnvollen strukturellen Einbindung der Projekte auszuloten. In dieser Hinsicht haben manche Kommunen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und Handelskammern Vorbildliches geleistet. Mit dem Aufzeigen dessen, was möglich ist, verbindet sich auch eine konkrete Kritik an der Praxis mancher Kommunen, die Initiativen eher abblocken oder die in das andere Extrem verfallen und die Wahrnehmung genuin staatlicher Aufgaben Ehrenamtlichen überlassen. In diesem Zusammenhang soll auch erkundet werden, wie man Projekte am besten unterstützt, welche Projektförderung sinnvoll ist und welche Infrastruktur Projekte benötigen, um sich nachhaltig aufstellen zu können.

Unser Dank gilt dem *Rat für Migration* und der *Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration*, die die Untersuchung möglich gemacht haben. Er gilt darüber hinaus den zahlreichen Projekten, die bereit waren mit uns zu kooperieren.

November 2016, Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff

Literatur

Ahrens, P.A. (2016): *Skepsis oder Zuversicht?* Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche Deutschlands. https://www.ekd.de/si/download/fluechtlingsstudie-2016.pdf.

Schroeder, C., Steinbock, D., Gornitzka, L. (2015): *Bildungszugang und Deutscherwerb für Flüchtlinge in Deutschland.* Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Lehrstuhl für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache am Institut für Germanistik der Universität Potsdam. Unveröffentlicht.

Einleitung

Eine neue Bürgerbewegung

Werner Schiffauer

Im Sommer 2015 reagierte die Zivilgesellschaft in Deutschland in überraschend offener Weise auf das Ankommen von Geflüchteten. Die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof gingen um die Welt. Die Euphorie, die den August und September beherrschte, bildete einen emotionalen Höhepunkt für eine Bürgerbewegung, die seit 2011 ständig im Wachsen begriffen war. Sie wirkte äußerst mobilisierend und inspirierte eine Unzahl von Projekten, mit denen sich die Zivilgesellschaft der Bundesrepublik im Umgang mit Flüchtlingen seither neu aufgestellt hat. Wir schätzen, dass sich seit August 2015 in 15.000 neu geschaffenen oder schon existierenden Projekten intensiv mit den Herausforderungen der Zuwanderung auseinander gesetzt wurde. Laut einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche haben sich im November 2015 7,3 % und im Mai 2016 sogar 8,7 % der über 14-Jährigen in Deutschland an solchen Initiativen beteiligt – das ergäbe eine Zahl von über fünf Millionen Bürger_innen (Ahrens 2016). Berücksichtigt man auch Sach- und Geldspenden, steigt die Zahl auf 10,6 % und damit auf über sechs Millionen Bürger_innen (ebd.). Inzwischen hat sich die Beteiligung institutionalisiert und stabilisiert. Anders als es die Rhetorik der Medien und der Politik mit großer Regelmäßigkeit beschwört, ist es nicht zu einem Kippen der Stimmung gekommen; vielmehr hat sich das Engagement sowohl in Hinsicht auf Qualitat als auch auf Quantität seit dem Herbst 2015 auf hohem Niveau stabilisiert (Eisnecker, Schupp 2016; Karakayalı 2016).

Die gesellschaftspolitische Relevanz der hier sichtbar werdenden Bürgerbewegung ist zunächst vor dem Hintergrund von Zeitdiagnosen ersichtlich, die eine Individuierung, eine Abkehr von gesellschaftlicher Verantwortung und einen Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Ära des Neoliberalismus verkündet haben. Ich möchte hier nur auf die seinerzeit viel beachtete Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog von 1997 verweisen, in der er diese Einschätzungen aufgriff und forderte, ein Ruck müsse durch Deutsch-

land gehen.[1] Im Gegensatz zu derartigen Gesellschaftsbeschreibungen zeigt die Vielfalt der Initiativen, welche Kraft zur Bewältigung von gesellschaftlichen Problemen in der gegenwärtigen Zivilgesellschaft steckt. Die proaktiven Antworten, die hier im Umgang mit Flucht und Vertreibung entwickelt werden, tragen das Potenzial, gesellschaftlich zu einem grundsätzlich anderen Verhältnis zu Zuwanderung im Besonderen und zur eigenen Gesellschaft im Allgemeinen zu kommen. Kurzfristig stehen die Projekte für eine Alternative zu Panikreaktionen auf Zuwanderung, die die einzige Lösung in neuen Grenzkontrollen und einer auf Abschreckung basierenden Politik sehen. Indem sie konkrete Wege aufzeigen, setzen sie der angstbesetzten Lähmung, die in der Bevölkerung lange Zeit den Umgang mit großen Einwanderungsbewegungen bestimmte, etwas entgegen. Anstatt nach dem Staat zu rufen und ihn unter Druck zu setzen, nehmen die Bürger_innen das Heft selbst in die Hand. Langfristig verbindet sich mit diesen Projekten die Chance, dass sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Kultur einer Einwanderergesellschaft entwickelt und damit die mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vollzogene politische Entscheidung, sich als Einwanderungsland zu verstehen, auch gesellschaftlich und kulturell nachvollzogen wird.

Die Bürgerbewegung beinhaltet nicht zuletzt eine Chance, zu einem neuen Verhältnis zum Islam zu kommen: Zum einen sind viele der Geflüchteten Muslime; zum anderen ziehen in diesem Feld Initiativen aus der Mehrheitsgesellschaft und aus islamischen Gemeinden an einem Strang. Dies ist deshalb bedeutend, weil hier an einer Sollbruchstelle der Zivilgesellschaft gearbeitet wird. Der fatalen Dynamik, die aus Skepsis, wenn nicht Feindlichkeit gegenüber dem Islam einerseits, und einem darauf reagierenden Rückzug andererseits resultiert, wird hier ein neuer Ansatz entgegen gestellt. Viele der im Band vorgestellten Projekte haben neue Antworten auf die Herausforderungen entwickelt; andere haben an Kompetenzen angeknüpft, die sie bereits in der Vergangenheit in anderen gesellschaftlichen Feldern entwickelt haben. Dabei wurde Expertise aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen, von Wohnen über Recht bis zu Medienkompetenz, eingebracht.

Bereits hier ist ein terminologischer Vorbehalt einzuführen. Wenn wir hier von *Bürgerbewegung* statt von *Willkommensbewegung* sprechen, dann weil wir grundsätzliche Vorbehalte gegen den Begriff haben. Man sollte ihn schleunigst hinter sich lassen, weil er den Gegensatz zwischen denjenigen, die Willkommen heißen und denjenigen, die Willkommen geheißen werden, festschreibt, also zwischen Einheimischen und Neubürger_innen. Tatsächlich wird es im Folgenden darum gehen zu zeigen, dass in der Bürgerbewegung das Potenzial

1 | Die Rede wurde 2016 in einer Publikation der Stiftung Brandenburger Tor erneut abgedruckt und von Herfried Münkler kommentiert.

steckt, genau diese Unterscheidung zu überschreiten oder sie wenigstens zu relativieren.

Die neue Bürgerbewegung

Im Gegensatz zu einer häufig gehörten Meinung, dass es sich bei der Bürgerbewegung primär um eine aus Mitleid gespeiste, humanitäre Bewegung handelt, sind wir der Meinung, dass es sich um eine hauptsächlich politische Bewegung handelt. Dieser Aspekt wird übersehen, wenn man das Politische zu eng unter dem Aspekt von Macht fasst, also als Kampf um Herrschaft versteht, wie es bei den etablierten Politikformen der Fall ist. Auch das Verständnis von Politik als Versuch, jenseits der etablierten Strukturen Gegenmacht aufzubauen, wie es für die alten und neuen sozialen Bewegungen bezeichnend ist, greift zu kurz. Bei der neuen Bürgerbewegung kommt ein ursprünglicheres und weiteres Politikverständnis zum Tragen, wie es etwa Hannah Arendt in ihren, leider Fragment gebliebenen, Überlegungen zum Politischen angedacht hat (Arendt 1993). Bei diesem Politikverständnis geht es um die Bedingungen und Möglichkeiten des Aufbaus eines politischen Gemeinwesens, der *polis*. Nach Arendt besteht der Kern des Politischen in der Begründung eines Gemeinwesens von einander zunächst Fremden durch gegenseitige Anerkennung, also, mit Arendt gesprochen, durch die Zubilligung des Rechtes, Rechte zu haben. Ein derartiges politisches Gemeinwesen bildet das Gegenteil einer auf Verwandtschaft oder auf Abstammung beruhenden Gruppe. Die Frage der Macht tritt hinzu, ist aber nicht ursprünglich enthalten. Man mag hinzufügen, dass ein solches, auf das Gemeinwesen hin orientiertes Politikverständnis auch Rancières Analysen des Politischen (Rancière 2002) sowie den Überlegungen zu einer performativen Theorie von Bürgerschaft (*acts of citizenship*) von Engin Isin (2008) zu Grunde liegt. Isin argumentiert, dass das klassische Verständnis, dass Bürgerrechte an die formale Staatsbürgerschaft knüpft, zu eng sei. Wichtig sei zu sehen, dass Bürger_innen sich in bürgerschaftlichen Handlungen selbst hervorbringen. In und durch die Forderungen nach Rechten erhebt man Anspruch auf Bürgerschaft. Mit Rancière könnte man argumentieren, dass diese Forderungen Gehör finden müssen. Wenn dies der Fall ist, kommt es zu einer Neuordnung des politischen Raums. Das Recht auf Rechte wird dann auch denjenigen zugestanden, die vorher unsichtbar geblieben sind. Die Ansätze von *urban citizenship* argumentieren, dass dies häufig die Form eines »Rechts auf Stadt« (Lanz 2016) annimmt.

Wenn man von einem derartigen Politikverständnis ausgehend die Bürgerbewegung befragt, tritt ihr politischer Charakter deutlich hervor. Ich möchte dies im Folgenden in acht Punkten entfalten, die diese Bewegung charakterisieren – und zeigen, dass hier genau die Verschiebung der Ordnung des Sicht-

baren stattfindet, von der Rancière spricht. Ich beziehe mich dabei, wenn nicht anders hervorgehoben, auf Projekte, die in diesem Band vorgestellt werden.

Der starke Bezug zur lokalen Gemeinde

Viele Initiativen sind entstanden, als die nicht selten sehr plötzlich erfolgte Ankunft der Geflüchteten die betroffenen Gemeinden vor erhebliche logistische Herausforderungen stellte. Diese Probleme konnten häufig nur durch den bemerkenswerten Einsatz von Ehrenamtlichen bewältigt werden. Ihr Motiv war zunächst, angesichts von Notlagen einfach anzupacken und es nicht zu Zuständen kommen zu lassen, die mit dem Ideal der Stadtgemeinde unvereinbar waren. Ein in dieser Situation oft geäußerter Satz lautet »Das konnten wir nicht zulassen«. Es hing dabei stark an der Kompetenz der Verwaltung, ob dieses Engagement den Charakter eines Notbehelfs hatte, wie am Berliner *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)*, oder ob sich, wie etwa in Nürnberg[2], Synergieeffekte einstellten. Dort, wo Gemeinde und Ehrenamtliche an einem Strang zogen, gelang es nicht selten, die Herausforderung bemerkenswert gut zu bewältigen. Dies wurde dann mit deutlichem Stolz registriert. Ein häufig genanntes zusätzliches politisches Motiv bestand darin, flüchtlingsfeindlichen Initiativen nicht das Feld zu überlassen und damit ein Signal gegen Rechts zu setzen: »Es gab Stadtteile, in denen die Rechten versucht haben, gegen die Flüchtlinge was zu machen und da gab es dann extra viele Menschen, die sich für die Flüchtlinge engagiert haben«.[3] Dieses Muster war nach Karakayalı (2017) häufig zu beobachten und nicht selten von Erfolg gekrönt: Das Motiv ist bemerkenswert, weil ihm die Sorge um die politische Kultur in der Gemeinde zu Grunde liegt. Auch die Sorge um ihren Ruf und ihr Ansehen dürften eine wichtige Rolle spielen. Positiv formuliert drückt dieses Motiv den politischen Wunsch aus, in einer weltoffenen und pluralistischen Gesellschaft zu leben oder diese herzustellen.

Was hier deutlich wird, ist, wie sich über die Bindung an den Ort eine neue Form der Verantwortungskultur entfaltet, in der die Einzelnen mehr Verantwortung für sich und andere übernehmen, und dies nicht als Last, sondern als Chance verstehen. Anstatt sich zurückzulehnen und nach dem Staat zu rufen, wurde die Bürgergesellschaft selbst aktiv und übernahm Aufgaben, mit deren Bewältigung die staatlichen Instanzen überfordert waren. Dies ist eine Form der Wiederaneignung von Bereichen, die an den Staat ausgelagert wurden – und es ist eine Chance zur Entfaltung neuer Formen von Gemeinsinn.

---

2 | Stephan Lidzba: Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement Nürnberg (in diesem Band).

3 | Beate Wittig, Nürnberg, im Interview mit Stephan Lidzba am 20.05.2016.

Community Building

Viele Projekte wirken gemeinschaftsbildend. Dies zunächst deshalb, weil der Versuch, gemeinschaftlich als Bürgergesellschaft eine Herausforderung zu bewältigen, auch untereinander neue Beziehungen stiftet. Dies führt zu neuen Wertschätzungen: »Wir haben schon im Sommer am Stadionbad gemerkt, wieviel unsere Migranten in der Stadt wert sind. Wir haben ungefähr 70 Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund im Dolmetscherdienst, für Begleitungen zu Behörden, zu Ärzten oder zur Schulanmeldung.«[4] Es war ebenfalls in Bezug auf Nürnberg, dass konstatiert wurde, dass die Stadt deswegen gut aufgestellt sei, weil sie eine funktionierende Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden vor Ort pflege.

Andere Projekte nehmen den Aufbau der Bürgergesellschaft zum Ausgangspunkt und integrieren die Flüchtlingsarbeit in dieses Projekt: In Erkrath, einer Stadt mit 45.000 Einwohner_innen in der Nähe von Düsseldorf, organisiert die Initiative *Planetvalue* seit 2013 einmal jährlich Aktionstage.[5] Die dahinter stehende Idee ist es, alle Schichten der Stadt zusammenzubringen, um gemeinnützige Projekte wie etwa die Errichtung eines Spielplatzes umzusetzen. Die örtlichen Betriebe wurden gebeten, interessierten Mitarbeiter_innen während der Arbeitszeit die Möglichkeit zu geben mitzuwirken. Asylsuchende wurden aktiv angesprochen, sich ebenfalls zu beteiligen. Während der Aktionstage 2013, 2014 und 2015 wurden insgesamt 164 Projekte umgesetzt. 63 Firmen und 42 Bürgerinitiativen waren aktiv beteiligt. Die Folge war die Intensivierung lokaler Netzwerke. Bürgerinitiativen kamen in Kontakt mit Unternehmen (bei 68 % kam es zum Aufbau langfristiger Beziehungen); potenzielle Angestellte in Kontakt mit Arbeitgebern; Geflüchtete in Kontakt mit Alteingesessenen. Viele dieser Beziehungen wären ohne die Aktionstage nicht entstanden.

Andere Initiativen entwickeln Angebote zunächst für Geflüchtete, die aber dann über diesen Kreis hinaus der Stadtgesellschaft insgesamt zugutekommen sollen. Das *Mehrgenerationenhaus*[6] in Ludwigsburg versucht, eine familiale Anlaufstätte für alle Angehörigen eines Viertels zu werden und damit in den Stadtteil hineinzuwirken. In diesem Sinn entwickelt auch das Berliner Wohnprojekt *Sharehouse Refugio*[7] ein Wohnangebot für Geflüchtete *und* »Alteingesessene«. Ein Coaching-Angebot, das für den Arbeitsmarktzugang qualifiziert, ergänzt das Wohnprojekt. In diesen Projekten wird bewusst versucht, *Win-Win-Situationen* herzustellen. Integration kann nur gelingen, wenn die Alteingesessenen nicht das Gefühl bekommen, dass hier Politik auf ihre

---

4 | Beate Wittig, Nürnberg 2016, a.a.O.

5 | Rasmus Geßner: Aktionstage der Wirtschaft Erkrath (in diesem Band).

6 | Anja Gretschmann: Mehrgenerationenhaus Ludwigsburg (in diesem Band).

7 | Katharina Loos: Refugio Berlin (in diesem Band).

Kosten gemacht wird. Sind diese Vorhaben erfolgreich, kann anfänglich feindseligen Reaktionen etwas entgegengesetzt werden. Im brandenburgischen Golzow[8] gelang es dem Bürgermeister die anfänglich skeptische, wenn nicht feindselige Stimmung in der Bevölkerung zu überwinden, als er durch die Aufnahme von Flüchtlingsfamilien die Schließung der lokalen Schule abwenden konnte.

Eine ähnliche Erfolgsgeschichte berichtet Serhat Karakayalı (2017): Als in einem Stadtteil Hannovers die Idee, eine Unterkunft in der Nachbarschaft zu errichten, veröffentlicht wurde, kam es zu einer Unterschriftensammlung gegen dieses Vorhaben. In Reaktion darauf mobilisierte eine andere Nachbarschaftsgruppe ein öffentliches Treffen, bei dem die Anliegen der Bürger_innen diskutiert wurden. Es wurde eine Willkommensgruppe eingerichtet. Nach zwei Jahren waren die meisten Unterzeichner_innen der Unterschriftensammlung in die Willkommensgruppe integriert.

Dies ist genuin politisch, denn hier werden neue Formen der Solidarität entwickelt. In die kommunale Gemeinschaft sollte jede_r einbezogen werden, der_die dort wohnt – und korrespondierend keine_r ausgeschlossen werden. Letztlich wird damit also Bürgerschaft neu begründet: Ansprüche und Rechte an Mitwirkung und damit Gestaltung hat jede_r. Bei all diesen Initiativen wird von dem oben erwähnten *Recht auf Stadt* jenseits und unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsstatus ausgegangen.

Laboratorium

Wenn man die Projekte Revue passieren lässt, kommt eine bemerkenswerte Freude an Innovation zum Ausdruck. Die Willkommensbewegung zeugt von erheblicher Kreativität und sozialer Erfindungskraft. Gelegentlich hat man den Eindruck, dass es der Situation bedurft hat, um ein Potenzial an das Tageslicht zu bringen, das sonst eher latent geblieben wäre. Dies reicht von Versuchen, urbanes Gärtnern für die Traumatherapie fruchtbar zu machen, wie es im *Interkulturellen Garten Braunschweig*[9] geschieht, über Ansätze wie dem von *Kiez.FM Berlin*[10], die Internetkompetenz der Geflüchteten für Radioprojekte zu nutzen, bis hin zur Neuerfindung von Hochschulausbildung durch die *Kiron University*[11]. Zum Teil entsteht der Eindruck, dass die mit der Ankunft der Geflüchteten gegebenen Herausforderungen dazu führen, dass neue, bisher wenig begangene Wege ausprobiert wurden; zum Teil waren sie der Anlass,

8 | Vinzenz Hokema: Gemeinde Golzow (in diesem Band).

9 | Alexander Peppler: Interkultureller Garten Braunschweig (in diesem Band).

10 | Inga Schröder: Stimmen der Geflüchteten (in diesem Band).

11 | Thimo Nieselt: Kiron Open Higher Education (in diesem Band).

um Ideen, die schon existierten, neue Schubkraft zu geben und sie allgemein bekannt werden zu lassen. Ein Beispiel hierfür sind sicherlich die *law clinics*, in denen Studierende in zahlreichen Universitätsstädten ehrenamtlich Asylrechtsberatung für Geflüchtete anbieten.[12] Es liegt am Charakter des Probierfelds, dass nicht alle Projektideen sich durchsetzen und Bestand haben werden. Es scheint jedoch hier ein Aspekt von Lust aufzuscheinen; Lust daran, sich »*neu zu erfinden*« – im wahrsten Sinne eine Aufbruchsstimmung. Damit einher geht eine gewachsene Risikobereitschaft, der Wunsch, etwas zu wagen, was auch schiefgehen kann. Die Experimentierfreudigkeit der Initiativen setzt dabei die Ämter und auch die Betreiber unter Druck; dies führt manchmal zur Abwehr, genauso oft aber auch zum Umdenken und Öffnen. So schaffte es die Initiative *Freifunk hilft*[13] nach oft zähen Auseinandersetzungen in 350 Wohnunterkünften freie Netze für die Internetnutzung zur Verfügung zu stellen.

Dieses Potenzial zur Erneuerung wird von Beteiligten auf allen Ebenen gesehen. Auf dem *1. Zukunftskongress Migration und Integration*[14] wurde von Sprecher_innen des politischen Engagements die Ankunft der Geflüchteten als Grund gesehen, neu über Konstruktionsfehler beim Föderalismus nachzudenken, auch, um die Gesellschaft besser für die Herausforderungen einer globalisierenden Weltgesellschaft aufzustellen.

Dies ist politisch, weil hier neue Möglichkeitsräume geschaffen werden, die es erlauben, neue Wege zu gehen. Neues und anderes wird denkbar. Dabei steht die kreative Ausgestaltung des politischen Gemeinwesens im Zentrum. Dies erlaubt eine neue und andere, im wörtlichen Sinn *substanziellere* Kritik, als es bei einer theoriezentrierten Kritik der Fall ist. Die Projekte zeigen, dass es auch anders geht. Sie zeigen damit gleichzeitig die Defizite politischer und administrativer Praktiken weit wirkungsvoller auf, als es bei einem bloßen Beklagen des »Behörden-« oder »Politikversagens« der Fall ist.

Neue politische Allianzen

Bemerkenswert ist auch die soziale Zusammensetzung der Bewegung. Tatsächlich hat man den Eindruck, dass in der Bürgerbewegung das Ehrenamt neu erfunden wurde: Neben den Personen, die bisher dieses Amt prägten, Ehrenamtlichen in Sportvereinen, den freiwilligen Feuerwehren und Kirchengemeinden, wurden zunehmend Personenkreise aktiv, die bislang eh-

12 | Ingmar Schrader: Refugee Law Clinic Cologne und Ruth Meding: Refugee Law Clinics Abroad (in diesem Band).

13 | Inga Schröder: Freifunk hilft (in diesem Band).

14 | Der Kongress fand am 16.3.2016 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin statt.

renamtlichem Engagement eher mit Distanz gegenüberstanden. Karakayalı und Kleist (2016: 3) zeigen, dass inzwischen die Zusammensetzung der im Ehrenamt tätigen der Zusammensetzung der Gesamtgesellschaft weitgehend entspricht. Dies war vor 2015 nicht der Fall, als in der Bürgerbewegung großstädtische Personengruppen, Studierende und Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert gewesen waren (Karakayalı und Kleist 2015). Man kann also mit Recht sagen, dass mittlerweile die Bürgerbewegung von der Gesamtgesellschaft getragen ist – und nicht nur eine oder mehrere Teilgruppen vertritt.

Die Heterogenität der beteiligten Akteure spiegelt sich auch in den Motivlagen wider. Anne Eilert konnte in ihrer qualitativen Studie zu den Motiven für das Ehrenamt in Berlin drei unterschiedlich gelagerte Ursprünge der Motivation feststellen: Bei einer ersten Gruppe fand sich eine ausschließlich individualistische humanitäre Motivation. Dies waren Personen, die ihre Kompetenz einbrachten und etwa Sprachkurse in Flüchtlingsunterkünften anboten. Bei einer zweiten Gruppe ging ein ursprünglich humanitäres Engagement wie die Begleitung von Behördengängen in ein politisches Engagement über, das immer ausgeprägter wurde, je mehr negative Erfahrungen in Behörden und mit Heimleitungen gesammelt wurden. Eine dritte Gruppe schließlich hatte nachbarschaftliche Bezüge und war z.T. christlich motiviert (Eilert 2014).

Die neue Zusammensetzung des Ehrenamts bringt die Zusammenarbeit von Personen wie politischen Aktivist_innen und klassischen Ehrenamtlichen mit sich, die sich vorher eher distanziert gegenüberstanden. Auch etablierte politische Trennlinien werden überbrückt. Plötzlich erscheinen Koalitionen selbstverständlich, die vorher die Ausnahme waren: Koalitionen zwischen Christ_innen, Jüd_innen und Muslim_innen; zwischen Aktivist_innen und Unternehmen; zwischen Angehörigen linker und konservativer Parteien. Bemerkenswert ist eine vorher nahezu undenkbare Wertschätzung von Angela Merkel von Linken. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Mitwirkung islamischer Gemeinden. Damit findet auch die sehr ausgeprägte ehrenamtliche Arbeit, die schon seit Jahren in diesen Gemeinden geleistet wird (hierzu Schiffauer 2015), auf einmal Beachtung. Bemerkenswert ist auch, wie sehr Ehrenamtliche bemüht sind, mit lokalen Behörden und Gemeinden zusammenzuarbeiten (Karakayalı 2016a: 25).

Die Zusammenarbeit führt nicht selten auch zu einer Öffnung. Gruppen, denen der Gedanke an Demonstrationen fremd ist, ziehen plötzlich derartige Protestformen in Betracht, wenn es darum geht, Angriffe von Neonazis abzuwehren. Umgekehrt werden politische Gruppen alltagspraktischer, wenn es um die Bewältigung konkreter Arbeit geht.

Dennoch ist diese Zusammenarbeit nicht immer spannungsfrei. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit von Initiativen mit Schulen und Behör-

den. Hier fällt koordinierenden Initiativen wie dem *Aktionsbündnis Brandenburg*[15] oder auch der oben erwähnten *Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement* der Stadt Nürnberg eine wichtige Aufgabe der Vermittlung zu.

Persönlicher Charakter

Die Bürgerbewegung lebt von der persönlichen Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Patenschaften, die Begleitung zu Ämtern, das Anbieten von Fahrdiensten u.a. bieten Anlässe, um lebensgeschichtliche Erfahrungen auszutauschen. Die Geflüchteten bekommen damit ein Gesicht. Dies bricht den kategorisierenden und verallgemeinernden Diskurs über *den Flüchtling* auf und erlaubt Empathie. Dies ist besonders wichtig, da viele deutsche Aktivist_innen zum ersten Mal in ihrem Leben persönlichen Kontakt zu Personen mit Fluchterfahrungen aufgenommen haben. Wir haben den Eindruck, dass die Stärke dieser persönlichen Beziehungen ein substanzielles Gegengewicht zu der moralischen Panik darstellte, die die Medienlandschaft nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015 in Köln dominierte.[16] Die Muslime, die man in den Projekten persönlich kennengelernt hatte, entsprachen nicht der massiven Stilisierung, die aus jugendlichen Halbstarken Verkörperungen des muslimischen Mannes schlechthin machten. Eisnecker und Schupp (2016) stellten für viele überraschend fest, dass das Engagement in Flüchtlingsinitiativen über Januar und Februar hinweg stabil blieb. Aus der Studie ergab sich ebenfalls, dass es eine klare Differenzierung der Einstellungen zu Flucht zwischen denjenigen gab, die zum Engagement bereit waren und anderen (ebd.: 6, 7).

15 | Anja Gretschmann: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (in diesem Band).

16 | In der Silvesternacht kam es zu erheblichen Ausschreitungen auf der Kölner Domplatte. Jugendliche mit meist marokkanischem Hintergrund bedrängten auf sehr aggressive Weise Frauen sexuell. Die Belästigung verband sich oft mit Diebstahl. Wie sich später herausstellte, handelte es sich hauptsächlich um eine Gruppe polizeibekannter junger Männer aus dem Ruhrgebiet mit Duldungsstatus, die eine Vorgeschichte als Kleinkriminelle hatten. In den folgenden Wochen kam es zu einem Pressesturm, bei dem der Vorfall verallgemeinert und auf die muslimische Kultur im Allgemeinen und *den muslimischen Mann* im Besonderen bezogen wurde. Es liegt nahe, die emotionale Wucht, die die Berichterstattung bestimmte, als Reaktion auf die Euphorie zu deuten, die die Presseberichterstattung zu dem Empfang bestimmte, der den Geflüchteten am Münchner Hauptbahnhof im September 2015 zuteil wurde. Die Botschaft war häufig: Das passiert, wenn man Flüchtlinge hereinlässt. Eine gründliche Recherche der Ereignisse wie auch der Pressereaktionen findet sich im ZEIT Magazin 7/2016.

Die angstgesteuerten Reaktionen überwogen deutlich bei denen, die keinen Kontakt zu Personen mit Fluchterfahrung haben.

Das Gewicht der persönlichen Begegnungen führt auch zu einer Distanzierung gegenüber politischen Kategorisierungen, die Flüchtlinge *mit guter Bleibeperspektive* von Flüchtlingen *aus sicheren Herkunftsländern* unterscheidet. In den persönlichen Kontakten wird die Panik, wenn man nach Afghanistan abgeschoben werden soll oder auch die Unmöglichkeit, säuberlich zwischen variierenden Fluchtursachen zu unterscheiden, erfahrbar. Viele der hier vorgestellten Initiativen wenden sich deshalb unterschiedslos an Neuankommende und weigern sich mit zivilgesellschaftlichem Selbstbewusstsein, staatlichen Vorgaben Rechnung zu tragen. Dies scheint jedoch nur bedingt generalisierbar: Eine Zustimmung zur Politik der offenen Grenzen wird nur von einer Minderheit aus dieser Erfahrung abgeleitet (Karakayalı 2016b). Dennoch scheinen die politischen Entscheidungsträger zunehmend nervös auf das Phänomen zu reagieren, dass es regelmäßig Proteste quer durch die politischen Lager gibt, wenn etwa ein Kind im Rahmen der Dublin-Verordnung abgeschoben werden soll.

Die persönliche Orientierung führt noch in einer zweiten Hinsicht zu einer Kritik der Politik. Viele Ehrenamtliche, die ihre Arbeit aus humanitären Motiven aufgenommen haben, sind entsetzt über die Formen, in denen Flucht verwaltet wird: »Zum ersten Mal erleben meist aus der Mittelklasse stammende Freiwillige die strukturelle Gewalt, der Menschen mit nicht deutschem Hintergrund und niedrigem Ausbildungsstand im deutschen Wohlfahrtssystem ausgesetzt sind« (Karakayalı 2017). Der Staat, der aus einer Mittelschichtsperspektive oft als prinzipiell funktionierend erlebt wurde, erscheint nun willkürlich und nicht selten repressiv. Eine derartige Radikalisierung wurde auch von Anne Eilert (2014) beobachtet. Gerade die Begleitung zu Behördengängen entwickelt sich zu politischen Lehrstücken erster Ordnung.

Dies wird verschärft, wenn nicht nur Behördenversagen eine Rolle spielt, sondern wenn, wie in Bayern, mit Geflüchteten populistische Politik gemacht wird. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer profilierte sich von Anfang an als Vertreter einer Politik, die, in Kritik auch an Angela Merkel, auf »Vermeidung falscher Anreize« in der Flüchtlingspolitik, auf Verschärfung von Grenzkontrollen und auf die Begrenzung von Flüchtlingszahlen setzte. Dabei wurden immer wieder die Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko dargestellt. Die teils sehr scharfen Äußerungen erfolgten offenbar als Versuch, der Alternative für Deutschland (AfD) das Wasser abzugraben. Vor diesem Hintergrund wurde vom Verein *Integrationshilfe LLäuft e.V.* in Landsberg zu einem Warnstreik der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer_innen aufgerufen: »Mit diesem Warnstreik soll der Politik aufgezeigt werden: So kann es nicht weitergehen. Mit den immer neuen Gesetzen und Gesetzesverschärfungen kommen sowohl die Geflüchteten als auch die Ehrenamtlichen bundesweit an ihre

Grenzen.« (Doris Schlüter von *Integrationshilfe LLäuft*[17]) Die Gesetze, auf die sich Doris Schlüter bezieht, sind das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (verabschiedet am 24.10.2015), das Asylpaket II (verabschiedet am 25.2.2016) und das Integrationsgesetz (verabschiedet am 31.7.2016). All diese Gesetze waren seinerzeit von Expert_innen vor der Verabschiedung massiv kritisiert worden[18]. Auslöser des Landsberger Streikaufrufs war, dass die im Integrationsgesetz vom 31.7.2016 vorgesehenen Wohnsitzauflagen wie auch die Kürzung der Hilfen für traumatisierte Flüchtlinge rückwirkend umgesetzt werden sollten. »Die Missstände und die damit verbundene Be- und Verhinderung der Integration häufen sich dermaßen, dass es nicht länger hinnehmbar ist«, kritisiert Raphael Sonnenschein (2016) von der Initiative in einem Interview mit *Radio Dreyeckland* die Kriminalisierung von Flüchtlingen durch die bayerische Landesregierung. Diese behindere inzwischen die alltägliche Arbeit vor Ort.

Die politische Bedeutung liegt hier in einer grundsätzlichen Kritik an dem dominanten Integrationsparadigma, das die Integration als eine Aufgabe der Neuzugezogenen ansieht und die das Scheitern ihnen allein anlastet. Der Gegenstand der Kritik sind hier die Integrationsbarrieren, die von Verwaltungen errichtet werden. Der Streik in Landsberg ist deshalb so wichtig, weil hier zum ersten Mal mit einem Instrument der klassischen sozialen Bewegungen mobilisiert und zur landesweiten Solidarisierung aufgerufen wurde.

Sensibilität gegenüber karitativen Fallstricken

Bei einer bemerkenswerten Zahl von Projekten beobachteten wir eine hohe Sensibilität gegenüber den Fallstricken von karitativen Maßnahmen. Dies betrifft zunächst die Unterscheidung von Helfenden und Hilfsbedürftigen, die letzteren einen passiven und entwürdigenden Opferstatus zuweist und sie zu Dankbarkeit und Wohlverhalten verpflichtet. In vielen Projekten war die damit verbundene Gefahr von Hierarchiebildung ein Thema. Vor allem Internetprojekte machen in expliziter Kritik an *Helferprojekten* Ermächtigung (*Empowerment*) zum Thema: Eines ihrer Anliegen ist es, die Geflüchteten über den Zugang zu Informationen unabhängig von Hilfe zu machen. In Theaterprojek-

---

17 | E-Mail vom 9.9.2016: Solidaritätsbekundung mit den streikenden ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern in Bayern.

18 | Zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde die Kritik von Migrationsforschern des Rats für Migration in der Bundespressekonferenz 29.9.2015 formuliert. Zum Asylpaket 2 siehe Deutscher Bundestag: »Schnellere Aslyverfahren unter Experten umstritten«. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw08-pa-innen/408800. Zum Integrationsgesetz siehe: Rat für Migration, Pro Asyl, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie (2016) Brief an Innenminister de Maizière vom 19.05.2016.

ten[19] kam es darauf an, dass die Geflüchteten selbst ihre Stimme einbrachten und ihre Situation artikulierten. Viele Projekte versuchen nach Möglichkeit, einen Raum zu schaffen, in dem Gegenseitigkeitsbeziehungen möglich sind.

Insgesamt war es ein immer wieder artikuliertes Anliegen, nicht etwas für die Flüchtlinge zu tun, obwohl dies gerade in der Anfangszeit selbstverständlich eine Rolle spielte. Vielmehr soll für eine bessere Gesellschaft insgesamt eingetreten werden. Es kommt natürlich vor, dass Initiativen und Einzelpersonen in Geflüchteten primär Opfer sehen. Dennoch wird insgesamt eine beachtliche zivilgesellschaftliche Lernerfahrung deutlich. Stefan Dünnwalds Studie mit dem bezeichnenden Titel »Der pädagogische Zugriff nach dem Fremden« (2006) beschreibt für die neunziger Jahre noch eine andere Bewusstseinslage bei einer Münchner Nachbarschaftsinitiative, die sich der Geflüchteten annahm. Eine wesentliche Rolle bei dieser Verschiebung der Bewusstseinslage dürften auch die neuen Koalitionen von eher linken gesellschaftskritischen Aktivist_innen und eher karitativen nachbarschaftlichen und religiös motivierten Ansätzen gespielt haben.

Hier deutet sich eine Entwicklung an, die man als Transformation der humanitaristischen Grundeinstellung charakterisieren könnte. Die Kritik am Humanitarismus wurde vor allem von Didier Fassin (2012) auf den Punkt gebracht. Sie bezieht sich darauf, dass die Betonung auf Hilfestellung entpolitisiere, weil an die Stelle politischer Veränderungen karitative Maßnahmen gesetzt würden. Gleichzeitig würden Hierarchien von Gebenden und Empfangenden zementiert und Abhängigkeitsstrukturen geschaffen. Die Reflexion, die in den Projekten stattfindet, ist wichtig, weil hier eine Position sichtbar wird, die in Flüchtlingen Träger von Rechten, also politische Subjekte sieht, die Teil des politischen Gemeinwesens im Sinne Hannah Arendts sind.

Worlding

Ein weiterer Zug der Initiativen war das *Worlding*. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass über die Geflüchteten die Weltpolitik im lokalen Kontext bewusst und erfahrbar wurde. Die Initiativen sind damit in einem ganz spezifischen Sinn *glokal*. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil damit der bürokratische und auf formalen Strukturen beharrende Charakter, der häufig lokalen Initiativen anhaftet, in Richtung von Weltoffenheit verändert wird. Die Projekte stellen somit einen einzigartigen Zugang zu politischer Bildung dar: Sie vermitteln Einblicke in die globalen Verstrickungen.

Bemerkenswert ist hier ebenfalls der von Karakayalı festgehaltene Zug, dass die meisten Projekte sehr vorsichtig gegenüber kulturalistischen Zu-

19 | Alexander Peppler: Club Al-Hakawati (in diesem Band).

schreibungen sind. Stattdessen gibt es eine relative Offenheit und Neugier gegenüber *den Neuen*. Sehr häufig wird die Forderung nach interkulturellem Training erhoben. Karakayalı betont, dass damit die bisherige defizitorientierte Perspektive auf Migration überwunden wird.

Hier deuten sich neue Formen lokaler Identitäten an, wie sie vom Ansatz des *progressive localism* (MacKinnon, Featherstone et al. 2010) gedacht werden. Dieser Ansatz greift Doreen Masseys Überlegungen zum Wesen von Lokalität in der globalen Weltgesellschaft auf (Massey 1994) und gibt ihnen eine politische Wende. In der heutigen Gesellschaft sind, so Massey, lokale Gemeinschaften auf vielfältige Weise mit dem Globalen verbunden. Vor Ort realisieren sich globale Phänomene. In den Großstädten ist dies zumindest in den Einwanderungsvierteln eine schon gelebte Realität – die Identität von Vierteln wie Neukölln ist konstitutiv durch Einwander_innen bestimmt (die sich dementsprechend auch viel leichter als *Berliner_innen* denn als *Deutsche* sehen). Weniger selbstverständlich, wenn auch nicht ausgeschlossen, ist dies in Landgemeinden und Landstädten. Auch dort ist dies schon erfahrbar, z.B. wenn ein Ort Sitz einer weltweit operierenden Firma ist und seinen Stolz daraus bezieht. Die lokale Besonderheit und Einmaligkeit ergibt sich dann als Ergebnis der Wechselwirkungen von Orten und weiteren sozialen Beziehungen. Was im Bereich des Wirtschaftens selbstverständlich ist, wird durch die Projekte mit Geflüchteten auch im Bereich des Sozialen und Politischen erfahrbar – und zwar auch und gerade in den ländlichen Gegenden. Die Welt wird im Ort sichtbar und der Ort bezieht ein positives Selbstbild daraus, wie er damit umgeht.

Es wird mit den Initiativen nachvollziehbar, dass eine zwanglose lokale Identität sich heute nicht mehr aus Abschottung und Homogenität ableiten lässt, sondern nur noch als *glokale* Identität fassbar ist. Nur dann werden wesentliche Bereiche der Alltagserfahrung nicht abgespalten und verdrängt. Diese Form der Identität erlaubt es vor allem, das Verhältnis von Fremdem und Eigenem anders zu denken und, wichtiger noch, zu fühlen.

Diese in den Projekten gemachte Erfahrung ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil sie ein Gegengewicht zu all den Formen festschreibender und essenzialisierender Identität mit den dazu gehörenden Ausgrenzungen darstellt, die zur Zeit gerade im Zusammenhang mit der AfD neuen Aufschwung erhalten. Wer in dem skizzierten Sinn glokal denkt und fühlt, dürfte skeptisch gegenüber Ausgrenzungen sein, die mit nationalistischen Argumentationen arbeiten.

Die Erneuerung eines Traums

Ein zentrales Element der Bürgerbewegung sind die selbstorganisierten Projekte der Geflüchteten, die Flüchtlingsproteste, die Bewegung der *Non-citizens*

beziehungsweise die *Refugee*-Bewegung. Diese Projekte sind wichtig, weil geflüchtete Akteur_innen und Aktivist_innen auf Grund ihrer statusbedingten Verletzlichkeit besonders sensibel gegenüber verschiedenen Machtverhältnissen und Privilegien sind. Aus dieser Position heraus werden neue Praktiken entwickelt, neue Aneignungen betrieben, neue Wege gesucht, um sich Gehör zu verschaffen und Perspektivwechsel voranzutreiben. Die Beiträge der selbstorganisierten Gruppen sind deshalb zentral für die Bürgerbewegung, weil sie immer wieder die Verfestigungen und Verkrustungen, die sich in jeder Bewegung herausbilden, in Frage stellen. Sie benennen und kritisieren die globalen Zusammenhänge, die sie zur Flucht gebracht haben, und sie setzen ihre Hoffnung auf den Aufbau einer Zivilgesellschaft, die als dritte Kraft neben Politik und Wirtschaft selbstbewusst agieren kann. Wie die Bürgerbewegung insgesamt ist diese Gruppe pluralistisch, global und divers und spricht mit vielen Stimmen. Dabei ist deutlich, dass aus dieser Position oft eine Kritik hervorgeht, die, weil sie trifft, sehr schmerzhaft sein kann – auch weil sie zum Teil liebgewonnene und etablierte Positionen in Frage stellt (etwa, wenn feministische Ansätze zu Gunsten einer primär wichtigen umfassenderen Menschenrechtsposition in Frage gestellt werden). Gleichzeitig ist es notwendig, dass die selbstorganisierten Projekte in eine weitere Bewegung eingebunden sind. Erst so kommt es zum Herausbilden eines Resonanzbodens, der dafür sorgt, dass nicht nur das Recht auf Rechte eingefordert wird, sondern diese Forderung auch gehört wird. Erst so wird es möglich, dass der Sprechakt, mit dem eine neue Realität geschaffen wird, nicht nur stattfindet, sondern auch funktioniert (vgl. Austin 1962/1979: 46ff.)

Man kann sagen, dass die Gruppe der selbstorganisierten Projekte erst die Bürgerbewegung zu einer *Bürger*bewegung macht – zu einer Bewegung von *citoyens,* die für ein Recht auf Rechte und für Gleichheit und Freiheit für alle eintreten und somit menschenrechtliche Forderungen auf die konkrete lokale Ebene bringen.

Eine neue Form des politischen Engagements?

In den aufgeführten Facetten der Bürgerbewegung tritt eine neue Form des politischen Engagements hervor. Sie bezieht sich auf die Erneuerung des politischen Gemeinwesens. In den Praxen werden die Vision einer offenen, multikulturellen Gesellschaft, neue Formen von Solidarität, eine neue Experimentierfreudigkeit und Risikobereitschaft, neue politische Allianzen, eine Grundorientierung am Konkreten, eine neue Form des Anspruchs auf Rechte jenseits der Staatsbürgerschaft, neue Formen von Identität und eine Wiederbelebung des Traums von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit deutlich. All dies lässt sich als Ausbuchstabieren des Ansatzes von Hannah Arendt lesen.

Wie hochgradig politisch diese Bürgerbewegung ist, wird vor allem aus den wütenden Reaktionen des rechten Randes deutlich.

Bei dieser Bürgerbewegung handelt es sich um eine soziale Bewegung, die sich jedoch von den bisher bekannten sozialen Bewegungen deutlich unterscheidet. Es lohnt sich, kurz auf die Unterschiede hinzuweisen, um das Besondere zu erfassen. Die Theorie der sozialen Bewegungen unterscheidet klassische soziale Bewegungen, die wie beispielsweise die Bürgerrechtsbewegung für soziale Rechte diskriminierter sozialer Gruppen kämpfen, von neuen sozialen Bewegungen, die, wie zum Beispiel die Ökologiebewegung, für die Lösung von besonderen Problemen eintreten. Sowohl klassische als auch neue soziale Bewegungen stellen explizit politische Forderungen an politische Akteure auf nationaler und/oder internationaler Ebene mit dem Ziel, die politische Agenda zu beeinflussen. Dabei ist charismatische Führerschaft oft von erheblicher Bedeutung, um der Bewegung ein Gesicht zu geben. Die entscheidende Strategie besteht in der Mobilisierung möglichst großer Massen, die dann als Gradmesser der Stärke der Bewegung gesehen werden. Der Unterschied zwischen klassischen und neuen sozialen Bewegungen liegt darin, dass erstere starke Identitäten begründen (von »Arbeitern«, »Frauen«, »Schwulen«), während letztere eher punktuelle, monothematische Ansätze verfolgen. Dieser *one issue approach* erlaubt die unterschiedlichsten Allianzen und Kombinationen. Wichtig ist bei dem Versuch, den politischen Charakter der Bürgerbewegung zu verorten, auch ein Blick auf die *Praxisbewegungen*, die vor allem in den Ländern des globalen Südens Bedeutung errangen (Eckert 2015). Anders als bei den sozialen Bewegungen im engeren Sinn drückt sich ihr politischer Charakter weniger in expliziten Forderungen als in Praktiken aus, in denen meist ausgegrenzte Teile der Bevölkerung sich »ihr Recht nehmen« – indem sie öffentliches Land besetzen (Bayat 2000), Squatter-Siedlungen errichten (Holston 2007), den öffentlichen Raum erobern (Göle 2006; Bayat 2010) oder auch irregulär die Grenzen übertreten (Mezzadra 2006; De Genova 2009). Diese Praxisbewegungen sind im Gegensatz zu den sozialen Bewegungen weniger explizit fordernd und kritisch denn vielmehr aneignend. Auch bei diesen Bewegungen stand lange die Frage im Raum, ob sie als *politisch* zu werten sind. Anstatt diese sehr akademische Diskussion voranzutreiben, fordert Eckert eine Erweiterung des Politikbegriffs: Der politische Charakter von Praxisbewegungen werde deutlich, wenn man fragt, wie sie normative und institutionale Strukturen transformieren (Eckert 2015: 57).

Die Bürgerbewegung scheint mir nun eine vierte Form politischer Bewegung darzustellen. Mit den Praxisbewegungen teilt sie den lokalen und pragmatischen Aspekt. Wie sie zeichnet sie sich nicht durch Großdemonstrationen und Massenrallyes aus, mit denen Forderungen eine Stimme verliehen werden, sondern durch konkrete Handlungen vor Ort, mit denen Strukturen angeeignet und darüber transformiert werden. Wie die Praxisbewegungen setzen

sich die Initiativen ständig mit Problemen auseinander, die auf nationaler und internationaler Ebene ihren Ursprung haben, ohne dass diese Ebene explizit adressiert würde. Obwohl die Kritik an der Politik sehr explizit formuliert wird, gibt es vorerst kaum Versuche, die politische Agenda zu beeinflussen. Denn anders als die Praxisbewegungen ist der Träger der Bürgerbewegung nicht eine besondere Gruppe, die durch ihr konkretes Engagement ein allgemeines Problem ausdrücken würde, sondern eine breite Koalition von Bürger_innen unterschiedlicher Herkünfte und Motivationen. In dieser Hinsicht ähnelt die Bürgerbewegung nun wiederum den Regenbogenkoalitionen der neuen sozialen Bewegungen. Anders als bei den Praxisbewegungen und den klassischen sozialen Bewegungen ist bei den neuen sozialen Bewegungen und bei der Bürgerbewegung allerdings nicht der Kampf um die eigene Stellung im Gemeinwesen entscheidend, sondern das Sich-Einsetzen für eine bessere Gesellschaft.

	Ziel: Besserstellung der eigenen Gruppe	Ziel: Verbesserung der Gesellschaft insgesamt
Fokus: Praktisch	Praxisbewegungen	Bürgerbewegung
Fokus: Kritisch	Klassische Soziale Bewegung	Neue Soziale Bewegung

Die Stärke, aber auch die Schwäche der Bürgerbewegung liegen in ihrem Praxisbezug und ihrem lokalen Bezug. Dies verleiht ihr einerseits einen robusten Charakter und macht es, wie wir oben gesehen haben, möglich, dass entmutigende Rückschläge wie die Reaktionen auf die Silvesternacht in Köln aufgefangen werden. Die Schwäche der Bewegung liegt allerdings gerade in dem Fehlen einer überregionalen Stimme. Auf lange Sicht ist es erforderlich, dass die Bewegung ein eigenes Selbstverständnis und Profil entwickelt. Sie muss sich politisieren, um in der Lage zu sein, politischen Druck aufzubauen und auszuüben. Dazu muss die aus der Reflexion der Verhältnisse vor Ort hervorgehende politische Kritik verallgemeinert werden. Dies erfordert nun wiederum die Intensivierung von Netzwerken. Auch der hier vorgelegte Band versteht sich als ein Beitrag zu dieser Entwicklung. Die Dokumentation der verschiedenen Projekte will das Geleistete an die Zivilgesellschaft zurückspiegeln. Sie will die Bewegung sichtbar machen und eine Basis für ein politisches Selbstverständnis legen.

Reaktionen von Politik und Öffentlichkeit

Einer der bemerkenswerten Züge der Bürgerbewegung ist, mit welcher Regelmäßigkeit sie von Politik und Medienöffentlichkeit für tot erklärt wurde. Schon ab Oktober 2015 wurde immer wieder in den Medien die Frage aufgeworfen, wann mit dem »Kippen der Stimmung« zu rechnen sei.[20] Vor allem nach den Silvesterereignissen in Köln wurde das besagte Kippen von Medien und Öffentlichkeit eine Zeit lang als unumstößlicher Fakt gehandelt.

Im Gegensatz zu dieser Einstellung zeigen mehrere Meinungsumfragen von unterschiedlichen Instituten übereinstimmend, dass dies keineswegs der Fall ist. Die Einschätzungen in der Bevölkerung sind zumindest seit dem November 2015 bemerkenswert stabil. Die Zahl der Befürworter_innen und der Gegner_innen einer offenen pluralistischen Gesellschaft hat sich kaum geändert. So hat das *Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche* die Entwicklung der Haltung der Bevölkerung in vier Befragungen (November 2015; Februar, Mai und August 2016) untersucht. Auffällig ist eine Kontinuität: Auf die Frage »Wird Deutschland Ihrer Ansicht nach die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen?« antworteten im November 2015 38,3 % »Nein, ganz sicher nicht« oder »Eher nicht«; im August 2016 dagegen 34,4 %. Auf die positiven Antworten »Ja, ganz sicher« und »Eher ja« entfielen im November 2015 34,1 % beziehungsweise 34,6 % im August 2016. Die Zahl derjenigen, die selbst positive Erfahrungen mit Geflüchteten gemacht hatten, stieg im gleichen Zeitraum von 26,2 % auf 37,2 %; der Anteil derjenigen, die negative Erfahrungen gemacht haben, stieg ebenfalls von 8,5 % auf 9,4 %. Insgesamt ergibt sich das Bild, dass jeweils ein gutes Drittel der Bevölkerung positiv oder negativ eingestellt ist. Ein sehr großer Teil, nämlich ein weiteres Drittel, ist in der Frage unentschieden. Diese Ergebnisse werden von dem SOEP-»Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland« gestützt (Gerhards, Hans et al. 2016).[21] Die Umfragen der EFA-Studie des *Berliner Instituts für empirische Migrations- und Integrationsforschung*, in dem die Strukturen und Motive der ehrenamtlich Engagierten untersucht werden, zeigt, dass der

20 | Ein bemerkenswertes Zeitdokument in dieser Hinsicht ist die ironische Kolumne von Georg Diez vom 25.9.2015 (!), in SPIEGEL ONLINE. Mit den Mitteln der Satire stellt er dar, wie in deutschen Redaktionen das Kippen der Stimmung herbeigeredet wurde. www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-die-stimmung-wird-gekippt-kolumne-von-georg-diez-a-1054772.html.

21 | Generell gilt bei der Bewertung dieser Daten, dass die Ergebnisse quantitativ unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wie die Frage genau formuliert ist, dass aber die Schwankung der Beantwortung der gleichen Frage zu unterschiedlichen Zeitpunkten Aussagen über die Schwankung der Einstellung der Bevölkerung erlauben.

Umfang des Engagements im Wesentlichen gleich blieb (Karakayalı und Kleist 2016).

Wie aber konnte sich die Aussage, die Stimmung sei gekippt, so durchsetzen? Verschiedene Aspekte scheinen dabei eine Rolle zu spielen. Zunächst scheint es eine offenbar mit der Berufskultur von Journalist_innen zusammenhängende Angst zu geben, als naiv eingeschätzt zu werden. Die Berichterstattung nach der Silvesternacht scheint damit zusammenzuhängen, dass jetzt endlich die Situation eingetreten war, die man schon lange vorhergesehen hatte.

Ein zweiter Aspekt scheint damit zusammenzuhängen. Die Meinungsumfragen zeigen auch, dass der Flügel, der die Zuwanderung von Geflüchteten ablehnend beurteilt, gleichbleibend groß ist. Dieser Flügel hatte eine starke Medienpräsenz im Zuge der von Montag zu Montag wachsenden sogenannten *PEGIDA*-Demonstrationen im Herbst und Winter 2014/2015. Diese Medienpräsenz wurde im Sommer im Zusammenhang mit der euphorischen Stimmung, in der im August 2015 Geflüchtete am Münchner Hauptbahnhof empfangen wurden, zuerst zurückgedrängt und erfuhr dann im Winter 2015/2016 ein Comeback. Dabei spielte die AfD eine wichtige Rolle, die das Flüchtlingsthema zum zentralen Punkt machte. Die Wahlerfolge suggerieren eine Verschiebung der politischen Landschaft nach rechts, obwohl die numerische Zahl der Gegner_innen kaum gewachsen ist. Die politische Rechte wurde sichtbarer – und dies hat den Eindruck vermittelt, die Stimmung sei gekippt.

Eine entscheidende Rolle wird schließlich auch von der Politik gespielt. Das politische Establishment reagierte ambivalent auf die Bürgerbewegung. Auf der einen Seite begrüßte es die Bewegung, weil ohne sie das logistische Problem der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme kaum zu bewältigen gewesen wäre. Tatsächlich wurden vom *Bundesministerium für Gesundheit* und der *Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration* relativ schnell Mittel für Projekte zur Unterstützung von Ehrenamt bereitgestellt. Auf der anderen Seite gab es besonders seitens der bayerischen Staatsregierung, aber auch des Bundesinnenministeriums Versuche, der AfD nicht das Feld zu überlassen, indem man den vermeintlichen Befürchtungen der Bevölkerung Rechnung trug. Man setzte auf strengere Grenzkontrollen und eine, als Vermeidung »falscher Anreize für Asylmissbrauch« (Seehofer in: Deutschländer und Schier 2015) verkaufte Politik der Abschreckung. Diese Politik läuft darauf hinaus, alles zu vermeiden, was Geflüchtete ermutigen könnte, nach Deutschland zu kommen. In diesem Sinn wurden Sachleistungen statt Geldleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen beschlossen, eine Wohnraumzuweisung verabschiedet und die Familienzusammenführung ausgesetzt. Während die Bürgerbewegung die Lebensbedingungen der Geflüchteten möglichst verbessern möchte, weil es der Integration dient, zielt eine Politik der Vermeidung falscher Anreize auf das genaue Gegenteil.

Am problematischsten ist jedoch ein Starren auf die Zahl der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen. Der Erfolg einer Politik der Grenzkontrollen und der Abschreckung wird an der Zahl derjenigen gemessen, die einen Asylantrag stellen. Jedes Ansteigen der Zahl wird als Problem bewertet, jedes Sinken als Erfolg gefeiert. Bundesinnenminister de Maizère und der bayerische Ministerpräsident Seehofer waren so erfolgreich mit dem Etablieren der Zahlenrhetorik, dass sie auch von den Gegner_innen ihrer Politik übernommen wurde. Als am 1.10.2016 bekannt wurde, dass *nur* 890.000 Geflüchtete nach Deutschland gekommen waren und nicht die 1,1 Millionen, von denen man bis zu diesem Zeitpunkt ausgegangen war, wurde dies mit Erleichterung registriert.[22] Die Zahl der Ankömmlinge zum Erfolgskriterium zu machen ist in sich hoch problematisch. Es impliziert, dass jeder Flüchtling ein Problem ist. Hinzu kommt, dass es eine hochgradig riskante Strategie für politische Akteure ist. Wenn die Zahl der Flüchtlinge wieder nach oben geht, wovon die Migrationsforscher_innen im Herbst 2016 ausgehen,[23] dann werden die Politiker_innen nach der von ihnen selbst gesetzten Messlatte bewertet werden – und gescheitert sein. Dies würde wiederum rechtspopulistischen Narrativen Bestätigung geben. Eine Alternative würde natürlich darin bestehen, die faktischen Erfolge der Integrationspolitik als Erfolgskriterium zu nehmen. Der hier vorliegende Band zeigt, dass es an Argumenten nicht fehlt.

Es mag daran erinnert werden, dass eine derartige Situation bereits in den neunziger Jahren schon einmal existiert hat. Peter Kühne und Harald Rüßler beschreiben in ihrer Analyse der Flüchtlingspolitik der neunziger Jahre eine Situation, die in manchem der heutigen ähnelt. Sie glauben, dass auch damals schon das Möglichkeitsfenster für eine grundlegende Weichenstellung bestanden hat. Auch damals wäre es möglich gewesen, eine Mehrheit bundesrepublikanischer Inländer_innen für eine solche Politik zu gewinnen – wenn die politischen Eliten gewollt hätten: »Aus heutiger Hinsicht kann nur festgestellt werden, dass Derartiges niemals versucht wurde. Im Gegenteil: Der Gestus der Abwehr bestimmte von Anfang an das Regierungshandeln, das so schon bald in eine erhebliche Schieflage geriet. Argumente ›pro Asyl‹ … fanden nicht das Gehör, das ihnen zugestanden hätte. Bürgerschaftliches Engagement für

22 | www.tagesspiegel.de/politik/korrigierte-fluechtlingszahlen-cdu-politiker-wirft-populisten-hysterische-debatte-vor/14632250.html.

23 | So die Beiträge auf der Tagung *The Mediterranean Border Regime in Crisis*, Göttingen 19.-22.10.2016. Diese Einschätzung wird damit begründet, dass sich zur Zeit wieder größere Ansammlungen von Geflüchteten an den Grenzen bilden. Trotz militärischer Anstrengungen, die Migrationsbewegungen zurückzudrängen, landen wieder mehr Geflüchtete auf griechischen Inseln. Das Abkommen mit der Türkei steht schließlich vor dem Scheitern. Siehe die Presserklärung zur Tagung: www.rat-fuer-migration.de/index.php?ID=60.

Flüchtlinge wurde eher ›übersehen‹, Formen zivilen Ungehorsams, wie z.B. die Gewährung von Kirchenasyl, als ›Rechtsbruch‹ diffamiert.« (Kühne und Rüßler 2000: 34, 35)

Im vergangenen Jahr hat sich das Möglichkeitsfenster erneut aufgetan, weiter sogar als in den neunziger Jahren. Es ist jetzt entscheidend, dass es nicht erneut geschlossen wird. Angesichts der Tatsache, dass hier von rechts erheblicher Druck aufgebaut wird, scheint es notwendig zu sein, dass die Bürgerbewegung nicht nur in Richtung einer anderen Gesellschaft arbeitet, sondern auch politisch dafür kämpft. Hierzu muss sie ein Bewusstsein von sich selbst entwickeln. Nur wenn die Bürgerbewegung sich selbst klar darüber wird, was sie schon geleistet hat, wird sie auch dafür eintreten, dies zu verteidigen. Hierzu muss sie allerdings auch die politischen Formen aufgreifen, die bislang von den sozialen Bewegungen entwickelt wurden. Sie muss sich politisch formieren, um politischen Druck auszuüben und den Gegner_innen der Bürgerbewegung nicht das politische Feld zu überlassen. Hierzu möchte dieser Band beitragen.

Literatur

Ahrens, P.A. (2016): *Skepsis oder Zuversicht?* Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche Deutschlands (2016). https://www.ekd.de/si/download/fluechtlingsstudie-2016.pdf.

Arendt, H. (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass.* München/Zürich, Piper.

Austin, J. L. (1962/1979): *Zur Theorie der Sprechakte.* Stuttgart, Reclam.

Bayat, A. (2000): »From Dangerous Classes to Quiet Rebels: Politics of the Urban Subaltern in the Global South.« *International Sociology* 15: 533-557.

Bayat, A. (2010): *Life as Politics: How Ordinary People Change the Middle East.* Stanford, Stanford University Press.

De Genova, N. (2009): »Conflicts of Mobility and the Mobility of Conflict: Rightlessness, Presence, Subjecitivity, Freedom.« *Subjectivity* 29(1): 445-466.

Dernbach, A. (2016): »Korrigierte Flüchtlingszahlen: CDU-Politiker wirft Populisten ›hysterische Debatte‹ vor.« In: Tagesspiegel Online, 01.10.2016. www.tagesspiegel.de/politik/korrigierte-fluechtlingszahlen-cdu-politiker-wirft-populisten-hysterische-debatte-vor/14632250.html.

Deutschländer, C., Schier, M. (2015): »Seehofer zu Asyl: Merkel hat ernste Lage erkannt. Münchner Merkur Online, 11.11.2015. www.merkur.de/politik/horst-seehofer-asyl-merkel-ernste-lage-erkannt-5165954.html.

Diez, G. (2015): »Die Stimmung wird gekippt.« In: Spiegel Online, 25.09.2015. www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-die-stimmung-wird-gekippt-kolumne-von-georg-diez-a-1054772.html.

Dünnwald, S. (2006): *Der pädagogische Griff nach dem Fremden*. Frankfurt a.M./London, IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

Eckert, J. (2015): Practice Movements. The Politics of Non-Sovereign Power. *The Oxford Handbook of Social Movements*. D. Della Porta and M. Diani (Eds.). Oxford, Oxford University Press.

Eilert, A. (2014): *Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Feld Berliner Flüchtlingsheime – Motive und Methoden von Beteiligten*. Masterarbeit. Fakultät für Kulturwissenschaften. Europa-Universität Viadrina.

Eisnecker, P., Schupp, J. (2016): *Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft*. SOEP – The German Soci-Economic Panel study at DIW Berlin https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.527676.de/16-8-4.pdf.

Fassin, D. (2012): Ambivalent Hospitality. Governing the Unwanted. *Humanitarian Reason. A moral history of the Present*. D. Fassin. Berkeley, Los Angeles, London, University of California Press: 133-160.

Gerhards, J., Hans, S. et al. (2016): Einstellungen der BürgerInnen in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten. *DIW Wochenbericht* (21): 467-473.

Göle, N. (2006): Islamic Visibilities. *Islam in Public: Turkey, Iran and Europe*. N. Göle, Amann, L. (Eds.) Istanbul, Bilgi University Press: 3-43.

Holston, J. (2007): *Insurgent Citizenship: Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil*. Princeton, Princeton University Press.

Isin, E. (2008): Theorizing acts of citizenship. *Acts of Citizenship*. E. Isin und G. M. Nielsen (Ed.). NewYork, Zed Books. 15-43.

Karakayalı, S., Kleist, J.O. (2015): *EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014*, Berlin. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Karakayalı, S., Kleist, J.O. (2016): *EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Karakayalı, S. (2017): »›We don't let them gain hegemony‹ – The impact of volunteering for refugees against right wing protests in Germany. *Germany's Differences – Newcomers, Nationhood, and Negotiating Belonging*? Bock, J.J. und Macdonald S. Oxford, Berghahn (im Erscheinen).

Kühne, P. und Rüßler, H. (2000): *Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland*. Frankfurt a.M., Campus.

Lanz, S. (2016): Die ganze Welt der Stadt im Blick: Versuche einer pluralisierten kritischen Stadtforschung. Frankfurt/Oder, Europa-Universität Viadrina. Habilitation.

MacKinnon, D., Featherstone,D. et al. (2010): Rethinking Local-Central Relations: Progressive Localism, Decentralisation and Place. *Inaugural Conference of the Sheffield Political Economy Research Institute*. Sheffield, University of Sheffield.

Massey, D. (1994): *Space, Place and Gender*. Minneapolis, University of Minnesota Press.

Mezzadra, S. (2006): *Diritto di fuga. Migrazioni, cittadinanza, globalizzazione*. Verona, ombre corte.

Rancière, J. (2002): *Das Unvernehmen – Politik und Philosophie*. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

Rat für Migration, Pro Asyl, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie (2016): Brief an Innenminister de Maizière, 19.5.2016. www.rat-fuer-migration.de/pdfs/GemeinsamerBriefIntegrationsgesetz.pdf.

Roth R., Rucht, D. (Hg.) (1987): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M. u.a., Campus.

Rucht, D. (1997): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a.M. u.a.: Campus (*Theorie und Gesellschaft* 32).

Schiffauer, W. (2015): *Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention*. Berlin, Suhrkamp.

Sonnenschein, R. (2016): Interview mit Radio Dreyeckland am 30.9.2016 https://rdl.de/sites/default/files/audio/2016/09/20160930-streikderehr-w6073.mp3.

Stiftung Brandenburger Tor (2016): *Eine Rede und ihre Folgen. Ein Abend für Roman Herzog*. Berlin, Stiftung Brandenburger Tor.

ZEIT MAGAZIN (2016): »Was geschah wirklich.« *Zeit Magazin 7/2016*. www.zeit.de/zeit-magazin/2016/27/silvesternacht-koeln-fluechtlingsdebatte-auf klaerung.

Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten

Eine große Zahl von Ehrenamtlichen, von neuen und bestehenden Projekten setzt sich für menschenwürdiges Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten ein. Es handelt sich um die verschiedensten Akteure: Privatpersonen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Betreiber von Unterkünften, Wohnungsbaugesellschaften, Dorf- und Stadtverwaltungen, Schulen und Vereine sowie Initiativen, die im städtischen und auch im ländlichen Raum aktiv sind. Während sich einerseits eine asylfeindliche Gegenbewegung mobilisierte und ihren Unmut in sozialen Medien und Demonstrationen äußerte und auch vor Anschlägen nicht zurückschreckte, formierte sich auch eine gesellschaftliche Bewegung zur Unterstützung von Geflüchteten.

In diesem Kapitel werden solche Unterstützungsbewegungen porträtiert. In einer kleinen Ortschaft bei Lüneburg etwa wurde die asylfeindliche Stimmung durch konstruktive Arbeit und enge Kommunikation umgedreht, bis fast die gesamte Bevölkerung die örtliche Notunterkunft unterstützte. Im *Refugio Berlin* wohnen Alteingesessene und Neuangekommene gleichberechtigt unter einem Dach. In einem Dorf im Oderbruch konnte die Grundschule gerettet werden, da zwei syrische Familien ins Dorf zogen und so genug Schulanmeldungen zusammenkamen. Die *Schwulenberatung Berlin* richtete die weltweit erste staatlich geförderte Unterkunft für LSBTI*-Geflüchtete ein. In Potsdam wurde ein Wohnhaus zur Hälfte mit Geflüchteten belegt, Tür an Tür mit Alteingesessenen. Ehrenamtliche unterstützen in Berlin die völlig überforderten Behörden dabei, privaten Wohnraum für Geflüchtete zu bewilligen. Und in Frankfurt (Oder) betreibt das städtische Wohnungsbauunternehmen die eigene interkulturelle Öffnung und ein Integrationslots_innenprogramm, um die Neuankömmlinge nachhaltig in die Nachbarschaft zu integrieren und dazu zu bewegen, in der Stadt wohnen zu bleiben. Diese Vielzahl von Herangehensweisen und Breite von Akteur_innen und Institutionen möchte dieses Kapitel abbilden.

ASB-Notunterkunft Sumte

Ein kleines Dorf soll ein Zehnfaches der Einwohner_innen an Geflüchteten aufnehmen. Mit der Zeit wandelt sich die anfängliche Ablehnung vieler Alteingesessener in Unterstützung und Offenheit.

Ort: Sumte
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 60
Finanzierung: Arbeiter-Samariter-Bund
Website: https://www.asb.de/de/unsere-angebote/integration/sumte-kleines-dorf-mit-grossem-herzen

Vinzenz Hokema

Das Dorf Sumte liegt etwas isoliert in der niedersächsischen Elbtalaue. 102 Menschen lebten bis Herbst 2015 hier. Dann entschloss sich die Landesregierung, in einem leerstehenden Bürokomplex im Dorf eine Notunterkunft für bis zu 1000 Geflüchtete einzurichten. Als Träger wurde der *Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)* gewonnen, der binnen zwei Wochen ein Team unter der Leitung von Jens Meier zusammenstellte und die Grundversorgung aufbaute. Zwischenzeitlich arbeiteten über 70 Menschen im Camp, 44 davon aus den umliegenden Gemeinden. Camp – so wurde die Unterkunft hier von allen genannt, um das unschöne Wort Asylbewerberheim zu vermeiden.

Das Camp erhielt zunächst heftigen Gegenwind aus der alteingesessenen Bevölkerung. In der Bürgerversammlung wurden Sorgen vor sexuellen Übergriffen und Kriminalität vorgetragen. Jens Meier und ein Vertreter des niedersächsischen Innenministeriums versuchten, die Wogen zu glätten. Schließlich wurde die Obergrenze auf 750 Geflüchtete heruntergesetzt und das Camp ging in Betrieb. Zur Zeit seiner größten Auslastung lebten dort 706 Geflüchtete. Nach einem Jahr Betrieb wurde das Provisorium wieder geschlossen. In Sumte ging es um die direkte Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten, oft unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland. Für zuerst drei, nach Gesetzesänderung dann sechs Monate mussten sie im Camp bleiben und anschließend eigenen Wohnraum finden. In dieser Zeit, so Meier, geht es für die meisten Menschen darum, Kleidung und das Notwendigste zu erhalten, gesundheitliche Probleme in den Griff zu bekommen und nach der Flucht zur Ruhe zu kommen. Die Notunterkunft einzurichten war für das Team eine große Herausforderung.

Der Bürokomplex besteht aus einem zentralen Gang, von dem einstöckige Flachbauten abgehen. Hier war die Grundversorgung untergebracht: Schlaf-

säle, Küche und Essenssaal, Wäscherei, Kleiderkammer und ein eigener Sanitätsbereich mit medizinischem Personal. Darüber hinaus gab es zwei besondere Einrichtungen; eine improvisierte Schule und einen Kindergarten. Beide wurden von Mitarbeiter_innen, Ehrenamtlichen und Geflüchteten selbst betrieben, ebenso gab es Raum für ehrenamtlich durchgeführte Deutschkurse für Erwachsene, einen Kiosk, Filmvorführungen und Feste. Zu einer hier organisierten Weihnachtsfeier kamen 100 Menschen aus den umliegenden Dörfern zusammen. In der Küche wurde von Mitarbeiter_innen und Geflüchteten, die hier als Ein-Euro-Jobber tätig waren, selbst gekocht, nachdem es anfangs häufig Tiefkühlkost gab. Trotz dieser vielfältigen Angebote und engagierten Projekte blieb es eine Notunterkunft mit prekären Wohn- und Lebensbedingungen. Die Schlafsäle fassten bis zu 60 Betten, die »Familienzimmer« waren nur 10 m² groß und allein durch Stellwände abgegrenzt, geduscht wurde in Containern. Auch konnte die so wichtige schnelle Internetverbindung aus Kostengründen nicht eingerichtet werden. Die ländliche Lage des Camps brachte weitere Probleme mit sich. Der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend, was nur zu einem kleinen Teil vom Fahrdienst ausgeglichen werden konnte. Die Anfangsphase der Unterbringung in Sumte beschreibt Jens Meier, der über 30 Jahre Erfahrung mit der Arbeit in Hilfsorganisationen hat, als »sieben Monate an der humanitären Front im eigenen Land«, in der »strukturierte Anarchie« geherrscht habe. Neben den logistischen Herausforderungen musste nicht zuletzt der ablehnenden Grundstimmung in der Gemeinde begegnet werden.

Um die Dorfbewohner einzubeziehen, setzte Meier auf enge Kommunikationsnetze. Täglich trafen sich alle lokal Verantwortlichen zur Lagebesprechung im Camp – die Mitarbeiter_innen der Unterkunft, der Ortsvorsteher und die Bürgermeisterin, die diensthabende Besetzung der Polizei sowie Vertreter_innen des Landkreises. Hier kamen alle Themen des Tages auf den Tisch, sodass die Perspektiven, Probleme und Lösungsansätze der verschiedenen Seiten deutlich wurden. Oberstes Ziel war es dabei, Konflikte so schnell wie möglich zu lösen und nichts zu verschleppen. »Man darf nichts überstülpen«, findet die Bürgermeisterin des Ortes, Grit Richter. »Was auch immer vorgebracht wird, man muss ernsthaft versuchen, es auszuräumen.« Eine lösungsorientierte Atmosphäre entstand, in der pragmatisch und unbürokratisch zusammengearbeitet wurde. Zudem lud Meier die Sumter Bürger_innen kurz vor Eröffnung zu einer Begehung der Notunterkunft ein, um sich ein eigenes Bild von den Gegebenheiten machen zu können. Es war ihm außerdem ein zentrales Anliegen, so viele Menschen wie möglich aus der Gemeinde direkt anzustellen, etwa für den Fahrdienst, die Wäscherei, Küche und Reinigung. Das Kalkül war, Multiplikator_innen in der Gemeinde zu schaffen, indem Alteingesessene und Neuankommende eng miteinander in Kontakt gebracht werden. In persönlichen Begegnungen sollten Lebensgeschichten geteilt und über das Kennenlernen Ängste abgebaut werden. Um eine gute Atmosphä-

re im Camp und der Gemeinde zu schaffen, legte Meier Wert auf respektvollen Umgang auf Augenhöhe zwischen Mitarbeiter_innen, Bewohner_innen und alteingesessenen Sumter_innen. Seine Person scheint für den Erfolg des Camps zentral, er war hier nicht nur Organisator, sondern auch Schlichter in Streitfällen, Seelsorger und Arbeitsvermittler. Beispielsweise stieß er Praktika im Pflegebereich für mehrere Geflüchtete an und ermöglichte einigen, eine Pfleger_innenausbildung beim *ASB* zu machen.

Mit der Zeit wandelte sich die Atmosphäre im Dorf. Das Experiment in Sumte scheint gelungen. Ein Bereitschaftsfahrer der Notunterkunft erzählt: »Am Anfang hatten viele Angst, man wusste ja nicht, was kommt. Aber dann ist alles kein Problem gewesen.« Viele Alteingesessene hätten es vorgezogen, wenn das Camp bestehen geblieben wäre. Die größten Schwierigkeiten der Notunterkunft kamen dann auch von außerhalb: Vor allem die Residenzpflicht sei eine große Belastung, berichtet Meier. Er betont, dass viele Geflüchtete etwa drei Monate bräuchten, um anzukommen. Danach wachse bei den meisten der Wunsch, eigenständig zu leben. Die mittlerweile gesetzlich erzwungene verlängerte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten habe zu viel Unruhe geführt.

Die Notunterkunft in Sumte wurde als Provisorium eingerichtet. Daher lief der Vertrag des Landes mit dem *ASB* zum Oktober 2016 vertragsgemäß aus. Bereits seit dem Frühjahr 2016 und der Schließung der Balkanroute waren die Zahlen der Bewohner_innen gesunken. Die Erfahrungen in Sumte werden von den unterschiedlichen Akteur_innen als Erfolg gewertet. Die Stimmung im Dorf hat sich gedreht, die Geflüchteten waren den Umständen entsprechend gut untergebracht, in der Gemeinde wurden zeitweilig Arbeitsplätze geschaffen, aber vor allem gegenseitiges Verständnis erarbeitet. Hier ist jetzt mehr Raum für Neuankommende – und das Jahr 2015 hat das Dorf offenbar zusammengeschweißt.

Refugio Berlin

Ein integratives Wohnprojekt in Berlin-Neukölln bietet Gemeinschaft und ein kreatives, wertschätzendes Umfeld, um anzukommen, sich zu vernetzen und neue Ideen zu entwickeln.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: Alle Bewohner_innen
Finanzierung: Berliner Stadtmission
Website: https://sharehaus.net

Katharina Loos

Das *Refugio* Berlin ist ein Wohnprojekt der *Berliner Stadtmission* der evangelischen Kirche, das mitten in Berlin-Neukölln liegt und seit Juli 2015 besteht. Es bietet Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten oder verloren haben, und Menschen, die nach Gemeinschaft suchen, Raum, Leben und Wohnen neu zu gestalten. Das *Refugio* versteht sich als *Sharehaus* und als ein Ort der Begegnung, der Ankommenden und Einheimischen die Möglichkeit gibt, sich kennenzulernen. Es ist ein Schutzraum, innerhalb dessen die individuellen Talente aller wertgeschätzt und gefördert werden sollen, und in dem Gemeinschaft gelebt wird.

Das Projekt ist besonders stark, weil es auf zwei Probleme unterschiedlicher Art antwortet: Einerseits schafft es bezahlbaren Wohnraum, der in Berlin sehr knapp und vor allem für Geflüchtete nahezu unerschwinglich ist. Gleichzeitig wirkt es der Trennung von Neuankommenden und Einheimischen aktiv entgegen. Es schafft einen Raum zur Inklusion innerhalb der Stadtgesellschaft, dessen Gestaltungsmöglichkeiten kreativ und vielfältig genutzt werden. Dennoch versteht sich das *Refugio* eher als Zwischenstation: Die Mietverträge sind auf 12 bis 18 Monate befristet. Diese Zeit dient Neuankommenden dazu, in der neuen Umgebung Fuß zu fassen. Danach suchen sich die Bewohner_innen einen eigenen Wohnraum.

Das Zusammenwohnen funktioniert ähnlich wie in Wohngemeinschaften oder Studentenwohnheimen. Auf fünf Etagen mit 33 Zimmern wohnen 40 Personen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen. Die Hälfte der Bewohner_innen sind Alteingesessene, die andere Hälfte bilden Geflüchtete. In jedem Stockwerk befindet sich ein Gemeinschaftsbereich mit Küche, wo ab und zu gemeinsam gekocht wird. Neben den Zimmern gibt es im Gebäude auch eine Wohnung, die von einer Familie bewohnt wird. Besucher_innen sind immer willkommen und können

für einige Tage in den Gästezimmern übernachten. Bei der Entscheidung, wer neu ins *Refugio* einzieht, wird sowohl die Leitung als auch die betreffende Etage mit einbezogen. Die Bewohner_innen lernen die neue Person kennen und beide Seiten entscheiden gemeinsam, ob sie sich ein Zusammenleben vorstellen können. Der rechtliche Status der Geflüchteten spielt laut Projektleitung für die Einzugsentscheidung keine Rolle.

Nicht nur gemeinschaftliches Wohnen, sondern besonders die gegenseitige Förderung von Talenten und Fähigkeiten steht im *Refugio* im Vordergrund. Damit soll den Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Die Grundbedingung, um ins *Refugio* einziehen zu können, ist die Bereitschaft mitzuhelfen – im Haus sowie außerhalb. Mitarbeiten können die Bewohner_innen beispielsweise im Café des *Refugio* oder im Cateringbetrieb des Hauses. Konferenzetage, Saal, Café und Dach werden für Konferenzen, Seminare und Events vermietet, aber auch für die eigenen Workshops des *Sharehauses* genutzt. Regelmäßig werden Kurse von internationalen Köch_innen angeboten, und im Café haben Bewohner_innen die Möglichkeit, zum Barista ausgebildet zu werden. Doch nicht nur Kaffee wird zubereitet, sondern auch Essen. Von einem Bewohner stammt die relativ neue Idee, dieses mit dem Lastenfahrrad auch auf Berliner Straßen zu verkaufen. Diese Initiative entspricht dem Ansatz des Projekts, keine expliziten Arbeitsstellen im Haus zu schaffen, dafür jedoch Bewohner_innen beim Aufbau eines eigenen kleinen Unternehmens zu unterstützen. Um an Ideen zu arbeiten und diese umzusetzen, bilden sich Arbeitsgruppen. Beim Bau einer Küche finden sich beispielsweise interessierte Menschen zusammen, die Lust haben, im gastronomischen Bereich mitzuwirken oder bereits entsprechende Erfahrung mitbringen. Auf diese Weise entstehen neue Geschäftszweige, wie zum Beispiel die Schulungsküche, die von im Haus geschulten syrischen Cater_innen und von anderen Kund_innen und Initiativen genutzt wird.

Dass Entscheidungen nicht immer basisdemokratisch getroffen werden können, begründet der Leiter des Projekts, Sven Lager, damit, dass häufig schnell und effizient eine Lösung gefunden werden muss. Die Einbindung aller in alltägliche Entscheidungen wäre ihm zufolge eher eine Belastung für die Bewohner_innen, da neben Studium, Arbeit und der Mitarbeit im *Refugio* wenig Zeit bleibt. Um die Bereiche Verwaltung, Leitung und Café zu sichern, gibt es vier Vollzeitstellen. Außerdem bietet das Café zusätzlich noch ein paar Minijobs. Zwar bringen die Bewohner_innen viel Wissen und Talente mit, trotz allem fehlt zum Teil fachliche Unterstützung, beispielsweise bei unternehmerischen oder rechtlichen Fragen.

Das langfristige Ziel des *Refugios* ist es, ein gewinnbringendes Unternehmen zu sein, das sich finanziell selbst trägt. Mit dieser Perspektive werden heute bereits soziale Unternehmen vor Ort etabliert und Events organisiert. Dafür wurde das *Sharehaus Refugio* der *Berliner Stadtmission* im Juni 2016 von

der *KfW-Stiftung* als Soziales Unternehmen mit dem Sonderpreis der Jury ausgezeichnet. Neben den Einnahmen aus Café und Events sind die Mieten eine weitere Einnahmequelle. Für Neuankommende werden diese häufig vom *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)*, dem JobCenter oder dem Sozialamt übernommen. Das *Refugio* finanziert sich darüber hinaus vom Budget der *Berliner Stadtmission* und durch Spenden. Um Gelder für Renovierungsarbeiten im Haus zu sammeln, haben die Bewohner_innen zudem eine Crowdfunding-Kampagne in Berlin gestartet.

Das *Refugio* möchte nicht nur Wohnraum bieten, sondern Anlaufort sein für alle, die an dem Konzept *Gemeinschaft und gemeinschaftliches Wohnen* interessiert sind. Auf Kommunikation, Partizipation und regelmäßigen Austausch wird viel Wert gelegt. Regelmäßig finden Tanzabende statt, aber darüber hinaus gibt es vielfältige Gelegenheiten zu Begegnung, Austausch und Lernen. Auf dem Dach des Gebäudes ist in Kooperation mit einer Gruppe der *Technischen Universität Berlin* und der Initiative *Über den Tellerrand e.V.* ein Garten geplant worden. Einer der Räume wird als Werkstatt von der Initiative *Rückenwind e.V.* genutzt, die zusammen mit Geflüchteten Fahrräder repariert. Als Möglichkeit zum Deutschlernen findet im *Refugio* regelmäßig das Sprachcafé statt. Dieses ist kostenlos und einige Nachbar_innen beteiligen sich daran. Gelernt wird ganz einfach durch Konversation, nicht zuletzt, damit alle miteinander ins Gespräch kommen.

Mittlerweile ist das *Refugio* bei vielen Berliner_innen bekannt, einerseits durch diverse Berichte in den Medien, aber auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Da viele Bewohner_innen in Notunterkünften arbeiten, werden die Informationen zum Projekt dorthin weitergetragen und erreichen viele Geflüchtete. Die Stimmung im Haus und im Café ist respektvoll und gleichzeitig familiär. Das Projekt befindet sich in ständigem Wandel und wächst an neuen Ideen und Möglichkeiten.

Gemeinde Golzow

Ein schrumpfendes Dorf im Oderbruch bittet Geflüchtete, in die Gemeinde zu ziehen, verringert dadurch die Abwanderung und erhält die Grundschule.

Ort: Golzow
Gründung: 2015
Mitarbeitende: Ortsgemeinschaft
Finanzierung: Amt Golzow
Website: www.amt-golzow.de, www.schule-golzow.de

Vinzenz Hokema

Golzow, einem Dorf im brandenburgischen Oderbruch mit 850 Einwohner_innen, macht der Strukturwandel zu schaffen. Der öffentliche Personennahverkehr ist eingeschränkt, vor zehn Jahren wurde die Oberschule vom Dorf in die nahegelegene Kreisstadt verlegt, die Ärzt_innen im Dorf gehen nach und nach in Rente, der Milchbauernhof schloss 2016 und immer mehr Jobs gehen verloren. Viele wandern ab. Die Gemeinde nimmt das jedoch nicht kampflos hin. Sie sucht aktiv nach neuen Bewohner_innen, pflegt ihr Dorfleben und ihre Feste und will die Bahnanbindung und die ärztliche Versorgung ausbauen.

Als eine wachsende Zahl von Geflüchteten nach Deutschland kam, sah Bürgermeister Frank Schütz das als eine Chance, der Entwicklung im Dorf entgegenzuwirken. Geflüchtete sollten nach Golzow kommen. Damit sollte einerseits ein humanitärer Beitrag geleistet, andererseits sollten neue Einwohner_innen gewonnen werden. Als dann im März 2015 das Schulamt ankündigte, mangels Anmeldungen käme keine erste Klasse in der Golzower Grundschule zustande, kam ein weiterer Grund hinzu: Golzow braucht Kinder. Schütz fuhr in die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Eisenhüttenstadt und machte Familien mit einschulungsfähigen Kindern ausfindig. Wenig später entschlossen sich zwei Familien mit je einem schulpflichtigen Kind, nach Golzow zu ziehen. Die erste Klasse kam nun dank der beiden Kinder doch noch zustande.

Die Initiative des Bürgermeisters stieß bei den Dorfbewohner_innen auch auf Gegenwind. Durch die gebotene Eile wurden die Golzower_innen von dieser Entwicklung etwas »überfahren«, so Schütz. Der Landrat drängte auf eine Bürger_innenversammlung. Hier wurde einige Kritik an der Asylpolitik laut. Schütz zufolge kamen die schrillsten Meinungen nicht von Golzower_innen, doch auch von ihnen gab es Ablehnung. Themen waren dabei Sorgen bezüglich der gerechten Versorgung mit Ressourcen und Unterstützungsleistungen. Einige schienen eine Bevorzugung der Geflüchteten zu befürchten. Zur Zer-

streuung dieser Ängste trugen mehrere Faktoren bei: einerseits persönliche Gespräche des Bürgermeisters mit Bürger_innen und andererseits der direkte Kontakt der Bürger_innen zu den geflüchteten Familien. Die Neu-Golzower_innen brachten sich in das Dorfleben ein, beteiligten sich aktiv in der Nachbarschaft und auch die sprachliche Verständigung wurde mithilfe ehrenamtlicher Deutschkurse und der nachfolgenden Integrationskurse zunehmend einfacher. Im Januar 2016 zog eine weitere geflüchtete Familie nach Golzow, auch sie wurde problemlos Teil der Gemeinde.

Das schlagkräftigste Argument, um Alteingesessene zu überzeugen, war, dass die Geflüchteten und das Dorf aufeinander angewiesen sind. Die Schule kann nur mit den neu hinzugekommenen Schüler_innen weiter existieren. Zwar gab es auch im Lehrer_innenkollegium Zweifel, wie man mit den Sprachbarrieren und eventuellen Traumatisierungen umgehen sollte; es nicht anzugehen, schien jedoch keine Option. Die beiden Kinder wurden von Beginn an voll in den Unterricht integriert und erhielten zusätzlich Deutschunterricht, finanziert vom Ortsverein *Golzower für Golzow*. Nach neun Monaten hatte keines mehr Schwierigkeiten, sich verständlich zu machen. Das Klassenziel werden sie »mit Bravour« erreichen, so Grundschulleiterin Gabriela Thomas. Positiv sei gewesen, die Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung einzugliedern, wenn alle Kinder sich gleichermaßen in einer völlig neuen Lebenssituation befinden. Trotzdem blieben Hänseleien unter den Kindern nicht aus. Um dem zu begegnen, wurde im Hort eine Wochenbesprechung eingeführt, bei der die Kinder und Lehrenden sich über Konflikte austauschen können. In den oberen Klassen wurde auf den Zuzug mit einer Themenwoche zum Islam reagiert. Dabei waren nicht nur die Grundlagen Thema, sondern beispielsweise auch das Kopftuch Anlass, um allgemein über Kleidung und körperliche Freizügigkeit nachzudenken. Der Islam bot hier Gelegenheit zu einer tiefer gehenden Selbstreflexion und das vermeintlich Fremde wurde weniger eindimensional bewertet und exotisiert.

Obwohl der Zuzug der drei Familien als Erfolg bewertet wird, ist klar, dass die Aufnahmebereitschaft in Golzow nur eine überschaubare Zahl von Menschen umfasst. Einen großen Zustrom von Geflüchteten lehnt das Dorf ab. Das zeigte sich im September 2015, als die Landesregierung plante, in der Turnhalle des Ortes eine Notunterkunft für 150 alleinreisende Geflüchtete einzurichten. Bürgermeister Schütz, die Gemeindeversammlung, die Golzower Alteingesessenen und auch die bereits hier wohnenden Geflüchteten sprachen sich dagegen aus. Schütz argumentiert, das Dorf könne eine so große Zahl von Menschen nicht integrieren, das sei eine Überforderung: »Hier gibt es keine Strukturen, die 150 Menschen beschäftigen, der Sportverein ist ein Feierabendsportverein. Die sitzen dann in einer engen Halle, wo sonst nichts drumherum ist, da wäre der Ärger vorprogrammiert.« Die Gemeindevertretung bat

die Amtsverwaltung, die Pläne zurückzunehmen – die Notunterkunft kam nicht zustande.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Zuzug von weiteren Geflüchteten generell abgelehnt wird. Die Gemeinde bot dem Land im Gegenteil noch einmal an, schrittweise Geflüchtete aufzunehmen. Der Bürgermeister sucht nach einer passenden Familie, ideal wäre ein Arzt oder eine Ärztin, als Nachfolger_in der örtlichen Praxis. Der Ort sucht nach Lösungen für alle ihn betreffenden Probleme gleichzeitig: Ein Ende der Abwanderung, eine Schule im Ort, Verkehrsanbindung und ärztliche Versorgung. In diesem Sinne ist es eindeutig kein Helfersyndrom der Bewohner_innen, das hinter der partiellen Offenheit gegenüber dem Zuzug von Geflüchteten steckt, sondern eher der Wunsch, eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten zu erzeugen.

Von der Initiative profitieren proaktive, gebildete Geflüchtete enorm, die schnell als Gewinn für das Dorf erkennbar werden. Offen bleibt jedoch, was mit weniger proaktiven, weniger gebildeten oder stärker traumatisierten Menschen passiert, die sich nicht so ohne weiteres in ein ihnen fremdes Dorfleben integrieren können. Darauf gibt die Anwerbung von Neubürger_innen in Golzow noch keine Antwort. Der Ort geht allerdings den ersten Schritt, überhaupt Geflüchtete im ländlichen Raum zu integrieren. Die Nachbardörfer zögern, diesen Weg ebenfalls zu gehen, dort scheinen die Vorbehalte gegen Migration noch zu groß. Hat dort das treibende Moment der Schule und damit ein eigener Bedarf gefehlt? Klar ist: Die Erinnerung an die eigene Fluchtgeschichte des Dorfes nach dem Zweiten Weltkrieg und die zukunftsorientierte Verteidigung des ländlichen Lebensstils bringen Golzow dazu, Geflüchtete nicht als Belastung zu sehen, sondern als Potenzial.

Queere Unterkunft Berlin

LSBTI*-Geflüchtete erleben vermehrt homo- und trans*-phobe Diskriminierung und Misshandlung in Geflüchtetenunterkünften, zusätzlich sind viele von ihnen stark traumatisiert. Eine Unterkunft ausschließlich für LSBTI*-Geflüchtete, die vom Berliner Senat finanziert und von der Schwulenberatung Berlin betrieben wird, bietet einen geschützten Raum und ein vielfältiges Beratungsangebot für die Bewohner_innen.

Ort: Berlin
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 11 Hauptamtliche
Finanzierung: Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo), Berliner Schwulenberatung
Website: www.facebook.com/queereUnterkunft.treptow

Vinzenz Hokema

Die *Schwulenberatung Berlin* hat im Februar 2016 die *Queere Unterkunft* eröffnet, um lesbische, schwule, bi-, trans*- und inter*- (LSBTI*-)Geflüchtete unterzubringen, die in Not- und Gemeinschaftsunterkünften bedroht werden. Tatsächlich werden viele LSBTI*-Geflüchtete in ihren Unterkünften diskriminiert und angegriffen; wer die Erfahrung nicht gemacht hat, hat zumindest Angst davor. Es kommt zu Beschimpfungen, Körperverletzungen und Todesdrohungen. Zusätzlich dazu stellen LSBTI*-Geflüchtete eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar, weil viele in den Heimatländern langjähriger Diskriminierung ausgesetzt waren und alte Traumatisierungen sowie besondere medizinische Bedarfe haben. Dieser rechtliche Status wird ihnen zumindest in Berlin seit Neuestem zuerkannt, bleibt ihnen aber in anderen Bundesländern meist verwehrt.

Um diesen besonderen Bedarfen zu begegnen, setzte sich die *Schwulenberatung Berlin* 2014 das Ziel, ihr Angebot für Geflüchtete auszuweiten, Unterbringung anzubieten und generell LSBTI*-freundliche Strukturen für Geflüchtete aufzubauen. Nachdem eine Anlaufstelle für LSBTI*-Geflüchtete in der *Schwulenberatung Berlin* eingerichtet wurde, versuchte sie, die Stadtverwaltung von der Notwendigkeit einer geschützten Unterkunft zu überzeugen. Nach dem krisenhaften Sommer 2015 und wachsendem Druck durch immer neue Übergriffe mietete das *Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* schließlich im Februar 2016 einen Neubau in Berlin-Treptow an und verpflichtete die *Schwulenberatung Berlin* als Betreiberin. Ende Februar 2016 konnten die ersten 15 Geflüchteten einziehen, seither füllt sich die Unterkunft schrittweise auf die maximale Kapazität von 122 Personen. Um auch die Per-

sonen beraten zu können, die nicht in der *Queeren Unterkunft* leben, richtete die *Schwulenberatung Berlin* im September 2016 die Fachstelle für LSBTI*-Geflüchtete ein.

Bei der *Queeren Unterkunft* in Treptow handelt es sich gleichzeitig um eine Not- und Gemeinschaftsunterkunft. In der Notunterkunft wohnen Geflüchtete, die in den ersten sechs Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland einer Heimpflicht unterliegen und dort voll verpflegt werden. Danach können sie in die Gemeinschaftsunterkunft im selben Haus umziehen, erhalten einen verminderten Sozialhilfesatz und verpflegen sich selbst. Durch diese Doppelstruktur können Geflüchtete vom ersten Tag nach der Registrierung in Berlin in diese Unterkunft einziehen. Die ersten Personen konnten von dort auch schon in eigene Wohnungen umziehen.

Die *Queere Unterkunft* verfügt über eine Mensa und Aufenthaltsräume, zusätzlich wird ein breites Betreuungsangebot aufgebaut: Es gibt psychosoziale Einzel- und Gruppenangebote, ärztliche Versorgung und rechtliche Beratung für Asyl- und Verfahrensfragen. Aufgrund der besonderen Zielgruppe ist der Betreuungsschlüssel höher als üblich. Alle Beschäftigten und Ehrenamtlichen sind selbst LSBTI* und haben teilweise ebenfalls eine Migrations- oder Fluchtgeschichte. So soll ein sicherer Raum geschaffen werden. Die Ehrenamtlichen übernehmen den Küchendienst, geben Deutschkurse und sind eine Brücke in allgemeinere Szenestrukturen wie einen LSBTI*-Sportverein.

Die *Queere Unterkunft* ist weltweit einzigartig. Es gibt zwar Wohnprojekte für LSBTI*-Geflüchtete, allerdings nicht staatlich gefördert und in dieser Größe. In Nürnberg existiert ein kleines Wohnprojekt, die geringen Finanzmittel des Trägervereins ermöglichen jedoch kein großes Zentrum. Berlin ist ein Testballon für viele große Städte in Deutschland: Wenn es in Berlin gelingt, werden andere Städte folgen, hofft der Abteilungsleiter der *Schwulenberatung Berlin*, Stephan Jäkel.

Das Projekt profitiert von der Erfahrung und Größe der *Schwulenberatung Berlin*. Sie kann das Personal, das Wissen, die Finanzmittel und die Professionalität bereitstellen, um den besonderen Anforderungen wie dem Betreuungsschlüssel, den Sprachbarrieren und den starken Traumatisierungen zu begegnen. Sie ist in der Lage, in Vorleistung zu gehen, wenn die staatlichen Gelder erst spät überwiesen werden, was nicht selten vorkommt. Die verschiedenen Projekte der *Schwulenberatung Berlin* können mit der *Queeren Unterkunft* Synergien bilden. Zum Beispiel mit der Integrationsküche, in der einer der Geflüchteten ein Praktikum macht und welche die Mensa der Unterkunft beliefert, oder mit dem Psychologen, der sich die Stunden zwischen der allgemeinen Beratung und der Beratung von Geflüchteten aufteilt. Die etablierten Kontakte der Schwulenberatung begünstigen die fortlaufende Sensibilisierung, Supervision und Selbstreflexion. Ebenso wurden gezielt migrantische Mitarbeiter_innen für die Unterkunft eingestellt, um die Zielgruppe auch im

Personal abzubilden. Dieses vielfältige Team nutzt Jäkel für Gespräche, um das Konzept für die Unterkunft immer wieder zu hinterfragen und anzupassen.

Die Arbeit mit Geflüchteten ist ein selbstverständlicher Teil der übrigen Angebote der *Schwulenberatung Berlin* geworden. Jäkel erklärt, dass es überall »der gleiche Kampf ist, den wir führen«; die Homo- und Trans*-Phobie, die unter Geflüchteten verbreitet ist, existiere auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Das sorge für eine sehr hohe Identifikation der Mitarbeiter_innen und Ehrenamtlichen mit den Geflüchteten.

Die *Queere Unterkunft* sieht sich jedoch auch Schwierigkeiten gegenüber, die zumeist mit der allgemeinen Diskriminierung von LSBTI* zusammenhängen. So war die Suche nach einer Immobilie enorm schwierig: Die Unterkunft musste in den Innenstadtbezirken entstehen, damit eine gefühlte Sicherheit im Wohnumfeld wachsen kann. Denn Geflüchtete sind in einigen Berliner Bezirken doppelt bedroht. Sie müssen einerseits Angst vor rassistischen Übergriffen haben, und andererseits vor Homo- und Trans*-Phobie. Die Unterkunft ist zusätzlich stark auf Ehrenamtliche aus der innerstädtischen LSBTI*-Community angewiesen und muss für diese erreichbar bleiben.

Doch während der Schutzraum innerhalb der Unterkunft oft große persönliche Freiheit ermöglicht, besteht Homo- und Trans*-Phobie außerhalb weiter fort. Einerseits darf der Familien- und Freundeskreis oftmals nicht erfahren, dass die Bewohner_innen LSBTI* sind. Andererseits sind insbesondere Beratungs- und Übersetzungssituationen betroffen. Immer wieder geschieht es, dass LSBTI*-Geflüchtete bei Terminen und der Anhörung im Asylprozess beschimpft werden oder Sprachmittler_innen eine Übersetzung verweigern. Häufig bleibt dann keine andere Lösung, als einen Zugang zu den wenigen Fachpersonen und Ehrenamtlichen zu suchen, die selbst LSBTI* sind und im günstigsten Fall selbst Migrationserfahrungen haben. Die in Kapitel 3 vorgestellte Asylverfahrensberatung für LSBTI* versucht hier zu vermitteln.

Ein Grundproblem betrifft nicht nur die Unterkunft, sondern LSBTI*-Geflüchtete generell: Die Asylanträge von Bürger_innen sogenannter sicherer Drittstaaten werden oft innerhalb von drei Wochen nach Einreise abgelehnt. Wer nicht innerhalb von 14 Tagen nach Ablehnung dagegen klagt, kann nicht in Deutschland bleiben. In vielen dieser Herkunftsländer werden LSBTI* jedoch verfolgt. Zusammen ergebe sich de facto eine Verweigerung des Asylrechts für diese LSBTI*-Geflüchteten, so Jäkel.

Trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten ist die *Queere Unterkunft* ein enormer Erfolg, erzählt Stephan Jäkel weiter: »Wenn wir die Neuaufnahmen machen, wissen wir sehr schnell, warum wir das machen. Weil die Erleichterung so wahnsinnig spürbar ist, weil es für viele der erste Ort ist, wo sie offen schwul, lesbisch oder trans* sein dürfen.«

Staudenhof Potsdam

Zentrales Wohnen auf Zeit: In einem Plattenbau im Zentrum Potsdams leben Geflüchtete und Alteingesessene Tür an Tür. Dem Gebäude wird damit ein Treffpunkt zum Austausch und gemeinsamen Lernen geschenkt.

Ort: Potsdam
Gründung: 2014
Mitarbeitende: circa 2 Vollzeitstellen und Ehrenamtliche
Finanzierung: Stadt Potsdam, *ProPotsdam*
Website: www.staudenhof-potsdam.de/taetigkeitsberichte.html

Vinzenz Hokema

Der *Staudenhof* ist ein betagter Plattenbau im Potsdamer Stadtzentrum mit insgesamt 184 Wohnungen, direkt neben Nikolaikirche und der *Fachhochschule Potsdam (FHP)*. Seit Juni 2014 leben hier Geflüchtete und Nichtgeflüchtete zusammen. Die Stadt Potsdam hat nach und nach 30 frei werdende Wohnungen angemietet, die sich jeweils zwei bis drei Geflüchtete teilen. Das Gebäude ist damit Teil der Strategie der Landeshauptstadt, die etwa 2000 Geflüchteten in Potsdam möglichst dezentral unterzubringen. Im Wohnungsverbund *Staudenhof* werden die maximal 85 Bewohner_innen vom *Verein Soziale Stadt Potsdam* betreut. Im Erdgeschoss befinden sich ein Veranstaltungsraum, ein von Bewohner_innen und anderen Potsdamer_innen liebevoll gestalteter Begegnungsraum mit Küche, Sitzecke und Kinderbereich, ein Beratungsraum und zwei Büroräume, in denen die Heimleiterin Christine Vermehren und die Sozialarbeiter_innen arbeiten. Der Trägerverein *Soziale Stadt Potsdam* ist eng mit der Wohnungsbaugesellschaft *ProPotsdam* verbunden und betreibt in der Landeshauptstadt ein weiteres Wohnprojekt für Geflüchtete sowie zwei Quartiersmanagementhäuser.

Ziel des Projekts ist die Unterbringung von Geflüchteten nach deren Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie ihre Beratung und Betreuung im Alltag. Der Wohnungsverbund *Staudenhof* versteht sich als Zwischenstation auf dem Weg in ein unabhängiges Leben in Deutschland, in der die Bewohner_innen das »Fliegen lernen« sollen, so Vermehren. Die meisten bleiben 6 bis 12 Monate, aber auch nach dem Auszug in eine eigene Wohnung halten viele den Kontakt und bringen sich weiter ein. Neben der Organisation der Wohnungen und sozialarbeiterischen Aufgaben bietet der Verein eine Reihe von Aktivitäten an. Viel Initiative geht von der benachbarten Fachhochschule aus, die gezielt eine AG Flüchtlinge gründete, um bestehende Projekte weiterzuentwickeln. Der Bereich zwischen Staudenhof und Fachhochschule wurde

in Zusammenarbeit mit FH-Studierenden bepflanzt und seither gepflegt – wofür die Stadt Potsdam dem Projekt 2015 den *Sonderpreis Nachbarschaft* verlieh. Ebenfalls in Kooperation mit der *FHP* werden gespendete Fahrräder fahrtauglich gemacht und stehen zum Verleih zur Verfügung. Außerdem werden in den Räumen Feste wie Weihnachten und das Zuckerfest gefeiert, es finden Kunstprojekte statt, Bewohner_innen halten Vorträge und kochen gemeinsam. Die verschiedenen Aktionen laufen meist in Kooperation mit anderen Projekten für Geflüchtete, etwa mit dem Frauen-Wohnprojekt des Trägervereins. Für Vermehren steht bei diesen Aktivitäten das Empowerment der Bewohner_innen im Vordergrund. Angebote sollen nicht übergestülpt, sondern zunehmend auch selbst organisiert werden.

Der Wohnungsverbund *Staudenhof* hat sich als neuer Begegnungsort etabliert, was sich auch in den Berichten der Lokalpresse widerspiegelt. Die Initiative verdankt ihren Erfolg mehreren Faktoren: Zunächst ist sie mit diversen Akteuren in Potsdam vernetzt, etwa dem *Quartiersmanagement*, der *FHP*, sozialen Einrichtungen, dem JobCenter oder dem *BAMF*. Durch die Vernetzung können viele Aufgaben schneller erledigt und gute Ideen verbreitet werden – viele Geflüchtete stellen etwa der Heimleiterin eine Vollmacht für JobCenter-Angelegenheiten aus, mit deren Hilfe sich viele Fragen telefonisch klären lassen. So entfallen einige Behördentermine mit Übersetzungsbedarf.

Der *Staudenhof* profitiert zusätzlich von der zentralen Lage und den Räumlichkeiten. Das Projekt ist sehr bekannt und für Potsdamer Geflüchtete und Ehrenamtliche gut erreichbar. Es kann für Workshops und als Treffpunkt genutzt werden und verfügt über W-LAN, das für die Kommunikation der Geflüchteten sehr wichtig ist. Die Durchmischung von Bewohner_innen mit und ohne Fluchthintergrund im Haus sorgt dafür, dass persönliche Beziehungen und Nachbarschaftshilfe entstehen. Die Anfangszeit verlief nicht nur friedlich, doch es blieb bei verbalen Ausfällen; mittlerweile ist Normalität eingezogen. Schließlich ist die Infrastruktur des *Staudenhofs* in alltäglichen Belangen durchaus hilfreich für die Nachbar_innen. Der Verein beschleunigt etwa Reparaturen im Gebäude, die Concierge kann in ihrer Loge in der Eingangshalle Pakete entgegennehmen und steht als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Für Probleme sorgen bei der Arbeit des *Staudenhofs* die bescheidenen Geldmittel, denn eine langfristige Finanzierung ist nicht in Aussicht. Dadurch kann nicht genug Personal eingestellt werden: Für die Bewohner_innen stehen derzeit nur 1,5 Sozialarbeiter_innen zur Verfügung. Der Betreuungsschlüssel ist damit noch vergleichsweise großzügig, reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Grundsätzlich fehlen Menschen, die Ideen und Konzepte entwickeln und Anträge vorbereiten können. Ein Folgeproblem des Personalmangels ist auch, dass weniger Anträge auf Geldmittel gestellt werden können – ein Teufelskreis. Dazu kommen kurze Vertragslaufzeiten zwischen Stadt und Träger, sie wurden zuletzt im Juni 2016

bis Dezember 2017 verlängert. Auch die Arbeitsverträge können unter diesen Bedingungen nur mit kurzen Laufzeiten geschlossen werden. Eine langfristige Perspektive ist jedoch schon deshalb nicht möglich, weil das Gebäude im Jahr 2022 abgerissen werden soll, um den historischen Stadtkern wiederherzustellen.

Besonders Personal mit zusätzlichen Sprachkenntnissen wäre wichtig. Derzeit spricht das Team Arabisch, Russisch, Englisch und Französisch. Für alle anderen behelfen sich die Mitarbeiter_innen mit Sprachmittler_innen. Für Dari, Paschtu und Tigrinya fehlen letztere leider weitgehend. Mit den zusätzlichen Stellen könnte auch die Wohnungssuche für die Geflüchteten besser unterstützt werden, ebenso die Begleitung im Asylprozess und im Umgang mit Ämtern. Generell wünscht sich Vermehren auch Beratung für junge Eltern, Sexual- und Gesundheitsberatung sowie psychosoziale Betreuung in den Muttersprachen der Geflüchteten.

Der Personalmangel führt auch dazu, dass der *Staudenhof* bereits um 18 Uhr schließen muss, obwohl die Räumlichkeiten und der Bedarf für ein weiteres Programm am Abend existieren. Das Team wird ab September 2016 immerhin von einem Bundesfreiwilligen unterstützt. Unverzichtbar für das Gelingen des Projekts ist das persönliche Engagement des Teams. Vermehren weist darauf hin, dass die Mitarbeiter_innen hier oft mehr geben, als gezahlt wird, und zuverlässig die Initiative ergreifen. Ebenso hilft ihre Fähigkeit zu improvisieren: Das Team hat gelernt, unter schwierigen Gegebenheiten zu arbeiten. Zur Versorgung tragen weiterhin viele Ehrenamtliche bei, die Sprachmittlung, Sprachförderung in Kleingruppen, Kunstprojekte und sogar Jobvermittlung anbieten. So hat ein Ehrenamtlicher binnen eines Jahres zehn Arbeits- und Ausbildungsplätze an Bewohner_innen vermittelt.

Der *Staudenhof* ist trotz der beschriebenen Hindernisse ein wichtiger Bezugspunkt für Geflüchtete in Potsdam und lebt vor, wie gemeinsames Wohnen von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund gestaltet werden kann. Hier werden Wege gefunden, sozialarbeiterische und ehrenamtliche Arbeit auch unter schwierigen Bedingungen erfolgreich umzusetzen.

AG Wohnen des Xenion Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.

Die Initiative schaltet sich in die schwierige Suche und Vermittlung von Wohnungen für beziehungsweise an Geflüchtete ein und überbrückt damit die bürokratische Leerstelle zwischen Behörden und Ehrenamt.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: Ehrenamt, Spenden
Website: www.xenion.org/angebote/ag-wohnen

Vinzenz Hokema

Die *AG Wohnen* ist eine Gruppe von fünf Ehrenamtlichen, die seit 2015 den Verein *Xenion Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.* dabei unterstützt, Wohnungen für die Klient_innen des Vereins zu finden. Der Verein bietet seit 30 Jahren Traumatherapie und psychosoziale Beratung für Geflüchtete an und ist eine bekannte Adresse in der Berliner Arbeit mit Geflüchteten. Die Therapieerfolge wurden jedoch in den letzten Jahren zunehmend von der belastenden Wohnsituation vieler Klient_innen eingeschränkt. Viele leben in großen Unterkünften mit wenig Privatsphäre und ohne Rückzugsraum. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass diejenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden oder eine Duldung haben, ihre Mietangebote vom *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* prüfen lassen müssen. Die Behörde ist jedoch im Umgang mit der hohen Zahl von Geflüchteten überfordert. Erschwerend kommt hinzu, dass der Berliner Wohnungsmarkt zunehmend umkämpfter wird.

Um die Situation zu entspannen, beauftragte das *LAGeSo* das *Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF)* damit, die Mietberatungen für Geflüchtete durchzuführen und ihre Anträge entgegenzunehmen. Um über das *EJF* eine Wohnung zu erhalten, ist ein mehrstufiger Prozess vorgesehen. Nach der Registrierung erfolgt zunächst eine Mietberatung, bei der Geflüchtete Mietangebote vorlegen, die sie auf dem freien Markt gefunden haben. Dabei gibt es Auflagen zu überprüfen: Die Wohnungsgröße muss angemessen sein; Miet- und Heizkosten pro Person sind mit komplizierten Berechnungsmethoden festgelegt. Im Falle einer Bewilligung werden die Geflüchteten in einer zweiten Mietberatung über Rechte und Pflichten auf dem Mietmarkt aufgeklärt. Die Auszahlung von Kaution und Mitteln zur Erstausstattung der Wohnung findet

dann bei einem weiteren Termin am *LAGeSo* statt. Aufgrund der Überlastung am *EJF* und *LAGeSo* entstehen für jeden dieser Termine wochenlange Wartezeiten, weshalb sich diese Prozedur häufig über Monate hinzieht. Vermieter geben die Wohnung deswegen oft schon weiter, bevor diese Schritte durchlaufen werden. Viele Geflüchtete bleiben so über Monate oder Jahre in überfüllten Gemeinschaftsunterkünften, obwohl sie längst in eigene Wohnungen ziehen dürften. Auch das *EJF* ist aufgrund eines zu geringen Personalschlüssels mit der Aufgabe überfordert, die Wohnungssuche der Geflüchteten effektiver und zügiger zu organisieren.

Die *AG Wohnen* erkannte 2015 diese Problemlage und setzte sich zum Ziel, Geflüchteten die Wohnungssuche zu erleichtern. Sie verschaffte sich einen Überblick über die komplexe Bürokratie und baute Netzwerke zu anderen Initiativen auf, die sich mit der Wohnsituation von Geflüchteten beschäftigen. Außerdem nahm sie Kontakt zum *EJF* auf und wurde von diesem in den bürokratischen Abläufen geschult. Die *AG Wohnen* positioniert sich damit an der entscheidenden Schnittstelle zwischen staatlichen Behörden und Klient_innen und Ehrenamtlichen von *Xenion* und anderen Initiativen. Sie entlastet damit beide Seiten. Ihre Mitarbeiter_innen übernehmen die Zusammenarbeit mit dem *EJF* sowie die Prüfung und das Einreichen des Mietangebots. Sie sind Ansprechpartner_innen für die Klient_innen und Ehrenamtlichen, bieten bei Schwierigkeiten Beratung an und achten schließlich darauf, dass alle Bemessungsgrenzen eingehalten und die Anträge vollständig sind. Die Unterlagen werden dann von den Initiativen an das *EJF* weitergeleitet, das sie nur noch prüfen und absegnen muss.

Das *EJF* kann dadurch mehr Fälle bearbeiten, die Registrierung sowie der erste Beratungstermin können entfallen und den Geflüchteten werden wochenlange Wartezeiten erspart. Ein weiterer Erfolg der Initiativen ist, dass die Miete neuerdings ab der Einreichung beim *EJF* rückwirkend gezahlt wird. Das führt dazu, dass den Geflüchteten kaum noch Wohnungen verloren gehen. Die *AG Wohnen* konnte also einerseits praktische Lösungen für die komplizierte Wohnungssuche von Geflüchteten erarbeiten und ein Netzwerk von Initiativen aufbauen, die nun effektiver beraten können. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem *EJF* ist es andererseits gelungen, Einfluss auf die bürokratischen Prozesse zu nehmen und strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Auch die Kooperation mit Hausverwaltungen und Eigentümer_innen von Wohnungen funktioniert gut. Die Ehrenamtlichen von *Xenion* berichten, dass sich aus ihrer Erfahrung viele Wohnungsanbieter_innen freuen, wenn sich jemand des Themas annimmt. Das zeigte sich auch an den vielen Rückmeldungen auf ein von *Xenion* gesendetes Rundschreiben zur Ermittlung von verfügbarem Wohnraum.

Das große Engagement von Initiativen wie der *AG Wohnen* führt jedoch zu einem unerwünschten Nebeneffekt: Die Initiativen haben es zwar geschafft,

den Engpass im *EJF* teilweise zu entschärfen. Dort werden jetzt allerdings nur noch besonders schutzbedürftige Menschen beraten – alle anderen müssen sich entweder über eine der Initiativen Unterstützung holen oder sind mit der Aufgabe auf sich allein gestellt. Die Behörden hatten zusätzlich vorgeschlagen, eine Kooperation mit den Initiativen zu schließen, die dann dafür verantwortlich wären, die Eignung der Wohnung und die Echtheit der Dokumente zu prüfen. Die *AG Wohnen* lehnte das ab, da sie nicht will, dass diese staatliche Aufgabe auf Ehrenamtliche übertragen wird.

Solche und andere politische Forderungen sind ein weiterer Grund für die Vernetzung mit anderen Initiativen. Ziel ist es, langfristig eine unkomplizierte staatliche Versorgung von Geflüchteten einzufordern. Dann würde die *AG Wohnen* nur noch beim Ankommen und dem nachbarschaftlichen Miteinander unterstützen und nicht mehr die Bürokratie auffangen müssen, so Sarah Müller von der *AG Wohnen*. Auch jetzt gelingt es schon einigen Geflüchteten, trotz der bürokratischen Hürden auch ohne Unterstützung, eine Wohnung über *LAGeSo*-Leistungen zu beziehen. *Xenion* wünscht sich, dass die Schritte zur eigenen Wohnung zu gelangen noch deutlich einfacher werden, denn erst dann kann wirkliche Entspannung einsetzen und das Ankommen im neuen Lebensumfeld in den Fokus rücken. »Ich freue mich persönlich auf den Tag, wenn mal eine Wohnung einfach so vermittelt wird, ohne dass irgendwo noch ein Problem auftaucht«, sagt Bea Fünfrocken, ehrenamtliche Mitarbeiterin bei *Xenion*. Wenn sie nicht länger die bürokratischen Schwierigkeiten auffangen müssten, könnten sie sich zukünftig noch mehr dem gegenseitigen Kennenlernen und nachbarschaftlichen Miteinander zuwenden.

Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Frankfurt (Oder) bekämpft die Abwanderung, indem gezielt Geflüchtete in den Wohnungsmarkt und die sozialen Netzwerke der Stadt integriert werden. Gleichzeitig wird die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der lokalen Unternehmen gefördert, um eine ernstgemeinte, menschenwürdige Integration zu betreiben.

Ort: Frankfurt (Oder)
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 72 Hauptamtliche
Finanzierung: WOWI; Website: www.wowi-ffo.de

Vinzenz Hokema

Frankfurt (Oder) hat ein Abwanderungsproblem. Seit der Wiedervereinigung haben 30.000 Einwohner_innen die Stadt verlassen. Das hat zu einem dramatischen Stadtumbau geführt: Das Wohnungsunternehmen der Stadt, die *Wohnungswirtschaft (WOWI) Frankfurt (Oder) GmbH*, reißt seit der Jahrtausendwende kontinuierlich überflüssigen Wohnraum ab. Als 2015 die Zahlen der Neuankommenden in Deutschland stark anstieg, fehlte es deutschlandweit in vielen Gebieten an Wohnraum, weswegen viele Geflüchtete häufig für lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften lebten. In Frankfurt (Oder) wurden diese beiden Entwicklungen zusammen gedacht: Die *WOWI* ist bislang deutschlandweit das einzige Wohnungsunternehmen, das sich systematisch für Mieter_innen öffnet, die im Asylprozess stecken.

Ziel der *WOWI*-Herangehensweise ist es, der Stadt einen Entwicklungsschub zu ermöglichen und die neuen Bewohner_innen, auch nachdem die Residenzpflicht erloschen ist, als Neubürger_innen zu halten. Dafür ist neben der Stadtverwaltung ein großes und engmaschiges Netzwerk aus Unternehmen, Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen aktiv. Der Leerstand der freien Wohnungen soll gesenkt und der Arbeitsmarkt verbessert werden. Den Geflüchteten soll es außerdem erleichtert werden, eine individuelle Bindung zur Stadt aufzubauen. Kurzum – das Bleiben soll attraktiver werden als ein Umzug in wirtschaftsstärkere Ballungsräume. Deshalb hat die Stadt sich mit der *WOWI* zum Ziel gesetzt, möglichst viele Menschen, die noch im Asylverfahren sind, in reguläre Mietverhältnisse zu bringen. Sie sollen gleichmäßig verteilt im Gesamtbestand des Wohnungsunternehmens wohnen und nicht konzentriert in wenigen Gebäuden. So soll das Prinzip einer dezentralen und integrativen Unterbringung umgesetzt werden.

Unabhängig von ihrem Anerkennungsstatus soll es Geflüchteten ermöglicht werden, in ihren Wohnungen zu bleiben. Dafür haben die *WOWI* und die

Stadt im April 2015 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Bis zu 250 Asylsuchende können bei der *WOWI* eine Wohnung anmieten und haben als Mieter_innen alle Rechte und Pflichten. Um das Angebot auszuweiten, wurde im Oktober 2015 zusätzlich ein Generalmietvertrag zwischen der Stadt und der *WOWI* getroffen, so dass insgesamt 100 Wohnungen zur Verfügung stehen. Hier ist die Stadt Mieterin und nicht die Geflüchteten selbst. Sie besorgt die Vermittlung an die Bewohner_innen und die Ausstattung. Wer das Asylverfahren abgeschlossen hat, kann in der Wohnung bleiben und den Mietvertrag übernehmen; die *WOWI* nimmt dann eine andere freie Wohnung in den Generalmietvertrag auf. Durch die beiden Programme können gleichzeitig bis zu 500 Asylsuchende bei der *WOWI* wohnen, neben all jenen, die inzwischen einen Status haben und in den *WOWI*-Wohnungen geblieben sind.

Die *WOWI* ist sich bewusst, dass es sich um ein großes Vorhaben handelt und wendet viel Energie auf, um es zu meistern. So wurden in Kooperation mit anderen Stellen erstens spezielle Beratungs- und Begleitungsangebote geschaffen, um die Geflüchteten, die nach Maßgabe des Asylgesetzes während der ersten drei bis sechs Monate grundsätzlich in der Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt (Oder) leben, auf das Wohnen in Deutschland vorzubereiten. Themen sind hier etwa Lüften und Beheizen der Wohnung, Müllregelungen und Alltagsregelungen der Nachbarschaft. Bei der Wohnungssuche, Übergabe und den ersten Schritten in der eigenen Wohnung werden sie von ehrenamtlichen Sprachmittler_innen unterstützt. Letztere wurden in einem Lots_innenprogramm der *WOWI* eigens ausgebildet und sind mehrsprachig.

Die *WOWI* und die Stadtverwaltung haben sich zweitens einer internen interkulturellen Öffnung verschrieben. Dafür nahmen alle Angestellten mit Kundenkontakt, das heißt Hausmeister_innen ebenso wie Beamt_innen, an speziellen Seminaren teil. Zusätzlich wurden wichtige Dokumente übersetzt. Die *WOWI* bekam aufgrund dieser Herangehensweise 2015 den *Sonderpreis Integration* des Brandenburgischen Ausbildungspreises verliehen.

Drittens wirbt die *WOWI* bei den Alteingesessenen offensiv für eine interkulturelle Öffnung und die Akzeptanz des Rechts auf Asyl. Sie nutzt die Mieterzeitung, Anschreiben, Aushänge und hat eine Infohotline für alle Arten von Nachfragen eingerichtet. Die klare Positionierung für das Menschenrecht auf Asyl und gegen Rassismus sowie die vielfachen Informations- und Gesprächsrunden seien absolut notwendig, so die Sozialmanagerin der *WOWI*, Milena Manns.

Viertens haben alle relevanten Stellen in Frankfurt ihre Vernetzung vertieft: *WOWI*, Stadtverwaltung, JobCenter, Ausländerbehörde, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen, religiöse Vereinigungen und Arbeitgeberverbände haben ein Netzwerk mit etwa 50 Knotenpunkten aufgebaut, um auf die Bedürfnisse der Geflüchteten unkompliziert und schnell reagieren zu können.

Dem Vorhaben der *WOWI* half, dass die interkulturelle Öffnung schon begonnen hatte, als 2015 plötzlich alles ganz schnell gehen musste. Die Konzepte zur Inklusion von Migrant_innen lagen bereits vor. Ebenso wichtig war, dass die Stadtverantwortlichen sich schnell einig waren, dass das Recht auf Asyl proaktiv umgesetzt und die Geflüchteten zum Bleiben motiviert werden sollen. Selbst die AfD-Fraktion, immerhin drittstärkste Partei in Frankfurt (Oder), trug die Programme schlussendlich mit und sammelt inzwischen Spenden für Geflüchtete. Die Inklusion von Geflüchteten ist eine Querschnittsaufgabe, für deren Gelingen alle Stellen in der Stadt mitziehen müssen.

Auch die offene und sehr ausführliche Kommunikation mit den Alteingesessenen spielt für diesen Prozess eine tragende Rolle: »Sonst würde es nicht funktionieren«, sagt Milena Manns. Denn neben der nachbarschaftlichen Hilfe und dem großen Engagement von Vereinen gibt es auch offenen Rassismus. In den Häusern der *WOWI* gab es im Jahr 2015 bereits einen gewaltsamen, rassistisch motivierten Übergriff. Trotzdem: Die Offenheit der *WOWI* gegenüber Geflüchteten hat sich in Brandenburg bereits herumgesprochen. Viele, die im Umland einen Aufenthaltsstatus bekommen haben, ziehen hierher, allein im Sommer 2016 waren es 37 Personen. Die Stadt hofft, dass etwa die Hälfte der Geflüchteten in Frankfurt (Oder) bleiben wird. Die Abwanderungsproblematik kann die Stadtverwaltung allein damit jedoch keineswegs auffangen.

Momentan kosten die Inklusionsprogramme die *WOWI* mehr Geld, als durch zusätzliche Mieten eingenommen wird. Das Unternehmen ist allerdings in der Lage und willens, die Kosten aus Hausmitteln zu stemmen, da es die Aufgabe offenbar jenseits von Profitinteressen umfassend angehen möchte. Es geht um die Frankfurter Stadtentwicklung, und das nimmt die Stadt mit der *WOWI* zum Anlass, sich aktiv für einen gesamtdeutschen Prozess in der Immigrationsgesellschaft einzusetzen, indem sie die interkulturelle Öffnung vor Ort voran treibt. Eine vermeintliche Belastung wird hier zu einer Chance für die Stadt.

Gesundheitsförderung, psychosoziale Beratung und Traumabewältigung

Menschen, die von einem auf den anderen Tag nahezu alle Ankerpunkte in ihrem Leben verlieren, müssen sich auf eine langwierige, anstrengende und lebensgefährliche Reise ins Ungewisse begeben. Während der Flucht rücken viele Belastungen, Krankheiten oder Beschwerden in den Hintergrund und treten erst dann wieder ans Tageslicht, wenn das eigene Leben das Gefühl von Sicherheit und erste Ruhephasen zulässt.

Bei der obligatorischen Erstanamnese, kurz nach Ankunft im neuen Land, kommen die Geflüchteten zum ersten Mal mit dem hiesigen Gesundheitssystem in Berührung. Gerade im Spätsommer 2015 erlaubte die hohe Anzahl der Neuangekommenen nur wenig Zeit pro Patient_in für diese kurze ärztliche Untersuchung. Bedarfe werden so seltener erkannt, Krankheiten nicht rechtzeitig genug behandelt und Überweisungen an Fachärzt_innen, also in die sogenannte Regelversorgung, nicht ausgestellt. In vielen Bundesländern gibt es außerdem große Probleme in der Abrechnung der jeweiligen Behandlungen, etwa, weil die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete noch gar nicht eingeführt wurde oder es den Kommunen freigestellt ist, diese herauszugeben.

Die Projekte und Vereine, die auf den folgenden Seiten exemplarisch vorgestellt werden, setzen an verschiedenen Problemstellungen und Hürden an, die vor allem in den ersten Wochen nach Ankunft, aber auch in den folgenden Monaten und Jahren auftreten. In Psychosozialen Zentren (PSZ) werden Beratungs-, Sozialarbeits- und Therapieangebote an einem Ort gebündelt zur Verfügung gestellt. Mit dem PSZ des Trägervereins *Mosaik Leipzig* wird im Folgenden eines der jüngsten Zentren mit raschem Wachstum vorgestellt.

Die Konstanzer *Ipso gGmbH* nutzt ihre jahrzehntelange Expertise im Aufbau von virtuellen Beratungsstrukturen im Ausland. Sie baut ihr Angebot *Ipso-care* nun auch in Deutschland auf. Nicht immer können Geflüchtete ohne weiteres die Räumlichkeiten von Beratungszentren erreichen oder haben Internetzugang. Dieser Hürde begegnet *Omega Graz*, indem kurzerhand viele der Beratungs- und einige Behandlungsangebote mit einem mobilen Team in die Unterkünfte gebracht werden. Welche Blickwinkel die Beratungsarbeit in einer Kleinstadt bekommen kann, zeigt das Beispiel von *Frauen helfen Frauen*, einem Verein in Beckum. Die Vereinsfrauen nutzen ihr gesamtes Wissen und stellen es im Rahmen einer innerhalb kürzester Zeit entwickelten Fortbildung zur Verfügung. Dass es bei all diesen Tätigkeiten viel Vernetzungsarbeit bedarf, wird besonders am *Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen* in Hannover sichtbar. Unter dessen Dach befindet sich ein PSZ. Darüber hinaus geht es auch

um die Verknüpfung von Sprachmittler_innen, Ärzt_innen und Therapeut_innen und der Zielgruppe, um Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten zu realisieren und zu organisieren und damit umfassend einen Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen.

Mosaik Leipzig – Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.

In Leipzig wird von einem jungen Verein 2015 das erste Psychosoziale Zentrum Sachsens aufgebaut. Mit viel Engagement wurde innerhalb kurzer Zeit ein professionelles und den Bedarfen entsprechendes Angebot geschaffen.

Ort: Leipzig
Gründung: 2013
Mitarbeitende: 10 Hauptamtliche
Finanzierung: staatliche und private Gelder
Website: www.mosaik-leipzig.de

Rasmus Geßner

Geringes politisches und öffentliches Interesse haben in Sachsen lange Zeit den Aufbau von Psychosozialen Beratungszentren (PSZ) für Geflüchtete verhindert. Zwar gab es einzelne Projekte zur psychosozialen Betreuung über den Sächsischen Flüchtlingsrat. Diese konnten aufgrund fehlender finanzieller Mittel allerdings nicht verstetigt werden. »Noch 2014 waren psychosoziale Angebote für Geflüchtete für die meisten Landkreise in Sachsen kein Thema«, sagt Janko Kunze, Vorstandsmitglied von Mosaik. »Es wurden nur 100 bis 200 Geflüchtete pro Jahr in Unterkünften untergebracht, sodass für die Landkreise keine Notwendigkeit zur Einrichtung besonderer Institutionen bestand.« Sachsen war zu diesem Zeitpunkt das einzige Bundesland, in welchem noch kein PSZ etabliert war.

Ein solches Zentrum bündelt die Kompetenzen verschiedener Professionen wie Psycholog_innen, Sozialpädagog_innen oder Übersetzer_innen an einem Ort. Geflüchtete mit psychischen Belastungen, unter anderem als Folge von traumatischen Erlebnissen im Heimatland oder während der Flucht, werden hier in ihrem Heilungsprozess beraten und unterstützt. Die Angebote sind für die Geflüchteten kostenfrei und auf Wunsch anonym wahrnehmbar. Für Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige sind die Zentren Anlaufstellen für Informationen und Fortbildungen. Ein Psychosoziales Zentrum vernetzt sich häufig mit der bestehenden Regelversorgung, vermittelt Klient_innen weiter und wird auch politisch aktiv, indem es sich für die Belange seiner Klient_innen einsetzt.

Was nach einem sehr sinnvollen Konzept klingt, benötigte in Sachsen viel Engagement, Arbeitszeit und nicht zuletzt eine Vereinsgründung: Janko Kunze ist Vorstandsmitglied des Trägervereins *Mosaik Leipzig – Kompetenzzentrum*

für transkulturelle Dialoge e.V. Der Verein wurde im Oktober 2013 mit dem Ziel gegründet, professionelle Beratungsangebote insbesondere für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund anzubieten. Die acht Gründungsmitglieder kannten sich bereits vorher aus unterschiedlichen beruflichen Kontexten im Bereich der Migrationsarbeit. 2014 konnte der Verein zunächst eine *Migrationsberatungsstelle für erwachsene Zuwanderer* etablieren, die vom *Bundesministerium des Innern* finanziert wird. Knapp zwei Jahre nach Gründung des Trägervereins *Mosaik Leipzig* konnte im August 2015 auch die sachsenweit erste psychosoziale Beratungsstelle für Geflüchtete ihre Arbeit aufnehmen, vorerst als Projekt und befristet bis zum 31.12.2015. Um die psychosoziale Beratungsstelle finanzieren zu können, beantragte *Mosaik Leipzig e.V.* Gelder vom Sozialamt der Stadt. Schon vor der Vereinsgründung bestanden zu diesem gute Arbeitskontakte, die nun erfolgreich genutzt werden konnten.

Derzeit werden über 70 Personen behandelt, mehr als 90 stehen auf der Warteliste. Die hohe Nachfrage seitens der Geflüchteten zeigt, wie notwendig die niedrigschwellige und basale Arbeit des Vereins derzeit ist, sowohl regional als auch landesweit. Die gute regionale Vernetzung erleichtert eine nachhaltige Arbeitsweise und hat das Angebot schnell und umfassend bei der Zielgruppe bekannt gemacht: »Dadurch, dass es ein solches Angebot noch gar nicht gab, sprach sich die Einrichtung des *Psychosozialen Zentrums Leipzig* in den Gemeinschaftsunterkünften schnell herum«, berichtet Nadine Renkel, Mitarbeiterin des *PSZ Leipzig*. Neben Arbeitsgruppen der Beratungsstellen und Sozialarbeiter_innen vor Ort werden Kontakte auch über E-Mail-Verteiler und eine Regionalkonferenz geknüpft und gepflegt. Die Konferenz mit dem Titel »Die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen in Sachsen – Möglichkeiten der Etablierung adäquater Behandlungsangebote« wurde von 150 Fachkräften besucht. Das Interesse an dieser von *Mosaik Leipzig* am 29. September 2015 organisierten und durchgeführten Veranstaltung verdeutlicht auch auf gesellschaftlicher Ebene den bestehenden Bedarf. Gleichzeitig bestätigt die Konferenz, dass hier eine fundamentale Bedarfslücke bearbeitet wird.

Trotz der vergleichsweise kurzen Laufzeit deuteten sich schon während des Beratungs-Projekts erste Effekte an: Auf der praktischen Ebene wurden Therapeut_innen für die Zusammenarbeit mit Sprachmittler_innen sensibilisiert. Auf politischer Ebene zeigten die Stadt Leipzig und auch das Land Sachsen durch die Übernahme eines wesentlichen Teils der Kosten, dass Notwendigkeiten erkannt werden und dementsprechend gehandelt wird.

Nach Auslaufen des Projekts am 31.12.2015 wurde eine Weiterführung und Vergrößerung des Angebotes geplant, da die Nachfrage seitens der Klient_innen und der Fachkräfte vom Projekt nicht gedeckt werden konnte. »Es gab in dem Bereich sachsenweit kein Angebot, das heißt, man muss auch überlegen, wie man in diesem Fall in die Fläche geht«, so Janko Kunze. Der Verein entwickelte ein Konzept, das die psychosozialen Bedürfnisse von Geflüchteten,

Fachkräften und Ehrenamtlichen mit einem dreiteiligen Angebot auffangen möchte: Erstens mit einer Erstversorgungsstelle, die verschiedene Beratungsangebote bereitstellt und eventuelle Weitervermittlungen unterstützt. Zweitens durch eine Netzwerkstelle, die Anfragen von Mitarbeiter_innen aus dem Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich beantwortet und entsprechend der Bedarfe Schulungen konzipiert und durchführt. Darunter fallen auch Schulungen aus dem Bereich Burn-Out-Prävention für Ehrenamtliche. Letztere können sich ebenfalls mit Schulungs- und Fortbildungsanfragen an diese Stelle wenden. Parallel dazu wurde drittens eine Behandlungsstelle etabliert, die einzel- und gruppenpsychotherapeutische mit sozialpädagogischen Angeboten verknüpft und sich gezielt an Personen mit Fluchterfahrungen richtet. Diese Behandlungsstelle ist von den anderen Angeboten räumlich getrennt, um Stigmatisierungen vorzubeugen.

Mithilfe verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen konnten die drei Anlaufstellen des *Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete Leipzig* am 01. April 2016 mit zehn Mitarbeiter_innen vollfinanziert die Arbeit aufnehmen. Als ein nächster Schritt steht der Ausbau des Angebots der einzelnen Stellen auf dem Plan, mit dem mittelfristigen Ziel, durch eine dauerhafte Finanzierung auch die psychosoziale Beratung nachhaltig anbieten zu können. Perspektivisch ist außerdem angedacht, Sprechzeiten außerhalb des Zentrums in Leipzig und den benachbarten Landkreisen anzubieten, um weitere Personen unterstützen zu können.

Innerhalb seines kurzen Bestehens von etwas mehr als zweieinhalb Jahren schloss *Mosaik Leipzig e.V.* mit dem ersten Psychosozialen Zentrum in Sachsen eine große Bedarfslücke. Der Verein konnte das politische Klima beeinflussen und neue Entwicklungen anstoßen: Ein weiteres Behandlungszentrum konnte im September 2016 in Dresden durch die *das Boot gGmbH* eröffnet werden.

Ipso-care

Ein in Afghanistan und Haiti erprobtes Konzept der psychosozialen Online-Beratung wird seit dem Frühjahr 2016 in Deutschland etabliert. Dazu werden Geflüchtete zu Berater_innen ausgebildet, die anderen geflüchteten Personen im persönlichen Gespräch und über ein Online-Video-Portal zur Seite stehen.

Ort: Konstanz
Gründung: 2008
Mitarbeitende: 6 Hauptamtliche
Finanzierung: Spenden, Stiftungen, Auswärtiges Amt, Landesregierung Thüringen
Website: www.ipso-ecare.org und www.ipso-care.com

Rasmus Geßner

Seit 2008 gibt es die gemeinnützige GmbH *Ipso Cultural Context – International psychosocial organisation*. Ihre Gründerin und Geschäftsführerin, die Psychoanalytikerin Inge Missmahl, arbeitet bereits seit 2004 im Bereich der psychosozialen Beratung, bislang in Afghanistan, China, Sri Lanka, Haiti und der Ukraine. Besonders in Afghanistan entwickelten sie und ihr Team, unter anderem gefördert vom Auswärtigen Amt, erfolgreich Beratungs- und Behandlungsstrukturen.

Im Zuge der steigenden Geflüchtetenzahlen im Jahr 2015 entschieden Missmahl und ihr Team, die entstandene Expertise in der Beratungsarbeit auf Deutschland zu übertragen, wo *Ipso* bislang noch nicht tätig war. Das Konzept musste den neuen interkulturellen Zusammenhängen mit Personen aus unterschiedlichen Ländern angepasst werden. So entstand die Idee, Geflüchtete zu psychosozialen Berater_innen auszubilden, die ihrerseits Geflüchtete aus ihrem Kultur- und Sprachkreis über das Online-Angebot *Ipso-care* beraten. In Deutschland gliedert sich die Arbeit von *Ipso* in zwei Bereiche auf: Einerseits in die Ausbildung zum *Counselor* in der *Ipso-Academy*, andererseits in die konkrete Beratungsarbeit in Form von *Ipso-care*. Das Projekt reagiert so in einzigartiger Weise auf zwei gesellschaftliche Herausforderungen: die berufliche Integration von Migrant_innen und die Gewährleistung psychosozialer Beratung in unterschiedlichen Sprachen.

Für die Ausbildung der Berater_innen an der *Ipso-Academy* wurde ein Konzept entworfen, das sich an die Bedingungen in Deutschland anpasst. Eine Besonderheit daran ist, dass ausschließlich Menschen mit Migrationsgeschichte ausgebildet werden. Ähnliche oder sogar geteilte sprachliche und kulturelle Bezugsrahmen erleichtern die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis und können Missverständnissen vorbeugen. Die einjährige Vollzeit-

ausbildung zum *Counselor in psychosozialer Beratung* beinhaltet eine umfassende Schulung in psychosozialer Arbeit. An eine dreimonatige Präsenzphase schließt sich eine neunmonatige Praxisphase an, in der die künftigen Berater_innen neben Blockseminaren und wöchentlichen Sitzungen bei Kooperationspartnern vor Ort erste Gespräche durchführen, die auf die spätere Tätigkeit als Online-Berater_in vorbereiten.

Die Basis für die Ausbildung ist ein Schulungskonzept, das Inge Missmahl im Laufe ihrer Tätigkeit in Afghanistan erarbeitet und weiterentwickelt hat. Voraussetzung für eine Teilnahme ist entweder ein Studium in Psychologie, Medizin, Sozialarbeit oder Pädagogik oder Berufserfahrung im sozialen Bereich. Neben guten Englisch- und Deutschkenntnissen wird ein Interesse an kulturvermittelnder Arbeit verlangt – *Ipso-care* legt Wert auf Empathie und Verständnis in der Arbeit mit den Klient_innen. Die gemeinsame Sprache und die geteilte Migrationserfahrung spielen daher bei diesem Ansatz eine wichtige Rolle. Ziel der Beratungsarbeit ist es, die Klient_innen bei einer selbstbestimmten Lebensgestaltung zu unterstützen.

2016 wurden in Berlin insgesamt 40 Menschen mit Migrations- beziehungsweise Fluchthintergrund ausgebildet, die im Mai 2017 ihre Ausbildung abschließen und dann als Berater_innen arbeiten werden. Parallel dazu wird auch in Erfurt eine solche Ausbildung mit 30 Geflüchteten aufgebaut. Die Berliner Ausbildung wird getragen von privaten Spender_innen und Stiftungen, das Projekt in Erfurt durch eine Initiative der Landesregierung Thüringens. Bis Ende 2016 befanden sich 70 Personen in der Ausbildung an der Ipso-Academy. Im Januar 2017 wurden 24 weitere Plätze in Hamburg vergeben. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist dabei direkt abhängig von den finanziellen Mitteln, die der *Ipso gGmbH* als Trägerin zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsweise der Beratung ist leicht verständlich: Personen mit Beratungsbedarf melden sich auf der Homepage von *Ipso-care* an. Sie können dabei aus sieben verfügbaren Sprachen wählen. Auf der klar strukturierten Startseite haben Beratungssuchende die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Sie können sich entweder sofort mit einer beratenden Person verbinden lassen oder vor der Interaktion mit der Berater_in einen Fragebogen ausfüllen. Letzteres ermöglicht der beratenden Person vor dem Gespräch einen ersten Einblick in das Anliegen. Derzeit ist das Angebot täglich für acht Stunden verfügbar. Auf eine Verfügbarkeit rund um die Uhr und sieben Tage in der Woche wird hingearbeitet, dafür fehlt bislang allerdings die finanzielle Grundlage. Klient_innen werden daher hauptsächlich nach vorheriger Terminabsprache online beraten.

Ipso nutzt für die elektronische Beratung in Deutschland das Video-Beratungssystem eines Lübecker Unternehmens. Es werden verschlüsselte Direktverbindungen, sogenannte Peer-to-peer-Verbindungen, zwischen den Computern der beteiligten Personen hergestellt. Hierfür ist keine zusätzliche Software nötig. Neben einem Video- und Audiostream sind ein Chat und die

Übertragung von Patientendaten möglich. Die Online-Beratung ersetzt selbstredend keine Psychotherapie und auch keine Sozialberatung: »Wir siedeln uns zwischen Sozialsystem und Gesundheitssystem an. Medizin und Psychotherapie auf der einen, Sozialarbeit auf der anderen Seite«, erklärt Inge Missmahl und verdeutlicht, dass es vorrangig um das Abbauen bürokratischer Hürden und die Gewährleistung eines niedrigschwelligen Beratungsangebots für Geflüchtete geht. Personen, bei denen ein Therapiebedarf erkannt wird, werden in einem zweiten Schritt durch die Mitarbeiter_innen an niedergelassene Ärzt_innen und Therapeut_innen weitervermittelt. In den Städten, in denen die Berater_innen von *Ipso-care* tätig sind, werden dafür zurzeit Netzwerke zum Fachpersonal der verschiedenen Richtungen aufgebaut. Dabei wird versucht, auf bestehende Kooperationen und die Expertise etablierter medizinischer Einrichtungen zurückzugreifen und mit diesen in Kontakt zu treten.

Ziel ist für *Ipso-care*, wie für viele andere Projekte auch, eine Verstetigung der Finanzierung. Aufgrund der Nische, die im Projekt bearbeitet wird, sei es allerdings mühsam, Planungssicherheit herzustellen, so Inge Missmahl. Derzeit werden beide Bereiche, die Ausbildung und das Beratungsangebot, mit Jahresfinanzierungen getragen. Zukünftig soll das Online-Beratungsangebot auch für Personen in den jeweiligen Heimatländern angeboten werden. Die Ausbildung dient darüber hinaus auch Menschen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren und auf diesem Weg ihrer Community etwas zurückgeben können, weil sie neben der psychosozialen Arbeit den Ansatz weitertragen. Perspektivisch wird außerdem die Schaffung eines professionellen, persönlichen Beratungsangebots angestrebt.

Omega

Gewachsene Strukturen zahlen sich aus: Ein Verein steht seit 20 Jahren in Graz und dem umgebenden Bundesland Steiermark auf zahlreichen Ebenen Geflüchteten und Migrant_innen zur Seite.

Ort: Graz
Gründung: 1995
Mitarbeitende: 42 Hauptamtliche
Finanzierung: Mittel von EU-, Bundes- und Landesebene, Stadt Graz
Website: www.omega-graz.at

Rasmus Geßner

Omega leistet seit 1995 Integrations- und Gesundheitsarbeit in Graz und im Umland, wobei die Gesundheitsarbeit im Vordergrund steht. Bewegung, Ernährung und seelische Gesundheit sind die Schwerpunkte. Auf letztere legt das Ärzt_innen- und Therapieteam bei einer ersten Untersuchung besonderes Augenmerk. Aufgrund der stark gestiegenen Anzahl an Geflüchteten, die in die eher ländliche Steiermark gekommen sind – etwa 11.000 Personen im Jahr 2015 – geht es nach dem Sicherstellen des Zugangs zu Nahrung und Unterkunft um das schnelle Erkennen von Stabilisierungsbedarf, also um die Suche nach Krisenzeichen oder Traumatisierungssymptomen.

Omega ist vor Ort in 14 Unterkünften präsent und deckt dabei auch Häuser im ländlichen Bereich ab. Als mobile Sprechstunde fährt ein Team aus Psychiater_innen, Integrationsassistent_innen, Krankenpfleger_innen, Hebammen und Psycholog_innen regelmäßig in die Unterkünfte. Die Arbeit eines Psychosozialen Zentrums wird so fachlich im Team gebündelt und an den Bedarfsort gebracht. Diese Sprechstunden finden je nach Bedarf mehrmals wöchentlich statt. Die Teams arbeiten auch auf Anfrage von Einrichtungen. Jede von *Omega* betreute Gruppe von Geflüchteten erhält eine zwölfstündige Psychoedukation, die die Gruppenmitglieder über die Unterschiede von psychischer und physischer Gesundheit aufklärt, Beratungsangebote näherbringt und einen ersten Überblick über das österreichische Gesundheitssystem gibt.

Auch über ärztliche Überweisungen bekommen Geflüchtete Kontakt zu *Omega*. In den Grazer Räumlichkeiten des Vereins stehen zusätzlich zur psychosozialen Beratung und Therapie weitere Angebote zur Verfügung: Neben Psychoedukation für Frauen bietet der Verein hier auch Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere, Beratung für Folteropfer, Unterstützung für junge Geflüchtete und niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote für Geflüch-

tete. So können Frauen und Männer beispielsweise über Yogagruppen und Fußballteams die Arbeit kennenlernen.

Omega berücksichtigt bewusst die Tatsache, dass im Sozialisationsprozess unterschiedliche Vorstellungen von medizinischer Behandlung vermittelt worden sein können. Es sei wichtig, das Konzept von Psychotherapie und psychischer Gesundheit bekannt zu machen und zu zeigen, dass Menschen bei seelischen Leiden Unterstützung erhalten können. Die Folgen von Traumatisierungen, etwa Depressionen oder Schlafstörungen, werden oft stigmatisiert und außerdem nicht mit seelischer Gesundheit in Verbindung gebracht. Um dem Aufklärungsbedarf Rechnung zu tragen, kann *Omega* auf einen großen Pool von 160 Dolmetscher_innen zurückgreifen, die in über 50 verschiedenen Sprachräumen zu Hause sind. Neben den Sprachmittler_innen bringt auch die Hälfte des Teams von *Omega* Migrationserfahrungen mit.

Insbesondere im Bereich der Traumabewältigung greift der Verein auf Erfahrungen zurück, die zu Gründungszeiten während der Balkankriege mit Geflüchteten gemacht wurden. Omega vernetzte sich in die Kriegsregion, um vor Ort mit Akteuren im Gesundheitsbereich Konzepte für dortige Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Mittlerweile ist das Netzwerk auf die Kaukasusländer angewachsen, und auch in Israel und Palästina bestehen ähnliche Strukturen. Weitere Netzwerke bestehen lokal mit der Stadt Graz. In Zusammenarbeit entstanden hier Unterstützungsstrukturen für Personen ohne Krankenversicherung. Über die Stammorganisation *IPPNW* gibt es enge Kontakte zu Partnern in Schweden, den Niederlanden, Deutschland und Griechenland sowie in jüngerer Zeit nach Osteuropa.

Im Jahr 2015 wurden 1.608 Klient_innen in 7.565 Kontakten von *Omega* betreut; 1.526 der Personen waren keine EU-Bürger_innen. Etwas mehr als ein Drittel der Kontakte, gut 2.800, fand in Unterkünften statt. Diese Zahlen machen es unmöglich, dass alle Personen mit Behandlungsbedarf erreicht und adäquat versorgt werden. Notgedrungen kann pro sozialer Gruppe, beispielsweise pro Familie, zunächst nur eine Person stabilisiert werden. Häufig sind es Frauen, denen die Sorgerolle zugeschrieben wird, und die als Multiplikatoren das Angebot und die Unterstützung von *Omega* in ihre Bezugsgruppen tragen.

Bei *Omega* wird die gesamte Vereinsarbeit über Projekte finanziert. Dies hat auf der einen Seite den Vorteil, dass bei entsprechender Antragsbewilligung viele Problemstellungen und Bereiche gleichzeitig bearbeitet werden können. Auf der anderen Seite bedeutet dies das Abstellen wesentlicher Arbeitszeit für das Verfassen von Anträgen und Projektberichten. Das Gründungsmitglied und derzeitiger Geschäftsführer von Omega, Emir Kuljuh, berichtet: »Mit einem so großen Team von derzeit 42 Personen können wir verschiedene Bedürfnisse erreichen und verschiedene Projekte umsetzen. Für einen Antrag benötigen wir im Schnitt eine Woche.« Um den Antragsprozess so effizient wie möglich zu gestalten, gibt es mittlerweile ein Team, das sich vorrangig

um Projektanträge und -dokumentation kümmert, fährt Emir Kuljuh fort: »Es ist nicht gut, wenn man das parallel macht, Klientenarbeit, und dazu noch mit Projekten beschäftigt ist. Das merken besonders die Koordinatoren und Projektleiter.«

Durch die Fokussierung auf Projektarbeit kann *Omega* in seinem weiten Radius wirken und auf die Geflüchteten zugehen. Die Zahlen verdeutlichen allerdings auch, dass der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann und politisches Handeln vonnöten ist: »NGOs können keine staatlichen Kompetenzen ersetzen und Integrationsaufgaben nicht ausschließlich von NGOs bewältigt werden«, fasst Emir Kuljuh im Jahresbericht des Vereins von 2015 die Lage zusammen.

Frauen helfen Frauen Beckum e.V.

Durch außergewöhnliches Fundraising und starke lokale und regionale Vernetzung werden kurze, unbürokratische Wege in der Frauenarbeit geebnet. Die neu entstehenden Verbindungen zu Unterstützungseinrichtungen mit Fokus auf Flucht und Migration bieten geflüchteten Frauen und Mädchen die Möglichkeit, solidarische Unterstützung zu erfahren. Gleichzeitig profitiert auch der Verein von der neuen Zielgruppe.

Ort: Beckum
Gründung: 1986
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: öffentliche Gelder, Projektförderung
Website: www.frauenberatung-beckum.de

Rasmus Geßner

Beckum ist eine Stadt mit gut 37.000 Einwohner_innen im Münsterland. Hier gibt es seit 1987 eine Frauenberatungsstelle, die aus einem ehrenamtlichen Frauennotruf heraus entstanden ist. In dieser Beratungsstelle werden Frauen und Mädchen ab 16 Jahren unabhängig und auf Augenhöhe von anderen Frauen unterstützt. Neben Sozial- und Lebensberatung bietet die Beckumer Frauenberatungsstelle auch psychotherapeutische Traumatherapie an und hilft Personen, die sexualisierte Gewalt erleiden mussten. Die Vereinsräume dienen ebenfalls als Schutzraum und Rückzugsort für traumatisierte Klient_innen: Männern ist der Zutritt während der Beratungszeiten ausnahmslos nicht gestattet.

Birgitta Rennefeld, Psychotherapeutin und heutige Leiterin der Beratungsstelle, berichtet, wie es dem Verein mit der Zeit gelang, zunächst über die Stadt und später über das Land Nordrhein-Westfalen Förderungen zu erhalten. Im Zuge der stark gestiegenen Geflüchtetenzahl im Sommer 2015 gab das Bundesland weitere Mittel für die Geflüchtetenhilfe frei, woraufhin sich der Kreis Warendorf, zu dem Beckum gehört, an die Frauenberatungsstelle wandte. Diese hatte bislang nicht dezidiert mit geflüchteten, traumatisierten Frauen und Mädchen gearbeitet und musste sehr schnell reagieren. Hilfreich war, dass die Vorstandsfrau des Vereins gleichzeitig Integrationslotsin in Beckum ist und auf wichtige erste Ansprechpersonen hinweisen konnte.

Der Verein entschloss sich zunächst, das Gespräch mit den beteiligten Institutionen zu suchen. So wurden Personen aus dem JobCenter, der Ausländerbehörde, der Polizei und aus den ehrenamtlichen Organisationen eingeladen und deren Bedarfe erfragt. Schnell kristallisierte sich das Bedürfnis nach einer Fortbildung heraus, die Wissen zur Unterstützung von traumatisierten Frau-

en aus der Beratungs- und Therapiearbeit weitergeben sollte. Aus der Gruppe selbst kam der Impuls, die Fortbildung über institutionelle Grenzen hinweg gemeinsam durchzuführen, berichtet Birgitta Rennefeld. Das wurde erfolgreich ins Konzept übernommen und bewährte sich schnell, da sich die Einrichtungen auf diese Weise unkompliziert vernetzen konnten. In mittlerweile drei Fortbildungen und begleitenden Supervisionen wurden im vergangenen Jahr 60 Personen erreicht.

Die Beratungsarbeit selbst trägt der Vielfalt der betroffenen Frauen Rechnung: 2015 wurden insgesamt 1.819 Beratungsgespräche mit 448 Klientinnen geführt. 159 von ihnen haben Migrationserfahrungen, 98 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Als niedrigschwelliger Einstieg in das Projekt wird für geflüchtete Frauen eine Kleiderbörse angeboten. Hier entstehen beim Kaffee Gespräche, die die Frauen mit dem Angebot der Beratungsstelle vertraut macht. Dieser erste Kontakt führt häufig zu einem späteren Besuch der Beratungsstelle. In diesem Rahmen sind viele Frauen eher bereit, sich zu Konfliktthemen auszutauschen, da sie den Ort als Schutzraum erleben. Die Beratung findet unabhängig vom Aufenthaltsstatus statt und ist immer kostenlos. Solidarität, Wertschätzung und Schutz für betroffene Frauen und Mädchen prägen die Haltung in der Arbeit und werden auch durch die offenen, lichtdurchfluteten und großzügigen Vereinsörtlichkeiten in der Mitte der Beckumer Fußgängerzone spürbar. Diese Lage erleichtert dabei zusätzlich die Sichtbarkeit.

Aus dem Landesmittel-Projekt entstand Ende 2016 in neuen Räumen in der Beckumer Innenstadt das Café Courage. Aus den Erfahrungen der Therapie- und Beratungsarbeit, aber auch aus den Gesprächen in der Kleiderbörse wuchs die Idee eines Treffpunkts von Frauen für Frauen, in dem unter anderem eine Tauschbörse, Näh- und Kreativkurse und ein Sprachcafé angeboten werden. Durch einen integrativen Ansatz, der möglichst niedrigschwellig für viele einen ersten Kontakt zu den Angeboten des Vereins darstellt, werden nicht nur geflüchtete Frauen und Mädchen ab 16 Jahren adressiert, sondern auch weitere Bereiche der Vereinsarbeit eingebunden: Empowerment von Menschen mit Behinderungen, Gewaltpräventionsangebote, Selbstbehauptungstrainings oder Yogakurse seien hier nur als Beispiele genannt. »Gewalt ist ein Schwerpunkt bei uns in der Beratungsstelle«, verdeutlicht Traumafachberaterin Marina Völlmecke. Teile der Angebote des Vereins werden außerdem mittels zweier Außenstellen in Oelde und Ahlen ins Umland der Stadt getragen und erreichen so Personen, die ansonsten lange Fahrzeiten bis nach Beckum auf sich nehmen müssten.Das Team des Vereins *Frauen helfen Frauen* besteht aus einem ehrenamtlichen Vorstand und drei Festangestellten mit pädagogischen, therapeutischen und sozialarbeiterischen Schwerpunkten (zwei Frauenberaterinnen mit zusammen anderthalb Stellen und eine Fachkraft gegen sexualisierte Gewalt mit einer halben Stelle). Daneben arbeiten eine spendenfinanzierte Verwaltungskraft mit 15 Wochenstunden im gemeinnüt-

zigen Verein sowie eine weitere Psychotherapeutin mit sechs Wochenstunden, deren Stelle durch Stundenumverteilungen ermöglicht wurde. 2016 wurde der Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt außerdem eine weitere ganze Stelle in Aussicht gestellt, mit der das Land Nordrhein-Westfalen unter anderem nach den Vorfällen von Köln auf den erhöhten Bedarf an psychosozialer Arbeit im Bereich reagierte. Eine Ergänzung der Arbeit bieten auch Yogalehrerinnen, deren Angebot speziell auf traumatisierte Frauen zugeschnitten ist. Insbesondere für die Arbeit mit geflüchteten Frauen hat sich das Angebot einer Körpertraumatherapeutin als sehr sinnvoll herausgestellt. Der Fokus auf den Körper und das eigene Erleben überwindet sprachliche Hürden, ermöglicht gemeinsame Erfahrungen und kann ein Gefühl der Geborgenheit und Sicherheit erzeugen. Eine Herausforderung in der sonstigen Arbeit ist bislang die Übersetzung, da es zum Teil sehr aufwändig sei, in der Region Dolmetscher_innen zu organisieren, wie Birgitta Rennefeld und Marina Völlmecke berichten.

Für das Jahr 2016 ist die finanzielle Situation des Vereins stabil, weshalb eine nachhaltige Fortführung der Projekte möglich erscheint. Der Eigenmittelanteil der Frauenberatungsstelle liegt bei einem knappen Drittel des Gesamthaushalts, zwei Drittel verteilen sich auf den Kreis Warendorf und das Land Nordrhein-Westfalen, welches die Mittel bis 2018 zugesagt hat. Daneben unterstützt NRW mit einer speziellen Projektförderung die Arbeit mit geflüchteten Frauen. Der außergewöhnlich hohe Eigenmittelanteil erklärt sich durch die Sichtbarkeit und Vernetzung des Vereins in lokalen Strukturen, sowie durch diverse Fundraising-Initiativen in der Stadt Beckum und eine weitreichende Zusammenarbeit mit örtlichen Wirtschaftsunternehmen. Mit der Vereinspräsenz bei Feierlichkeiten in der Stadt und in der lokalen Zeitung *Die Glocke* präsentiert sich das Projekt den Beckumer Bürger_innen und hilft, Stereotype abzubauen.

Durch spontanes Setzen eines neuen Fokus, Einbeziehung vieler Akteur_innen und neue Impulse konnten die Vereinsfrauen von *Frauen helfen Frauen e.V.* überzeugend beweisen, dass ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Beckumer Gemeinschaft leistet.

NTFN – Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e.V.

Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e.V. (NTFN) betreibt in Hannover ein Behandlungs- und Beratungszentrum für traumatisierte Geflüchtete. Die angegliederte Netzwerkstelle arbeitet gleichzeitig daran, die psychotherapeutische Regelversorgung für Geflüchtete zugänglich zu machen.

Ort: Hannover
Gründung: 2007
Mitarbeitende: 8 Hauptamtliche, 7 Ehrenamtliche
Finanzierung: Mittel und Projektgelder von UN-Flüchtlingshilfe, Europäischer Fonds, Land Niedersachsen
Website: www.ntfn.de

Rasmus Geßner

Eine Vergleichsstudie im Rahmen eines Projekts vom Europäischen Flüchtlingsfonds kam zu dem Schluss, dass die größte Hürde in der Gesundheitsversorgung im Bereich der psychischen Gesundheit bestünde, berichtet Karin Loos, Geschäftsführerin des *Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e.V. (NTFN)*. Bereits 2004 gab es informelle Vernetzungstreffen der niedersächsischen Abteilung von *Amnesty International*, der *Ärztekammer Niedersachsen* und des *Flüchtlingsrats Niedersachsen* zum Thema medizinische Versorgung von Geflüchteten. Gemeinsam wurde dabei der Handlungsbedarf festgestellt und nach Lösungen gesucht. Um Fördermittel beantragen und Träger eines psychosozialen Beratungszentrums in Niedersachsen werden zu können, wurde schließlich der *NTFN* 2007 in den Räumlichkeiten der *Ärztekammer* gegründet.

Die Arbeit des Vereins ist mittlerweile zweigeteilt. Zum einen geht es um die tatsächliche Beratung und Therapie traumatisierter Geflüchteter, etwa bei posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen oder akuten Krisen; zum anderen um Lobbyarbeit und Vernetzungstätigkeit mit dem Ziel, die medizinische und hauptsächlich psychotherapeutische Regelversorgung auch für geflüchtete Personen zu öffnen.

In den Anfängen des *NTFN* lag der Schwerpunkt auf der Vernetzung. Im Vordergrund stand, in der Traumaarbeit Tätige in Austausch zu bringen, Zugangsbarrieren zu identifizieren und Strategien zu entwickeln, um diese möglichst abzubauen. Insbesondere durch Schulungen und Fortbildungen in Zusammenarbeit mit der *Ärztekammer* und der *Psychotherapeutenkammer*

Niedersachsens zu sozialen, psychischen und somatischen Aspekten von Menschenrechtsverletzungen, Folter und ihren Folgen konnten Hindernisse abgebaut werden. Ein Beispiel hierfür ist die Schulung zur »Therapie zu Dritt«, die die Zusammenarbeit mit Sprachmittler_innen verbessern soll. Günstig war und ist hier die sehr gute Anbindung des *NTFN* insbesondere an die *Ärztekammer*, deren Publikationsorgane und Veranstaltungen bis heute ausgiebig durch das Netzwerk genutzt werden.

Die Auseinandersetzung des *NTFN* mit der Regelversorgung für Geflüchtete ist Zeugnis des politischen Anspruchs an die eigene Arbeit. Denn obwohl die Regelversorgung offiziell alle gesundheitlichen Bedürfnisse von Geflüchteten abdeckt und damit theoretisch bereits geöffnet ist, trifft Karin Loos zufolge das Gegenteil zu. Personen, die nach Deutschland kommen und Behandlungsbedarf haben, stoßen auf vielfältige Hürden und wissen oftmals nicht, an welche Institutionen sie sich wenden können. Doch nicht nur der Zugang ist schwierig. Medizinisches Personal ist oft mit sprachlichen und kulturellen Barrieren überfordert. Dies ist gerade im Bereich der Psychotherapie ein fundamentales Problem. Bislang ist außerdem weiter ungeklärt, wer die Kosten für Sprachmittler_innen übernimmt, die in Therapiesitzungen dolmetschen. »Solange sich die Krankenkassen weigern, Dolmetscherkosten zu übernehmen, ist das für unsere Klienten sehr schwierig«, sagt Karin Loos. Sie verweist auf ein Grundsatzurteil, nach dem Gebärdendolmetscher_innen von den Krankenkassen bezahlt werden. Gleiches müsse auch für Sprachmittler_innen in der Psychotherapie von Geflüchteten erreicht werden.

Ein weiteres zentrales Anliegen des *NTFN* ist die Verbesserung der Früherkennung von Krankheiten bei Neuangekommenen und eine Verbesserung der Gesundheitserstuntersuchung im sogenannten *Friedländer Modell*. Partner wie die Institutsambulanz der Asklepiosklinik in Göttingen, hier insbesondere deren leitender Psychologe Ibrahim Özkan, führen bei Hinweisen des Sozialdienstes die Diagnostik für die Erstaufnahmeeinrichtungen in Friedland und Braunschweig durch. Die entstehenden Abschlussberichte und darin enthaltenen Empfehlungen erhält das *NTFN*, um beispielsweise passende Therapeut_innen in einem Ort anzufragen. Außerdem schult das *NTFN* die beteiligten Ehrenamtlichen etwa im Bereich interkultureller Kompetenzen oder der Arbeit mit traumatisierten Personen. Über die *Ärztekammer* werden Fortbildungen für Ärzt_innen und Therapeut_innen angeboten, die von den Berufsverbänden anerkannt sind. Zudem wird auch Supervision für in der Traumaarbeit Tätige angeboten.

Besonders seit 2015 nimmt neben der Vernetzungsarbeit auch die Beratung und Behandlung in den Räumlichkeiten des *NTFN* eine wachsende Rolle in der Vereinsarbeit ein. Im Jahr 2015 nahmen insgesamt 509 Personen die Beratungs- und Behandlungsangebote wahr. Im August desselben Jahres richtete das *NTFN* eine zusätzliche, offene Sprechstunde ein und reagierte auf

die stark steigende Nachfrage. Hier wurden bis April 2016 249 Geflüchtete registriert, von denen 143 in die weitere Beratungsarbeit aufgenommen werden konnten. 106 geflüchtete Personen wurden seit August 2015 zusätzlich in der offenen Sprechstunde beraten, ohne dass sie als Betreuungsfall aufgenommen wurden. Insgesamt konnte das *NTFN* 2015 im Rahmen seiner Arbeit 652 Personen unterstützen. Kontakt zu den Geflüchteten stellt das *NTFN* einerseits durch eigene Besuche in den Unterkünften her, andererseits nützt dem Verein seine starke Öffentlichkeitsarbeit: Viele Institutionen kennen seine Arbeit und nehmen mittlerweile von sich aus Kontakt auf.

Mithilfe einer pragmatischen Arbeitsweise und gewachsener Netzwerkstrukturen ist es dem *NTFN* möglich, auch dezentral untergebrachten Geflüchteten schnell und umfassend zu helfen und Behandlungsplätze zu organisieren. Die Öffentlichkeitsarbeit auf Konferenzen, Schulungen und Fortbildungen sowie in der Politik verstärkt und erweitert die Netzwerke: Weit über 100 Psychotherapeut_innen und Ärzt_innen, an die Klient_innen landesweit weitervermittelt werden können, hat das *NTFN* heute aufgrund beharrlicher Netzwerkpflege in seiner Kartei.

Eine Vollzeitstelle und eine weitere Teilzeitstelle widmen sich nahezu ausschließlich der Netzwerkarbeit. Ziel ist, dass am Ende Patient_in, Therapeut_in und Sprachmittler_in vor Ort gemeinsam die Arbeit beginnen können und die Kostenfragen nach Asylbewerberleistungsgesetz geklärt sind. Im Team von acht angestellten Personen arbeiten hauptsächlich Psychotherapeut_innen, Sozialpädagog_innen und Sprachmittler_innen im Beratung- und Behandlungsangebot. Sieben Ehrenamtliche unterstützen sie dabei und bieten darüber hinaus Supervision an. Finanziert wird die Arbeit des *NTFN* durch eine Mischfinanzierung aus Projektgeldern der UN-Flüchtlingshilfe, des Europäischen Fonds für Asyl, Migration und Flüchtlinge sowie aus Mitteln des *Landesministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung*, dessen Ministerin gleichzeitig auch Schirmherrin des *NTFN* ist. Seine Arbeit ist aus einem multiprofessionellen Team aus Ärzt_innen, Therapeut_innen und Sozialarbeiter_innen erfolgreich gewachsen und nutzt diese Schnittstelle, um traumatisierte Geflüchtete schnell und umfassend zu unterstützen.

Rechtsberatung und Amtshilfe

Im folgenden Kapitel sollen einige Einrichtungen und Initiativen vorgestellt werden, die sich in der Rechtsberatung für Flüchtlinge, vor allem in der Asylrechts- und Asylverfahrensberatung, besonders hervorgetan haben. Der Bedarf an Rechtsberatung für Geflüchtete ist groß und in vielen Fällen dringend. Sie kann zum Beispiel bei der Beantragung von Sozialleistungen oder dem Asylantrag notwendig werden. Oftmals ist dabei ein komplexes, fallspezifisches Hintergrundwissen notwendig, das von staatlicher Seite nicht ausreichend vermittelt wird. Wer entsprechende Rechtsberatung anbieten darf, ist durch das Rechtsdienstleistungsgesetz festgelegt, das 2008 geändert wurde. Seitdem dürfen auch juristische Laien Beratung in rechtlichen Fragen anbieten, solange sie dabei von Volljurist_innen angeleitet werden. Das machen sich sogenannte *Refugee Law Clinics* zunutze, in denen Studierende in zahlreichen Universitätsstädten ehrenamtlich Asylrechtsberatung für Geflüchtete anbieten. Große Bedarfe an Rechtsberatung bestehen auch in europäischen Grenzgebieten, wie beispielsweise der griechischen Insel Chios, wo die *Refugee Law Clinics Abroad* aktiv werden. Während *law clinics* vornehmlich Einzelfallberatung durchführen, setzen andere Initiativen, wie zum Beispiel *Angehört* in Berlin, auf eine breite Weitergabe von Rechtsinformationen an viele Geflüchtete gleichzeitig. Auch bei ihnen steht vor allem die Vorbereitung auf die Anhörung beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* im Zentrum, die Teil des Asylverfahrens ist. Beachtung verdienen auch Organisationen, die diese Beratung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete anbieten, so zum Beispiel die Asylrechtsberatung der *Schwulenberatung Berlin* im Falle geflüchteter LSBTI*. Aufgrund der oftmals starken Tabuisierung der Fluchtgründe bei LSBTI* erfordert diese Beratung nicht nur spezifisches Fachwissen, sondern auch besonderes Fingerspitzengefühl.

Eine unterschiedliche Gewichtung sprechen die Beratungseinrichtungen ihrem eigenen politischen Engagement zu. Einige sehen sich als reine Beratungsangebote für die Geflüchteten. Der *Kirchenkreis Berlin Stadtmitte* nutzt einen Freiraum und die Strukturen der religiösen Gemeinschaft, um Geflüchteten Asyl zu gewähren. Andere, wie der *Infobus Leipzig* oder die *KuB Berlin*, formulieren öffentlichkeitswirksam konkrete politische Forderungen, die sich aus ihrer Arbeit mit den Geflüchteten ergeben.

Refugee Law Clinic Cologne

Die *Refugee Law Clinic Cologne* (RLCC) ist ein studentisch geführter Verein, der kostenlose Rechtsberatung für Flüchtlinge anbietet und sich zum Ziel gesetzt hat, eine möglichst große Zahl von Ratsuchenden und Beratenden zu vermitteln.

Ort: Köln
Gründung: 2013
Mitarbeitende: 300 Vereinsmitglieder
Finanzierung: Ehrenamt
Website: http://lawcliniccologne.com

Ingmar Schrader

Dreh- und Angelpunkt des Beratungsangebots der *RLCC* ist die offene Sprechstunde, die 14-tägig in einem Flüchtlingsheim in der Kölner Kyffhäuserstraße stattfindet. Dafür wird jeweils für einige Stunden ein Aufenthaltsraum zum Beratungsraum umfunktioniert. Ganz zu Beginn kamen etwa zwei bis drei Ratsuchende pro Sprechstunde, im Laufe der Zeit wurden es deutlich mehr: »Wir führen keine Statistik, aber mittlerweile hat sich der Beratungsbedarf auf ein bewältigbares Mittel von fünf bis zehn Ratsuchenden pro Sprechstunde eingependelt«, erklärt der erste Vereinsvorsitzende, Daniel Diedrichsen. Die meisten Fälle würden nicht sofort gelöst, sondern an freie Berater_innen aus einem Pool von mittlerweile etwa 300 Mitgliedern vermittelt, nach Möglichkeit an Mitglieder, die sich im entsprechenden Themenbereich schon auskennen und so besonders effektiv helfen können.

Das Beratungsangebot reicht von der einfachen Hilfe beim Ausfüllen von Formularen über den Antrag auf Umverteilung, der beispielsweise gestellt werden kann, wenn zwei Eheleute unterschiedliche Wohnorte zugewiesen bekommen, bis hin zu komplexeren Fällen, die dann an einschlägige Anwält_innen weitervermittelt werden. Man hat allerdings beschlossen, den Themenbereich auf Asyl- und Aufenthaltsfragen einzugrenzen, da dies als dringendster Punkt angesehen wird. In einem Interview auf der Website des Landes NRW fasst der ehemalige erste Vorsitzende, Tobias Brings, den Aufgabenbereich folgendermaßen zusammen: »Wir sehen uns keinesfalls als Ersatz für eine anwaltliche Tätigkeit. Vielmehr möchten wir eine Lücke schließen zwischen ›Es ist gar keine Hilfe nötig‹ und ›Der Anwalt muss kommen.‹«

Der Grundstein zum Schließen dieser Lücke wurde im Februar 2013 von zehn Jura-Studierenden der *Universität Köln* gelegt, als diese sich über den Verteiler einer NGO zusammenfanden und nach wenigen Wochen den gemeinnützigen Verein gründeten. Der Initiator Maximilian Oehl wurde von der *Refugee*

Law Clinic Gießen inspiriert, welche als erste *Law Clinic* mit Flüchtlingsspezialisierung in Deutschland gegründet wurde. Ein entscheidender Unterschied zur *RLC* in Gießen, die durch einen Professor initiiert wurde und bis heute von ihm geleitet wird, ist, dass die *RLCC* als studentischer Verein gegründet wurde und bis heute als solcher weitgehend unabhängig von der *Universität Köln* agiert. Das Konzept der *Law Clinic* kommt eigentlich aus dem anglo-amerikanischen Raum, wo Jura-Studierende schon seit längerem kostenlose Rechtsberatung für Menschen mit geringem Einkommen anbieten. In Deutschland hingegen war die Beratung durch Laien bis 2008 per Gesetz verboten. Als Laie galt dabei auch ein Jurastudent, solange er sein Studium noch nicht komplett abgeschlossen hatte. Durch die Gesetzesänderung wurde eine Beratung unter Anleitung von Volljurist_innen ermöglicht. Wie genau diese Anleitung auszusehen hat, ist nicht weiter festgelegt. Diesen Spielraum hat die *RLCC* in besonders produktiver Weise für sich interpretiert. Die gesetzliche Verpflichtung zur Anleitung durch Volljurist_innen erfolgt im Falle der *RLCC* durch einen Beirat, bestehend aus Rechtsanwält_innen, Jura-Dozent_innen sowie einer Psychotherapeutin. Insgesamt sind im Beirat etwa 20 Volljurist_innen, die der *RLCC* ehrenamtlich mit Schulungen und fallbezogenen Beratungen zur Seite stehen. Hier wird deutlich, wie gut es der *RLCC* gelungen ist, sich zu vernetzen und Unterstützer_innen zu gewinnen. Besonderen Wert legt der Verein auf Nachhaltigkeit, und das auf mehreren Ebenen: Zum einen unterzieht sich die *RLCC* seit einigen Monaten einem Restrukturierungsprozess, der darauf abzielt, den studentischen Verein so aufzustellen, dass die Grundstruktur auch bei Personalwechsel erhalten bleiben kann. Dies ist besonders wichtig, da die studentische Ausprägung erfahrungsgemäß eine erhöhte Fluktuation mit sich bringt. Hatten sich die Gründer_innen ihre Aufgaben zuvor noch spontan aufgeteilt, wurde die Vereinsorganisation nun in Ressorts mit festen Zuständigkeiten aufgegliedert, zum Beispiel in die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Schulungsorganisation.

Zum anderen verfolgt man Nachhaltigkeit durch die mittel- bis langfristige Wirkung auf die Mitarbeitenden selbst und hofft, damit positiv in die Gesellschaft auszustrahlen. Pressesprecherin und Mitbegründerin Corinna Ujkasevic dazu:

> »Unsere Berater_innen werden später vielleicht nicht alle Asylrechtsanwält_innen. Aber sie werden zum Beispiel Richter_innen oder Staatsanwält_innen und manch einer muss dann eben auch einmal über solche Fälle entscheiden. Die Erfahrung durch die Arbeit hier, schon allein die Erfahrung, überhaupt einmal in einem Asylbewerber_innenheim gewesen zu sein, trägt sicherlich zu einer Sensibilisierung für das Thema bei.«

Während es in anderen *Refugee Law Clinics* ein Auswahlverfahren für Berater_innen gibt, sind bei der *RLCC* explizit alle Interessierten aufgefordert

zu helfen. Die Ausbildung der Beratenden sei zwar ein wichtiger Aspekt zur Qualitätssicherung, aber die möglichst umfangreiche Unterstützung der Geflüchteten und die Begegnung mit ihnen soll im Vordergrund stehen. Diese Begegnung soll dementsprechend nicht nur für Jura-Student_innen ermöglicht werden, sondern beispielsweise auch Fremdsprachenstudierende werden angeworben, die die Fälle dann in Kooperation mit juristischen Berater_innen angehen. Hierfür wirbt die *RLCC* an den Sprachfakultäten der *Universität Köln* und schafft so auch für Studierende anderer Fächer die Möglichkeit, beruflich relevante und praktische Erfahrungen zu sammeln.

Auch außerhalb der Hochschule ist die *RLCC* gut vernetzt. Um die Menschen direkt im Heim zu beraten, gibt es eine Kooperation mit der *Caritas* und der *Diakonie*. Auf nationaler Ebene sucht die RLCC Kontakt zu den zahlreichen anderen *Refugee Law Clinics* und gibt Wissen und Erfahrung an andere studentisch geführte *Refugee Law Clinics* in Deutschland weiter – zum Beispiel auf einer durch den Verein organisierten Konferenz zur Vernetzung deutscher *Refugee Law Clinics*. Für ihr Engagement erhielt die *Law Clinic* in Köln bereits mehrere Preise. Durch das angesammelte Preisgeld kann man sich nun endlich auch ein eigenes Büro leisten. Die Räumlichkeiten in der Musikschule in Köln-Sülz dienen hauptsächlich der Verwaltung und zur Ausrichtung von Organisationstreffen, können aber auch für Mandantengespräche genutzt werden. Über den DAAD bekam man außerdem zwei studentische Hilfskräfte finanziert, die sich um allgemeine telefonische und E-Mail-Anfragen kümmern und die damit die Ressorts in ihrer alltäglichen Arbeit maßgeblich entlasten.

Doch es bleiben weiterhin Ziele offen: Momentan arbeitet die *RLCC* an der Einrichtung eines vereinseigenen Rechtshilfefonds, mit dessen Hilfe im Bedarfsfall Anwält_innen für die Mandant_innen finanziert werden sollen. Corinna Ujkasevic erklärt hierzu: »Es gibt eben auch Leute, die gar kein Geld haben, aber dringend Hilfe von einem Anwalt brauchen, weil unsere Kompetenzen überschritten sind. An der Antwort auf die Frage, wann genau wir jemanden mit unserem Rechtshilfefonds unterstützen, arbeiten wir gerade.«

Refugee Law Clinics Abroad

Refugee Law Clinics Abroad informiert Geflüchtete auf der griechischen Insel Chios über das Asylverfahren und ihre aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten.

Ort: Chios (Griechenland)/Heidelberg
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 8 Gründungsmitglieder
Finanzierung: Spenden
Website: www.refugeelawclinicsabroad.org

Ruth Meding

Auf der griechischen Insel Chios saßen im November 2016 bereits seit Monaten rund 3000 geflüchtete Menschen unter prekären humanitären Bedingungen fest. Das umstrittene Abkommen zwischen der EU und der Türkei sieht vor, alle Personen, die ab Inkrafttreten des Abkommens am 20. März 2016 ohne gültigen Aufenthaltstitel nach Griechenland kommen, in die Türkei abzuschieben. Medienberichten zufolge wurden infolgedessen bereits mehrere Hundert Menschen von Chios aus in die Türkei zurückgebracht. Der Rückführungsmechanismus wird zwar bisher nicht systematisch umgesetzt, den Menschen auf Chios bleibt allerdings die Weiterreise in Richtung griechisches Festland verwehrt. Sie leben in einer rechtlichen Grauzone zwischen Flüchtlingsrecht auf der einen und dem EU-Türkei-Abkommen auf der anderen Seite. Zwar kann letzteres das in internationalen und europäischen Konventionen verbriefte Recht, Asyl zu beantragen, nicht aushebeln. Dieses Recht läuft jedoch ins Leere, wenn den Geflüchteten faktische Hürden in den Weg gestellt werden. Die Folge ist ständige Unsicherheit.

Die größten Hürden sind der fehlende Zugang zu Informationen über den Ablauf des Verfahrens sowie die individuellen aufenthaltsrechtlichen Perspektiven. Weder vonseiten des griechischen Staates noch von nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) erfolgt eine adäquate Weitergabe von Rechtsinformationen, geschweige denn eine individuelle Rechtsberatung. Derzeit arbeitet lediglich eine Anwältin auf der Insel, deren Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen, um alle sich dort aufhaltenden Geflüchteten bei der Antragsstellung zu unterstützen. Die vor Ort aktiven NGOs konzentrieren sich in erster Linie auf die ebenfalls dringend benötigte humanitäre Versorgung der Menschen. Zwar wurde von der griechischen Asylbehörde eine Skype-Hotline für arabisch sprechende Asylbewerber_innen eingerichtet, diese ist aber unregelmäßig besetzt und permanent überlastet.

Das Projekt *Refugee Law Clinics Abroad* hat sich daher zum Ziel gesetzt, nachhaltige Strukturen aufzubauen, um den Geflüchteten auf Chios Zugang zu rechtlichen Informationen zu verschaffen. Insbesondere sollen sie bei der Antragsstellung unterstützt, auf die Interviews bei der griechischen Ausländerbehörde vorbereitet und über aufenthaltsrechtliche Perspektiven in anderen EU-Ländern sowie eine mögliche Familienzusammenführung informiert werden.

Die Projektidee ist auf Initiative von Mitgliedern verschiedener *Refugee Law Clinics* entstanden (siehe oben). Nachdem das Abkommen zwischen der EU und der Türkei im Frühjahr 2016 in Kraft getreten war, sahen diese es als ihre Aufgabe an, ihre fundierte Erfahrung in der Rechtsberatung und ihr juristisches Fachwissen zu nutzen, um den Geflüchteten auf Chios zu ihrem Recht zu verhelfen. Vor Ort zeichnete sich bald ab, dass der zunächst einmalige und auf wenige Wochen begrenzte Rechtshilfe-Einsatz bei weitem nicht ausreichte. Da eine Besserung der Situation auf Chios nicht abzusehen sei, bestehe ein langfristiger Bedarf an Asylrechtsberatung, so Eric Chappell, eines der Gründungsmitglieder der *Refugee Law Clinics Abroad*. Geplant ist, dass dauerhaft ein Team aus drei bis vier Freiwilligen in Zusammenarbeit mit bestenfalls griechischen, hauptamtlichen Anwält_innen bei *Refugee Law Clinics Abroad* berät. Professionelle und freiwillige Übersetzer_innen, die schon vor Ort arbeiten, können je nach zeitlichen Kapazitäten eingebunden werden. Flug und Unterkunft der Freiwilligen werden vom Projekt übernommen.

Unterstützt wird die Gruppe auf Chios von einem weiteren Team in Deutschland, das im Fall von Familienzusammenführungen Kontakt zu Anwält_innen in anderen EU-Staaten aufnimmt, Recherchen durchführt und versucht, öffentliche Aufmerksamkeit für die Situation der Geflüchteten auf Chios zu schaffen. Zentral für diese Arbeit ist die Erweiterung von Kooperations- und Unterstützernetzwerken. Dafür soll sowohl auf Chios selbst mit Behörden und bereits aktiven NGOs zusammengearbeitet werden als auch in Deutschland ein breites Netzwerk an Anwält_innen, Dozierenden und Freiwilligen entstehen. Während des ersten mehrwöchigen Aufenthalts auf der Insel konnten die Gründungsmitglieder bereits wertvolle Kontakte knüpfen und sich ein umfangreiches Bild der Lage vor Ort machen. Auch kommt dem Projekt zugute, dass viele Mitglieder bereits in verschiedenen etablierten *Refugee Law Clinics* involviert sind. Darüber genießen sie eine gewisse Reputation und kennen Juraprofessor_innen an zahlreichen Universitäten, die bereit sind, Freiwillige anzulernen und die Rechtsberatung zu begleiten.

Für 2017 ist geplant, ein weiteres Team von Freiwilligen nach Chios zu entsenden, was jedoch von der Projektfinanzierung abhängt. Bisher wurden überwiegend private Spenden eingeworben. Zudem laufen verschiedene Anträge auf Fördermittel der EU sowie einzelner EU-Mitgliedsstaaten. Eric Chappell kritisiert, dass die öffentliche Geldervergabe wenig flexibel sei. »Zunächst gin-

gen wir davon aus, es sei einfacher, Gelder für ein transnational agierendes Projekt zu erhalten. Es stellte sich aber heraus, dass dies die Beantragung noch schwieriger macht. Das Projekt erfüllt in vielen Fällen weder die Anforderungen deutscher Fördertöpfe, weil wir nicht direkt in Deutschland arbeiten, noch die der griechischen, weil wir unseren Sitz in Deutschland haben.« Dabei ist gerade der transnationale Ansatz des Projekts erfolgversprechend. Schließlich entspricht er den gegenwärtigen Herausforderungen in Zeiten globaler Flüchtlingsbewegungen und eines *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems*.

Die fehlende Finanzierung ist derzeit die größte Herausforderung der *Refugee Law Clinics Abroad*. Zudem erfordert der Aufbau des Projekts viele Kapazitäten, die bisher komplett ehrenamtlich gestemmt werden. Dies stelle zumindest sicher, dass die Mitglieder aus intrinsischer Motivation heraus handeln, so Eric Chappell. Aber es bringe auch mit sich, dass niemand permanent für das Projekt verfügbar ist. Eine Erweiterung der Arbeit auf andere Inseln ist momentan nicht in Planung. Erst wenn die Aufgabe des Aufbaus nachhaltiger Strukturen auf Chios bewältigt sein sollte, könnte darüber nachgedacht werden, auch andernorts aktiv zu werden.

Angehört

Das ehrenamtliche Team von *Angehört e.V.* informiert Geflüchtete frühzeitig in ihren Unterkünften über ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren, insbesondere zur entscheidenden ersten Anhörung.

Ort: Berlin
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 7 Teammitglieder
Finanzierung: Crowdfunding, Spenden, Projektgelder, *Europa-Universität Viadrina*
Website: http://angehoert.org

Ruth Meding

Ob ein Asylgesuch in Deutschland erfolgreich ist oder nicht, hängt nicht allein davon ab, ob es inhaltlich begründet ist, ob also ein Fluchtgrund wie beispielsweise politische Verfolgung vorliegt. Vielmehr gilt es, im Asylprozess eine Reihe bürokratischer Hürden zu überwinden, über die die Asylsuchenden häufig nicht ausreichend und in ihrer Sprache informiert werden. Diese Informationslücke kann weitreichende praktische Folgen haben. Sie wirkt häufig einschüchternd und erschwert es den betroffenen Menschen, ihre Fluchtgründe den formellen Ansprüchen entsprechend stringent zu erläutern. Auch kann die detaillierte Darlegung der Fluchtgeschichte während der ersten Anhörung ohne eine adäquate Vorbereitung ein traumatisches Erlebnis für die Betroffenen darstellen. Bei dieser Problematik setzt die Arbeit des 25-köpfigen ehrenamtlichen Teams von Angehört e.V. an.

Die Idee 2014 ist im Laufe eines Workshops entstanden, der von einem Asylrechtsanwalt durchgeführt wurde. Dieser hatte als langjähriger Verteidiger von Geflüchteten die Erfahrung gemacht, dass diese bereits bei ihrer ersten Anhörung beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* oft leicht vermeidbare Fehler machen, die auf einem Mangel an Informationen beruhen. Viele sind sich beispielsweise der Relevanz der Anhörung als der entscheidenden Grundlage für den Ausgang des Asylverfahrens nicht bewusst. Sie wissen oft nicht über ihr Recht Bescheid, darauf zu bestehen, dass alle wichtigen Informationen, die mit ihrer Flucht in Verbindung stehen, detailliert aufgenommen werden und dass es wichtig ist, sich das Protokoll zur Kontrolle zurückübersetzen zu lassen. »Wenn die Geflüchteten einmal einen lückenhaften oder gar falschen Bericht unterschrieben haben, ist es schwer, die Aussage noch zu ändern. Dann kann oftmals nur noch geklagt werden«, verdeutlicht Anne-Marie Kortas, Gründungsmitglied und eine der beiden Festangestellten von *Angehört e.V.*

Grundgedanke von *Angehört e.V.* ist es, solchen Wissenslücken vorzubeugen, indem den Bewohner_innen von Flüchtlingsunterkünften frühzeitig verständliche und ausführliche Informationen über ihre Rechte und Pflichten sowie den Verlauf des Asylverfahrens zugänglich gemacht werden. So können sich die Geflüchteten ein Bild von dem machen, was sie erwartet, und sich konkret auf die Fragen während der Anhörung vorbereiten. Ein Grundprinzip in der Arbeit von *Angehört e.V.* ist es, die Informationen möglichst ohne Hürden an die Asylsuchenden heranzutragen. »Während sich die Menschen bei den meisten Rechtsberatungen erstmal selbst informieren müssen, wo sie hinmüssen und wie sie dort hinkommen, fahren wir direkt in die Unterkünfte, gehen dort zu jedem Bett oder Raum und sprechen die Bewohner persönlich in ihrer Sprache an«, so Anne-Marie Kortas. Es werden zudem Informationsblätter auf Arabisch, Farsi, Paschtu, Russisch, Urdu, Französisch und Englisch verteilt. Zu anderen Rechtsberatungen, die insbesondere Einzelfallberatungen vornehmen, besteht dabei kein Konkurrenz-, sondern ein Ergänzungsverhältnis. *Angehört e.V.* versucht zu entlasten, indem präventiv und breit informiert wird. Wenn es notwendig erscheint, wird auch an andere Rechtsberatungen weitervermittelt.

Es wird meist im Vorhinein mit den Sozialarbeiter_innen vor Ort besprochen, wie viele neue Bewohner_innen sich in einer Unterkunft befinden und welche Sprachen benötigt werden. Dementsprechend werden dann die Ehrenamtlichen, die in die jeweilige Unterkunft mitfahren, ausgewählt. Unter ihnen sind auch etwa ein Fünftel Geflüchtete, die übersetzen und selbst informieren. Viele von ihnen hat das *Angehört*-Team im Rahmen eines Informationstages in einer Unterkunft kennengelernt, erläutert Kortas: »Wir haben die Erfahrung gemacht, dass uns viel eher zugehört wird, wenn die Informationen von Menschen kommen, die selbst die Strapazen eines Asylverfahrens durchlebt haben.« Zudem ist es *Angehört e.V.* ein Anliegen, die stigmatisierende Rollenzuschreibung der Geflüchteten als hilfsbedürftig aufzubrechen. Ein weiterer wichtiger Faktor sei das politisch moderate Auftreten von *Angehört e.V.* Denn eine kritische Positionierung gegenüber dem aktuellen Asylsystem in der Öffentlichkeit könne zu Komplikationen mit den Unterkünften führen. »Wir bewegen uns nicht auf rechtlichem Glatteis, sondern geben den Menschen lediglich Informationen, die ihnen ohnehin zustehen. [...] Deswegen kommen wir auch problemlos in die Unterkünfte«, erläutert Anne-Marie Kortas. Somit konnte das vorerst nur auf Brandenburger Unterkünfte begrenzte Beratungsangebot auch auf eine Reihe Unterkünfte in Berlin ausgeweitet werden.

Die Rückmeldungen der Geflüchteten sind fast immer sehr positiv. Sowohl bei den Besuchen in den Unterkünften selbst als auch im Nachgang per E-Mail werden viele Rückfragen gestellt. Dennoch betrachtet Kortas die Evaluation der eigenen Arbeit als ausbaufähig. Mit Hilfe von Methoden wie beispielsweise

Evaluations-Fragebögen könnte die Qualität der weitergegebenen Informationen systematisch verbessert werden.

Wichtigste Einnahmequelle war bisher ein groß angelegtes Crowdfunding-Projekt über die Internetplattform *betterplace.org* im Jahr 2015. Des Weiteren finanziert sich *Angehört e.V.* über private Spenden und kleinere Projektgelder, beispielsweise von der *Europa-Universität Viadrina* in Frankfurt (Oder). Anne-Marie Kortas' Stelle ist damit bis zum Frühjahr 2017 finanziert. Ziel ist es jedoch, diese auch langfristig sichern zu können. Mit mehr Geld könnte eine Stelle geschaffen werden, die ausschließlich für das Anwerben und die Koordination der Ehrenamtlichen verantwortlich ist. Das würde die Arbeit des Projekts effektiver machen und gleichzeitig die Anzahl der erreichten Personen erheblich vergrößern.

Prinzipiell könnte *Angehört e.V.* jedoch auch auf komplett ehrenamtlicher Basis weitergeführt beziehungsweise auf andere Regionen übertragen werden, da zunächst wenige Ressourcen benötigt werden. Erst einmal bedarf es lediglich eines rechtlichen Einführungsworkshops und Menschen, die Zeit haben, in die Unterkünfte zu fahren. Die gute Organisationsstruktur, die stetige Wissenserweiterung sowie die systematische Kommunikation mit den Unterkünften sind hingegen von der Finanzierung der festen Stelle abhängig.

Geflüchteten Basisinformationen über ihre Rechte und Pflichten zukommen zu lassen, die ihnen erlauben, sich auf das Asylverfahren vorzubereiten, erscheint derart essenziell, dass diesbezüglich eine Sicherung vonseiten des Staates zu erwarten wäre. Solange staatliche Regelsysteme hier jedoch nicht greifen, verfolgt *Angehört e.V.* das langfristige Ziel, die Arbeit auf viele regionale Zellen auszuweiten und von dort aus Geflüchtete deutschlandweit in ihren Unterkünften zu informieren.

Asylverfahrensberatung für LSBTI* der Schwulenberatung Berlin

In der *Schwulenberatung Berlin gGmbH* wird eine Asylverfahrensberatung für Lesben, Schwule, Bi-, Trans*- und Inter*-Personen (LSBTI*) angeboten. Das Angebot ist auf diese besonders schutzbedürftige Gruppe zugeschnitten und profitiert von der Vernetzung mit anderen Angeboten der *Schwulenberatung*.

Ort: Berlin
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 1 Hauptamtlicher
Finanzierung: Öffentliche Träger, Stiftungen, Sponsoren, Spenden
Website: www.schwulenberatungberlin.de

Ingmar Schrader

Im letzten Jahr hat die *Schwulenberatung* ihr Angebot im Bereich Flüchtlingshilfe ausgebaut und kam damit dem gestiegenen Bedarf an Beratung und Unterstützung von geflüchteten LSBTI* nach. Ein wichtiger Schritt war die vom *Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)* geförderte Gründung der *Queeren Unterkunft* speziell für LSBTI*, welche bereits im Kapitel *Grundversorgung: Wohnen* vorgestellt wurde. Seit Mai 2016 bietet die *Schwulenberatung* zudem eine Asylverfahrensberatung an, die ebenfalls speziell auf die Situation von geflohenen LSBTI* ausgerichtet ist. Die Beratung erfolgt durch den Volljuristen und Sozialarbeiter Frank Schmidt an zwei bis drei Tagen pro Woche. Dabei profitieren sowohl die *Queere Unterkunft* in Berlin-Treptow als auch die Asylrechtsberatung von einer engen Kooperation miteinander. Auch die Anbindung an das restliche Angebot der *Schwulenberatung* wie das Flüchtlingscafé *Kuchus* und die psychologische Beratung führen zu gelungenen Synergien.

Die Asylverfahrensberatung erfolgt kostenlos und unverbindlich. Im Unterschied zu vielen anderen Beratungsstellen bekommen die Ratsuchenden hier direkte Hilfestellung durch Volljurist_innen. In vielen Fällen kann so unterstützt werden, ohne dass Rechtsanwält_innen für Asylrecht hinzugezogen werden müssen. In manchen Fällen muss jedoch weitervermittelt werden, so zum Beispiel bei der Ablehnung eines Asylantrags. Den Kern der Asylverfahrensberatung bildet ein Einzelberatungsgespräch zur Vorbereitung auf die Anhörung beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*. Im Vergleich zu anderen Asylgründen ist die Verfolgung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Identität nicht international anerkannt und überdies mit Scham und Tabuisierung verbunden. Für das Asylverfahren ist es allerdings von Vorteil,

wenn alle relevanten Details über eine solche Verfolgung bereits in der ersten Anhörung berichtet werden. Deshalb ist eine zentrale Funktion des individuellen Beratungsgesprächs die Enttabuisierung, erklärt Frank Schmidt. Da der Berater den Geflüchteten meist schon von Infoveranstaltungen im Heim bekannt ist, herrscht ein gewisses Vertrauen, das ein offenes Gespräch vereinfacht. Oftmals ist den Asylsuchenden die Relevanz bestimmter Details für das Verfahren nicht bewusst. Schmidts Arbeit besteht dann darin, den Geflüchteten zu erklären, welche für sie oftmals selbstverständlichen Details im Asylverfahren von Bedeutung sind und deshalb in der Anhörung Erwähnung finden sollten. Er versetzt sich in die Rolle der Sachbearbeiter_innen und macht den Geflohenen deren Wunsch nach möglichst chronologischen und nachvollziehbaren Schilderungen deutlich. Für die Beratungsgespräche organisiert die Asylrechtsberatung jeweils möglichst LSBTI*-Sprachmittler_innen, die für eine ungehemmte Kommunikation förderlich sind.

Bei diesen Einzelfallberatungen wird oftmals die Fluchtgeschichte in ihrem gesamten Umfang aufgearbeitet und es kommen dabei regelmäßig schmerzliche und traumatisierende Erlebnisse zur Sprache. Sehr hilfreich ist deshalb die direkte Anbindung an die psychologische Beratung der *Schwulenberatung*, mit der man sich die Räumlichkeiten teilt. Hier wird bei Bedarf ein Erstgespräch zur Stabilisierung geführt und gegebenenfalls an Psychotherapeut_innen, die auf Traumatisierung spezialisiert sind, weitervermittelt. Die psychologische Beratung bietet zudem eine Supervision für Beratende und Dolmetscher_innen an, die selbst LSBTI* sind, da die Schilderungen von Verfolgung, Bedrohung, körperlicher Misshandlung und Folter auch für diese belastend sein können.

Neben der inhaltlichen Vorbereitung leistet Schmidt auch durch die Beantragung von geeigneten Dolmetscher_innen beziehungsweise Entscheider_innen für den eigentlichen Anhörungstermin beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* Unterstützung. Per Fax bittet er um den Einsatz von diversitätsbewussten Dolmetscher_innen und Sonderbeauftragten für LSBTI* als Entscheider_innen. Die Dolmetscher_innen sind dabei nicht minder wichtig, da sie Einfluss darauf haben, was im Anhörungsgespräch bei den Entscheider_innen ankommt. Wenn LSBTI*-Themen bereits für die Sprachmittler_innen mit Tabus besetzt sind, kann die klare und eindeutige Schilderung, die die Entscheider_innen erwarten, behindert werden. Die Beantragung von für LSBTI* sensibilisierten Mitarbeiter_innen beim *BAMF* hat nach Frank Schmidt auch eine politische Wirkung: »Bisher gibt es beim BAMF kein speziell für geflohene LSBTI* geschultes Personal, sondern nur welches, das allgemein für *besonders schutzbedürftige Flüchtlinge* zuständig ist. Das versuchen wir zu ändern. Mittlerweile gab es beim *BAMF* zumindest eine Schulung zum Thema LSBTI* und es ist davon auszugehen, dass die regelmäßigen Anfragen einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten.«

Um einen kontinuierlichen Wissenstransfer zu ermöglichen, werden die Sozialarbeiter_innen in der *Queeren Unterkunft* immer wieder zu relevanten Neuerungen im Asylverfahren geschult. Frank Schmidt stellt sich zudem regelmäßig selbst in der Unterkunft vor, gibt allgemeine Informationen zum Thema Asylantrag weiter und macht auf sein individuelles und vertrauliches Beratungsangebot aufmerksam. Entsprechend der engen Anbindung besteht die Mehrheit der Ratsuchenden momentan aus Bewohner_innen der *Queeren Unterkunft*, wobei die Beratungsstelle für Außenstehende offen ist und man sich bemüht, deren Anteil zukünftig zu steigern. Auch auf institutioneller Ebene wird an einer guten Vernetzung gearbeitet. So besteht ein enger Kontakt zu anderen Berliner Asylverfahrensberatungen, die nicht auf LSBTI* spezialisiert sind, um einen Wissensaustausch zu befördern. Für die Zukunft ist geplant, diese Kooperationen weiter auszubauen. Das Beratungsangebot der *Schwulenberatung* wird seit Oktober 2016 durch die Arbeit der *Fachstelle für erwachsene geflüchtete LSBTI** ergänzt. Die Fachstelle ist Mitglied im *BNS*, dem *Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge*. Ihre Aufgabe umfasst die Beratung und die Bedarfsermittlung in Bereichen, die die besondere Schutzbedürftigkeit von LSBTI*-Geflüchteten betreffen. Dazu zählen etwa eine angemessene medizinische Versorgung oder die Behandlung erlittener Traumatisierungen. Die Fachstelle soll zudem psychosoziale und sozialrechtliche Beratung leisten und die Vermittlung der Hilfesuchenden in das Berliner Versorgungssystem koordinieren und sicherstellen.

Kirchenkreis Berlin Stadtmitte

Seit der Besetzung der St.-Thomas-Kirche in Kreuzberg im September 2014 beherbergt die evangelische Kirche 130 Geflüchtete in Berlin ohne jegliche Unterstützung des Senats, faktisch das größte Kirchenasyl in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ort: Berlin
Gründung: 2014
Mitarbeitende: Unterstützerkreis der Gemeinde
Finanzierung: Mittel der *Evangelischen Kirche*, Spenden
Website: www.kkbs.de

Ruth Meding

»Die Arbeit mit den Geflüchteten kam zu uns und nicht umgekehrt«, beschreibt die Pfarrerin und stellvertretende Superintendentin im *Kirchenkreis Berlin Stadtmitte*, Silke Radosh-Hinder, die Ereignisse des 11. Septembers 2014. In dieser Nacht wurde die St.-Thomas-Kirche in Berlin-Kreuzberg von einer Gruppe Geflüchteter besetzt, die mehrheitlich zu den ehemaligen Besetzer_innen des Oranienplatzes sowie in der Folge der *Gerhart-Hauptmann-Schule* gehörten. Ziel war es, auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen. Denn entgegen der sechs Monate zuvor mit dem Senat getroffenen Vereinbarung über die friedliche Räumung des Oranienplatzes wurde den Geflüchteten weder humanitäre Unterstützung zuteil noch wurden ihnen aufenthaltsrechtliche Perspektiven eröffnet.

Für die evangelische Gemeinde stand fest, dass eine Zwangsräumung der Kirche mit Hilfe der Polizei keine Option sei, sondern dass versucht werden musste, gemeinsam mit den Geflüchteten eine friedliche Lösung zu finden. Eine besondere Herausforderung war es, einen Verhandlungsmodus mit allen Beteiligten zu finden, um dann eine gemeinsame Einigung erzielen zu können. Während wenige Wochen zuvor im Rahmen der Besetzung der *Gerhart-Hauptmann-Schule* Angehörige der Kirche solidarisch mit den Unterstützer_innen zusammengearbeitet hatten, stand man sich nun zum Teil konfrontativ gegenüber.

Um ein Mindestmaß an Respekt vor der Funktion der Kirche als Gotteshaus zu wahren, wurde während der Besetzung in vielfältiger Weise improvisiert. So wurde beispielsweise eine Morgenandacht auf verschiedenen Sprachen mit den Geflüchteten gefeiert. Die von Freiwilligen organisierte *Vokü* (Volksküche) fand aus Respekt vor dem kirchlichen Gebäude auf dem Vorplatz statt. Resultat der mehrere Tage andauernden und teilweise schwer überschaubaren Verhandlungen war schließlich, dass die anwesenden Geflüchteten für

vier Wochen in verschiedenen Notunterkünften wie Gemeindesälen oder vorübergehend leerstehenden Wohnungen in Trägerschaft der evangelischen Kirche untergebracht wurden. Maßgeblich dafür war die Entscheidung der *ESG (Evangelische Studierendengemeinde Berlin)*, den größten Teil der Geflüchteten aufzunehmen. Außerdem wurde die Möglichkeit einer öffentlichen Veranstaltung zu den Forderungen der Geflüchteten in einer Kirche zugesichert. Es ging explizit nicht nur um die Versorgung der Menschen, sondern auch um die Unterstützung ihrer politischen Anliegen. Insbesondere Abschiebungen von sogenannten Dublin-Fällen nach Italien bieten nach Meinung der evangelischen Kirche keine menschenwürdige Perspektive, da sie dort weder angemessene Sozialleistungen noch Zugang zum Wohn- und Arbeitsmarkt erhalten.

Radosh-Hinder betrachtet es rückblickend als großen Erfolg, dass innerhalb weniger Tage Unterbringungsmöglichkeiten für zunächst 60 – im November 2016 waren es dann 130 – Personen akquiriert werden konnten. Dies sei in erster Linie auf die breite Unterstützung sowie das solidarische Miteinander im inneren Kreis der Mitwirkenden zurückzuführen. »Das war eine der intensivsten Zeiten in unserem gesamten Arbeitsleben«, so Radosh-Hinder. Trotz aller Anstrengung, die mit der Situation verbunden war, überwog für die Beteiligten die Motivation, in Einklang mit dem eigenen Glauben und damit dem wichtigsten Auftrag der Kirche zu handeln. »Noch mehr Kirche geht gar nicht«, so Radosh-Hinder.

Die auf zunächst vier Wochen begrenzte Inobhutnahme der mittlerweile 130 jungen Männer, überwiegend aus dem Tschad, Sudan, Mali, Niger oder Nigeria, dauerte Ende 2016 seit zwei Jahren an. Die Kosten für ihre Unterbringung und Versorgung, inklusive medizinischer Behandlung und Rechtsberatung, werden ausschließlich über kirchliche Mittel sowie private Spenden in Höhe von mehr als 750.000 Euro finanziert. Staatliche Unterstützung wird nicht geleistet. »In dieser Krisensituation werden wir darauf zurückgeworfen, was wir am besten können, nämlich Wohlfahrt. Was aufgrund von Überforderung und vielfältiger Anstrengung leider oft auf der Strecke bleibt, ist eine kritische Reflexion eigener Rassismen und Privilegien sowie eine klarere öffentliche Positionierung gegen Rechtspopulismus«, gibt Radosh-Hinder zu bedenken.

Die Pfarrerin spricht bewusst nicht von Kirchenasyl, denn dabei ist die Grundidee, Menschen, deren rechtliche Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft wurden, für einen bestimmten Zeitraum aufzunehmen. Mangels Kapazitäten konnten die individuellen rechtlichen Perspektiven im Fall der ehemaligen Besetzer_innen des Oranienplatzes jedoch nicht vorab geprüft werden. Auch wurde, im Kirchenasyl unüblich, der Unterbringungsort der Geflüchteten öffentlich gemacht, um ein politisches Zeichen zu setzen. Kirchenasyl bedeutet immer eine rechtliche Gratwanderung, da es zwar in der

Politik und Gesellschaft weitgehend akzeptiert ist, einer rechtlichen Grundlage jedoch entbehrt. »Es ist kein legaler, aber ein legitimer Vorgang«, fasst Radosh-Hinder zusammen.

Auf Initiative der Kirchenleitung der *Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)* und insbesondere des Landesbischofs Markus Dröge wurden im Rahmen einer Arbeitsgruppe intensive Verhandlungen mit dem Berliner Senat über eine aufenthaltsrechtliche Gruppenlösung geführt. Die Möglichkeit, eine solche Mediatorrolle einzunehmen, begründet Radosh-Hinder mit einem gewissen Vertrauensvorschuss vonseiten der Behörden und der Polizei. Dennoch zeigte der Senat letztendlich kein Einlenken. Die einzige Perspektive, die während der Verhandlungen in Aussicht gestellt wurde, war, dass diejenigen, die bereits offiziell als Flüchtlinge in Italien anerkannt sind und eine Ausbildungszusage haben, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten könnten. Daraufhin organisierte die evangelische Kirche Sprachkurse und Hospitationen für die Geflüchteten, welche von jeglichen staatlichen sogenannten Integrationsleistungen ausgeschlossen sind, um sie in der Suche nach Ausbildungsplätzen zu unterstützen. Angesichts vielfältiger bürokratischer und praktischer Hürden konnten bisher jedoch nur zwei Personen unter den 130 Geflüchteten über diesen Weg einen Aufenthaltstitel erlangen.

Ob von Kirchenasyl die Rede ist oder nicht: Die Aufnahme von 130 Geflüchteten zeigt, wie die evangelische Kirche ihre privilegierte Position nutzt, um für einen gewissen Zeitraum ein Verbleiben in Deutschland zu ermöglichen. Gleichzeitig wird deutlich, dass auch der Handlungsspielraum der Kirche begrenzt ist, wenn keinerlei staatliches Entgegenkommen geleistet wird. So bleibt unklar, was mit den Geflüchteten langfristig passieren wird, die noch immer ohne Perspektive in den Unterkünften der evangelischen Kirche verweilen.

Infobus

Die Leipziger Initiative bietet mobile Rechtsberatung für Geflüchtete vor ihren Unterkünften an – ehrenamtlich, politisch und solidarisch.

Ort: Leipzig
Gründung: 2012
Mitarbeitende: circa 10 Teammitglieder
Finanzierung: Ehrenamt und z.T. Projektförderungen
Website: www.menschen-wuerdig.org/beratungsbus

Ruth Meding

Der *Infobus Leipzig* wurde 2012 aus dem *Initiativkreis: Menschen. Würdig. (IKMW)* heraus gegründet. Trotz großen Bedarfs gab es damals noch keine Rechtsberatung für Geflüchtete in Leipzig, die nicht von Anwält_innen angeboten wurde und dementsprechend Geld kostete. Nachdem der *IKMW* für sein öffentlichkeitswirksames Engagement für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden 2012 den sächsischen Demokratiepreis gewonnen hatte, wurde von den 5.000 Euro Preisgeld ein Kleinbus gekauft und zum mobilen Büro mit Drucker, Internetanschluss und Telefon umgebaut. »In der Gründungsphase des *Infobusses* ist uns immer mehr aufgefallen: Klar ist es wichtig, dass die Geflüchteten in Wohnungen leben, klar ist es wichtig, dass sie arbeiten können und ihre Lebensbedingungen verbessert werden. Aber das grundlegende Problem ist, dass sie noch keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Und da wollten wir mit dem Bus ansetzen«, so Alessandra Malli, Rechtsberaterin und Gründungsmitglied des *Infobusses*.

Mittlerweile haben sich neben dem *Infobus* zwei weitere Projekte in Leipzig entwickelt, die ehrenamtlich Verfahrensberatung für Asylsuchende anbieten und mit denen *Infobus* auf verschiedenen Ebenen vernetzt ist: die *Refugee Law Clinic* an der Universität Leipzig und die Asylgruppe von *Amnesty International*. Das Anlernen der Rechtsberater_innen wird häufig in Kooperation durchgeführt. So werden Seminare zum Asylrecht über die *Law Clinic* angeboten, während die Praxis der Rechtsberatung über Hospitationen beim *Infobus* vermittelt wird.

Die verschiedenen Strukturen bieten jedoch auch unterschiedliche Möglichkeiten. Im Gegensatz zu *Amnesty International* und der *Law Clinic* möchte die *Infobus*-Gruppe bewusst vor, und eben nicht in, den Unterkünften stehen, um sich sichtbar politisch zu positionieren – gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Massenunterkünften und »gegen die rassistische Migrationspolitik« in Deutschland und Europa im Allgemeinen.

Die Kontaktaufnahme mit dem *Infobus* geht so von den Geflüchteten selbst aus. Sie müssen vor ihre Unterkunft gehen und die Ehrenamtlichen ansprechen, häufig auf Anregung von den Sozialarbeiter_innen vor Ort, die die *Infobus*-Gruppe zwar nicht hineinlassen dürfen, aber in engem Austausch mit ihr stehen. Problematisch ist, dass aufgrund dieser Vorgehensweise »eher die selbstbewussten Menschen erreicht werden, diejenigen, die ohnehin überall auf der Welt besser klar kommen«, beobachtet eine der regelmäßigen Begleiter_innen des *Infobusses*.

Die *Infobus*-Gruppe setzt sich aus rund zehn festen Mitgliedern zusammen, die regelmäßig am Plenum sowie den Fahrten vor die Leipziger Geflüchtetenunterkunft in der Torgauer Straße teilnehmen. Daneben gibt es noch einen weniger aktiven Kreis aus ungefähr 60 Personen, die das Projekt anlassbezogen unterstützen, zum Beispiel wenn Fundraising-Aktivitäten wie Soli-Partys anstehen. Neben den Kernteams, in denen jeweils eine Person für Übersetzung, Rechtsberatung und allgemeine Organisation zuständig ist, wird versucht, möglichst viele weitere Aktivist_innen bei den wöchentlichen Fahrten einzubinden. Die Idee ist, eine entspannte Atmosphäre zu schaffen: »Wir bringen Kekse und Tee mit, damit sich alle wohl fühlen und damit es nicht diesen strengen Anwaltscharakter hat. Aber letztlich machen wir eine ähnliche Arbeit wie Anwält_innen, nur ehrenamtlich, mit mehr Empathie und mit mehr Verständnis für die Privilegien, die wir mitbringen«, berichtet Alessandra Malli.

Die dringenden Anliegen werden direkt im Bus bearbeitet. Eine intensivere Beratung bieten die Ehrenamtlichen dann bei Folgeterminen an. »Wenn jemand etwa einen Ablehnungsbescheid bekommen hat, müssen wir direkt Klage einreichen. Die Klagebegründung schreiben wir erst im Anschluss in Ruhe, nachdem wir uns noch einmal mit der Person getroffen haben«, so Alessandra Malli. Ein weiteres Angebot des *Infobusses* ist die individuelle Vorbereitung auf die Anhörung beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*.

Beim *Infobus* geht es um ein Engagement, mit dem sich die Beteiligten persönlich identifizieren und das in vielen Fällen sogar ihr Selbstverständnis zu prägen scheint. »Beim *Infobus* kann man nicht sagen: ›Ach, ich habe zwei Stunden die Woche Zeit, da kann ich mich gut einbringen.‹ Denn es gibt kein klares Aufgabenprofil«, erklärt Alessandra Malli. Auch sei es aufwändig, sich in das Asylrecht einzuarbeiten. Durch die starke Identifikation mit dem Projekt und die enge soziale Bindung der Mitglieder untereinander sei die Kerngruppe sehr konstant geblieben. Es fehlt jedoch derzeit an Rechtsberater_innen, die voll ausgebildet und befähigt sind, alle Rechtsmittel einzulegen, was häufig zu Überlastung Einzelner und teilweise der gesamten Gruppe führt.

Über die Einführung finanzierter Stellen wird regelmäßig im wöchentlichen Plenum diskutiert. Die Gruppe möchte jedoch bewusst ehrenamtliche Strukturen aufrechterhalten. Die Befürchtung ist, dass andernfalls Hierarchien entstehen, die die Gruppendynamik gefährden könnten. Es werden le-

diglich Stellen für Geflüchtete im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes angeboten. Auch haben Geflüchtete die Möglichkeit, Sozialstunden beim *Infobus* abzuleisten.

Das Projekt finanziert sich über Privatspenden, Preisgelder und verschiedene einmalige Fördersummen, beispielsweise von der *Stiftung :do*. Damit können zumindest die Wartung des Busses und die anfallenden Materialkosten übernommen werden. Außerplanmäßige Ausgaben stellen die Gruppe jedoch regelmäßig vor Herausforderungen.

Für die Zukunft ist geplant, ein Büro anzumieten, wo Anschlusstermine stattfinden und regelmäßige, offene Sprechstunden angeboten werden können. Auch werden derzeit von Mitgliedern des *Infobusses*, der *Refugee Law Clinic* sowie drei Geflüchteten Workshops organisiert, bei denen Geflüchtete in ihren Unterkünften sachsenweit auf ihre Anhörung vorbereitet werden sollen. »Wir machen nicht nur die Asylverfahrensberatung. Wir machen auch das Drumherum«, fasst Alessandra Malli zusammen.

Frauen*beratung der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Die Frauen*beratung der *KuB* berät und unterstützt geflüchtete Frauen zu psychosozialen, aufenthalts-, asyl-, und sozialrechtlichen Anliegen.

Ort: Berlin
Gründung: 2008
Mitarbeitende: 3 Hauptamtliche
Finanzierung: *Stiftung Deutsche Klassenlotterie*,
Integrations- und Partizipationsprogramm des Berliner Senats
Website: https://www.kub-berlin.org/index.php/de/frauen-beratung

Ruth Meding

Geflüchtete Frauen befinden sich in einer spezifischen Benachteiligungssituation. Sie sind während allen Phasen der Flucht einem erhöhten Risiko an genderspezifischer Gewalt ausgesetzt, weshalb sie oftmals in besonderem Maße unter psychischen Belastungen leiden. Insbesondere der erhöhte Schutzbedarf von Schwangeren und Alleinerziehenden wird häufig nicht ausreichend gedeckt, obwohl ihnen dies rechtlich zustehen würde. In den Notunterkünften fehlen teilweise die Möglichkeit eines Rückzugs in die Privatsphäre, eigene Kochmöglichkeiten und saubere sanitäre Anlagen. Selbst bei Fällen, in denen der Leistungsbehörde Atteste über psychische Erkrankungen oder vermehrte Infektionen vorgelegt werden, ist es oftmals schwierig, eine angemessenere Unterbringung durchzusetzen. Auch müssen Schwangere und Alleinerziehende immer wieder sehr lange Wartezeiten auf sich nehmen, um Behördentermine wahrzunehmen. Bei der Leistungsgewährung entstehen wiederum weitere Komplikationen. So wird beispielsweise die Hebammenversorgung trotz rechtlichen Anspruchs oft über lange Zeit nicht bezahlt.

Diese vielschichtigen Hürden, mit denen vorwiegend geflüchtete Frauen konfrontiert sind, erfordern eine spezielle rechtliche Beratung und Unterstützung mit Sensibilität und Expertise für genderspezifische Problematiken. Ein Anspruch, den die *Frauen*beratung der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KuB)* zu erfüllen sucht. Besonderes Merkmal der Beratungsstelle ist die Kombination aus juristischen Kenntnissen, praktischem Erfahrungswissen und Hartnäckigkeit. »Es geht auch darum, über den juristischen Tellerrand hinauszublicken und mit Kreativität nach Lösungen zu suchen. Rechtliche Ansprüche und manchmal auch der Weg über die Gerich-

te sind das eine, wo wir ansetzen. In anderen Situationen hilft es aber auch einfach, nochmal persönlich mit einer Leistungsstelle, dem Jugendamt oder einem Frauenhaus zu sprechen und die Situation zu erklären, um die betroffene Person doch noch in die gewünschte Versorgung hineinzubekommen«, so eine Beraterin.

Das Beratungsteam besteht aus drei fest angestellten Frauen, einer Juristin, einer Politologin und einer Sozialarbeiterin, die sich fachlich ergänzen und die Fälle je nach Anliegen untereinander aufteilen. Zusätzlich wird bei Bedarf auf den großen Pool an überwiegend ehrenamtlichen Sprachmittler_innen zurückgegriffen. Es sei wichtig, dass die Frauen*beratung nicht allein auf ehrenamtlichen Strukturen basiert, erläutert eine der Beraterinnen. Denn so könnte die geforderte Intensität und Kontinuität der Beratung sichergestellt werden. Es sei wichtig, dass immer die gleiche Ansprechpartnerin vor Ort ist, um ein Vertrauensverhältnis zu ermöglichen. In Hinblick darauf, dass die Frauen meist sehr persönliche Themen mit den Beraterinnen besprechen, ist dies unerlässlich. Einen tatsächlichen Schutzraum für die Frauen* zu schaffen, ist derzeit jedoch noch nicht möglich, da die Räumlichkeiten nicht groß genug seien, kritisiert die Beraterin.

Ein erstes Projekt für die Einzelfallbegleitung von besonders Schutzbedürftigen wurde bereits 2008 in der *KuB* gegründet und entwickelte über die Zeit eine Fokussierung auf die Zielgruppe Frauen*. Das aktuelle Projekt Frauen*beratung wird nach einer Finanzierungspause seit Ende 2015 beziehungsweise Anfang 2016 mit drei halben Stellen finanziert. Förderung erhält die Beratung unter anderem von der *Stiftung Deutsche Klassenlotterie* sowie vom Berliner Senat. Es bestehe durchaus Bedarf an weiteren Beraterinnen. Derzeit könnten diese aber nur schwerlich in den Räumlichkeiten und Kapazitäten der *KuB* untergebracht werden.

Der Kontakt mit den Frauen erfolgt meist durch Weiterleitung von Sozialarbeiter_innen in den Unterkünften oder anderen Beratungs- und Versorgungsstellen. Das Beratungsteam hat sich bewusst gegen eine aufsuchende Beratung in den Unterkünften entschieden. »Wir haben eine begrenzte Kraft und im Rahmen dessen sehen wir es als unsere Aufgabe, hier eine intensive Beratung anzubieten. Es gibt andere Initiativen, die direkt in die Unterkünfte gehen. Wir versuchen dann Kontakte zu den Aktiven vor Ort zu haben, damit sie wissen, wohin sie die Frauen weitervermitteln können«, so eine Beraterin.

Von Vorteil ist dabei, dass die *KuB* mit ihren circa 180 Mitgliedern schon seit Jahren in der Arbeit mit Migrant_innen und Geflüchteten aktiv und zudem gut vernetzt ist. Seit 2011 ist die *KuB* als Frauenfachstelle Teil des *Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge*. Außerdem steht sie in engem Kontakt mit Beratungsstellen wie dem *Medibüro* oder den *Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung*. Auch kennen die Beraterinnen viele Anwält_innen, die zu aufenthalts-, asyl-, sozialrechtlichen und genderspezi-

fischen Themen arbeiten, von denen sie Ratschläge einholen können oder an die sie gegebenenfalls weitervermitteln. »Dadurch, dass es die *KuB* und speziell die Frauen*beratung schon so lange gibt, konnten wir uns über einen längeren Zeitraum hinweg Wissen aneignen und weitergeben. Wir haben viele Kontakte, kennen die Anlaufstellen und die häufig auftretenden Fallkonstellationen«, so eine Beraterin. Eine Standardsituation und die dazugehörige Standardlösung gebe es jedoch nicht. Schon allein aufgrund der Komplexität des Asyl- und Aufenthaltsrechts müsse bei jedem Einzelfall nochmal intensiv recherchiert werden.

Bildung und Ausbildung

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Bildung gilt auch für minderjährige Flüchtlinge und Asylsuchende und dient als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Tatsächlich stellt sich der Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildung für junge Geflüchtete in vielen Fällen als problematisch dar. Eine strukturelle Hürde ergibt sich zudem aus der Tatsache, dass der Anspruch auf Jugendhilfe mit der Volljährigkeit endet, wodurch es gerade bei unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen zu zahlreichen Schul- und Beziehungsabbrüchen kommt. Es bedarf daher einer Öffnung des Bildungssektors und gesetzgeberischer Maßnahmen, die Zugänge ermöglichen.

Zivilgesellschaftliche Akteur_innen spielen eine herausragende Rolle im Bereich Bildung. Sie informieren Geflüchtete über Bildungsangebote und rufen selbst alternative Bildungsangebote ins Leben, sie unterstützen Geflüchtete bei der Erwirkung ihrer Rechte und begleiten sie langfristig auf ihrem Bildungsweg. Etablierte Institutionen wie das *BBZ Berlin* und die Münchner *SchlaU-Schule* profitieren dabei von einer langjährigen Erfahrung und der weitreichenden Vernetzung mit Schulen, Ausbildungsbetrieben und Behörden. Einige Projekte, wie das Start-Up *ZuBaKa,* versuchen zudem, Einfluss auf die Betreuungsqualität an den Regelschulen zu nehmen. Bislang fehlt es vielen Bildungseinrichtungen an ganzheitlichen Konzepten, welche den spezifischen Bedarfen neu ankommender Kinder und Jugendlicher gerecht werden.

Auch beim Zugang zu deutschen Hochschulen stehen Geflüchtete vor besonderen Hürden, etwa wenn die erforderlichen Dokumente nicht nachgewiesen werden können. In vielen Fällen sind es junge Initiativen wie die **foundationClass* der *Kunsthochschule Weißensee* oder das Start-Up *Kiron – Open Higher Education,* die durch innovative Lösungen eine strukturelle Verbesserung des Hochschulzugangs für Geflüchtete erwirken. Von einer Öffnung des Bildungssystems profitiert nicht zuletzt auch die Mehrheitsgesellschaft. Gerade außerschulische Bildung spielt für die Sensibilisierungs- und Integrationsarbeit zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine entscheidende Rolle. Dies zeigt sich etwa bei schulisch-außerschulischen Kooperationen wie dem Bildungsprojekt *Life Back Home,* in dessen Rahmen Geflüchtete Seminare an Schulen leiten und mit Schüler_innen ins Gespräch kommen.

BBZ Berlin

Das *Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten* ermöglicht mit partizipatorischer Jugendarbeit jungen Geflüchteten in Berlin Zugang zu Informationen, Bildung und Ausbildung.

Ort: Berlin
Gründung: 1994
Mitarbeitende: 15 im Kernteam
Finanzierung: Projektfinanzierung
Website: www.bbzberlin.de

Thimo Nieselt

Bereits seit 1994 arbeitet das *Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten (BBZ)* in Berlin-Moabit mit unbegleiteten und begleiteten geflüchteten Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie deren Familien. Die Trägerschaft hat im Jahr 2013 der Verein *KommMit e.V.* übernommen. Das ganzheitliche Konzept des *BBZ* umfasst psychosoziale und therapeutische Unterstützung, Rechtsberatung, Beratung und Betreuung zur Integration in die Regelschule oder in den zweiten Bildungsweg sowie die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Zwar ist das *BBZ* projektfinanziert, doch die Teilprojekte sind alle ineinander verflochten, berichtet der Gründer des Zentrums, Walid Chahrour. Die Klient_innen können daher oft zwischen den einzelnen Projekten weitergeleitet werden und bleiben dem *BBZ* somit über viele Jahre treu.

Minderjährige Geflüchtete werden in der am *BBZ* angesiedelten Fachstelle für Kinder und Jugendliche beraten und begleitet. Sie ist Teil des *Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS)*, einem modellhaften Bündnis von fünf Fachstellen, welche die Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie von 2013 zum Ziel haben. »Wir haben schon seit mehreren Jahren in Berlin die Situation, dass Kinder und Jugendliche, die schulpflichtig sind, drei bis sechs Monate und sogar länger auf einen Schulplatz warten müssen«, erklärt Projektkoordinator Daniel Jasch. Die Fachstelle setzt sich durch Lobbyarbeit dafür ein, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche zeitnah beschult werden. Die drei Sozialarbeiter_innen des Projekts unterstützen unter anderem bei der Suche nach einem geeigneten Schulplatz und bei der Anmeldung, vermitteln vorbereitenden Deutschunterricht und begleiten die Eltern bei Gesprächen in der Schule. Dabei kooperiert das *BBZ* mit Wohnheimen, Vormündern und den Jugendämtern. Das Angebot wird ergänzt durch Asylverfahrensberatung und psychosoziale Betreuung durch eine Psychologin.

Ein weiteres Teilprojekt ist das Netzwerk *Bridge*, ein Zusammenschluss verschiedener Berliner Projektträger, die sich für das Bleiberecht Geflüchteter einsetzen. Die Projektarbeit richtet sich an junge Geflüchtete zwischen 18 und 27 Jahren, die keinen Platz mehr in der Regelschule finden. Neben allgemeiner Bildungsberatung und Unterstützung bei Bewerbungen liegt der Fokus auf der Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung. Das Netzwerk *Bridge* wird durch das *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* und den *Europäischen Sozialfonds* gefördert. Zudem besteht seit 2015 eine Zusammenarbeit mit dem nahegelegenen *Berlin-Kolleg*, an dem das deutsche Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nachgeholt werden kann. Derzeit werden 15 junge Geflüchtete, die bereits Deutschkenntnisse auf B1-Niveau haben und den Wunsch haben zu studieren, durch intensiven Sprachunterricht auf den Kollegbesuch vorbereitet. Das *BBZ* übernimmt die Vermittlung sowie die sozialpädagogische Betreuung des Programms. Nachdem diese Arbeit im letzten Jahr rein ehrenamtlich gestemmt werden musste, wurde nun eine Förderung durch die *Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie* bewilligt.

Die Beziehung zu den Klient_innen beschreibt Walid Chahrour als »professionelle Nähe«. Die Beratung finde auf Augenhöhe statt und richte sich nach den Bedarfen und Entscheidungen der jeweiligen Person. Die Arbeit im *BBZ* basiert auf den Grundsätzen der partizipatorischen Kinder- und Jugendarbeit. »Wir versuchen die Leute zu stärken und dazu zu motivieren, dass sie sich selbst organisieren, also sich selbst für ihre Rechte und ihre Perspektiven einsetzen«, erläutert Kerstin Schukkala, Sozialarbeiterin beim Netzwerk *Bridge*. Die Aufgabe des *BBZ* sei daher auch, die Klient_innen mit dem politischen System in Deutschland und ihren Rechten vertraut zu machen sowie rechtliche Unterstützung durch Anwält_innen zur Verfügung zu stellen. Zudem unterstützt das Zentrum den Aufbau selbstorganisierter Gruppen, die sich im Kollektiv für ihre eigenen Rechte stark machen. Ein Beispiel ist die 2002 am *BBZ* entstandene Aktionsplattform junger Geflüchteter namens *Jugendliche ohne Grenzen*. Diese setzt sich durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für ein generelles Bleiberecht und die rechtliche Gleichstellung von Migrant_innen ein. Zu weiteren Beispielen selbstorganisierter Initiativen am *BBZ* gehören ein Kollektiv aus syrischen Mediziner_innen, eine Gruppe Geflüchteter, die von Dublin-Abschiebungen bedroht sind und ein aktuell entstehender Zusammenschluss von Klient_innen, die gerne in Deutschland studieren wollen.

»Wir verstehen unsere Arbeit als politisch«, erklärt Daniel Jasch: »Flüchtlingsarbeit ist immer politische Arbeit, das sieht man an jeder Asylrechtsverschärfung.« Den Mitarbeiter_innen des *BBZ* wird durch das Forum des eng kooperierenden *Flüchtlingsrats Berlin* ermöglicht, unabhängig von einem Träger politisch aktiv zu werden. Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wird insbesondere im Namen der AG Bildung vom *Flüchtlingsrat* durchgeführt. Diese setzt sich aus verschiedenen Trägern, Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen und

Schulpsycholog_innen zusammen und hat zum Ziel, die Schulsituation junger Geflüchteter in Berlin zu verbessern.

Das Kernteam des *BBZ* ist in den letzten Jahren gewachsen und besteht derzeit aus 15 Personen. Aus dem Team haben fünf Angestellte selbst eine Fluchtgeschichte. Es herrscht eine familiäre Atmosphäre. Ein großes Problem ist jedoch die sehr hohe Arbeitsbelastung. Mit dem Kernteam arbeiten einige ehrenamtlich oder auf Honorarbasis beauftragte Sprachmittler_innen, die zum größten Teil ehemalige Klient_innen sind. Ziel sei es, dass die ältere Generation des *BBZ* irgendwann durch Geflüchtete ersetzt wird, da diese am besten mit der Situation der Ratsuchenden vertraut sind. Viele ehemalige Klient_innen konnten auch in andere Institutionen vermittelt werden, wodurch sich wiederum das Netzwerk des *BBZ* stetig erweitert. »Das Schöne an unserer Arbeit ist, dass wir die Früchte unserer Arbeit sehen«, erläutert Daniel Jasch: »Das ist es, was uns trotz dieser immensen Belastung immer wieder Kraft gibt.«

SchlaU-Schule München

Die Münchner *SchlaU-Schule* bietet jungen Geflüchteten eine nachhaltige und bedarfsorientierte Vorbereitung auf den Schulabschluss.

Ort: München
Gründung: 2000
Mitarbeitende: 72 Hauptamtliche
Finanzierung: private und öffentliche Mittel
Website: www.schlau-schule.de

Thimo Nieselt

Seit nunmehr 16 Jahren setzt sich die *SchlaU-Schule* in München dafür ein, dass unbegleitete geflüchtete Jugendliche ihr Menschenrecht auf Bildung und Schule verwirklichen können. An der Schule des Trägervereins *Junge Flüchtlinge e.V.* werden mittlerweile 300 Schüler_innen im Alter von 15 bis 25 Jahren in 19 Klassen analog zur bayerischen Mittelschule unterrichtet und auf den Mittleren Schulabschluss vorbereitet. Der rechtliche Status und die sogenannte Bleibeperspektive der Jugendlichen spielen für die Aufnahme explizit keine Rolle. Die Zahlen sprechen für sich: Alle 88 Schüler_innen haben 2016 die Abschlussprüfungen bestanden. Etwa 85 % werden anschließend in Berufsausbildungen und weiterführende Schulen vermittelt. Diese Erfolge sind insbesondere auch auf eine ausreichende Schuldauer zurückzuführen. Je nach Bedarf können die Schüler_innen bei *SchlaU* bis zu vier Jahre im Schulsystem verbleiben.

Die *SchlaU-Schule* ermöglicht spezielle Alphabetisierungsklassen für muttersprachliche Analphabet_innen und Neuankömmlinge ohne Kenntnisse der lateinischen Schriftsprache. Bereits alphabetisierte Schüler_innen verteilen sich je nach Sprachkenntnissen über drei weitere Niveaustufen, zwischen denen sie relativ flexibel wechseln können. Mittels eines differenzierten Lernstandsystems und kleiner Klassengrößen kann effektiv auf individuelle Förderbedarfe eingegangen werden. Neben Deutsch und Englisch wird sprachsensibler Fachunterricht angeboten. Alle Lehrkräfte der Schule verfügen über eine Qualifizierung in Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache. Die im Unterricht behandelten Themengebiete werden auf die Lebenswirklichkeiten der Schüler_innen und ihre heterogenen Bildungsbiografien abgestimmt. Ein wesentliches pädagogisches Ziel ist die Ermöglichung und Förderung des selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lernens. Im Unterricht werden daher nicht nur schulische Inhalte, sondern auch Konzepte und Strategien der Lebensgestaltung vermittelt.

Der Unterricht wird darüber hinaus durch umfassende Beratungs- und Betreuungsangebote ergänzt. Darunter fällt sozialpädagogische, psychosoziale und rechtliche Unterstützung, die von sieben angestellten Sozialpädagog_innen und einer Schulpsychologin gewährleistet wird. Die *SchlaU-Schule* orientiert sich in ihrer Arbeit an Konzepten der anerkennenden Pädagogik und der Traumapädagogik. Sie ist vielfältig vernetzt und in vielen Fällen wird an jeweilige Kooperationspartner, etwa therapeutische Einrichtungen und Rechtsanwälte, weitervermittelt. Als »Insel der Glückseligen« bezeichnet die stellvertretende Schulleiterin Melanie Weber ihre Schule, da die Schüler_innen sich hier in einem geschützten und stabilen Rahmen bewegen und viele Probleme gemeinsam gelöst werden können. Um Kontakte mit deutschen Schüler_innen zu knüpfen, führen die Klassen verschiedene Kooperationsprojekte mit Regelschulen und externen Projektanbietern durch. Begegnungen werden auch im Rahmen der Nachhilfe durch Ehrenamtliche ermöglicht, die in Tandems organisiert wird und von vielen Schüler_innen als zusätzliches Angebot sehr gefragt ist. Über die Nachhilfe hinaus erfüllt das Tandem eine wichtige Vernetzungsfunktion, da sich daraus tatsächlich langjährige Beziehungen entwickeln können. »Wir haben Ehrenamtlichen-Schüler-Tandems, die seit sieben Jahren existieren. Und darüber passiert ganz viel«, so Melanie Weber.

Berufsorientierung und -vorbereitung sind ein weiterer wichtiger Bereich, für den sich die *SchlaU-Schule* engagiert. In Form von Berufsorientierungswochen haben die Schüler_innen beispielsweise die Möglichkeit, in Unternehmen und Berufsschulen, die ihrem Interesse entsprechen, zu hospitieren und an Bewerbungstrainings teilzunehmen. Auch mit der Vermittlung in eine Berufsausbildung oder weiterführende Schule endet die Begleitung nicht. Um eine nachhaltige Förderung der Schüler_innen zu gewährleisten, wurde das Nachbetreuungsprogramm *SchlaUzubi* eingerichtet. Es ist weniger der berufliche Alltag, bei dem die Schüler_innen Unterstützung benötigen, sondern vielmehr die berufsspezifische Fachsprache in den akademisierten Berufsausbildungen, die häufig Schwierigkeiten bereiten kann. *SchlaUzubi* bietet daher eine individuelle Begleitung des Lernens durch ehrenamtliche Lehrer_innen aus dem jeweiligen Fachbereich an. Je nach Bedarf kann auch sozialpädagogische Betreuung in Anspruch genommen werden, beispielsweise in akuten Krisensituationen, die ohne eine adäquate Unterstützung zum Ausbildungsabbruch führen können. Das Programm wird intensiv – von etwa 120 Alumni jährlich – genutzt. Für die meisten Schüler_innen bleibt die *SchlaU-Schule* über viele Jahre hinweg verlässlicher Ansprechpartner und familiäres Umfeld.

Die *SchlaU-Schule* gilt aufgrund ihrer spezialisierten Schulentwicklung, langjähriger Netzwerkarbeit und nachweisbaren Erfolgen als Modellprojekt und wichtiger bildungspolitischer Akteur. Dies ermöglicht ihr, auf lokaler Ebene erfolgreich Lobbyarbeit zu leisten. Die Finanzierung des Vereins wird zu 20 % aus privaten Mitteln getragen. Dieser Anteil muss jedes Jahr aufs Neue

von der Geschäftsführung akquiriert werden, eine Arbeit die zwar mühsam ist, aber laut Melanie Weber auch positive Seiten hat. »Diese Finanzierung aus privaten Mitteln hilft uns, innovativ zu bleiben, zu schauen: Was braucht die Organisation jetzt wirklich? und schneller auf Bedarfe zu reagieren.« Die restlichen 80 % werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Die Landeshauptstadt München übernimmt einen Großteil der Personalkosten der Schule: Gehälter der Sozialpädagog_innen, Lehrer_innen und Schulsekretariate sowie Mietkosten werden von den jeweils zuständigen Referaten getragen. In den meisten Kommunen gebe es keine eigene Schulverwaltung wie in München, weshalb diese Finanzierungsmöglichkeiten an anderen Orten in der Regel nicht bestehen, erklärt Melanie Weber. An diesem Punkt seien die meisten Bestrebungen in Nordrhein-Westfalen und Berlin, das Konzept der *SchlaU-Schule* zu replizieren, gescheitert. Aus diesem Grund wurde Anfang 2016 die *SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik* gegründet. In deren Rahmen werden auf Grundlage bestehender und selbst durchgeführter Forschung Unterrichtsmaterialien sowie ein umfangreiches Fortbildungsangebot erarbeitet. Dies soll ermöglichen, die wertvollen Erfahrungen aus der langjährigen Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft und im Unterricht für junge Geflüchtete vermehrt mit interessierten privaten und staatlichen Bildungsinstitutionen zu teilen.

ZuBaKa

Das Frankfurter Start-Up bietet Schulen die Umsetzung eines individuell angepassten Integrationsprogramms für Intensivklassen an.

Ort: Frankfurt a.M.
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 4 Hauptamtliche
Finanzierung: *Polytechnische Stiftung; Rotary-Club Frankfurt*
Website: www.zubaka.de

Thimo Nieselt

Mittlerweile gibt es an hessischen Schulen über 800 Intensivklassen, die als Vorbereitung auf die Regelklasse oder eine berufliche Maßnahme für sogenannte Seiteneinsteiger_innen eingerichtet wurden. Zu ihnen zählen sowohl neu in Deutschland angekommene Migrant_innen als auch geflüchtete Kinder und Jugendliche mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen. »Die Herausforderungen in diesen Klassen sind immens. Trotz engagierter Schulleitungen und Lehrkräfte haben die Schulen bislang keine klaren Konzepte und man überlegt sich in jedem Einzelfall neu, was man mit neuen Schüler_innen macht«, erklärt Anna Meister, Gründerin von *ZuBaKa*. Im Rahmen des Fellow-Programms *Teach First* hat sie drei Jahre lang in Intensivklassen der Frankfurter *Hostatoschule* unterrichtet. Durch die Verleihung des mit 50.000 Euro dotierten *Cranach-Preises* und dank finanzieller Unterstützung vom *Rotary-Club Frankfurt* konnte sie an der Schule ein umfassendes Bausteinkonzept für Intensivklassen entwickeln und umsetzen. Durch diese Praxiserfahrungen sowie zahlreiche Interviews mit Schüler_innen und Lehrkräften wurden die Grundlagen für den *Zukunftsbaukasten*, kurz *ZuBaKa*, geschaffen. Das Start-Up beschäftigt sich aktuell mit der Weiterentwicklung des Konzepts und dessen Implementierung an weiteren Schulen in Frankfurt.

Ein wichtiger Bestandteil des Baukastens von *ZuBaKa* ist der Bereich Sprachförderung. Ein spezifisches Problem der Intensivklassen, auf das *ZuBaKa* reagiert, ist das fortwährende Hinzustoßen neuer Schüler_innen während des laufenden Schuljahres. Diese können von den Lehrkräften nicht einzeln betreut werden, da der reguläre Unterricht fortgeführt werden muss. Allen Neuankömmlingen wird daher von *ZuBaKa* eine *Deutsch-als-Zweitsprache-Lernbox* (*DAZ-Lernbox*) zur Verfügung gestellt. Die Inhalte der Box können in den ersten Wochen eigenständig bearbeitet oder von fortgeschrittenen Schüler_innen der Klasse vermittelt werden. Eine weitere Idee ist es, Lehramtsstudierende verstärkt als personelle Unterstützung der Lehrkräfte einzubinden.

Sie werden durch *ZuBaKa* in die Arbeit mit Intensivklassen eingeführt und begleitet. Um den Einstieg in den Schulalltag zu erleichtern, erhalten Seiteneinsteiger_innen zudem ein von *ZuBaKa* zusammengestelltes Willkommenspaket. Darin enthalten sind ein Wörterbuch sowie Informationen zu Angeboten der jeweiligen Schule und zum Stadtteil – sowohl auf Deutsch als auch übersetzt in die Muttersprache. Ein Anliegen von *ZuBaKa* ist es, eine Anbindung an die regulären Klassengemeinschaften zu schaffen, da die Intensivklassen oft relativ isoliert und kaum sichtbar seien, so Anna Meister. Das Konzept umfasst daher auch eine Ausbildung von sogenannten Schülerpat_innen aus den Regelklassen, die als Bezugspersonen für Neuankömmlinge fungieren. Weitere Angebote von *ZuBaKa* sind die Durchführung einer Willkommenswoche sowie eines Filmprojekts zu Freizeitangeboten in Frankfurt.

Das Konzept zielt zudem auf den Bereich Berufsorientierung. »Die Schüler der Intensivklassen werden da komplett rausgelassen. Sie sind an den Schulen die einzigen, die kein Praktikum machen, weil man sagt, dass sie erst Deutsch lernen müssten«, erläutert Anna Meister. Zu diesbezüglichen Angeboten von *ZuBaKa* zählen zum einen sprachsensible Unterrichtseinheiten, etwa zu Berufsvorstellungen und dem deutschen Ausbildungssystem sowie Bewerbungstrainings. Zum anderen sollen in einer sprachlich angepassten Berufsorientierungswoche Unternehmen vor Ort kennengelernt werden. *ZuBaKa* bietet auch die Begleitung von Praktika für Seiteneinsteiger_innen an. Schließlich möchte *ZuBaKa* auch eine bessere Vernetzung der Schulen erreichen. Da es bislang kaum einen Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen gibt, ist geplant, ein DAZ-Netzwerk in Frankfurt zu etablieren, das sich an alle in Intensivklassen tätigen Lehrkräfte richtet. In regelmäßig stattfindenden Treffen sollen die Ergebnisse der Aktivitäten von *ZuBaKa* präsentiert und sinnvolle Praxiserfahrungen ausgetauscht werden. Außerdem bietet das Start-Up den jeweiligen Schulleitungen individuelle Beratungen zu der sehr großen Auswahl von Schulförderprogrammen und Projekten externer Akteure an.

Im Gegensatz zu vielen existierenden Projekten, die sich auf einzelne Teilaspekte fokussieren, bietet *ZuBaKa* den Schulen ein ganzheitliches Konzept für Intensivklassen. Dabei sollen die einzelnen Bausteine individuell und flexibel an die Bedürfnisse jeder Schule angepasst werden. Die innerhalb eines Schuljahres durchzuführenden Aktivitäten werden vorab in Gesprächen mit Schulleitungen und Lehrkräften geklärt und vertraglich festgehalten. Dabei wird von *ZuBaKa* zwar keine Bezahlung, jedoch eine feste Zusage von Stunden eingefordert, die von den Lehrkräften zur Vorbereitung und Implementierung aufgebracht werden sollen. Deren Expertise als engste Bezugsperson zu den Schüler_innen und den Eltern ist für den Erfolg des Programms sehr wichtig. Anfangs ist ein höherer Zeitaufwand vonnöten, der sich dann aber auch auszahlt, wie Anna Meister betont: »Ich will ihren Arbeitsalltag erleichtern und nicht erschweren. Dazu muss ich anfangs Gespräche führen, kann ihnen dann

aber viel Arbeit abnehmen.« Auch damit das Konzept nachhaltig über die einjährige Betreuung durch *ZuBaKa* hinaus etabliert werden kann, sollen Schulleitung und Lehrkräfte, sowie die Jugendhilfe der *Caritas* als Kooperationspartner, eng eingebunden werden.

Das Start-Up wurde in das *Anders-Gründen-Programm* des *Social Impact Lab Frankfurt* aufgenommen. Zwar wird keine finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt, dafür können ein Jahr lang dessen Büroräume genutzt werden. Außerdem kann Anna Meister kostenlose Coachings sowie betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung in Anspruch nehmen. Das Projekt profitiert vom Austausch mit anderen Stipendiat_innen und dem Netzwerk des *Social Impact Lab*. Seit September 2016 ist *ZuBaKa* nun in eine weitere Pilotphase gestartet und wird das Konzept an drei Frankfurter Schulen implementieren. Einen Teil der Finanzierung übernimmt die *Polytechnische Stiftung*. Ein zusätzlicher Mitarbeiter konnte von diesem Geld bereits angestellt werden. Je nachdem, wie die Gespräche mit weiteren Geldgebern und dem Kultusministerium ausgehen, könnte das Bausteinkonzept von *ZuBaKa* bald schon an weitaus mehr Schulen implementiert werden. Die bisherige Vision von Anna Meister ist, das Konzept im zweiten Jahr an etwa 20 Schulen im Raum Frankfurt zu etablieren und im dritten Jahr eine größere Region in Hessen zu bedienen. »Der Bedarf ist unglaublich groß und *ZuBaKa* hat sehr viel Potenzial, in die Breite zu gehen, natürlich weit über Hessen hinaus«, berichtet die Gründerin von zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

*foundationClass Berlin

Die Vorbereitungsklasse der Kunsthochschule Weißensee Berlin unterstützt Geflüchtete bei der Erstellung oder Rekonstruktion eines Portfolios.

Ort: Berlin
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 6 Lehrbeauftragte
Finanzierung: Berliner Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie
Website: www.foundationclass.org

Thimo Nieselt

Wer sich auf die Flucht begibt, hat in der Regel keine Möglichkeit, eigene künstlerische Arbeiten oder zumindest die Dokumentation der bisherigen künstlerischen Arbeit mitzunehmen. Neben bürokratischen Hürden ist auch aus diesem Grund geflohenen Menschen der Zugang zum Studium an einer deutschen Kunst- oder Designhochschule oft versperrt. Die von Professor Ulf Aminde an der *Kunsthochschule Weißensee Berlin* eröffnete **foundationClass* hat daher zum Ziel, Geflüchtete bei der Erstellung einer Bewerbungsmappe zu unterstützen, die den Erwartungen deutscher Kunst- und Designhochschulen entspricht. Für die Teilnahme spielt es keine Rolle, ob die Person bereits in ihrem Heimatland ein Kunst- oder Designstudium aufgenommen hatte oder bereits künstlerisch tätig gewesen ist. »Für uns war das Wichtigste, dass sie hochmotiviert sind und das wirklich machen wollen«, erklärt die Projektkoordinatorin Miriam Schickler. Weitere Voraussetzung ist ein vorhandener Aufenthaltstitel. Von gut 40 vollständigen Bewerbungen wurden letztendlich alle angenommen und die Studieninteressierten in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt: jeweils eine im Sommersemester 2016 und eine im Wintersemester 2016/17. Der Großteil der Teilnehmenden kommt aus Syrien und dem Iran, andere aus dem Sudan, Ägypten, Afghanistan und Guinea.

Für die **foundationClass* wurden sechs Lehrbeauftragte angestellt, die Seminare in den Fächern Zeichnen und Druckgrafik, Malerei, Plastisch-Räumlich-Installatives Gestalten, Fotografie und Video/digitale Medien, Grafik-, Produkt- und Textildesign sowie Kunstgeschichte und -theorie anbieten. Alle Lehrbeauftragten haben einen Perspektivwechsel durchlebt: Sie kommen aus dem außereuropäischen Ausland und haben an einer deutschen Kunsthochschule studiert. »Die Dozent_innen haben ein Verständnis und Empathie dafür, wo die Teilnehmenden herkommen, was sie durchgemacht haben, aber eben auch, wo sie künstlerisch herkommen und wo sie hinmüssen«, erklärt Miriam Schickler. Dadurch, dass vier der Lehrbeauftragten aus Syrien und

dem Iran kommen, können zudem teilweise sprachliche Hürden umgangen werden.

Während das Programm im letzten Semester noch sehr verschult war, sollen die Studieninteressierten zukünftig je nach Interesse und Bedarf entscheiden können, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen möchten. Erklärtes Ziel der **foundationClass* ist es, einen Raum anzubieten, in dem die Geflüchteten frei experimentieren können. Das benötigte Material wird zur Verfügung gestellt. Außerdem stehen den Teilnehmer_innen alle Werkstätten der Kunsthochschule zur Nutzung offen. Zusätzlich wurden auch einige reguläre Seminare der Kunsthochschule von den jeweiligen Dozent_innen für die **foundationClass* geöffnet. Für alle Teilnehmenden wird von zwei angestellten Lehrer_innen Deutschunterricht angeboten, der für die Fortgeschrittenen auch Fachvokabular, kunstwissenschaftliche Diskurse oder das Schreiben von Bewerbungen aufgreift. Der Sprachkurs ist insbesondere für jene elementar, die aufgrund ihres rechtlichen Status an keinem Integrationskurs teilnehmen können.

Neben Ulf Aminde in leitender Funktion und Miriam Schickler, die mit einer halben Stelle angestellt ist, unterstützen drei wissenschaftliche Hilfskräfte die **foundationClass*. In individuellen Sprechstunden hilft das Team bei der beschwerlichen Wohnungssuche, berät zu den jeweiligen Portfolios und versucht Orientierung in der Bewerbungsphase zu geben. Neben der zeitlichen Belastung durch Behördengänge und die Integrationskurse sei insbesondere der Gasthörer_innenstatus der Teilnehmenden ein großes Problem. Da sie nicht als ordentliche Studierende eingeschrieben sind, können die Teilnehmer_innen keinerlei finanzielle Unterstützung, etwa durch *BAföG* oder Studienstipendien, erhalten. Auch die Finanzierung des Programms aus Mitteln der *Berliner Qualitätsoffensive für die Lehre* durch die *Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie* sieht bislang keine individuelle finanzielle Unterstützung der Teilnehmenden vor.

Das letztendliche Ziel der Vorbereitungsklasse ist, dass die Teilnehmenden an einer Kunst- oder Designhochschule angenommen werden und somit als ordentliche Studierende mehr Handlungsspielräume bekommen. »Wir gehen davon aus, dass die gesamte Hochschule oder jede Klasse, in die unsere Teilnehmenden reinkommen, davon wahnsinnig profitieren wird, von dem ganzen Wissen, von den ganzen Erfahrungen, die sie gemacht haben«, verdeutlicht Miriam Schickler. Die **foundationClass* vertritt in der Öffentlichkeit, etwa auf Fachkonferenzen, die ausdrückliche Forderung, dass sich die deutschen Kunst- und Designhochschulen öffnen müssen. Deren Kunstverständnis sei nach wie vor von einer weißen Elite geprägt; Lehrinhalte gingen zu selten über den mitteleuropäischen Kontext hinaus. Auch das Selbstverständnis der *Kunsthochschule Weißensee* verändert sich durch die Präsenz des Projekts und die unterschiedlichen Kunstansätze der Studieninteressierten. Um diese Selbst-

reflexion zu fördern, ist für das nächste Semester unter anderem eine Vortragsreihe zu Postkolonialismus und Kunst geplant. Bei allem Enthusiasmus, unterschiedlichen Ideen und Formaten soll jedoch ein geschützter Raum für die Teilnehmer_innen bewahrt bleiben. Die zahlreichen Anfragen von Künstler_innen, die Geflüchtete für ihre neuen Kunstprojekte benötigen, werden daher in aller Regel abgelehnt.

Die **foundationClass* hat schon jetzt gezeigt, dass das Konzept erfolgreich und bei den Studieninteressierten beliebt ist. Während die eigentlichen Bewerbungsphasen noch bevorstehen, wurden bereits fünf Teilnehmende an Hochschulen angenommen. In der ersten Jahreshälfte 2016 hat es viele neue Initiativbewerbungen gegeben, die Nachfrage zur Teilnahme an dem Programm ist demnach weiterhin hoch. Jedoch ist die Folgefinanzierung noch nicht gesichert und es bleibt zu hoffen, dass die Klasse 2017 fortgeführt werden kann. »Noch besser wäre es natürlich«, stellt Miriam Schickler schließlich fest, »wenn es die **foundationClass* irgendwann gar nicht mehr bräuchte.«

Kiron Open Higher Education

Berliner Start-Up will Geflüchteten durch ein Online-Studium Zugang zu Universitäten ermöglichen.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 40 Hauptamtliche
Finanzierung: Schöpflin Stiftung
Website: www.kiron.ngo

Thimo Nieselt

Das im März 2015 von Markus Kreßler und Vincent Zimmer in Berlin gegründete Start-Up *Kiron Open Higher Education* hat sich zum Ziel gesetzt, Geflüchteten ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Das Problem ist bekannt: Häufig fehlen die benötigten Dokumente, etwa Hochschulzertifikate aus dem Heimatland, und zudem kann es Jahre dauern, bis die für eine Hochschulbewerbung in der Regel notwendige Aufenthaltserlaubnis vorliegt. Weitere Hürden stellen fehlende Sprachkenntnisse und finanzielle Mittel vieler Geflüchteter sowie die begrenzten Aufnahmekapazitäten an den Universitäten dar. *Kiron* will selbst keine Universität sein, sondern in einvernehmlicher Zusammenarbeit mit den Hochschulen bestehende Hürden überwinden. Hier können sich Geflüchtete daher weltweit, kostenlos und ohne Wartezeit für ein Online-Studium auf englischer Sprache einschreiben. Voraussetzung für die Teilnahme sind ein Nachweis über den Flüchtlingsstatus, entsprechende Englischkenntnisse und ein Internetzugang.

Die Ortsunabhängigkeit des Online-Studiums kommt der Lebenssituation vieler Geflüchteter entgegen, die durch hohe Mobilität gekennzeichnet ist. Das Absolvieren der Kurse ist von überall auf der Welt über Laptop oder Smartphone möglich. Momentan lebt ein Großteil der Studierenden in Deutschland, allerdings nutzen mittlerweile auch Geflüchtete in der Türkei und Jordanien das Angebot. Besonders gut funktioniert bei der Akquise neuer Teilnehmer_innen die Mund-zu-Mund-Propaganda. Einige Geflüchtete informieren als »Botschafter_innen« über *Kiron* und werben somit neue Studierende an.

Derzeit stehen vier verschiedene Bachelor-Studiengänge mit jeweiligen Spezialisierungen zur Auswahl: Business and Economics, Computer Science, Engineering und Social Science. Die Curricula werden mit den Universitäten abgeglichen und mit ECTS-Studienleistungspunkten versehen. *Kiron* plant, dass Online-Studierende auf diese Weise 60-80 ECTS sammeln können, was etwa zwei Semestern entspricht. Sobald sie über die nötigen Dokumente und

Sprachkenntnisse verfügen, ist der Einstieg an einer regulären Universität vorgesehen, wo ihnen diese Punkte angerechnet werden. Es wird erwartet, dass die ersten Studierenden 2017 an eine der Partnerhochschulen wechseln können. *Kiron* hat derzeit mit 18 Universitäten, von denen sich 16 in Deutschland befinden, ein Memorandum of Understanding unterschrieben. Es laufen Verhandlungen über Kooperationen mit über 120 weiteren Universitäten, wobei die Hochschulen »noch ein bisschen über ihren Schatten springen müssen«, so Katharina Derbühl von *Kiron*. Die Hürden sind zum einen rechtlicher Natur, da die Universitäten nur ein begrenztes Kontingent an Studierenden aus Nicht-EU-Ländern aufnehmen können. Zum anderen müssen auch Vorbehalte gegenüber dem Konzept des Online-Studiums überwunden werden. Ziel ist es, gemeinsam mit den Universitäten Learning Agreements zu beschließen, die schließlich den erfolgreichen Transfer von ECTS-Punkten ermöglichen. Eine solche Vereinbarung wurde bisher mit der *BAU University*, der *TH Wildau*, der *Hochschule Eberswalde* und der *Hochschule Heilbronn* geschlossen. Der Anerkennungsprozess der Onlinekurse an den jeweiligen Universitäten erweist sich als Herausforderung, die sowohl für das Start-Up-Team als auch die Universitäten einen Lernprozess bedeutet.

Die Studienprogramme bestehen im Kern aus sogenannten Massive Open Online Courses (MOOCs), zertifizierten Online-Vorlesungen, die auf den Plattformen *Coursera* und *edX* von US-amerikanischen Hochschulen zur Verfügung gestellt werden und in der Regel mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Dies ist auch der Grund dafür, dass das Studium bei *Kiron* bislang nur auf Englisch angeboten werden kann. Deutsch- und Englischkenntnisse können in Kooperation mit etablierten Online-Sprachkursen verbessert werden. Auch Tutorien, bei denen die Studierenden in direkten Online-Austausch mit Lehrenden treten, werden von *Kiron* organisiert. Das Angebot ist aber nicht ausschließlich auf Online-Formate begrenzt. In den sogenannten Study Hubs können Studierende vor Ort die Computer nutzen und miteinander in Kontakt kommen. Des Weiteren gibt es an den lokalen Universitäten ein von Freiwilligen durchgeführtes Buddy-Programm zur Unterstützung sowie Mentor_innen, die Berufsberatung anbieten. Das Empowerment der Studierenden, denen ein hohes Maß an Selbstverantwortung überlassen wird, ist ein zentrales Anliegen von *Kiron*. Als einen wichtigen Effekt ihrer Arbeit beschreiben die beiden Gründer eine Veränderung der Wahrnehmung vieler Teilnehmer_innen von Geflüchteten zu Student_innen, die als positiv erlebt wird, »weil das mental viel verändert und neue Möglichkeitsräume eröffnet«.

Das junge Team von *Kiron*, das in Büroräumen in Berlin-Mitte untergebracht ist, umfasst mittlerweile 40 Angestellte. Weitere 15 Mitarbeiter_innen sollen in den folgenden Monaten hinzukommen. Von Anfang an haben Geflüchtete an der Entwicklung des Start-Ups mitgewirkt und auch unter den derzeitig Beschäftigten sind Menschen mit Fluchtgeschichte. Weitere etwa

300 Freiwillige arbeiten weltweit unter anderem als Mentor_innen und bei der Abstimmung der Curricula mit. Entscheidungen sollen bei *Kiron* möglichst transparent und partizipativ getroffen werden, so haben es sich die Gründer vorgenommen. Die Dynamik und Offenheit, aber auch die Effektivität des Social Start-Ups, das sich weniger politisch positioniert, sondern eher einen Systemwandel von innen heraus herbeiführen möchte, beschreibt Katharina Derbühl als Faktoren, die junge Menschen zum Mitmachen bewegen. *Kiron* hat zudem, auch dank des Konsensthemas Bildung, weitreichende Unterstützung durch Politik und Zivilgesellschaft erfahren und konnte die bisher erfolgreichste Crowdfunding-Kampagne Europas durchführen. Bis Mitte 2017 ist die Finanzierung, insbesondere auch dank der *Schöpflin Stiftung*, gesichert. Für die Zukunft ist geplant, *Kiron* zu einem Social Business, das sich nach einiger Zeit selbst trägt, zu transformieren.

Das Projekt kann eine Lösung anbieten, die vor allem langfristig Perspektiven schafft und durch den Fokus auf Online-Aktivitäten in großem Rahmen kostengünstig funktioniert. Auch aus diesen Gründen konnte das Start-Up im letzten Jahr so rasant wachsen und das Interesse vieler Hochschulen wecken. Dabei könnte es sein, dass die *Kiron*-Gründer mit ihrer Vision einer demokratischen, mobilen und an den Bedürfnissen der Studierenden ausgerichteten Hochschulbildung ganz nebenbei die deutsche Universitätslandschaft verändern.

Life Back Home

Im Rahmen des Pilotprojekts Life Back Home organisiert der Verein The Global Experience durch Geflüchtete geleitete Workshops an Schulen.

Ort: Berlin/Münster
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 15 Referent_innen
Finanzierung: Engagement Global, Stiftung Umwelt und Entwicklung
Website: www.lifebackhome.de

Thimo Nieselt

Die 2005 aus den Austauschprogrammen des Münsteraner *Schiller-Gymnasiums* hervorgegangene NGO *The Global Experience* führt Stipendiaten-, Austausch- und Bildungsprojekte an Schulen durch. Über eines dieser Programme kam 2015 auch eine junge Jemenitin nach Berlin, um in den Büros des Vereins ein Praktikum zu absolvieren. In dieser Zeit brach in ihrem Heimatland Bürgerkrieg aus, weswegen sie in Deutschland bleiben musste. Bei Schulbesuchen im Rahmen des Praktikums berichtete sie fortan von ihrer Situation und der Erfahrung, Asyl zu beantragen, was auf großes Interesse der Schüler_innen stieß. Der Verein beschloss daraufhin, zwei Pilotreihen strukturierter, durch Geflüchtete geleiteter Workshops an weiterführenden Schulen zu initiieren. An vielen Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, gebe es kaum Kontakt zu Geflüchteten, so Carina Schmid, Mitbegründerin von *The Global Experience*. Auch seien die Lehrkräfte oft damit überfordert, das Thema Flucht im Unterricht zu behandeln. Um Vorurteile und Rassismus zu bekämpfen, sei es jedoch wichtig, einen Austausch zu ermöglichen.

Das Projekt *Life Back Home* ist zunächst auf eine Laufzeit von einem beziehungsweise anderthalb Jahren angelegt. Bundesweit wurden Honorarmittel und Fahrtkosten für zehn Workshops durch das entwicklungspolitische Bildungsprogramm von *Engagement Global* gefördert. Zudem wurde eine Förderung von 25 bis 30 Workshops in Nordrhein-Westfalen durch die *Stiftung Umwelt und Entwicklung* bewilligt, womit unter anderem eine Projektkoordinatorin in Münster angestellt werden konnte. Die Referent_innen erhalten im Normalfall ein angemessenes Honorar. Wenn die betreffenden Personen noch über keinen (sicheren) Aufenthaltsstatus verfügen und ihnen somit nicht erlaubt ist, Geld zu verdienen, sucht der Verein nach anderen Lösungen. Die erste große Herausforderung bestand darin, im Anschluss an die Projektkonzeption passende junge Referent_innen zu finden. Diese sollten Lust daran haben, sich mitzuteilen und offen von ihrer Geschichte zu berichten, sowie aus-

reichende Deutsch- oder Englischkenntnisse mitbringen. Besonders schwierig war es, genügend weibliche Referentinnen zu finden. Mittlerweile konnten 15 Teilnehmende gewonnen werden, darunter auch sechs junge Frauen. Die meisten von ihnen stammen aus Krisengebieten wie Syrien, dem Irak, dem Jemen oder Afghanistan. Einige haben eine lange Flucht hinter sich. Andere sind mithilfe eines Studentenvisums nach Deutschland gekommen. Viele der Referent_innen kommen aus der Mittelschicht ihres Heimatlandes, haben gute Schulabschlüsse und suchen aktiv nach Möglichkeiten, sich in Deutschland zu engagieren. Im Rahmen eines jeweils zweitägigen Trainings in Berlin und Münster hatten die ausgewählten Teilnehmer_innen die Möglichkeit, sich kennenzulernen und ihre Vorträge vorzubereiten. Zunächst ging es darum, eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu schaffen und sich über mögliche Ziele der Workshops auszutauschen. Anschließend wurde versucht, aus den jeweiligen persönlichen Geschichten einen schulfähigen Vortrag zu erarbeiten. Die Referent_innen wurden darum gebeten, religiöse und politische Inhalte auszuklammern.

Der Schwerpunkt eines Vortrags ist entsprechend der jeweils erlebten persönlichen Geschichte ganz unterschiedlich. In der Regel geht es im ersten Drittel um das Leben im Heimatland. Die syrischen Referent_innen zeigen an dieser Stelle zum Beispiel, »wie ihre Schule aussieht, wie sie mit ihren Freundinnen in der Stadt abhängen, wie sie shoppen gehen. Die hatten ein ganz normales Leben, wie deutsche Jugendliche auch, das ihnen dann Stück für Stück genommen wurde«, erklärt Carina Schmid. Für die Schüler_innen ist das Erzählte daher gut nachvollziehbar. Im zweiten Drittel des Vortrags geht es um die Entscheidung, das Land zu verlassen oder um die Flucht selbst. Im letzten Drittel wird schließlich vom Leben in Deutschland berichtet und von dem Gefühl, in einem anderen Land mit neuen soziokulturellen Zusammenhängen anzukommen. Eine der beiden Projektkoordinator_innen übernimmt in der Regel die Moderation des Workshops. Ihre Rolle besteht darin, mögliche Missverständnisse zu klären und für eine offene Atmosphäre zu sorgen, in der sich die Referierenden und die Zuhörenden wohlfühlen. Es handele sich schließlich um sehr emotionale Geschichten, etwa »wenn sie von dem Moment berichten, an dem sie von ihren Eltern Abschied nehmen und nicht wissen, ob sie sich je wieder sehen«.

Es hat sich bewährt, die Workshops möglichst frei und flexibel zu gestalten und an die Anforderungen der Lehrkräfte und der jeweiligen Klasse anzupassen. Für *Life Back Home* sind meistens zwei Schulstunden angesetzt, in denen zwei Referent_innen ihre Geschichten vortragen und anschließend für Diskussionen und Gruppenarbeit zur Verfügung stehen. In manchen Fällen steht ein ganzer Projekttag zur Verfügung, sodass ein Workshop mit Medienschwerpunkt angeboten werden kann. In diesem Rahmen erarbeiten die Schüler_innen kurze Filme zum Thema Flucht, Integration oder Sprache, die an-

schließend über soziale Medien veröffentlicht werden. Das Projekt kooperiert hierbei mit drei jungen Syrern, die das erfolgreiche *YouTube*-Projekt *German LifeStyle* gegründet haben und Videos für in Deutschland ankommende Syrer_innen produzieren. Dass berühmte YouTuber in den Unterricht kommen, kann Schüler_innen natürlich ganz besonders begeistern.

»Ich sehe in dem Projekt etwas, mit dem man mit wenig administrativem Aufwand einen großen Einfluss haben kann«, so die Koordinatorin. *Life Back Home* stellt zunächst einmal einen Kontakt her und stärkt interkulturelle Kompetenzen. Das Projekt leistet zudem wichtige Bildungsarbeit, die präventiv gegen Radikalisierung wirken und dazu führen kann, dass sich die Schüler_innen für eine offenere Gesellschaft einsetzen. Für die Geflüchteten selbst bedeutet die Beschäftigung der Schüler_innen mit ihren Geschichten eine Form der Wertschätzung. Womöglich hilft es ihnen auch dabei, Erlebtes zu verarbeiten und selbstbewusster zu werden. Oftmals bleiben die Schulklassen noch nach dem Workshop mit den Referent_innen in Kontakt. Aus diesen positiven Erfahrungen und Intentionen heraus wird eine Fortführung und Ausweitung des Projekts nach Ablauf der Pilotphase angestrebt. Einer Bewilligung weiterer Förderanträge rechnet Carina Schmid gute Chancen aus. Die aktuellen Referierenden könnten dann bereits als Trainer_innen und Multiplikator_innen für das neue Team fungieren. Ziel ist es, mehr Schulen in ganz Deutschland zu erreichen und auch verstärkt in solche Schulklassen und Regionen zu gehen, wo es mehr Vorbehalte gibt.

Arbeitsvermittlung

Die zentrale Rolle von Arbeit und Erwerbstätigkeit bei der Integration von Migrant_innen ist unbestritten und wurde durch zahlreiche Studien belegt. Für die besonders prekäre Gruppe der Geflüchteten ist diese von noch größerer Bedeutung: Abgesehen von der Möglichkeit, ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können und nicht dauerhaft auf staatliche Sozialleistungen angewiesen zu sein, sorgt Arbeit für das soziale sowie psychische Wohlbefinden der neu angekommenen und oftmals traumatisierten Menschen. Durch eine regelmäßige Beschäftigung werden Langeweile, Isolation und niedriges Selbstwertgefühl bekämpft. Außerdem kann ein Teil des verdienten Geldes zur Unterstützung an Verwandte nach Hause geschickt werden. Eine Arbeitsaufnahme ermöglicht schließlich, direkte Kontakte mit Einheimischen zu knüpfen.

So wichtig Arbeit für Geflüchtete ist, so groß sind die Schwierigkeiten beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Dies liegt zum einen an fehlenden Sprachkenntnissen, geringen Qualifikationen oder der Unmöglichkeit, vorhandene Qualifikationen nachzuweisen. Zum anderen liegt es an der mangelnden Flexibilität und fehlenden Weitsicht der deutschen Bürokratie, die den Zugang zu Arbeit durch Regularien verstellt. Zu diesen zählen beispielsweise gesetzliche Beschränkungen, die zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand für Arbeitssuchende und Arbeitgeber führen; der fehlende Zugang zu oder die mangelnde Anzahl von Plätzen in Integrationskursen; die ungenügende Verfügbarkeit von Informationen über mögliche Maßnahmen; die Unklarheit rechtlicher Regelungen und deren häufige Änderungen; die Vernachlässigung von bereits benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Menschen fortgeschrittenen Alters; und das Übersehen der besonderen Bedürfnisse der Geflüchteten, die teilweise wie erwerbslose Deutsche behandelt werden. Darüber hinaus hängt die Vermittelbarkeit der Geflüchteten stark mit politischen und gesellschaftlichen Stimmungen zusammen, die sich oft in Ängsten, Vorurteilen und Missverständnissen seitens potenzieller Arbeitgeber spiegeln. Die folgenden Projekte versuchen, jedes auf seine eigene Art, wirksame, zugängliche und innovative Lösungen für diese Probleme anzubieten. Zu ihnen gehören eine Jobbörse, eine Lehrwerkstatt für Techniker und Handwerker, eine Zeitarbeitsagentur, ein Weiterbildungsprojekt für Frauen im Pflegebereich, eine Programmierschule, eine Personalvermittlungsfirma, ein Eins-zu-eins-Mentoringprogramm, eine Ausbildungs- und Berufsinitiative mit Fokus auf Handwerk, Tourismus und die Baubranche sowie ein Unter-

nehmen, das Geflüchteten Ausbildungs- und Praktikumsplätze anbietet. Die Projekte unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht: etwa in der Frage, ob sie sich an geflüchtete Frauen und Männer mit geringen oder hohen Qualifikationen richten oder an wirtschaftliche Akteur_innen und Arbeitgeber_innen, oder ob sie ihren Schwerpunkt auf Personalvermittlung, Berufsausbildung oder den Aufbau professioneller Netzwerke setzen. Und nicht zuletzt unterscheiden sie sich darin, ob und woher sie finanzielle Mittel beziehen, sei es vom Staat oder von unabhängigen Stiftungen. Doch trotz aller Unterschiede teilen sie ein gemeinsames Anliegen: die schnelle, unkomplizierte und effektive Arbeitsvermittlung von geflüchteten Menschen, die nicht nur einen Beitrag zum Wohl der Geflüchteten leistet, sondern ebenso der deutschen Wirtschaft und der gesamten deutschen Gesellschaft zugutekommt.

Workeer

Zwei Studierende der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin entwickelten 2015 eine Ausbildungs- und Arbeitsplatzbörse, die sich speziell an Geflüchtete richtet und ihnen die Möglichkeit eröffnet, ein berufliches Netzwerk aufzubauen.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 11 Hauptamtliche
Finanzierung: *Kiron*, Spenden
Website: www.workeer.de

Meital Rozental

Die erste Jobbörse für Geflüchtete in Deutschland, *Workeer,* bietet Geflüchteten außer Stellen- und Praktikumsangeboten auch die Möglichkeit, persönliche Profile zu erstellen. Darin stellen sie sich durch Eintragung ihrer Sprachkenntnisse, ihres Werdegangs und kurzer selbstverfasster Texte potenziellen Arbeitgebern vor, die ebenso Profile erstellen können. So bietet die Plattform eine schnelle und unkomplizierte Lösung sowohl für Neuankommende, die den deutschen Arbeitsmarkt noch nicht kennen, als auch für Arbeitgeber, die Geflüchtete anstellen wollen. Damit zukünftig Akteur_innen der Personalvermittlung sowie Mentoringprojekte die Plattform zur besseren Beratung der Geflüchteten nutzen können, sollen auch sie bald Profile bei *Workeer* erstellen können.

Auch wenn einige ähnliche Projekte gestartet wurden, unter anderem bei etablierten Jobbörsen wie *everjobs, jobbörse.de* oder *Careers4refugees,* bleibt *Workeer* die größte Jobbörse für Geflüchtete. Die Besonderheit von *Workeer* ist der Umfang des Angebots: Während andere Stellenmarkt-Plattformen ihren Schwerpunkt auf bestimmte Branchen oder bestimmte Regionen legen, agiert *Workeer* bundesweit und branchenübergreifend. Dazu ist die Plattform äußerst benutzerfreundlich und auch mit mobilen Endgeräten leicht zu bedienen. Für letztere ist die Nutzung optimiert, weil viele Geflüchtete keinen Zugang zu Computern haben. Mittlerweile zählt das Team von *Workeer* elf junge Mitarbeiter_innen, die in Teilzeit oder ehrenamtlich an der Weiterentwicklung des Projekts beteiligt sind. Die Arbeit ist in drei Bereiche unterteilt: Der Produktbereich umfasst IT, Design und das Konzept der Plattform; der Business-Bereich trägt Sorge dafür, dass *Workeer* ein nachhaltiges soziales Unternehmen mit einem professionellen Finanzierungsmodell wird; der Kommunikations-Bereich kümmert sich sowohl um die bereits registrierten als auch um die Akquise neuer Nutzer_innen. Eine gemeinsame Aufgabe aller Bereiche ist es, sicherzustellen, dass »möglichst viele Personen mitein-

ander in Austausch kommen«, wie die Leiterin des Kommunikations-Teams, Flora Bolm, erklärt.

Die Nutzung steht allen offen, unabhängig von Rechtsstatus, Dauer des Aufenthalts oder vorherigen Berufserfahrungen. Allerdings richtet sich die Webseite vor allem an diejenigen, die bereits mindestens Deutschkenntnisse auf dem Niveau A2 besitzen, da die Plattform momentan nur auf Deutsch angeboten wird. Der Grund dafür, wie auch für die fehlende Umsetzung vieler anderer Ideen zur Verbesserung der Plattform, liegt in den beschränkten Kapazitäten des bereits hoch ausgelasteten Personals, das ehrenamtlich oder unterbezahlt arbeitet.

Die erste Finanzierung, mit der die aktuellen Stellen und die Weiterentwicklung der Webseite finanziert werden, erhielt *Workeer* im Februar 2016 vom offiziellen Partner *Kiron*. Außerdem lebt das Projekt von Spenden und einer Crowdfunding-Kampagne. Eine Förderung der *Robert Bosch Stiftung* ist ebenso in Aussicht – dafür muss *Workeer* jedoch zunächst als gemeinnützige Organisation anerkannt werden. Ungeachtet des Mangels an ausreichender finanzieller Unterstützung hält *Workeer* bereits vielfältige Pläne für die Weiterentwicklung der Plattform bereit: Zusätzlich zu der Übersetzung ins Englische und der Erstellung von Helferprofilen sind einige neue Funktionen geplant; zum Beispiel ein Bereich, in dem die notwendigen Informationen für den Arbeitsmarktzugang leicht verständlich dargestellt werden; oder ein Tool, das nach der Eintragung eines aktuellen Rechtsstatus die entsprechenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Seit kurzem bietet *Workeer* einen *WhatsApp*-Support an, über den Geflüchtete Fragen stellen oder Feedback geben können. Feedback von Arbeitgebern wurde ebenfalls von Beginn des Projekts an aktiv gesucht. Trotzdem ist aufgrund fehlender Ressourcen ein nachhaltiges Qualitätsmanagement bisher noch nicht möglich. Einer der wichtigsten Aspekte der Arbeit von *Workeer* ist die Kontaktaufnahme mit Geflüchteten und mit Unternehmen. Dank der enormen Medienpräsenz zu Beginn des Projekts kommen viele Unternehmen von selbst auf *Workeer* zu. Von der hohen Motivation der Geflüchteten, die eventuelle Wissenslücken kompensiert, können Unternehmen deutlich profitieren. Weitere Gründe für das große Interesse von Arbeitgeberseite sind unter anderem der Wille, der Belegschaft eine internationale Ausrichtung zu geben, gesellschaftliche Verantwortung als Teil der Öffentlichkeitsstrategie zu zeigen sowie der Fachkräftemangel in bestimmten Branchen. Um möglichst viele Kontakte zu sammeln, präsentiert sich *Workeer* auf diversen Netzwerkveranstaltungen und steht im Austausch mit Personalvermittlungsinitiativen.

Um Geflüchtete zu rekrutieren, wurde kürzlich ein Pilotprojekt gestartet, in dessen Rahmen Mitarbeiter_innen und Freiwillige mithilfe von Sprachmittler_innen Registrierungstage in Sprachschulen durchführen, über den Bewerbungsprozess informieren und Bewerbungsfotos machen. Darüber hi-

naus präsentieren die Mitarbeiter_innen die Plattform auf Jobmessen für Geflüchtete. Bei einer Jobmesse, die monatlich in einer großen Unterkunft im Berliner Bezirk Spandau stattfindet und zahlreiche Initiativen anzieht, soll das Pilotprojekt regelmäßig durchgeführt werden. Für eine deutschlandweite Umsetzung der Registrierungstage fehlen momentan noch die Ressourcen. Um jedoch auch Geflüchtete außerhalb von Berlin zu erreichen, stehen seit Ende Mai Flyer und Poster auf Deutsch, Englisch und Arabisch zum Ausdrucken, Aufhängen und Verteilen auf der Webseite zur Verfügung. Diese Materialien richten sich an Multiplikator_innen, die direkt mit Geflüchteten in Unterkünften oder Sprachkursen arbeiten. »Wir brauchen Support«, sagt Bolm, »denn ohne die Multiplikator_innen funktioniert kein Projekt in diesem Bereich.« Neben der Finanzierung ist die größte Herausforderung für die Nachhaltigkeit des Projekts die bisher mangelnde Kooperation mit den politisch Verantwortlichen: »Wenn sich von der politischen Seite nichts bewegt, ist es für uns schwierig, die Arbeitsmarktintegration voranzutreiben. Wir können nur das Werkzeug liefern«, so Bolm. Trotz ihrer Bemühungen und positiver Äußerungen von Politiker_innen in den Medien hat es *Workeer* bis vor kurzem nicht geschafft, Kontakt zu staatlichen Akteur_innen aufzunehmen. Erst Mitte Juni hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles offiziell die Schirmherrschaft für die Plattform übernommen. Ob diesem Schritt auch eine finanzielle Unterstützung folgen wird und ob sich darüber die Kooperation mit staatlichen Akteur_innen nachhaltig intensiviert, bleibt abzuwarten.

Lernwerkstatt HuT – Handwerk und Technik für Flüchtlinge

Ehrenamtliche Rentner_innen betreiben eine handwerkliche Lernwerkstatt für Geflüchtete, deren Produkte für soziale Zwecke gespendet werden.

Ort: Schwäbisch Gmünd
Gründung: 2014
Mitarbeitende: circa 10 Teammitglieder
Finanzierung: Spenden, *Stiftung Heiligenbruck*
Website: www.lernwerkstatt-hut-für-fluechtlinge.de

Meital Rozental

Am Eingang zum Werkstattraum des Projektes *Lernwerkstatt HuT – Handwerker und Techniker für Flüchtlinge*, einer ehemaligen Waffenkammer, stehen zahlreiche kaputte Fahrräder, die von Einwohner_innen der malerischen Stadt Schwäbisch Gmünd in Baden-Württemberg gespendet wurden. Bald werden sie von den Teilnehmenden der Lernwerkstatt repariert. Die hier Tätigen, zumeist geflüchtete Männer ohne berufliche Qualifikationen oder Vorkenntnisse im handwerklichen Bereich, sind derzeitige oder ehemalige Bewohner_innen der direkt gegenüberliegenden Gemeinschaftsunterkunft. Die Werkstatt steht allen Geflüchteten sofort nach deren Ankunft offen und die Fähigkeiten, die gelehrt werden, erhöhen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Leitung wird von einem Team von neun ehrenamtlichen Rentner_innen aus unterschiedlichen Bereichen übernommen, die auf diese Weise aktiv und beschäftigt bleiben, ihre langjährige Erfahrung und ihr Wissen weitergeben und damit der Gemeinschaft ihre Unterstützung anbieten.

Fahrradreparatur ist nur ein Teil der Arbeit in der Werkstatt, in der die Geflüchteten handwerkliche Tätigkeiten, Fachsprache und technisches Knowhow erlernen. Hier werden auch Elektroarbeiten und kleine Reparaturen von Möbeln für die Nachbar_innen vorgenommen, sowie verschiedene Produkte aus Holz, Metall und Glas hergestellt, die dann kostenlos an die Unterkunft, an Erstaufnahmen, Kirchen oder Hilfsorganisationen herausgegeben werden. 2015 wurden beispielsweise Kinderbetten und Babykrippen gebaut, jede davon unterschiedlich bemalt und gestaltet und an Erstaufnahmeeinrichtungen verschickt.

Ludwig Majohr, gelernter Fahrzeugschlosser, Diplom-Ingenieur und Pädagoge, initiierte 2014 die Gründung des Vereins. Auf seinen Vorschlag hin stellte die Gemeinde ihm die Räume zur Verfügung. Viel Werkzeug erhielt er

aus Spenden, besorgte aber auch einiges selbst. Gemeinsam mit einem jungen Geflüchteten richtete er den Raum ein. Ein befreundeter Journalist veröffentlichte einen Artikel über die Initiative, der das Projekt rasch bekannt machte. Seitdem haben circa 350 Menschen das Projekt durchlaufen. Die Türen der Werkstatt stehen allen Interessierten unabhängig von Herkunftsland, Fluchtgrund und Aufenthaltsstatus dreimal wöchentlich für jeweils vier bis fünf Stunden offen. Majohr, der vor seinem Ruhestand als Lehrer für benachteiligte Jugendliche an einer Berufsschule tätig war, hat sich zum Ziel gesetzt, den geflüchteten Menschen in Schwäbisch Gmünd neue Zukunftsperspektiven zu bieten, egal ob sie diese in Deutschland oder im Heimatland nutzen. »Wo Krieg herrscht und alles zerstört wurde, werden Handwerker benötigt, wie ein Mensch Wasser braucht«, so Majohr. Im Fall einer Rückkehr stattet *HuT* Zurückkehrende sogar mit einer Grundausrüstung an Werkzeug aus, mit dem diese ihren eigenen Betrieb aufbauen können. Mit *HuT* sollen vor allem vier Aspekte gefördert werden: Verbesserung der Sprachkenntnisse, Aneignung von Praxiserfahrung, Erwerb eines Zertifikats und Begleitung auf dem Weg ins Praktikum oder in eine Festanstellung. In der Werkstatt gibt Majohr keinen klassischen Unterricht; viel wichtiger ist es ihm, die Teilnehmer_innen »selber machen zu lassen«.

Jede Sitzung beginnt mit dem Deutschunterricht, in dem anhand von Bildern, spielerischen Methoden und Wiederholungen die Grundlagen der Alltags- sowie der Fachsprache gelehrt werden. Danach ist die Praxiserfahrung an der Reihe. Von Beginn an können die Teilnehmenden alle Aspekte des Handwerks unter der Leitung der Ehrenamtler_innen selbst ausprobieren. Die Teilnehmenden arbeiten für sich und bestimmen ihr Tempo selbst. Die begabtesten und motiviertesten werden nach einigen Wochen zu Assistent_innen befördert und dürfen ebenfalls anleiten. Majohr ist es wichtig, durch regelmäßiges Lob und Auszeichnungen das Selbstwertgefühl der Mitmachenden zu stärken.

Die Arbeit in der Werkstatt ist so strukturiert, dass die Teilnehmenden zusätzlich zu technischen Fähigkeiten auch die informellen Regeln der lokalen Arbeitskultur als Vorbereitung auf zukünftige Arbeitsfelder kennenlernen. Sobald jemand 100 Stunden in der Werkstatt absolviert hat, was einer Arbeitszeit von etwa drei Monaten entspricht, wird ein Zertifikat ausgestellt. Obwohl es keine offizielle Gültigkeit hat, dient es als Nachweis für die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen, die wiederum von lokalen Unternehmen dringend gesucht werden. Majohr ist vielfältig vernetzt und vermittelt die Teilnehmer_innen nach Möglichkeit direkt an Unternehmen weiter. Wenn eine interessierte Firma sich meldet, reicht das Team von *HuT* die Unterlagen an die Agentur für Arbeit und die Ausländerbehörde weiter. Sobald die Zusage ankommt, wird der oder die Kandidat_in persönlich von Majohr zur Firma begleitet und kann den neuen Job beginnen. Durch die Vermittlung von Praktika oder Plätzen in

der Berufsschule konnten so bereits einige Abschiebungen verhindert werden. Diejenigen, die den Prozess durchlaufen und über *HuT* eine Stelle bekommen haben, sind laut Majohr die beste Werbung für das Projekt. Sie kommen auch nach einem Auszug aus der Unterkunft regelmäßig in die Werkstatt. Dank der persönlichen Kontakte Majohrs und der Bekanntheit des Projekts in der Umgebung von Schwäbisch Gmünd konnte er bisher über 40 Menschen in eine Festanstellung und viele andere in ein Praktikum vermitteln.

Das Projekt kommt bei vielen Geflüchteten sehr gut an. Die Teilnehmenden schätzen nicht nur die Ausbildungsarbeit, sondern darüber hinaus die empathische Haltung und die Möglichkeit, Sorgen und Probleme im Gespräch zu klären. Auch sind das Presseecho und die Unterstützung durch Spenden gestiegen. Ludwig Majohr berichtet, es gebe zahlreiche Anfragen von Menschen aus ganz Deutschland, die ähnliche Projekte initiieren möchten. Vonseiten der lokalen Politik fehle ihm diese Unterstützung und Wertschätzung allerdings. Zwar wurde der Raum der Werkstatt, der Strom und die Heizung vom *Landratsamt Ostalbkreis* finanziert. Trotzdem werde die Leistung von *HuT* unterschätzt: »Das Thema Arbeit wird von der Politik ausgeblendet. Sie denken, dass wir hier basteln.« Der Mangel an kontinuierlicher finanzieller Unterstützung gewinnt langsam an Bedeutung, da eigentlich zwei halbe Stellen für Meister_innen nötig wären, um das Projekt weiterhin zu tragen. Das Team von Rentner_innen und insbesondere Majohr selbst sehen die Grenzen ihrer Kapazitäten erreicht: »Das ist mit Freiwilligen nicht mehr zu stemmen. Wir verlangen ordentliche Strukturen und Kontinuität.« Noch dringender ist das Raumproblem, da der Abriss des Gebäudes, das die Werkstatt beherbergt, beschlossen wurde. Es besteht also dringender Handlungsbedarf auf Gemeinde- und Kreisebene, wenn die *Lernwerkstatt HuT*, die bundesweit als Vorzeigeprojekt gilt, weiter bestehen soll. Seit August 2016 macht *HuT* Pause. Die Konzeption für die Werkstatt wurde dem Kreis und der Stadt übergeben, damit diese sie in anderen Räumen und mit besserer Struktur neu startet. Im Oktober 2016 wartete Herr Majohr nach wie vor auf entsprechende Antworten.

Avenir

Ein soziales Unternehmen ermöglicht Geflüchteten, als Zeitarbeitskräfte einen ersten Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Außerdem sorgt es für die berufliche Selbstverwirklichung und Entwicklung der Angestellten.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: *KFW-Stiftung*, *TalentKompass-Akademie, Social Impact Berlin*
Website: http://avenir-berlin.de

Meital Rozental

Geflüchtete Menschen müssen viele Hürden überwinden, um Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erhalten. Hierzu zählen Sprachprobleme, fehlende Qualifikationen, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und fehlende Netzwerke vor Ort. Außerdem treffen Menschen mit Fluchterfahrungen auf Vorurteile und Unsicherheit auf Seiten potenzieller Arbeitgeber_innen. Der bürokratische Aufwand bis zur Arbeitsstelle lässt sich häufig schwer überblicken. Die als gemeinnützig geplante Zeitarbeitsagentur für und mit Geflüchtete(n) *Avenir* möchte beim Überwinden dieser Hürden unterstützen, indem sie als Schnittstelle und direkter Ansprechpartner zwischen den Geflüchteten und den Betrieben vermittelt.

Nach einer Pre-Recruitment-Phase mit Erstgesprächen und Berufsorientierung sollen Berufspraktika in den Kundenbetrieben erfolgen, über welche sich beide Seite kennenlernen und auch *Avenir* selbst feststellen kann, wer zueinander und wer zu *Avenir* passt. Während der Praktika werden die Lebenshaltungskosten noch vom JobCenter übernommen, danach kann die Lohnarbeit, die mit 10 Euro pro Stunde vergütet wird, beginnen. Die Vergütung ist absichtlich über dem Mindestlohn angesetzt. So unterscheidet sich *Avenir* von anderen Unternehmen in der Zeitarbeitsbranche, die das Format nutzen, um niedrige Löhne zu zahlen. Die Hoffnung der Gründer ist, dass die Angestellten nach maximal neun Monaten mit Hilfe ihrer neuen Fähigkeiten und gesammelten Erfahrungen in verschiedenen Betrieben eine feste Stelle in Deutschland finden und nicht dauerhaft als Zeitarbeitskräfte tätig sind. »Je mehr Leute wir anstellen, desto stabiler wird das Geschäftsmodell, bis irgendwann alle Geflüchteten Arbeit haben und wir uns mit großer Freude abschaffen«, so Johann Lieb, Mitgründer und zukünftiger Human-Resources- sowie Business-Development-Leiter.

Wie bei allen Zeitarbeitsunternehmen werden die Arbeitnehmer_innen von *Avenir* fest angestellt und bezahlt. Ihre Arbeitsstelle ist dann in den jeweiligen Kundenbetrieben, die ihrerseits einen Vertrag mit *Avenir* zur Arbeitnehmerüberlassung vereinbaren. Damit sollen Unsicherheiten beider Seiten abgebaut und die Fairness der Arbeitsverhältnisse garantiert werden. Aus den Überlassungsgebühren, die Kundenbetriebe entsprechend der Marktpreise bezahlen, sollen Weiterqualifizierungen, Bewerbungstrainings, Mentoring und Sprachkurse finanziert werden, die für die berufliche Selbstverwirklichung und Entwicklung der Angestellten sorgen. Davon profitieren alle Beteiligten: Kundenbetriebe können Geflüchtete mit minimalem Risiko und Aufwand anstellen und Geflüchtete verdienen eigenständig ihr Geld, sind von staatlichen Transferleistungen unabhängig und können ihre Position auf dem Arbeitsmarkt auf Dauer verbessern. Ein weiterer Vorteil des Konzepts besteht darin, dass durch den direkten Kontakt zwischen Geflüchteten und Alteingesessenen im Arbeitsalltag Vorurteile und Stereotype abgebaut werden können.

Sobald das Projekt eine Startfinanzierung erhalten hat, soll es sich selbst tragen: *Avenir* sei »weniger das typische Refugee-Support-Projekt, sondern ein wirtschaftliches Unternehmen«, so Johann Lieb. »Wir sind genauso wie jede andere Zeitarbeitsfirma. Was wir verkaufen – die Arbeitskraft von Menschen – ist nicht weniger wert als bei anderen Zeitarbeitsfirmen. Bei uns gibt es noch etwas dazu: Wir machen etwas, das eine soziale Komponente hat. Wir möchten durchaus so professionell arbeiten, dass es keine Rolle mehr spielt, ob eine angestellte Person Fluchterfahrungen hat oder nicht.« Selbst wenn die Nachfrage einbricht, soll *Avenir* flexibel reagieren können, indem es den Qualifizierungsanteil an der Unterstützungsleistung reduziert, sodass die Löhne für die Geflüchteten stabil bleiben. Bis Ende des Jahres plant *Avenir*, 20 Geflüchtete anzustellen, zunächst in den Branchen Logistik, Gastronomie und Metallverarbeitung. Besonders attraktiv ist das Angebot von *Avenir* für diejenigen, die gering qualifiziert sind und sofort nach dem Erwerb des Sprachniveaus B1 niedrigschwellig in den Arbeitsmarkt einsteigen möchten. Potenzielle Arbeitnehmer_innen sollen zuerst über mehrere Kanäle wie Unterkünfte, Nachbarschafts- und Selbsthilfezentren sowie direkte Kontakte erreicht werden. Solche Kontakte hat das Team vor allem über die *Schlafplatzorga*, eine Organisation, die illegalisierten Geflüchteten in Berlin eine temporäre Unterkunft bei Unterstützer_innen besorgt. Bei der *Schlafplatzorga* haben sich drei der fünf Gründungsmitglieder von *Avenir* kennengelernt. Durch sein Engagement bei der Organisation und nach vielen Gesprächen mit Geflüchteten über ihre Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche ist Mitgründer Martin Hackenthal auf die Idee für das Projekt gekommen. Kundenbetriebe sollen ebenso direkt kontaktiert werden. Einige Interessierte haben sich bereits vor der Gründung bei *Avenir* gemeldet, darunter *Arrivo*, die Arbeitsmarktintegrationsinitiative der *Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen* und der *Handwerkskammer*.

Das Berliner Team aus fünf Freiwilligen, zu dem auch der geflüchtete syrische Designer Ahmad Al-Dali gehört, hat noch viel Arbeit vor sich, bevor das Geschäftsmodell sich selbst tragen wird. Nach der Anerkennung als gemeinnütziges Unternehmen und der offiziellen Gründung müssen 62.000 Euro gesammelt werden, vornehmlich für die 2.000 Euro Rücklagen pro Arbeitnehmer_in, die in der Zeitarbeit nachgewiesen werden müssen. Zwar ist das junge Team, bestehend aus Politikwissenschaftler_innen, Studierenden und Kommunikationsexpert_innen sehr motiviert, aber es fehlt noch an Expertise und Erfahrung im Finanzbereich, in der Arbeitsvermittlung, bei Rechtsthemen, Personalwesen und in der Geschäftsführung. Weiterhin müssen Kontakte mit potenziellen Arbeitgeber_innen aufgebaut werden. Auch Initiativen, die sich um die Bildungsangebote kümmern, werden derzeit noch gesucht. Bis es soweit ist, bekommt das Team Unterstützung vom *Ankommer-Programm* der *KfW-Stiftung für innovative Modelle*, das zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten beiträgt, sowie von *Social Impact Berlin* und der *TalentKompass-Akademie* für berufliche Orientierung.

Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V. – Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen (PBF)

Das zehnmonatige Ausbildungsprojekt im medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich ist auf die besonderen Bedürfnisse geflüchteter Frauen ausgerichtet. Durch intensive Unterrichtswochen inklusive Praktikum und Deutschkurs, sozialpädagogischer Beratung, Rechtsberatung und Kinderbetreuung steigern die Frauen ihre Chancen auf einem Arbeitsmarkt, der ihnen zahlreiche Hindernisse in den Weg legt.

Ort: Berlin
Gründung: 1990
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: öffentliche Gelder
Website: www.kkh-ev.de

Meital Rozental

Eines der größten Probleme der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ist, dass Frauen weitestgehend außen vor bleiben. Obwohl geflüchtete Frauen eine besondere Gruppe mit eigenen Bedürfnissen sind, werden sie selten als solche wahrgenommen und behandelt. Dementsprechend ist das Angebot an Unterstützungsmaßnahmen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für sie äußerst gering. Ein Projekt, das zur Veränderung dieser Situation beiträgt, ist die *Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen* des *Kurdistan Kultur- und Hilfsvereins (KKH)* im Berliner Bezirk Neukölln. Das Projekt richtet sich an alle geflohenen Frauen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, die geduldet sind oder die bereits eine Aufenthaltserlaubnis haben. Es bietet ihnen eine zehnmonatige Berufsorientierung und Ausbildung im medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich inklusive dreiwöchigem Praktikum sowie intensivem Deutschkurs. Dazu werden die Frauen mit sozialpädagogischer Beratung, Rechtsberatung und Kinderbetreuung versorgt. Das Projekt, das bereits 1991 entstanden ist, geht die spezifischen Probleme geflüchteter Frauen an. Es schafft für sie einen geschützten Raum, in dem sie sowohl ihre beruflichen Perspektiven verbessern als auch ihre Unabhängigkeit und ihr Selbstwertgefühl stärken können. Für Frauen, die noch im Asylverfahren sind, kann die Teilnahme zudem die Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung steigern.

Das Ziel des Projekts ist die Förderung der Teilnehmerinnen auf dem Weg zu Ausbildung und Arbeit. »Wir wollten für die Frauen einen Baustein für ihre berufliche Perspektive erreichen und ihnen überhaupt eine Möglichkeit in

den Arbeitsmarkt, wenn auch niedrigschwellig, eröffnen«, sagt Projektleiterin Alize Müllner. In 32 Unterrichtsstunden pro Woche über einen Zeitraum von zehn Monaten lernen sie neben Deutsch und berufsspezifischen Basiskenntnissen in den Bereichen Medizin und Pflege auch Mathematik, Englisch, IT und Sozialkunde, wo Themen wie das Grundgesetz, Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen angesprochen werden. Neben dem Unterricht finden auch Exkursionen zu Frauenberatungsstellen, Bildungsmessen und Berufsberatungseinrichtungen statt. Die Teilnehmerinnen erhalten ein Bewerbungstraining und können ein Orientierungspraktikum absolvieren, um erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Mit einem Kurs in erster Hilfe und der Vorbereitung auf die B1-Deutschprüfung werden wichtige Grundsteine für die formale Qualifikation gelegt.

Weitere Ressourcen bekommen die Teilnehmerinnen in Form neuer Freundschaften mit Frauen aus unterschiedlichen Kulturen und verschiedenen religiösen und sozialen Hintergründen, die diverse Lebensarten und Weltanschauungen mitbringen. Darüber hinaus erlangen die Frauen Wissen, das für sie und ihre Familien nützlich sein kann, wie zum Beispiel hinsichtlich gesunder Ernährung und Vorsorge für Kinder sowie Kenntnisse über den eigenen Körper, die ihnen häufig aufgrund von gesellschaftlichen Tabus fehlen.

Das Kinderbetreuungsangebot ist ein wichtiger Teil des Projekts. Hiermit wird ein zentrales frauenspezifisches Thema aufgegriffen, da die Frauen der Zielgruppe häufig aus traditionellen und patriarchalischen Strukturen kommen und als Hausfrauen und Mütter die alleinige Verantwortung für die Kindererziehung und den Haushalt tragen. Derartige Strukturen beeinflussen viele Aspekte des Lebens der Frauen und haben mitunter weitreichende Folgen: einen begrenzten Zugang zu Bildung und Arbeit im Herkunftsland, beschränkte Autonomie und Mobilität sowie den Mangel an Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland. Diese Aspekte sind ein Grund für die hohe Fluktuation und Abbruchquote im Projekt. Der Kurs von 2015/2016 begann mit 16 Teilnehmerinnen und wurde mit 13 beendet, von denen allerdings die meisten nicht von Anfang an dabei waren. Insgesamt durchliefen bislang 28 Frauen den Kurs, 15 haben abgebrochen. Da der Kurs die Realitäten des Arbeitsmarktes so realistisch wie möglich abbilden will, wird von den Teilnehmerinnen hoher Einsatz und viel Disziplin gefordert. Erschwert wird dies bei vielen durch einen Mangel an psychischer oder physischer Belastbarkeit aufgrund traumatischer und gewalttätiger Erlebnisse vor und während der Flucht. Daneben gibt es allerdings auch positive Gründe für einen Abbruch, wenn zum Beispiel eine Teilnehmerin eine Ausbildung beginnt oder eine Anstellung findet. Die Arbeitsfelder sind trotz des Fokus auf Medizin und Pflege vielfältig und richten sich nach den beruflichen Voraussetzungen und Fähigkeiten der Frau. Sie reichen von Tätigkeiten wie der Kinderbetreuung über die Arbeit in Hotels bis hin zum Management.

Um mit den spezifischen Situationen der Teilnehmerinnen umzugehen, wird jede Frau vom Team je nach ihren Bedürfnissen und Interessen als Einzelfall behandelt. Das Team besteht aus zwei Lehrkräften, einer Kinderbetreuerin, einer Rechtsanwältin, die alle 14 Tage Rechtsberatung anbietet, und einer Sozialarbeiterin, die auch für Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mit Unterkünften und anderen Frauenprojekten zuständig ist. Oft bleibt das Team nach der Beendigung des Kurses der einzige Ansprechpartner für ehemalige Teilnehmerinnen. Zusätzliche Arbeitskräfte werden daher dringend gebraucht. Seine Finanzierung erhält das Projekt bis Ende 2016 von der *Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin* sowie vom *Europäischen Sozialfonds (ESF)* – eine essenzielle Unterstützung, die aber zugleich auch Quelle für viele Schwierigkeiten ist. Obwohl das Projekt 1991 infolge des Golfkrieges vom *KKH* gestartet wurde, um kurdische Frauen zu fördern, stand die Teilnahme von Beginn an für alle Frauen mit frauenspezifischen Fluchtgründen, Deutschkenntnissen auf dem Niveau A2 und Lernmotivation offen. Die Senatsverwaltung fordert allerdings ab der zweiten Projektphase eine Begrenzung der Teilnahme auf Frauen mit sogenannter guter Bleibeperspektive, also Geflüchteter aus den Ländern Iran, Irak, Syrien und Eritrea. Diese Begrenzung ist, so Müllner, wenig nachvollziehbar. Für Frauen gebe es keine sicheren Herkunftsländer, sagt sie, sie würden überall missbraucht. Das Nichtbeachten der speziellen Bedürfnisse geflüchteter Frauen kommt auch vonseiten des *ESF*, der Mindestanforderungen in Bezug auf Teilnehmerinnenzahlen und Anwesenheitsstunden stellt, die angesichts der oben genannten Schwierigkeiten jedoch oft unrealistisch sind. Seit Januar muss das Projekt Gelder zurückzahlen, wenn eine Teilnehmerin nicht mindestens zu 80 Prozent anwesend ist. Zukünftige Pläne, wie die Erweiterung des Angebots um einen berufsqualifizierenden Pflege-Basiskurs oder um zusätzliche Arbeitsbereiche sind derzeit unmöglich zu realisieren. Angesichts der ständig wachsenden Anforderungen und der stagnierenden Ressourcen ist das Projekt auf der Suche nach neuen Fördermöglichkeiten.

Die Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen ist ein kleines und unabhängiges Projekt. Doch trotz der mangelnden Kapazitäten füllt es eine große Lücke, denn in Deutschland existieren momentan kaum andere Arbeitsvermittlungsprojekte für geflüchtete Frauen. Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten werden an sie nur im Rahmen verschiedener Projekte für Migrantinnen im Allgemeinen oder über das JobCenter und die *Agentur für Arbeit* vermittelt, falls der Rechtsstatus einen Zugang erlaubt. Diese Projekte und Institutionen sind aber nicht auf sie spezialisiert. Wenn diese Situation sich nicht bessert, besteht die Gefahr, dass hunderttausende Frauen nicht in den deutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integriert werden und langfristig von Sozialtransferleistungen und Männern abhängig bleiben.

ReDI – School of Digital Integration

Die einzigartige Schule bereitet hochqualifizierte Geflüchtete mit Programmierunterricht, einem Mentoringprogramm und Start-Up-bezogenen Trainings auf eine Karriere im IT-Bereich vor. Das Gelernte wird gleich in die Praxis umgesetzt, indem die Studierenden digitale Projekte konzipieren, die das Leben geflüchteter Menschen vereinfachen sollen.

Ort: Berlin
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 5 Teammitglieder und circa 40 Ehrenamtliche
Finanzierung: u.a. Spenden durch externe Firmen
Website: http://redi-school.org

Meital Rozental

Unter den 1.200.000 Geflüchteten in Deutschland sind viele, die bereits eine akademische Ausbildung begonnen oder abgeschlossen haben. Damit ihre Talente und ihr Potenzial sinnvoll genutzt und gefördert werden, wurde im Februar 2016 die *Readiness and Digital Integration School* in Berlin (*ReDI*) gegründet, die Geflüchteten die Gelegenheit bietet, eine neue Karriere im IT-Bereich zu beginnen. Neben grundlegendem und fortgeschrittenem Programmierunterricht eröffnet diese einzigartige Schule den Studierenden einen Zugang zur boomenden Berliner Tech-Community. Dies geschieht anhand eines Mentoringprogramms mit führenden Expert_innen aus der Industrie und dem Feld des Projektmanagements und mittels verschiedener business- und start-up-bezogener Trainings. Die *ReDI-Schule* verfügt außerdem über ein umfangreiches Netzwerk von potenziellen Arbeitgebern wie zum Beispiel *Facebook, Daimler* oder der *Telekom*. Vor Ort werden die Studierenden mit Arbeitsräumen, Laptops und W-LAN-Sticks versorgt. Zur Teilnahme im Programm sind hohe Zugangsvoraussetzungen (Vorbildung und Englischkenntnisse) mitzubringen. Alle Absolvent_innen des Programms sollen eine Multiplikator_innenrolle einnehmen und mit dem erworbenen Wissen nach Möglichkeit auch die Situation anderer Geflüchteter verbessern.

Im Juni 2016 absolvierte die erste Klasse von 42 geflüchteten Programmierer_innen das Studienprogramm. Ihre selbst konzipierten Abschlussprojekte stellten sie auf dem Demo-Day des *European Start Up Summit* vor. Darunter befanden sich verschiedene Projekte, die das Leben von Geflüchteten durch die Anwendung von Programmen und Technologie vereinfachen sollten: beispielsweise *Bureau Crazy*, eine mobile App für Stressabbau im Umgang mit der deutschen Bürokratie durch eine humorvolle und spielerische Herangehensweise an Aufgaben wie das Ausfüllen von Formularen oder Terminvereinbarung,

sowie *Let's Integrate,* eine Online-Plattform, die Geflüchtete und Einheimische zusammenbringt. Die Projekte wurden in kleinen Gruppen von sechs bis sieben Studierenden im Zeitraum von Februar bis Juni 2016 unter der Leitung von ehrenamtlichen Lehrer_innen, die allesamt selbst Tech-Spezialist_innen sind, entwickelt. Die notwendigen Laptops wurden von der Firma *Zalando* gespendet, der Büroraum vom *Axel Springer Plug and Play Accelerator. Springer* gab den Studierenden zudem die Gelegenheit, eine von ihnen programmierte Jobbörse auf der Webseite von *Die Welt* online zu stellen. Die Finanzierung der ersten Abschlussklasse übernahm die Stahlhandelsfirma *Klöckner,* die auch die folgende Runde finanzieren wird. Dabei hatte selbst *Facebook*-Gründer Mark Zuckerberg nach einem Besuch im Februar die Unterstützung der *ReDI School* angeboten. Die Entscheidung für Klöckner zeigt, dass *ReDI* nicht nur an finanzieller Unterstützung interessiert ist, sondern auch gerade an nachhaltigen Partnerschaften mit großen Unternehmen. Deren Plattformen, Erfahrungen und Stellenangebote können den Studierenden beim Studium, besonders aber auch beim Einstieg ins Berufsleben eine große Hilfe sein.

Für den Erfolg des Projektes sind Gründerin und Geschäftsführerin Anne Kjær Riechert und ihr Team, Mitgründer Ferdi Van Heerden sowie etwa 40 freiwillige Lehrer_innen, Mentor_innen und Alleskönner_innen zuständig. Die Idee zum Projekt kam aus dem *Peace Innovation Lab* von Riechert, die über das Potenzial von Technologie für positive gesellschaftliche Veränderungsprozesse forschte und jahrelang als Beraterin im Bereich *Corporate Social Responsibility* arbeitete. »Technologie hat die wunderbare Fähigkeit, gleichgesinnte Menschen zusammenzubringen. Angesichts der hyperkomplexen globalen, sozialen und umweltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit ist diese Fähigkeit nötig, um schnell reagieren zu können«, sagt Riechert. So wurde *ReDI* als Frühinterventions-Programm konzipiert, das sich an Geflüchtete kurz nach der Ankunft richtet. Deutschkenntnisse sind nicht erforderlich, da die Lehrsprache, wie im IT-Bereich üblich, Englisch ist. Außer der sprachlichen Voraussetzung sollen Bewerber_innen eine Bleibeperspektive von vier Monaten haben, um die Vollendung des Kurses sicherstellen zu können. Wenn sie danach in Deutschland bleiben, können sie sich hier auf eine der 43.000 unbesetzten IT-Stellen bewerben. Wenn nicht, können sie ihre neuen Fähigkeiten und Netzwerke auch im Heimatland anwenden und dort zu neuen Entwicklungen beitragen.

Im Sommer 2016 bot *ReDI* alten und neuen Studierenden eine *Summer School* mit Kursen wie »*Introduction to Programming« und »Digital Product Design«* sowie einen Workshop für Kinder an. Eine nächste Kohorte mit einer größeren Zahl von Studierenden und einer größeren Auswahl an Kursen begann im September 2016. Sobald diese Klasse das Studium absolviert hat, will *ReDI* das Projekt in fünf weiteren Städten in Deutschland aufbauen, damit über die nächsten drei Jahre die Zielmarke von 3.500 Studierenden erreicht wird. Weite-

re Pläne sind unter anderem Inhouse-Seminare bei IT-Firmen, die vor Ort von ihren Mitarbeiter_innen gegeben werden sollen, die Anstellung weiteren Personals, ein regelmäßiges Programm für Kinder in Willkommenklassen sowie eine Lehrerausbildung für Absolvent_innen, die dann selbst anderen Geflüchteten ihre neu erlernten Fähigkeiten beibringen sollen. All dies ist selbstverständlich von passenden Förderungen und guten Partnerschaften abhängig.

Um das Programm voranzubringen, sollte sich aber auch auf Seiten des Staates etwas ändern, sagt Anne Kjær Riechert. Vor allem müssten Internetzugänge in den Unterkünften eingerichtet werden, damit die Studierenden in der Lage, sind ihre Hausaufgaben zu machen, aber auch, damit Geflüchtete mit ihren Familien in Kontakt bleiben und an Online-Kursen teilnehmen können. So müssten sie ihre Zeit und Talente nicht mit müßigem Warten verschwenden. Darüber hinaus wäre eine Änderung derjenigen Gesetze notwendig, die bisher den sofortigen Zugang von Geflüchteten zum Arbeitsmarkt und damit auch den Kontakt zu Einheimischen verhindern. Um Veränderungen anzustoßen, stellt Riechert diese Forderungen regelmäßig in persönlichen Gesprächen mit Politiker_innen, dem *LAGeSo*-Vorstand und anderen staatlichen Akteuren sowie in verschiedenen Podiumsdiskussionen. Zu den Herausforderungen für die Arbeit von *ReDI* gehören weiterhin die reguläre Anwesenheit der Studierenden, die mit psychologischen und physischen Schwierigkeiten sowie mit bürokratischen Aufgaben konfrontiert sind, aber auch die Suche nach fachlich und pädagogisch kompetenten Lehrer_innen. Die frischen Absolvent_innen sind jedenfalls äußerst zufrieden und dem Team sehr dankbar. *ReDI* sei das Beste, was ihnen in Deutschland passiert ist, sagen Ahmadullah aus Afghanistan und Ammar aus Syrien. Ihre Aufgabe jetzt sei, so Riechert, »sich zu integrieren und hineinzuwachsen, aber auch sichtbar zu bleiben, weil sie große Verantwortung für diejenigen tragen, die nicht hier sind.«

Social Impact Recruiting (SIR)

Ein junges Start-Up bietet Einzelfall-Personalvermittlung und bringt Geflüchtete mit potenziellen Arbeitgeber_innen zusammen.

Ort: München
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 4 Hauptamtliche, circa 40 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden
Website: http://si-recruiting.org

Meital Rozental

Jeden Donnerstag zwischen 15 und 19 Uhr ist in einem kleinen Raum des *Eine-Welt-Hauses* in München viel los. Hier findet der Bewerbungs-Workshop der gemeinnützigen Personalvermittlungsfirma *Social Impact Recruiting (SIR)* und ihres Partners, der Initiative *Horizont*, statt, bei dem geflüchtete Menschen ihren ersten Lebenslauf in Deutschland zusammenstellen. Für jede Person steht ein Mitglied des über 40 Personen umfassenden Freiwilligenteams zur Verfügung, dessen Hilfe auf Englisch, Deutsch, Französisch, Arabisch, Farsi, Italienisch oder Russisch angeboten wird. Der Lebenslauf ist der erste Schritt auf dem Weg in den Münchner Arbeitsmarkt. Nach seiner Erstellung wird für jede_n Kandidat_in ein Profil auf der Online-Plattform des Partnerprojekts *Horizont* angelegt, das jederzeit von Geflüchteten oder Helfer_innen aktualisiert und bearbeitet werden kann. Der Lebenslauf wird später auf Anfrage und entsprechend des Interesses an potenzielle Arbeitgeber_innen innerhalb des Netzwerks von *SIR* weitergeleitet.

Der Schlüssel zum Erfolg des Projekts ist das individuelle Verfahren. Bis zur erfolgreichen Anstellung werden alle Kandidat_innen persönlich betreut und durch eine große Auswahl an Weiterbildungen und Events unterstützt; unter anderem mit PC- und Bewerbungstrainings und der Teilnahme an Jobmessen oder durch die Begleitung zur Agentur für Arbeit und Ausländerbehörde. Das Team von *SIR* unterstützt sowohl die Arbeitsuchenden als auch die Unternehmen bei komplizierten bürokratischen Schritten. Auch nach der Anstellung bleibt *SIR* ein Jahr lang in Kontakt mit beiden Seiten, um den reibungslosen Übergang in den Arbeitsmarkt zu begleiten. Die Hauptaufgabe von *SIR* ist die Zusammenführung von hochmotivierten Kandidat_innen und Unternehmen, die entweder unter Fachkräftemangel leiden oder es als gesellschaftliche Verantwortung betrachten, Geflüchtete anzustellen. Ergänzend dazu werden den Geflüchteten verschiedene soziale Aktivitäten angeboten, die sie mit Einheimischen zusammenbringen, wie das Projekt *Dinner in*

einem deutschen Haus oder die gemeinsame Teilnahme am Münchner *Streetlife Festival*.

SIR wurde im Oktober 2015 von der US-Amerikanerin Jin-Ju Jahns gestartet und arbeitet seit Februar 2016 als gemeinnützige Firma zusammen mit *Horizont*, einem Projekt von Studierenden der *TU München*. Menschen mit Fluchterfahrung werden hier zuallererst als Newcomer_innen begriffen. Die Kooperation der zwei Initiativen ermöglicht die Zusammenführung jeweiliger Kompetenzen, so zum Beispiel des sehr individuellen Zugangs von *SIR* mit dem IT-Wissen von *Horizont*. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, eine aktive Willkommenskultur praktisch umzusetzen.

Bis Ende 2016 mit dem Projekt 250 Geflüchteten geholfen. Da allerdings nur die Hälfte davon über eine Arbeitserlaubnis verfügen, grundlegende Deutsch- oder Englischkenntnisse haben und sich nicht in einem Vollzeit-Deutschkurs befinden, konnten bisher erst 35 Menschen in eine feste Stelle oder Probearbeit vermittelt werden. Eine aus Sicht des Projektteams wichtige Entwicklung wäre es, wenn die Wartezeiten für Arbeitserlaubnisse verkürzt und ein größeres und flexibleres Angebot für Sprachkurse geschaffen würden. Obwohl das Ziel die Integration von Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft durch Festanstellung ist, werden bei *SIR* auch Praktika, Berufsausbildung oder die Teilnahme an einem Freiwilligen Sozialen Jahr angeboten, da diese ebenfalls einen Erfahrungsgewinn darstellen und zum Aufbau beruflicher und persönlicher Netzwerke beitragen können. Außerdem ist es mit diesen Formaten möglich, die häufig durch Langeweile und Warten geprägte Zeit des Ankommens sinnvoll zu nutzen.

SIR kooperiert in seiner Arbeit mit anderen wichtigen Akteuren und ist auf die Verbindung mit diesen angewiesen. Erreicht werden Geflüchtete über die *Caritas*, den verantwortlichen Träger für Sozialarbeit in zahlreichen Gemeinschaftsunterkünften in München, über den lokalen Helferkreis im Landkreis München und über einzelne Sozialarbeiter_innen. In Kooperation mit einem Großkundenberater bei der Agentur für Arbeit, der *TU München* sowie durch Mundpropaganda werden Unternehmen für die Teilnahme am Projekt geworben. Schließlich erhält *SIR* weitere Unterstützung und die Möglichkeit zum Austausch durch die Zusammenarbeit mit anderen Projekten wie zum Beispiel *Social Bee* oder dem staatlichen *Münchner Flüchtlingsrat*.

Eine zentrale Herausforderung, mit der das Projekt immer wieder konfrontiert ist, sind unrealistische Erwartungen vonseiten großer Unternehmen, die einen Schul- oder Hochschulabschluss und hervorragende Deutschkenntnisse verlangen. Auch einige Geflüchtete erhoffen sich eine sofortige Vermittlung, selbst wenn entsprechende Qualifikationen und Sprachkenntnisse noch fehlen. Als Teillösung plant *SIR* einen Deutschkurs für Allgemein- und Fachsprache mit Schwerpunkt auf Einzelhandel für die vielen Kandidat_innen, die keinen Platz in staatlichen Sprachkursen erhalten. Grundsätzlich könnten die

Rahmenbedingungen der Arbeit von *SIR* durch entsprechende politische Entscheidungen und rechtliche Veränderungen erleichtert werden.

Nach der erfolgreichen Anfangsphase wäre außerdem finanzielle Unterstützung wichtig, um das junge Start-Up weiter auszubauen und den Mitarbeitenden eine angemessene Vergütung zu bieten. Die Arbeit des Teams aus vier Frauen, von denen drei selbst Migrantinnen sind, wird bisher ausschließlich durch Spenden finanziert. Ab 2017 soll eine kleine Vermittlungsgebühr für große Unternehmen eingeführt werden; für kleine Unternehmen und Geflüchtete bleibt das Angebot jedoch weiterhin kostenlos. Für die Zukunft geplante Projekte sind neben dem Deutschkurs die Organisation einer Jobmesse, ein Mentoringprogramm und die Erstellung eines Handbuchs für die Übertragung des Projekts auf andere Standorte.

Singa Deutschland

Das Mentoringprogramm ermöglicht den Austausch auf Augenhöhe zwischen Fachkräften aus ähnlichen Berufsfeldern. In gemischten Teams können geflüchtete Menschen mit nicht-geflüchteten Kolleg_innen individuell den Jobeinstieg planen.

Ort: Berlin
Gründung: 2012
Mitarbeitende: 6 Hauptamtliche
Finanzierung: *Robert-Bosch-Stiftung*
Website: http://singa-deutschland.com/en/

Sarah Koenig

Wenn sich geflüchtete Menschen in ihrem neuen Umfeld auf Jobsuche begeben, fehlen nicht nur Kontakte zu Menschen aus dem jeweiligen Berufsfeld, sondern auch häufig Informationen zu den lokalen Gegebenheiten und Strukturen der Branche. Um Menschen mit Fluchtgeschichte die Annäherung an den Arbeitsmarkt zu erleichtern und eine Begegnung zwischen Geflüchteten und Fachkräften aus der Ankunftsgesellschaft zu ermöglichen, hat die Organisation *Singa Deutschland* ein berufliches Mentoringprogramm entwickelt. Weitere *Singa*-Organisationen gibt es in Frankreich, Belgien und Kanada. Insofern ist *Singa Deutschland* mit internationalen Partnerorganisationen vernetzt, die alle dazu beitragen wollen, den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte voranzubringen.

Im Rahmen des Mentoringprogramms finden regelmäßig Treffen zwischen Mentees und Mentor_innen statt. Die gemeinsamen Treffen dienen dazu, sich über berufliche Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam zu beraten, wie berufliche Ziele erreicht werden können. Durch den Austausch mit einer Person aus der Ankunftsgesellschaft, die in einem ähnlichen oder gleichen Arbeitsgebiet aktiv ist, können geflohene Menschen einen Einblick in die Jobsituation gewinnen und Kontakte knüpfen. Die Zuteilung der Paare wird über ein sogenanntes Matching organisiert, das sich an Profession und Interessen orientiert. Hinsichtlich der Zielsetzung des Projekts betont Vinzenz Himmighofen, einer der drei Gründer_innen, dass das Mentoringprogramm nicht die Jobplatzierung der Geflüchteten zur Absicht hat, sondern den Austausch darüber, wie der Jobeinstieg vorbereitet werden kann. Das Programm sieht vor, dass sich die Paare alle zwei Wochen treffen. Ob die Zusammenarbeit im Team gelingen kann, hängt unter anderem von den Erwartungen und Ideen der Mentees ab. Ein Austausch auf Augenhöhe ist das Ziel, wobei die Fragen und Anliegen der Mentees im Vordergrund stehen. Ein großer Teil der ge-

meinsamen Zeit fußt daher auf der Initiative und den Gestaltungsvorschlägen seitens der Geflüchteten. Zur Teilnahme sind auf der Seite der Mentor_innen Menschen berechtigt, die mindestens drei oder vier Jahre Berufserfahrung vorweisen können. Auf der Seite der Mentees ist es wichtig, dass sie in der Lage sind, Konversationen auf Deutsch oder Englisch zu führen und über eine abgeschlossene Berufsausbildung, ein abgeschlossenes Studium oder langjährige Berufserfahrung verfügen.

Zu Beginn der viermonatigen Projektphase können Teilnehmende Workshops und Seminare besuchen, in denen zunächst Fragen, Erwartungen und Unsicherheiten geklärt werden. Dabei gilt es, klar zu formulieren, welche Vorstellungen und Ressourcen in den gematchten Paaren vorliegen und inwieweit es möglich ist, den Bedürfnissen der Mentees gerecht zu werden. Zur Vorbereitung der Zusammenarbeit in den Teams gehört es auch, die Mentor_innen »sprechfähig« zu machen. Damit meint Himmighofen, dass die Mentor_innen mit den rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt vertraut gemacht werden. Zu den Inhalten zählen beispielsweise die unterschiedlichen Aufenthaltstitel und die damit verknüpften Zugänge zum Arbeitsmarkt.

Die gemeinsame Arbeit am Jobziel wird nicht nur innerhalb der Paare organisiert, denn der Austausch mit anderen Projektteilnehmer_innen ermöglicht soziale Kontakte, Zugang zu weiteren fachlichen Ressourcen und individuellen Erfahrungen. Diese Vernetzung wird beispielsweise auf sozialen Events wie Partys angestoßen, die in der Abschlussphase des Mentorings zusätzlich der Evaluation dienen. Insofern zielt das Projekt auch darauf ab, dass persönliche Kontakte und längerfristige Beziehungen entstehen und gepflegt werden. Einige der Veranstaltungen sind ebenfalls für Interessierte geöffnet, welche in späteren Projektphasen teilnehmen wollen.

Im Laufe des Programms wird die Annäherung an den Arbeitsmarkt auch mit Workshops unterstützt, die über den Bewerbungsprozess informieren. Ein Workshop, der den Aufbau und die Bedeutung des Lebenslaufs in Bewerbungsverfahren genau erklärt, wurde in Zusammenarbeit mit der syrischen Organisation *Jusoor* angeboten. Von *Singa* organisierte Unternehmensbesuche dienen dazu, erste Kontakte mit potenziellen Arbeitgeber_innen zu schaffen und die Unternehmenslandschaft kennenzulernen. Bei der Konzeption solcher Treffen wird sehr viel Wert darauf gelegt, dass die Begegnung mit den Unternehmer_innen nicht zu förmlich abläuft, indem beispielsweise auf Fachvorträge verzichtet wird.

An der Pilotphase, die seit April 2016 läuft, beteiligten sich 40 Personen. Zu den im Projekt vertretenen Berufsgruppen zählen bisher unter anderem Mediziner_innen, Pädagog_innen aus dem Bereich der frühkindlichen Erziehung, Musiker_innen und Übersetzer_innen. Gewonnen wurden die Mentees über Mitarbeiter_innen und Ehrenamtliche in den Unterkünften und bei Ver-

anstaltungen mit Geflüchteten. Durch die Ankündigung des Programms über das Netzwerk der *Studienstiftung des deutschen Volkes* und über die Alumni-Netzwerke der *Singa-Deutschland*-Gründer_innen konnten Mentor_innen angeworben werden. Die Finanzierung des Programms wird durch die *Robert Bosch Stiftung* bis zum Ende des Jahres 2017 getragen.

Für die Zukunft wünschen sich die *Singa*-Gründer_innen die Implementierung von Mentoringprogrammen in größeren Unternehmen, die im besten Fall international ausgerichtet sind. Möglich ist es aus Sicht von Himmighofen, dass *Singa* bei solchen Projekten nicht mehr die Durchführung, sondern vorwiegend die Begleitung übernimmt. Zurzeit wird ein Vorhaben dieser Art mit der Berliner Universitätsklinik *Charité* erprobt. Weitere, bislang noch eher informelle Formen der Zusammenarbeit gibt es mit den Agenturen für Arbeit und den JobCentern in Berlin. Durch die Kooperation mit dem *Frauenzentrum Marie e.V.* konnten auch weibliche Teilnehmerinnen an das Mentoringprogramm herangeführt werden. In der Pilotphase des Projekts sind die männlichen Mentees in größerer Anzahl vertreten.

Der von *Singa Deutschland* verfolgte Ansatz ermöglicht einen Austausch, der für beide Seiten neue Erkenntnisse und Perspektiven mit sich bringt. Vorurteile und stereotype Wahrnehmungen können innerhalb der vier Monate durch das gegenseitige Kennenlernen abgebaut werden. Da den Paaren die Möglichkeit gegeben wird, ihre Zusammenarbeit individuell zu gestalten, bleibt ausreichend Raum, um die Interessen und Bedürfnisse der Geflüchteten in den Vordergrund zu stellen. Das Projekt bietet den Teilnehmenden nicht zuletzt die Gelegenheit, über den Zeitraum des Mentorings hinaus Teil einer Community zu werden und die von *Singa* organisierten Veranstaltungen, wie zum Beispiel das Sprachcafé, zu besuchen.

Arrivo

Auf Initiative von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entstand ein gemeinsames Ausbildungs- und Berufskonzept, von dem alle Seiten profitieren.

Ort: Berlin
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 11 Hauptamtliche
Finanzierung: *Senatsverwaltung Berlin für Arbeit, Integration und Frauen*
Website: www.arrivo-berlin.de

Meital Rozental

Die Initiative ist das Ergebnis einer Kooperation von Politik, vertreten durch die *Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen*, Wirtschaft, vertreten durch die *Berliner Handwerkskammer*, sowie Zivilgesellschaft, vertreten durch das Bleiberechtsnetzwerk *Bridge* und den Trägerverein *Schlesische 27*. Das Projekt fokussiert auf die Integration von Geflüchteten und Menschen, die bereits lange geduldet sind oder eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Es widmet sich gleichzeitig dem extremen Fachkräftemangel der Berliner Betriebe. Im Laufe der Zeit ist das Programm zu einer Dachmarke von vier Initiativen geworden: So gibt es mittlerweile die Übungswerkstätten für Handwerker_innen (den *Lehrbauhof*), das Ausbildungszentrum der Fachgemeinschaft Bau unter dem Namen *Arrivo Bauwirtschaft*, die Initiative *Hospitality*, die Ausbildung und Beschäftigung für junge Geflüchtete im Gastgewerbe anbietet, und die Initiative *Ringpraktikum*, die Geflüchtete in Praktika im Industriebereich vermittelt. Seit 2015 haben insgesamt 610 Teilnehmende eines der Angebote von *Arrivo* abgeschlossen, davon sind 558 Männer und 52 Frauen.

Kurz nach der Gesetzesänderung von 2014, die für Geflüchtete bestimmte Zugänge zu Ausbildung und Arbeit vereinfacht hatte, wurde das Projekt initiiert. Arbeitsmarktintegration als wichtigster Schlüssel für die gesamtgesellschaftliche Integration wurde zum Ausgangspunkt genommen. Als ersten Schritt hat die *Schlesische 27* eine Plakatkampagne mit dem Motto *Flüchtling ist kein Beruf – Talente brauchen Chancen* initiiert, die sich an die Öffentlichkeit und die Medien, aber vor allem an Betriebe richtete. Zunächst wurde mit der Akquise begonnen, durch die ein Netzwerk von über 200 kleinen und mittelständischen Betrieben entstanden ist. Schließlich wurde der Übungswerkstätten-Parkour geschaffen, der in drei Module unterteilt ist. Im ersten Modul besuchen die Teilnehmenden einen Berufssprachkurs, in dem auch Themen wie das duale Ausbildungssystem und der Ablauf von Bewerbungsgesprächen diskutiert werden. Parallel dazu nehmen sie an einem Einführungsworkshop

teil, in dem eine Arbeitssimulation durchgeführt wird und nötige Soft Skills vermittelt werden. Hier finden die Teilnehmenden einen geschützten Raum mit sorgfältiger Begleitung durch professionelle Fachkräfte, in dem sie je nach Bedürfnissen und Fähigkeiten so lange wie nötig bleiben können. Das dritte Modul ist ein zweiwöchiger Kurs in unterschiedlichen Innungen, in dem die spezifischen Tätigkeiten verschiedener Berufe und Gewerbe vorgestellt werden. Zum Schluss wird den Teilnehmer_innen ein Praktikum oder mehrere Praktika in einem der Betriebe des Netzwerks angeboten. Der gesamte Prozess dauert in der Regel drei bis vier Monate und steht jederzeit für 60 hochmotivierte Teilnehmende aus unterschiedlichen Herkunftsländern und mit verschiedenen Bildungsniveaus offen, solange die Deutschkenntnisse dem Niveau B1 entsprechen und sie eine Arbeitserlaubnis besitzen. Laut Projektkoordinator Jona Krieg ist das Ziel des Modellprojekts *Arrivo*, den Betrieben, Regelsystemen, der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit eine Lösung anzubieten, die sie selbst übernehmen und weiterführen können. »Ein Teil des Projekts ist es, zu zeigen, dass die Anstellung von Geflüchteten kein Hexenwerk ist«, sagt er. Die teilnehmenden Betriebe scheinen davon überzeugt: In zwei von drei Fällen führt ein Praktikum anschließend zu einer Ausbildung beim Betrieb. Kriegs Erklärung dafür ist ganz einfach: »Ab dem Zeitpunkt, wo Menschen auf Menschen treffen und zusammen an einem Strang ziehen, fallen alle Vorurteile weg.« Der Erfolg *Arrivos* ensteht durch die enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, repräsentiert durch den Trägerverein *Schlesische 27*, der reichlich Erfahrung in der Förderung interkultureller Jugendarbeit mitbringt. Daneben ist auch das Bleiberechtsnetzwerk *Bridge* beteiligt, das Bleibeberechtigten und Geflüchteten Unterstützung und praktische Hilfe bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung anbietet. Die Mitarbeiter_innen von *Bridge* betreiben das Kontaktbüro von *Arrivo*, dessen Aufgabe die Betreuung und Beratung der teilnehmenden Betriebe ist. Die Senatsverwaltung finanziert die Stellen aller anderen Mitarbeiter_innen des Teams, zu dem Sozialpädagog_innen, Deutschlehrer_innen, Werkstattleiter_innen und Managementpersonal gehören. Auch die Zusammenarbeit mit den Innungen und andere Ausgaben des Projekts werden so getragen.

Trotz dieser fruchtbaren Zusammenarbeit begegnet das Projekt häufig Schwierigkeiten, die dem Mangel an Flexibilität der deutschen Regelsysteme und des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes geschuldet sind. Die besonderen Bedürfnisse von Geflüchteten finden meist keine Berücksichtigung. Gerade innerhalb des deutschen Ausbildungssystems sind formalisierte Abschlüsse von großer Bedeutung, diese können aber die meisten Geflüchteten nicht vorweisen. Zu oft, sagt Krieg, würden Geflüchtete, trotz der mangelnden Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Ausbildungen, nach denselben Kriterien wie einheimische Deutsche behandelt. Eine weitere Herausforderung besteht in der begrenzten Teilnehmer_innenzahl der Projekte von *Arrivo*. Die Warte-

liste für die Teilnahme ist lang und die für die einzelnen Module zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sind relativ klein. In den Räumen der Metallinnung, in denen sich die Handwerks-Übungswerkstatt unter der Leitung des gelernten Tischlers David Tschiersch befindet, können nicht mehr als zwöf Menschen gleichzeitig arbeiten. »Wir sind hier an der Obergrenze und zwölf Leute bedeuten 120 Finger, die ich im Blick haben muss«, sagt er. Als Teillösung versucht das Team nach einem Erstgespräch und einer Kompetenzfeststellung, über- oder unterqualifizierte Kandidat_innen weiterzuvermitteln. Dass das ganze Team im selben Haus sitzt, in dem die Übungswerkstatt und die Deutschkurse stattfinden, sorgt für die Entstehung persönlicher und freundlicher Beziehungen zwischen Teilnehmenden und Mitarbeiter_innen, vor allem mit Werkstattleiter David. So wird Vertrauen aufgebaut, das bei vielen infolge der Fluchterfahrung verloren ging. Auch das gilt für ihn als Erfolgskriterium und Motivation zugleich: »Es ist einfach jedes Mal ein schönes Gefühl zu merken, dass sie hier Sicherheit bekommen und wir dafür da sind, dass sie hier ankommen können.«

Reuther STC GmbH

In Fürstenwalde bemüht sich die Firma Reuther aktiv um die Eingliederung von Geflüchteten in den Betrieb. So entsteht eine Bleibeperspektive für die Neuankömmlinge und das Unternehmen erhält bislang fehlende Arbeitskräfte.

Ort: Fürstenwalde
Gründung: 1872
Mitarbeitende: circa 290 Angestellte
Finanzierung: *Reuther STC*
Website: http://reuther-stc.com

Sarah Koenig

Seit dem Sommer 2015 gehören zu den 311 Beschäftigten des mittelständischen Unternehmens *Reuther STC* vier junge Männer, die zunächst in der naheliegenden Unterkunft für Geflüchtete untergebracht waren. Die in Fürstenwalde ansässige Firma, die vorrangig in der Produktion von Stahlbohrtürmen und der Herstellung von Komponenten für Windanlagen tätig ist, hat die Einbindung von Geflüchteten als Pilotprojekt gemeinsam mit dem sozialen Träger *Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.* konzipiert und durchgeführt. Anstoß für die Zusammenarbeit gab die Nachfrage eines jungen Mannes aus Afghanistan, der in der werksnahen Unterkunft untergebracht war und sich bei den zuständigen Sozialarbeiter_innen nach Ausbildungsmöglichkeiten erkundigte. Daraufhin nahmen Mitarbeiter_innen des Trägers Kontakt mit der *Reuther STC* auf und erfragten, ob die Firma Kapazitäten hätte, den jungen Mann auszubilden. Der kaufmännische Leiter und Personalverantwortliche Gerold Brunken sah in der Zusammenarbeit die Möglichkeit, einen positiven Beitrag zur aktuellen Einwanderungsdebatte zu leisten. Es entstand die Idee, Geflüchteten im Rahmen eines Praktikums die Grundlagen des Schweißens zu vermitteln.

Für das Projekt wurden Geflüchtete im Alter zwischen 17 und 27 Jahren mit einer Affinität zu handwerklichen Tätigkeiten und Basiskenntnissen in Deutsch gesucht. Auch wollte der kaufmännische Leiter gerne mit Menschen zusammenarbeiten, die sich eine längere Verweildauer in Fürstenwalde vorstellen können. Denn neben der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung verfolgt der Betrieb mit der Anlernung von Geflüchteten das Ziel, Arbeitskräfte zu gewinnen. Der Bedarf an Arbeitnehmer_innen, die Schweißarbeiten durchführen können, konnte über die bisherigen Wege nicht gedeckt werden. Nur selten gingen Bewerbungen ein; außerdem kam es oftmals vor, dass sich potenzielle Bewerber_innen als fachlich nicht geeignet erwiesen. Im

Rahmen des Pilotprojekts ließ sich die Firma die Möglichkeit offen, nach dem Ende des Praktikums besonders begabte und engagierte Teilnehmer_innen einzustellen.

An dem dreimonatigen Praktikum nahmen 14 junge Männer teil. Die aus Afghanistan, Kamerun, Somalia und dem Tschad stammenden Praktikanten hatten in ihren Herkunftsländern beispielsweise als Schneider oder Lehrer gearbeitet. Während der Teilnahme waren sie zwischen 18 und 32 Jahre alt. Neben der Vermittlung der Grundlagen in der Metallwerkstatt des *Fürstenwalder Aus- und Weiterbildungszentrums* stand der Erwerb der deutschen Sprache im Vordergrund des Praktikums. Weitere theoretische und auch praktische Erfahrungen konnten im Betriebsalltag bei *Reuther STC* gesammelt werden. Die Teilnahme erforderte von den jungen Menschen eine hohe Motivation. So begannen die Arbeitstage in der Werkstatt bereits um sieben Uhr und am Wochenende war der Besuch des Deutschunterrichts eingeplant. Zum Abschluss des Praktikums erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat, das ihre erworbenen Kenntnisse schriftlich darlegt. Von den vierzehn Praktikanten wurden nach der Beendigung der Kurse vier Teilnehmer als Produktionshelfer mit vorerst befristeten Verträgen eingestellt. Ausgewählt wurden Männer, die sich als besonders motiviert und geschickt erwiesen hatten.

Mit dem Verlauf des Pilotprojekts ist Gerold Brunken insgesamt sehr zufrieden. Aus seiner Perspektive haben alle Teilnehmer ausgeprägtes Engagement gezeigt. Damit ein solches Vorhaben trotz aller Herausforderungen gelingen kann, empfiehlt er die Zusammenarbeit mit einem Träger, der mit den strukturellen Herausforderungen und rechtlichen Gegebenheiten für Geflüchtete vertraut ist. Zu Beginn des Projekts sind der Produktionsfirma die zuständigen Ansprechpartner_innen nicht immer bekannt gewesen. Für die Partizipation am Praktikum war eine gelungene Kommunikation mit den offiziellen Stellen sehr wichtig, da bei der Ausländerbehörde und bei der Agentur für Arbeit eine Zustimmung zur Teilnahme am Projekt eingeholt werden musste. Insofern betrachtet Brunken die Zusammenarbeit mit der *Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.* als Bereicherung, da diese die Kommunikation mit den offiziellen Stellen unterstützt und auch teilweise übernommen hat. Ebenso entscheidend für das Gelingen ist es aus seiner Perspektive, dass das Vorhaben im Betrieb wohlwollend aufgenommen wird.

Neben dem Gewinn von vier neuen Produktionshelfern hat die Durchführung des Projekts der Firma auch zu gesellschaftlicher Anerkennung verholfen. Das Engagement wurde mit dem *Innovationspreis der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD* und dem *Deichmann-Förderpreis für Integration* ausgezeichnet. Als Preisgeld erhielt die *Reuther STC GmbH* 8.000 Euro, die für zukünftige Projekte genutzt werden sollen. Insgesamt hat die Firma den finanziellen Aufwand von geschätzt 20.000 Euro fast ausschließlich allein getragen. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem ersten Integrationsprojekt plant

Gerold Brunken ein Folgeprojekt bei der *Reuther STC*. Im nächsten Schritt gilt es Geflüchtete zu gewinnen, die ab September 2016 eine Ausbildung als Anlagenmechaniker_innen aufnehmen wollen. Um geeignete Teilnehmende auszuwählen, die entsprechende Voraussetzungen mitbringen, wurden weitere Auswahlkriterien entwickelt. So wird bei den Ausbildungsbewerber_innen beispielsweise der Stand von Deutsch- und Mathematikkenntnissen abgefragt. Die bisherige Planung sieht vor, vier Geflüchteten die Möglichkeit zu geben, eine Ausbildung zu absolvieren. Mit dem Projekt möchte die Firma Mitarbeiter_innen gewinnen, die vor Ort ausgebildet werden können und schon bald über die notwendigen Kenntnisse verfügen, um längerfristig im Betrieb zu arbeiten. Insgesamt ist es dem Projekt sehr gut gelungen, Geflüchtete mit zusätzlichen beruflichen Kompetenzen auszustatten und ihnen Jobperspektiven auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu vermitteln. *Reuther STC* kann als Beispiel dafür gelten, wie Wirtschaftsunternehmen die eigenen Interessen mit gesellschaftlich und politisch wertvollen Maßnahmen verbinden können.

Kinder- und Jugendarbeit

In Zeiten von Krieg und Vertreibung sind Minderjährige zahlreichen Risiken ausgesetzt und somit besonders schutzbedürftig. Dies gilt vor allem in den bedrohten Herkunftsländern und auf den Fluchtrouten, jedoch ebenso nach der Ankunft im Aufnahmeland. Nach Schätzungen von *Save the Children* hat Deutschland allein 2015 400.000 minderjährige Geflüchtete aufgenommen, wovon etwa 42.300 unbegleitet über die Grenze kamen. Während das Schicksal unbegleiteter Kinder zumindest einige Aufmerksamkeit erfahren hat, ist das von begleiteten Minderjährigen zu wenig beachtet worden. Sie sind häufig mit ihren Familien zusammen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dort ist ihr seelisches und auch physisches Wohlergehen nicht unbedingt gewährleistet, weil es häufig an Angeboten fehlt, die auf diese Gruppe zugeschnitten sind. Hier leisten niedrigschwellig angesiedelte Projekte wie der *Schutz- und Spielraum* von *Save the Children Deutschland* oder der *BUS* der *RheinFlanke* wertvolle Arbeit, die durch altersspezifische Spiel- und Bewegungsangebote insbesondere jüngeren Kindern Sicherheit, Abwechslung und die Chance auf eine altersgerechte Entwicklung bieten.

Eine große Herausforderung stellt auch die soziale Inklusion der Neuangekommenen dar. Die Initiativen *YouMeWe* und *SolidariGee* fördern daher Kontaktmöglichkeiten, indem sie den Kindern und Jugendlichen in Form von Kiezrallyes beziehungsweise über die Nutzung bestehender lokaler Vereinsstrukturen Möglichkeiten anbieten, ihr soziales Umfeld kennenzulernen. Die Projekte *WEICHENSTELLUNG*, *Heimspiel* und *H.O.P.E.* legen den Fokus auf das Prinzip der Einzelförderung in Form des Mentorings, das mit kulturellen Freizeitangeboten kombiniert wird. Während *WEICHENSTELLUNG* sich unter Einbindung von Lehramtsstudent_innen hauptsächlich auf die Förderung im Bildungsbereich konzentriert, spielt bei den beiden anderen Konzepten Inklusion über Sportangebote eine zentrale Rolle. Mit *Flow* hingegen wurde ein besonders vielschichtiges Angebot geschaffen, bei dem neben Mentoring, Orientierungskursen und muttersprachlichen Beratungsangeboten vor allem die aktive Einbindung der Geflüchteten in die Projektarbeit im Vordergrund steht.

Für eine umfassende Inklusion bedarf es vielseitiger Unterstützungsangebote, allerdings mangelt es bisher an systematischen Erhebungen zu den konkreten Förderbedarfen der Minderjährigen mit Fluchthintergrund. Die porträtierten Projekte zeigen vielversprechende Strategien mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf, die einen wertvollen Beitrag zu einer inklusiveren Gesellschaft leisten.

Schutz- und Spielraum

Kinder erfahren in einer sicheren Umgebung die Möglichkeit zu spielen, zu singen und sich frei zu bewegen. Dieser Raum ist ein kleiner Anker in einer Phase, die durch große Unsicherheit geprägt ist.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 30 Kinderbetreuer_innen
Finanzierung: u.a. *IKEA Deutschland, IKEA Stiftung*
Website: www.savethechildren.de/wo-wir-arbeiten/europa/deutschland/laufende-projekte

Manola Sorg

Während der Flucht und auch in der ersten Zeit des Ankommens befinden sich Familien und Kinder in einer instabilen Lage, die das Kindeswohl gefährdet und zudem ein hohes Risiko für Kinderrechtsverletzungen birgt. Kinder sind in dieser Situation besonders schutzbedürftig. Als größte, unabhängige Kinderrechtsorganisation richtet *Save the Children* in Krisenregionen weltweit sogenannte *Child Friendly Spaces* ein. In diesen Räumen finden die Kinder einen Rückzugsort, können spielen und dürfen vor allem eins: Kind sein! *Save the Children* hat dieses Konzept mittlerweile auch nach Deutschland gebracht.

Child Friendly Space (CFS) ist ein international anerkanntes Konzept, das innerhalb eines internationalen Zusammenschlusses von 41 Institutionen gemeinsam erarbeitet wurde und seit mehreren Jahrzehnten weltweit umgesetzt wird. »Der Gedanke dahinter ist, Kindern in sehr unstrukturierten und unsicheren Kontexten einen Schutzraum zu bieten«, erklärt Lena Rother, Junior Managerin in der Arbeit mit Geflüchteten von *Save the Children Deutschland*. Als 2015 die große Flüchtlingsbewegung nach Deutschland kam, fiel bei *Save the Children* die Entscheidung für die Notwendigkeit von *Child Friendly Spaces,* zu Deutsch *Schutz- und Spielräumen*, in Deutschland. Bei begleiteten, minderjährigen Geflüchteten wird nach deutschem Gesetz davon ausgegangen, dass sie von ihren Eltern oder anderen Sorgeberechtigten betreut werden, eine Annahme, die unter den spezifischen Belastungsumständen Rother zufolge oft nicht realistisch ist. An dieser Stelle setzt die Arbeit von *Save the Children* an, um den Schutz der Kinder gerade in der Ankommenssituation zu stärken. Der erste *Schutz- und Spielraum* Deutschlands wurde im Dezember 2015 zusammen mit dem Betreiber *Tamaja Soziale Dienstleistungen GmbH* im ehemaligen Flughafengebäude in Berlin-Tempelhof eröffnet. Mittlerweile wurde das Konzept auf drei weitere Räume in dieser Unterkunft übertragen.

Das Konzept umfasst unterschiedliche Aspekte. Um den Altersgruppen entsprechend agieren zu können, weist der Raum verschiedene Funktionszonen auf: einen Aktivitätenbereich, einen ruhigeren Bereich und einen Kleinkindbereich, wo auch die Eltern miteinbezogen werden können. So haben die Kinder Raum, sich zu entwickeln und zu entspannen. Der Tagesablauf ist, ähnlich wie in vielen Kindertagesstätten, sehr strukturiert. Morgens beginnt die Gruppe mit einem Morgenkreis, in dem gesungen wird und Kreisspiele stattfinden. Dann folgen Zeiten des freien Spiels und spezifischer Mal-, Bastel- oder Bewegungsangebote. Alle Kinder, die den Raum betreten, werden registriert, um eine angemessene Betreuung zu gewährleisten und den Schutzaspekt zu unterstreichen. Der Betreuungsschlüssel liegt nach CFS-Standards bei 1:10.

Eine wichtige Voraussetzung ist die Qualifizierung und Weiterbildung des Personals, die Schulungen zum Konzept des *Schutz- und Spielraumes*, ein Kinderschutztraining und medizinische Erste Hilfe am Kind umfasst. Außerdem wird in dem international erprobten psychologischen Ersthilfetraining *Psychological First Aid for Children* den Mitarbeiter_innen Grundlagenwissen und Handlungssicherheit für den Umgang mit Kindern vermittelt, die große Stresssituationen durchlebt haben. So werden diese befähigt, die psychosozialen Bedarfe von Mädchen und Jungen zu erkennen und ihnen soweit wie möglich innerhalb der Kinderbetreuung entgegenzukommen. Professionelle psychologische Unterstützung wird im Rahmen des CFS-Konzepts nicht geleistet – es ist lediglich als Brückenangebot zu verstehen. Die sensibilisierten Kinderbetreuer_innen schauen nach Achtungszeichen und dokumentieren über Tagesprotokolle Auffälligkeiten. Bei Bedarf werden die Kinderschutzbeauftragten informiert und das betreffende Kind an professionelle Unterstützung weitergeleitet.

Zehn Mitarbeiter_innen von *Save the Children* und circa 20 Mitarbeiter_innen von *Tamaja* sorgen für betreute altersgerechte Aktivitäten. Die Zusammenarbeit ist sehr eng. Es wird in gemischten Teams gearbeitet, die Schulung aller Mitarbeiter_innen hat *Save the Children* übernommen. Dieser Vorgang wird als *Capacity-Building* bezeichnet, da es perspektivisch darum geht, das Personal des Partners soweit zu qualifizieren, dass es die Arbeit zukünftig selbst übernehmen kann und *Save the Children* nur noch eine Supervisionsfunktion zukommt. Aktuell beginnt die Kooperation mit den zentralen Erstaufnahmen für Asylsuchende der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt, innerhalb derer die Kinderbetreuungen in enger Zusammenarbeit mit den Partnern ebenfalls den offiziellen CFS-Standards angepasst werden sollen.

Die Spielräume in Tempelhof sind sehr gut frequentiert. Von Januar bis Juni 2016 wurden fast 90 % der Kinder im Alter von null bis dreizehn Jahren erreicht. Für die Eltern stellt das Betreuungsangebot häufig eine Entlastung dar, da es gerade während des Ankommensprozesses viele organisatorische Angelegenheiten zu klären gilt. Der Raum ist von Montag bis Freitag jeweils

von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr und von 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet. Die Kinder entscheiden dabei selbstbestimmt, ob und wann sie kommen und gehen wollen. Kinder bis drei Jahre dürfen den *Schutz- und Spielraum* jedoch nur in Begleitung ihrer Eltern betreten. So kann altersgerechte Betreuung gewährleistet werden und es soll dazu beitragen, dass gerade kleinere Kinder in geschützter Atmosphäre die Möglichkeit erhalten, wieder eine engere Bindung zu ihren Eltern aufzubauen. Über die letzten Monate wurde dieses Angebot zunehmend wahrgenommen und soll auch künftig weiter gestärkt werden.

Die offizielle Sprache im *Schutz- und Spielraum* ist Deutsch. Dies wird von den Kindern nicht als Problem angesehen, sondern als Ressource, da über die geteilte Sprache ein Gemeinschaftsgefühl entsteht, das der unterschiedlichen Herkunft der Kinder weniger Relevanz einräumt. Die internationale Aufstellung des Teams unterstützt diesen Effekt ebenfalls. Ziel ist es, den geflüchteten Kindern in einem unstrukturierten und unsicheren Kontext Sicherheit, Stabilität und ein Stück Normalität zu bieten. Lena Rother bezeichnet die Funktion der Kinderbetreuer_innen in diesem Zusammenhang als Leuchttürme, deren innere Standfestigkeit ebenfalls wichtig ist: »Wenn die Leuchttürme anfangen zu wackeln, probieren die Kinder, das entweder auszugleichen und dem entgegenzuhalten, oder sie werden selbst instabil.« Wichtig ist insofern der enge Teamzusammenhalt. Mit reflektierenden Morgen- oder Abendrunden wird hier gegenseitige Unterstützung geleistet.

Der *Schutz- und Spielraum* in Berlin-Tempelhof wird in Kooperation mit dem Betreiber *Tamaja Soziale Dienstleistungen GmbH* umgesetzt, unter anderem durch die *IKEA Stiftung* und *IKEA Deutschland* gefördert und wurde in der Pilotphase durch die Strategieberatung der *Boston Consulting Group* unentgeltlich unterstützt. Neben diesem Projekt ist *Save the Children* in Deutschland auf verschiedenen Ebenen für geflüchtete Kinder aktiv, leistet Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit und stellt Forderungen an die Politik, die ratifizierten Kinderrechte einzuhalten und Kinderschutzstandards für geflüchtete Kinder zu erhöhen. Im Rahmen einer zurzeit im Aufbau befindlichen Akademie ist geplant, die umfangreiche Expertise der Organisation in Form von Trainings auch anderen Initiativen zugänglich zu machen.

RheinFlanke

Sport- und Bewegungsangebote schaffen Zugang zu Kindern und Jugendlichen in Notunterkünften. Dabei sollen auch weiterführende Unterstützungsangebote langfristig ihre Integrationschancen erhöhen.

Ort: Köln
Gründung: 2006
Mitarbeitende: 2 Vollzeitstellen, Minijobs und Ehrenamtliche
Finanzierung: Stiftungsgelder, Spenden, EU-Mittel
Website: www.rheinflanke.de

Manola Sorg

Neue Herausforderungen brauchen neue Lösungswege, doch nicht immer ist es sinnvoll, das Rad neu zu erfinden. Die *RheinFlanke* wurde bereits 2006 als Straßenfußball-Projekt *Köln kickt* gegründet und verfügt über eine mittlerweile zehnjährige Expertise in der mobilen Jugendarbeit. Erklärtes Ziel ist es, sozial benachteiligte Jugendliche dabei zu unterstützen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Diese Erfahrung macht sich die *RheinFlanke* seit etwa einem Jahr nun auch in der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zunutze, wobei verschiedene Projekte mit unterschiedlichen Zielen ins Leben gerufen wurden.

Türöffner ist das stadtweit bekannte Projekt *BUS*, das mit einem dreistündigen Spiel-, Tanz-, Kunst- und Sportprogramm Leben in den Alltag der Notunterkünfte bringt. Markenzeichen und Namensgeber des Projekts ist der auffällige gelbe Schulbus. Mit dem Bus werden in der Woche aktuell 15 Notunterkünfte angefahren, jede zu einem festen Termin, damit dieser sich etabliert und als verbindlich wahrgenommen wird. Für die Kinder, meist im Alter zwischen 4 und 14, bedeutet das vielseitige und bedarfsgerechte Programm der *RheinFlanke* eine willkommene Abwechslung zum sonst häufig eintönigen und wenig kindgerechten Alltag in der Unterkunft. Ganz nebenbei findet während der Aktivitäten niedrigschwelliger Deutschunterricht statt, schließlich muss über Spielregeln oder Tanzschritte gesprochen werden. Doch wie beginnt man ein solches Programm? Ganz einfach, findet Projektleiter Stefan Hülsmann: »Musik funktioniert immer. Fußball und Bewegung allgemein funktionieren meistens auch. Mittlerweile haben wir das Glück, dass, auch wenn wir neue Heime anfahren, immer schon Kinder da sind, die uns aus anderen Heimen kennen.«

Wenn möglich, wird das regelmäßige Programm durch Ausflüge und Aktionstage sowie Kooperationen mit lokalen Jugendzentren und Sportvereinen

ergänzt. So haben die Kinder und Jugendlichen Gelegenheit, das vertraute Umfeld zu verlassen und die nähere Umgebung kennen zu lernen. Stefan Hülsmann bezeichnet es als gelebte Integration und gleichzeitig als größte Herausforderung seiner Arbeit, geflüchtete Kinder und Jugendliche mit den Kindern aus dem Stadtviertel zusammenzubringen.

Neben zwei Vollzeitstellen wird der *BUS* von Minijobber_innen und Praktikant_innen getragen, vollständig finanziert über Stiftungsgelder und Spenden. Pro Standort sind jeweils drei bis vier Mitarbeiter_innen beschäftigt. Einige von ihnen arbeiten neben dem *BUS* an einem weiteren Programm der *RheinFlanke* mit, dem Integrationsprojekt *H.O.P.E.*

Das Projekt *H.O.P.E. (Help, Opportunity, Peace, Empathy)* profitiert von der Bekanntheit des Busses, da über ihn der Kontakt zu den Jugendlichen in den Notunterkünften hergestellt wird. Der Ansatz, über Sport und andere pädagogische Angebote ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, ist derselbe. Darüber hinaus geht es den Mitarbeiter_innen bei *H.O.P.E.* jedoch darum, Wege zu finden, wie die Jugendlichen in deutsche Regelsysteme wie Schule, Ausbildung und Beruf integriert werden können. Dahinter steht der Wunsch, dass sie ihr Leben selbst gestalten und ohne Abhängigkeiten führen können. Zielgruppe sind Jugendliche bis 27, vorrangig mit positiver Bleibeperspektive.

Gegründet wurde *H.O.P.E.* als integrativer Fußballtreff und fand ausschließlich ehrenamtlich statt. Binnen kurzer Zeit stieg die Nachfrage so rasant, dass das Projekt seit Beginn des Jahres 2016 bei der *RheinFlanke* angegliedert ist und mittlerweile über acht Mitarbeiter_innen, inklusive Projektleitung und Netzwerkkoordinator, verfügt. Das Herzstück ist noch immer die gemischte Fußballmannschaft aus Spielern mit und ohne Fluchterfahrungen, die mittlerweile im offiziellen Ligabetrieb in der Kreisliga D spielt. Die Gründung einer weiteren Jugendmannschaft ist in Planung.

Über den Sport oder die pädagogischen Angebote am *BUS* knüpfen die Mitarbeiter_innen von *H.O.P.E.* Kontakte zu einzelnen Jugendlichen, die Förderbedarf und auch den Willen dazu haben. Daraus entwickelt sich eine Beziehungsarbeit, in der feste Betreuer_innen die Jugendlichen langfristig begleiten – bei Behördengängen, bei der Erstellung der notwendigen Unterlagen sowie allen Fragen und Herausforderungen rund um Arbeit oder Ausbildung. Der Fokus liegt auf der Frage: Was willst du erreichen? Partizipation und Selbstbestimmung sind wichtig, doch nicht immer sind die Ziele direkt greifbar. Der Netzwerkkoordinator Meron Gebrihiwet formuliert es so: »Das Ziel ist der Wunsch, aber manchmal müsst ihr vielleicht andere Wege gehen, um dahin zu kommen. Da sagt man dann oft, dass sie Geduld haben müssen, dass gewisse Dinge nicht sofort gehen. Und das ist auch eine gewisse Art von Integration.«

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit von *H.O.P.E.* ist die Vernetzung, die sich momentan im Aufbau befindet. Die *RheinFlanke* arbeitet daran, verschie-

dene Akteure, wie Freiwillige, Institutionen und Ämter, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren, miteinander zu verbinden, um sich gegenseitig stärker unterstützen zu können. »Den einen fehlt der Zugang zu Flüchtlingen, den anderen fehlt der Zugang zum Deutschkurs. Wir versuchen das Ganze zu vernetzen. Das ist eine ganz wichtige Sache, damit nicht jeder nur für sich selbst arbeitet, sondern sich ein großes Netzwerk entwickeln kann«, erklärt Projektleiterin Susanne Aeckerlein.

Im Oktober 2015 wurde die *RheinFlanke* von der Stadt Köln zusätzlich mit der Leitung einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Gummersbach beauftragt. Momentan leben dort 27 Jugendliche in einem Hotel, das teilweise noch immer regulär in Betrieb ist, und werden dort ganztägig mit einem abwechslungsreichen Programm betreut. Auch hier steht neben den regulären Deutsch- und Integrationskursen vor allem Sport und Bewegung im Vordergrund – ein Konzept, das sich bewährt!

YouMeWe e.V.

Durch kreative und integrative Aktionen an Berliner Grundschulen ermöglicht die Initiative lebendigen Austausch und Kontakt zwischen geflüchteten Kindern und Kindern ohne Fluchtbezug.

Ort: Berlin
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 3 Hauptamtliche
Finanzierung: Quartiersmanagement, *Bundeszentrale für politische Bildung, Landeszentrale für politische Bildung,* Spenden
Webseite: www.youmewe.de

Manola Sorg

Seit 2014 ist der Verein *YouMeWe* an Berliner Grundschulen aktiv. Dass ein Bedarf besteht, gezielt Begegnungsräume für Kinder zu schaffen, war für Melanie Polaschek, Dozentin für Deutsch als Zweitsprache und Gründerin des Vereins, zunächst kaum nachvollziehbar: Im privaten Rahmen erschien alles so einfach! Doch die Teilnehmer_innen ihrer Deutschkurse, die das Asylverfahren durchliefen, klagten immer wieder über die Schwierigkeit ihrer Kinder, mit anderen Kindern vor Ort Kontakte zu knüpfen. So wurde *YouMeWe Flüchtlingskinder und Kinder von hier e.V.* ins Leben gerufen. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Grundschulkinder aus unterschiedlichen Ausgangslagen und unterschiedlichen politischen Systemen in gemeinsamen Aktionen zusammenzubringen und damit Segregation und Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Die Arbeit des Vereins besteht aus verschiedenen Bausteinen, von denen die *Kiezrallye* das Kernstück darstellt. Dabei werden Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren aus einer Willkommens- und einer Regelklasse für einen Aktionstag an der Schule oder im Hort zusammengebracht, damit sie in gemischten Gruppen ihren Kiez und einander besser kennenlernen. Nach einer kurzen Einführung werden sie in Teams von vier bis sechs Kindern plus Betreuer_in eingeteilt und erhalten eine Bauchtasche mit Rätselkarten, einem Notizblock, einem Stift, einer Kamera und etwas Geld darin. Dann beginnt die Rallye. Die ersten Rätselkarten beziehen sich meist auf Aktionen an der Schule, beispielsweise gilt es herauszufinden, welche Arten von Bücher man in der Bibliothek entleihen kann. Danach wird in einem Radius von circa 300 Metern die unmittelbare Umgebung erkundet. Dabei suchen sie beispielsweise Spielplätze auf oder beantworten Fragen wie: Welche ist die nächste Bushaltestelle? Wie viele Straßen muss ich bis zur Eisdiele überqueren? Die letzte

Karte bezieht sich immer auf eine Belohnungsstation, am beliebtesten ist die Eisdiele. Hier müssen die Kinder aushandeln, welches Eis sie kaufen, wieviel es kostet, selbstständig bestellen und die Quittung einfordern. Der praktische Ausflugsteil dauert etwa 45 Minuten, danach kommen alle zu einem gemeinsamen Abschluss zusammen. Inklusive Vor- und Nachbereitung ist die Rallye für 90 Minuten konzipiert.

Das Konzept der Rallye beinhaltet pädagogisch wertvolle Ansätze. Sie erfolgt nach dem Peer-Education-Ansatz, was in diesem Fall bedeutet, dass die betreuende Person zurücktritt und die Kinder selbstständig die Aufgaben lösen und Entscheidungen auf Augenhöhe miteinander aushandeln. Aufgrund des kleinen Formats der Rätselkarten wird die Kommunikation und Interaktion innerhalb der Gruppe gefördert, da die Kinder zusammenkommen müssen, um etwas erkennen zu können. Sie sind zudem sprachlich einfach gehalten und werden durch Bilder unterstützt, die zugleich Sprechanlässe bieten. Einige Aufgaben erfordern, dass die Kinder Fotos machen. Dies ermöglicht eine spätere Aufarbeitung des Aktionstages, da die Fotos der Schule ein paar Tage später zugesandt werden. Insgesamt geht es darum, die eigene Umgebung aktiv wahrzunehmen, aber auch Orte zu besuchen, an denen Kontakte mit anderen Kindern entstehen können, beispielsweise Spielplätze oder Jugendzentren.

YouMeWe hat die *Kiezrallye* bisher an etwa zwölf Schulen in verschiedenen Berliner Bezirken und einmal auch in Potsdam erfolgreich durchgeführt. Das Konzept wird gerne angenommen, da das Format eines Projekttages gut mit dem allgemeinen schulischen Rahmenplan vereinbar ist. Mit jeder Schule wird ein Kooperationsvertrag geschlossen, der einen Unkostenbetrag von 70 Euro festlegt. Zusätzlich muss ein_e verantwortliche_r Ansprechpartner_in sowie die Hälfte des Betreuungspersonals gestellt werden. Pro Rallye-Team wird eine erwachsene Begleitperson benötigt. Die Idee dahinter ist, mehr Verbindlichkeit zu schaffen, was die Chance einer wiederholten Durchführung der Rallye steigert. Denn das mittelfristige Ziel des Vereins ist es, dass Schulen das Konzept übernehmen und künftig selbstständig durchführen.

Das Format der *Kiezrallye* bietet eine tolle Möglichkeit, erste Kontakte zu knüpfen. Kontinuität und Nachhaltigkeit dieser Kontakte können hingegen nicht gewährleistet werden. Dies versucht *YouMeWe* durch langfristigere Projekte auszugleichen, die sich zum Teil noch in der Ausarbeitungsphase befinden. Eines ist das Theaterprojekt *Kunstabenteuer Mutbilder*. Dabei werden ebenfalls geflüchtete Kinder und Kinder aus Berliner Familien über die Dauer von einem Monat in zwei Mal zwei Schulstunden pro Woche dazu angeleitet, sich mit den Themen Mut und Angst beim Malen auf großformatigen Bildern auseinanderzusetzen. Danach werden diese Bilder in Bewegungs- und Theaterspiel umgesetzt. Die Persönlichkeit der Kinder wird somit gestärkt, das Hineinschlüpfen in andere Rollen geübt und die Kommunikation untereinander gefördert. Auch der Umgang mit sensiblen Themen wird durch die

pädagogischen Methoden unterstützt. Begleitet wird das Projekt von der Theaterpädagogin Denise Dröge. Ein weiteres längerfristiges Projekt ist das Dreimonatsprogramm *Connection*. Hierbei sollten über einen längeren Zeitraum Aktionen mit einer Kindergruppe stattfinden, sodass der Kontakt zueinander gefestigt wird. Allerdings gestaltete sich die Kooperation mit den Schulen teilweise schwierig und die Vor- und Nachbereitung überschritt die Kapazitäten des Vereins. Das Projekt wurde vorübergehend eingestellt und es wird nun über eine Umstrukturierung nachgedacht.

Zeit- und ressourcenbedingt stößt der Verein *YouMeWe* mit der Ausarbeitung neuer Projekte an seine Grenzen, da nur die Projektdurchführung im engeren Sinn bezahlt wird. Das Team, bestehend aus Johanna Seeger, Melanie Polascheck und Denise Dröge, wünscht sich daher eine Strukturfinanzierung, die es ihnen ermöglicht, zumindest einen Teil der Arbeit hauptamtlich zu leisten. Und letztendlich betont Melanie Polascheck: »Mein Wunsch für *YouMeWe* ist ja, dass es uns eigentlich gar nicht mehr braucht. Es wäre auch toll, wenn Kinder aufeinander zugehen würden und sich so annehmen könnten, wie sie sind.«

SolidariGee e.V.

Der Verein fördert Inklusion und Partizipation, indem er geflüchteten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu lokaler Jugend- und Vereinsarbeit erleichtert.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 10 Vereinsmitglieder, 1 Minijob, Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden und Projektgelder
Website: www.solidarigee.de

Manola Sorg

Der Verein *SolidariGee* gründete sich im April 2015 als studentische Initiative, die sich für die Bedarfe minderjähriger Geflüchteter in Berlin einsetzt. Er trägt sein Anliegen im Namen: Die Verschmelzung der englischen Begriffe *solidarity* und *refugee* symbolisiert die Idee einer Gesellschaft, die sich frei von Ressentiments und Vorurteilen für gegenseitige Solidarität einsetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, schafft der Verein Begegnungsmöglichkeiten zwischen ortsansässigen und neu angekommenen Jugendlichen mit Fluchthintergrund und nutzt dazu die bestehenden Strukturen der lokalen Sportvereine und Jugendzentren.

Begonnen hat alles mit zwei Workshops in den Sommerferien, einem Tanz- und einem Fußballworkshop. Beide waren so gut besucht, dass klar war: Hier besteht ein großer Bedarf. Gleichzeitig wurde auch die Idee des Vereins konkreter, wie Projektkoordinatorin Maryam Kirchmann erklärt: »Wir haben gemerkt, dass das irgendwie nicht so viel Sinn macht, nur Workshops für geflüchtete Jugendliche anzubieten, weil dann überhaupt kein Integrationsprozess stattfinden kann. Deshalb haben wir uns überlegt, dass wir bestehende Strukturen nutzen und Berliner Vereine anschreiben und nach Kontingenten fragen.« Mittlerweile organisiert der Verein pro Woche 17 Workshops für die Jugendlichen: Fußball ist nach wie vor sehr beliebt, doch auch Tanzen, Trommeln, Fitness, Theater, Taekwondo und vieles mehr wird angeboten.

Viele Vereine haben auf die Anfrage zunächst nicht reagiert. Maryam Kirchmann empfiehlt jedoch, sich davon nicht entmutigen zu lassen. Letztendlich stellten verschiedene Vereine freie Plätze zur Verfügung, bei anderen können vergünstigte Mitgliedsbeiträge gezahlt werden, deren Kosten *SolidariGee* übernimmt. Kurse in der Nähe der Interessent_innen zu finden, gestaltet sich nicht immer einfach, sodass es unter Umständen zu längeren Fahrzeiten kommen kann. Die Erfahrung des Vereins zeigt jedoch, dass einige Jugendliche sich davon nicht abschrecken lassen, wenn sie wirklich an einem Angebot

teilnehmen wollen. Im Regelfall sollten die Fahrtwege eine Zeit von 30 Minuten jedoch nicht überschreiten.

Die Fluktuation der Teilnehmer_innen ist gerade zu Beginn eines Angebots relativ hoch. Da die kooperierenden Vereine Wert auf eine regelmäßige Teilnahme legen, hat der Verein einen ehrenamtlichen Bring- und Abholservice eingerichtet. Dies fördert die Verbindlichkeit auf der Seite der Teilnehmer_innen und trägt dazu bei, anfängliche Hemmungen zu überwinden. Mit der Zeit kristallisieren sich die Jugendlichen heraus, die aus eigenem Antrieb handeln und somit künftig auf Begleitung verzichten können.

Insgesamt nutzen etwas mehr als 100 geflüchtete Jugendliche die Angebote des Vereins, im Herbst 2016 waren allerdings 50 weitere Anfragen in Bearbeitung. Um diesen Ansturm bewältigen zu können, müssen jedoch erst neue Kooperationen mit Vereinen eingegangen werden, deren Angebote den Wünschen der Jugendlichen entsprechen. Bisher war der Verein hauptsächlich in Lichtenberg, Kreuzberg und Schöneweide aktiv, Angebote in Zehlendorf und Wedding werden in Betracht gezogen. Hauptzielgruppe sind dabei Jugendliche im Alter zwischen 13 und 18 Jahren, mittlerweile werden aber auch Workshops für Kinder und vereinzelt auch junge Erwachsene angeboten.

In den Workshops wird Deutsch gesprochen. Dies hat zum einen praktische Gründe und fördert zum anderen das Erlernen der Sprache in einem spielerischen Kontext, doch vor allem wird durch die gemeinsame Sprache ein Gemeinschaftsgefühl unter den Jugendlichen geschaffen. Denn letztlich geht es ja darum, interkulturelle Kontakte zu schaffen, die ein beidseitiges Kennenlernen ermöglichen. Dies gestaltet sich nicht ganz einfach, da gerade zu Anfang die Berührungsängste besonders hoch sind. Um Gruppenbildungen zu vermeiden, werden pro Angebot daher nie mehr als drei oder vier Jugendliche mit Fluchthintergrund eingeladen. Für die Jugendlichen, die in Berlin aufgewachsen sind, bieten diese Begegnungen die Chance, mehr über die Lebensgeschichten der Geflüchteten zu erfahren und so für deren Schicksale und momentane Situation in Deutschland sensibilisiert zu werden. Den geflüchteten Jugendlichen bieten die Workshops neben der Kontaktmöglichkeit einen willkommenen Ausweg aus der häufig vorherrschenden Eintönigkeit und der lähmenden Atmosphäre des Alltags. In den verschiedenen Freizeit- und Bildungsaktivitäten können sie sich ausprobieren, dabei neue Leidenschaften und Talente entdecken und vielleicht sogar Freundschaften schließen.

SolidariGee setzt sich aus etwa zehn Mitgliedern zusammen, von denen drei über eine pädagogische Ausbildung verfügen. Zusätzlich gibt es Freiwillige, die den Abhol- und Bringservice übernehmen, jedoch nicht an den wöchentlich stattfindenden Vereinstreffen teilnehmen. Neue Mitglieder werden meist über die Berliner Universitäten oder Facebook angeworben und kommen aus unterschiedlichen Bereichen. Der Verein finanziert sich hauptsächlich über Spenden von Privatpersonen, Stiftungen und durch Projektförderungen,

beispielsweise von *Aktion Mensch*. Im letzten Jahr haben sie zusätzlich einen Preis der *Friedrich-Ebert-Stiftung* erhalten.

Expertise in der Flüchtlingsarbeit brachten einige Mitglieder aus anderen Projekten mit. Das meiste haben sie sich im Laufe des Vereinsaufbaus selbst beigebracht, indem sie sich mit verschiedenen Themen, beispielsweise Trauma oder Asylrecht, gezielt auseinandersetzten und im Zweifel Expert_innen hinzuzogen. Seit Anfang des Jahres 2016 verfügt der Verein über eine bezahlte Stelle auf Basis geringfügiger Beschäftigung, der Rest geschieht ehrenamtlich. Eine besondere Herausforderung ist es dabei, den Überblick zu behalten. Maryam Kirchmann spricht von einer Kommunikationsmeisterschaft: »Eine Schwierigkeit ist immer wieder dieses Zusammenbringen von Abholern, Unterkünften, Vereinen. Aber im Umgang mit den Jugendlichen sehe ich, ehrlich gesagt, überhaupt keine Probleme.«

Heimspiel

Über Sport werden Beziehungen zu Mentor_innen vermittelt.

Ort: Berlin
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche und Ehrenamtliche
Finanzierung: *Total*, *Aktion Mensch*, Spenden
Website: www.kein-abseits.de

Manola Sorg

Mentoring ist ein bewährtes Konzept, um Potenziale zu wecken und dabei den individuellen Lern- und Lebensweg eines Kindes zu begleiten, damit es seinen Platz in der Gesellschaft finden kann. Seit 2011 verfolgt der Berliner Verein *Kein Abseits e.V.* dieses Ziel mit den Projekten *Kein Abseits!* und *Anstoß*. 2014 kam im Zuge der gestiegenen Flüchtlingszahlen ein drittes Projekt hinzu – *Heimspiel*. Die Idee des Mentorings ist nicht neu, der Verein hat sie allerdings um ein äußerst wirksames, dreigliedriges Konzept ergänzt: Über die Teilnahme an Sportgruppen finden die Kinder Zugang zum Projekt, für die Jungs gibt es Aikido und für die Mädchen Fußball. Beim Spielen mit Gleichaltrigen lernen und erproben sie soziale und kommunikative Kompetenzen. In den Gruppen wird dann das Mentoringprogramm vorgestellt, an dem jedes Kind teilnehmen darf, das Lust darauf hat und dessen Eltern zustimmen. Dabei werden allen Kindern Mentor_innen zur Seite gestellt, die sie über ein Schuljahr hinweg begleiten. Hier sollen sie gemeinsam Freizeit gestalten, Berlin erkunden und spielerisch Sprache und Kultur verstehen lernen. Zusätzlich werden mehrmals pro Jahr Vorbilder in die Sportgruppen eingeladen, die abseits von gängigen Rollenzuschreibungen den Kindern ihre Berufe vorstellen.

Die Zielgruppe waren ursprünglich Mädchen im Alter von neun bis dreizehn Jahren aus zwei kooperierenden Flüchtlingsunterkünften in Berlin-Reinickendorf. Aufgrund des steigenden Bedarfes wurden jedoch bereits im ersten Jahr auch Jungen in das Programm aufgenommen. Projektkoordinatorin Jasmin Azar betont, dass es sich bei *Heimspiel* um ein Projekt mit integrativem Ansatz handelt: »Es geht nicht darum, dass das ein Projekt speziell für die Flüchtlingsmädchen ist, auch wenn das in der Projektbeschreibung so rüberkommt. Alle Aktivitäten, die wir als Gruppen machen, machen wir sowohl mit den geflüchteten Kindern als auch mit den hier beheimateten Kindern.«

Zu Beginn spielten Azar und eine Kollegin einfach vor der Unterkunft Fußball. Das hat viele Kinder angezogen, die dann in das Projekt involviert werden konnten. Eine Veranstaltung folgte, in der die Eltern über das Projekt infor-

miert wurden. Aktuell gibt es bei *Kein Abseits e.V.* rund 60 Tandems, etwas mehr als die Hälfte der Kinder kommen aus Syrien oder den Nachbarländern. Andere vertretene Herkunftsländer sind Bosnien, Mazedonien, Tschetschenien und der Kosovo. Die Bleiberechtsperspektive ist für die Aufnahme in das Projekt nicht relevant.

Die ehrenamtlichen Mentor_innen sind eine bunt gemischte Gruppe im Alter von 17 bis 70 Jahren mit unterschiedlichen beruflichen und sozialen Hintergründen. Sie bewerben sich auf das Ehrenamt mit einem Motivationsschreiben, dem Einzelgespräche folgen. Danach absolvieren sie drei obligatorische Schulungen: Neben dem Kennenlernen der neuen Rolle als Mentor_in geht es um die Vermittlung von Methoden und Werkzeugen sowie darum, die Talente der Kinder zu erkennen und zu fördern. Inhalt der abschließenden Schulung sind die typischen Entwicklungsphasen von Kindern. Für die Mentor_innen ist es wichtig einschätzen zu können, in welcher Phase sich ihr Mentee befindet und wo individuelle Herausforderungen liegen, die möglicherweise ihren Ursprung in traumatischen Erfahrungen haben.

Die Mentoren_innen werden während ihres Einsatzes durch regelmäßige Treffen, die etwa alle sechs Wochen stattfinden, und bei Bedarf auch in Einzelgesprächen von der Projektkoordination betreut. Die Treffen sind freiwillig und bieten die Möglichkeit, sich zu informieren, auszutauschen und gegenseitig kennen zu lernen. Auf eine engmaschige Betreuung wird bei *Kein Abseits e.V.* großen Wert gelegt. Die bewusste Wahrnehmung und aktive Wertschätzung der Ehrenamtlichen hält Jasmin Azar für unerlässlich, um die motivierte Teilnahme aufrechtzuerhalten.

Aufgabe der Mentor_innen ist es, eine Vorbildfunktion einzunehmen, die den Mentees neue Perspektiven eröffnen kann. Dabei gilt folgende Prämisse: Unterstütze das Kind auf jeden Fall, aber erzeuge keine unrealistischen Erwartungen. Bei den Aktivitäten, sei es Schlittschuhlaufen oder ein Museumsbesuch, geht es darum, Neues kennenzulernen, Spaß zu haben und vor allem Dinge zu tun, welche die Eltern aus finanziellen, emotionalen oder zeitlichen Gründen nicht leisten können. Einige teils mehrtägige Aktivitäten finden auch in der Gruppe statt: Im Sommer wird sogar ein sechstägiges Feriencamp mit Übernachtung organisiert, das jedes Mal mit Begeisterung erwartet wird. Um Eintrittspreise und andere Ausgaben für die Aktivitäten zu finanzieren, erhalten die Mentor_innen für die Dauer des Tandems einmalig 150 Euro Taschengeld.

Begleitende Aktivität ist das obligatorische Führen eines Tagebuchs. Jedes Tandem hält darin fest, was es gemeinsam erlebt hat. Form und Häufigkeit sind selbstbestimmt, der Kreativität werden keine Grenzen gesetzt. Unter den Mentor_innen erfreut sich diese Aktivität unterschiedlich großer Beliebtheit, den Mentees ist das Tagebuch jedoch meist sehr wichtig.

Schließlich endet der Projektzyklus im Juli mit einem Abschiedsfest, wonach die Schüler_innen in die Sommerferien entlassen werden. Den Mentor_innen wird zu einer sechswöchigen Pause geraten, um ein klares Ende zu markieren. Danach können die Tandems entweder selbstverwaltet oder im Rahmen eines weiterführenden Programms Kontakt halten. Bei letzterem finden die Treffen monatlich statt und es besteht weiterhin die Möglichkeit, an Gruppenaktivitäten teilzunehmen. Finanziert wird das Projekt *Heimspiel* derzeit vom Mineralölunternehmen *Total, Aktion Mensch* sowie kleineren Spenden. *Kein Abseits e.V.* ist stets bemüht, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, organisiert Spendenläufe und hat sogar eine gesonderte Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit und das Fundraising geschaffen. Im September 2017 wird das Projekt vorerst auslaufen, doch Jasmin Azar steckt bereits voller neuer Ideen für Folgeprojekte.

WEICHENSTELLUNG

Studentische Mentor_innen unterstützen junge Geflüchtete und sammeln dabei selbst wertvolle Erfahrungen.

Ort: Hamburg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 135 Mentor_innen
Finanzierung: BMFSFJ
Website: www.zeit-stiftung.de/projekte/bildungunderziehung/weichenstellung

Manola Sorg

WEICHENSTELLUNG ist ein Mentoringprojekt mit doppeltem Lerneffekt: Hamburger Student_innen aus dem Bereich der Lehrämter und pädagogiknahen Fächer übernehmen die Rolle des Mentors beziehungsweise der Mentorin für die neu nach Hamburg zugewanderten Jugendlichen mit Fluchthintergrund. Sie erhalten damit die Chance, wertvolle Praxiserfahrung für ihren beruflichen Werdegang zu sammeln und bereits während des Studiums den Schulalltag aktiv mitzugestalten. Die geförderten Kinder und Jugendlichen profitieren ihrerseits davon, dass ihnen Mentor_innen an die Seite gestellt werden, deren Lebenswelt von ihrer eigenen nicht allzu weit entfernt ist, da sie sich noch in der beruflichen Ausbildung befinden. Von ihnen erhalten sie individuelle Orientierung und Begleitung im schulischen sowie außerschulischen Kontext.

Die *ZEIT-Stiftung* führt bereits seit 1971 Projekte im Bildungsbereich durch. Mit *WEICHENSTELLUNG* wurde ein Projekt geschaffen, das ursprünglich Viertklässler_innen den Übergang in die weiterführende Schule erleichtern sollte. Dieses Projekt existierte bereits seit einigen Jahren erfolgreich, als es 2015 für die Flüchtlingshilfe adaptiert wurde. Mittlerweile wird es an Grundschulen, weiterführenden Schulen und Berufsschulen durchgeführt. Über die Dauer von einem Jahr und mit der Option auf ein zweites werden ausgewählte Schüler_innen bei ihrem Übergang von der Vorbereitungs- in die Regelklasse begleitet. Pro Schulklasse kommen zwei, manchmal drei Mentor_innen zum Einsatz, denen jeweils maximal drei Mentees zugeteilt werden. Die Treffen finden in der Regel zweimal wöchentlich für je zwei Stunden statt. Um als Mentor_in einen Eindruck des gegenwärtigen Stands der Schüler_innen zu erhalten, ist der erste Termin in den regulären Unterricht integriert. Die notwendige Kommunikation mit den Lehrer_innen über Förderschwerpunkte und Entwicklungsstand ist in den Pausen möglich. Ein zweites Treffen am Nachmittag findet in der Kleingruppe zwischen Mentor_innen und Mentees statt,

hier können individuell abgestimmte Fördermethoden eingesetzt werden. Zusätzlich wird an jeder Schule regelmäßig eine Supervision für alle Mentor_innen angeboten, die, angeleitet von Pädagog_innen, einen Rahmen bietet, sich über Herausforderungen und Erfolge auszutauschen. Dabei erhalten die Mentor_innen die Möglichkeit, von den ebenfalls anwesenden Expert_innen, der pädagogischen Leitung des Projekts und den Supervisor_innen beraten und gecoacht zu werden. Einmal im Monat treffen sich alle Teilnehmer_innen von *WEICHENSTELLUNG* am Wochenende, um in der Gruppe gemeinsam etwas zu unternehmen. Das Programm wird von den Mentor_innen und Mentees gemeinsam gewählt und reichte bisher von Theater- und Museumsbesuchen über Bowling bis zum gemeinsamen Besuch eines Dunkelrestaurants. Auf diesem Weg leistet das Projekt nicht nur Orientierung in schulischen Belangen, sondern begleitet auch die Erkundung der neuen Lebenswelt.

Meist entwickeln Mentor_in und Mentee sehr schnell eine persönliche Beziehung zueinander. Dies ist ausschlaggebend für den Erfolg des Projekts: »Mentoring heißt ja auch nicht nur, dass man fachlich lernt, sondern dass man an der Haltung arbeitet. Wer bin ich? Warum bin ich hier?«, erklärt Rolf Deutschmann, der gemeinsam mit dem Erziehungswissenschaftler Reiner Lehberger die pädagogische Leitung von *WEICHENSTELLUNG* innehat. Daher führen die Mentees gemeinsam mit ihren Mentor_innen ein Lern- und Sprachportfolio, das die individuelle Arbeit unterstützen und dokumentieren soll. In diesem Rahmen setzen sie sich auch mit dem jeweiligen Ankommensprozess auseinander, beziehungsweise mit Unterschieden zwischen dem jeweiligen Herkunftsland und Deutschland. Werte, Normen und Haltungen werden thematisiert und Fragen zu Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sozialsystemen zur Diskussion gestellt.

Eine Herausforderung des Projekts ist es, die anfängliche Zurückhaltung der Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung zu überwinden. Frau Bühler-Otten, Koordinatorin der Internationalen Vorbereitungsklassen am Gymnasium in Hamm, erzählt aus der bisherigen Arbeit, es sei entscheidend, »die Schüler dazu zu bringen, Vertrauen zu fassen und ihnen Stabilität zu geben. So können sie sich sicher fühlen und man wird ein zuverlässiger Partner. Das ist das Wichtigste. Und das dauert immer ungefähr drei Monate.« Dabei wird durch *WEICHENSTELLUNG* das Selbstvertrauen der Schüler_innen gestärkt, sodass sie sich eher trauen, am regulären Unterrichtsgeschehen aktiv teilzunehmen.

Die Auswahl darüber, wer am Mentoringprojekt teilnehmen darf, wird von den Pädagog_innen vor Ort getroffen. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, die eine Asylberechtigung und damit eine Bleibeperspektive haben. Anfangs war angedacht, pro Klasse drei Schüler_innen mit Potenzial und drei mit besonderem Förderbedarf auszuwählen, aber die Lehrkräfte sahen diese Einordnung in der Praxis schwer umsetzbar und plädierten für einen offeneren

Ansatz. Zentral ist neben der Einschätzung der Lehrer_innen die Motivation und Bereitschaft, aktiv am Projekt teilzunehmen, denn sie wird als wichtige Voraussetzung für den Lernerfolg der Mentees begriffen. Unter den Schüler_innen ist *WEICHENSTELLUNG* mittlerweile sehr gefragt.

Auch die Mentor_innen werden in einem Bewerbungsverfahren sorgsam ausgewählt und durch Schulungen in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache, Lerncoaching, Mentoring und Zusammenarbeit mit der Schule auf ihre künftige Arbeit vorbereitet. Das Engagement der Studierenden wird mit einer Aufwandsentschädigung honoriert. Darüber hinaus werden kostenlose Fortbildungen angeboten zu den Themen Einführung in die Pädagogik, Interkulturelle Werte, Einführung ins Kulturprogramm. Für das Kulturprogramm und für Lernmaterialien wird den Mentoring-Teams ein zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt. Abgesehen davon profitieren die Mentor_innen besonders mit Blick auf ihre berufliche Zukunft von der Praxiserfahrung. Rolf Deutschmann umreißt den Wirkradius der Mentoring-Initiative folgendermaßen: »Ich glaube, das Bildungssystem braucht auf Dauer Leute, die die differenzierten Herausforderungen gut kennen. Ja, Zuwanderung wird uns noch lange begleiten, da brauchen wir auch Fachleute, die in Zukunft an diesen Themen arbeiten.« Von dem Projekt erhofft er sich deshalb auch eine weitere Etablierung des Mentoringprinzips in Deutschland.

Das Pilotprojekt startete im Oktober 2015 an einem Gymnasium im Hamburger Stadtteil Hamm mit Unterstützung der *Til Schweiger Foundation* unter der Schirmherrschaft von Kinder- und Jugendbuchautorin Kirsten Boie. Seit Januar 2016 ist *WEICHENSTELLUNG* Teil der bundesweiten Patenschaftsinitiative *Menschen stärken Menschen* und wird somit vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gefördert. Das Projekt wurde seitdem auf andere Hamburger Schulen erweitert und wird zum neuen Schuljahr 2016/17 mit etwa 135 Mentor_innen über 400 Schüler_innen mit Fluchthintergrund an 17 Hamburger Schulen erreichen. *WEICHENSTELLUNG* soll einen Beitrag leisten zur chancengerechten Bildung, Integration und Teilhabe und gleichzeitig anderen Bundesländern als Modellprojekt dienen.

FLOW– Für Flüchtlinge! Orientierung und Willkommenskultur

Ein partizipatives Projekt mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen schafft Orientierung und fördert Inklusion auf verschiedenen Ebenen.

Ort: Lübeck
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: *Possehl-Stiftung*, *Industrie- und Handelskammer*, Spenden
Website: www.projekt-flow.de

Manola Sorg

Das Projekt *FLOW – Für Flüchtlinge! Orientierung und Willkommenskultur* hat es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche mit Fluchterfahrung im Alter von 16 bis 25 Jahren unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus bei der Integration in die deutsche Gesellschaft zu unterstützen und dabei verschiedene Akteur_innen der Zivilgesellschaft zu involvieren. *FLOW* betreibt daher neben der praktischen Arbeit mit den Jugendlichen umfangreiche Netzwerkarbeit und fungiert als Schnittstelle zwischen Geflüchteten, Ehrenamtlichen, Vereinen, kommunalen Einrichtungen und Behörden. Das komplexe Projekt ist bei der *Gemeindediakonie Lübeck* angesiedelt und nahm im März 2015 seine Arbeit auf. Es besteht aus fünf Modulen, die eng miteinander verzahnt sind. Laut der Projektleiterin Gabriele Sester besteht das Besondere des Konzepts darin, »Freiwillige und Geflüchtete über verschiedene Wege zum Projekt zu bringen und ihnen innerhalb des Projekts Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie aktiv werden und sich engagieren können. Wir versuchen die Geflüchteten konkret partizipativ einzubeziehen.«

Ein Herzstück ist das Mentoring-Modul, in dem momentan 47 Tandems aktiv sind. Einem jugendlichen Mentee wird dabei ein_e ehrenamtliche_r Mentor_in zur Seite gestellt, der oder die bei der Erstorientierung behilflich ist, sowohl in Bezug auf Behörden als auch bei Fragen des Alltags. Zusätzlich werden bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten die Deutschkenntnisse gefestigt und der interkulturelle Austausch gefördert, was auf beiden Seiten zur Horizonterweiterung beiträgt. Das Mentoring ist zeitlich nicht befristet und wird erst beendet, wenn ein Mentee nicht mehr auf die Unterstützung angewiesen ist oder die entsprechenden Mentor_innen nicht mehr zur Verfügung stehen sollten. *FLOW* pflegt einen engen Kontakt zu den Mentor_innen, die ihrerseits eine sehr heterogene Gruppe bilden: Schüler_innen, Studierende, Berufstäti-

ge und Pensionierte aus unterschiedlichen Bereichen im Alter von 18 bis 80 Jahren sind hier beteiligt. Nach der Auswahl im Einzelgespräch durchlaufen sie zunächst eine interkulturelle Schulung zur Sensibilisierung, dann weitere Fortbildungen zu verschiedenen Themen wie Traumatisierung, Aufenthaltsrecht und Länderkunde. Dabei werden auch Mentees als Referent_innen eingebunden. Das Mentoring-Modul ist sehr gefragt: Aktuell warten mehr als 20 weitere Jugendliche auf die Möglichkeit der Teilnahme. Bis die dafür notwendigen personellen Kapazitäten geschaffen sind, erhalten sie über andere Angebote, etwa über Sportaktivitäten, dennoch Zugang zum Projekt.

Im zweiten Modul, dem Netzwerk für Psychotherapie und Traumabehandlung, leistet *FLOW* wichtige Arbeit, indem jungen Geflüchteten über das Online-Beratungsangebot *Ipso-care* psychosoziale Hilfe per *Skype*-Gespräch mit Berater_innen aus Afghanistan angeboten wird. Der Bedarf an muttersprachlichen Therapeut_innen ist besonders hoch und kann durch Fachpersonal in Deutschland kaum gedeckt werden. Die Ferngespräche bieten eine erste Hilfe bei der Aufarbeitung traumatischer Erlebnisse. Sie setzen an, bevor das Vertrauen und die entsprechenden Sprachkenntnisse vorhanden sind, um deutsche Therapeut_innen aufzusuchen, denen ihrerseits häufig die Erfahrung mit dem soziokulturellen Hintergrund und der Situation der Geflüchteten in Deutschland fehlt.

Ein weiteres Modul stellt den Jugendlichen ein breites Spektrum an Freizeit-, Sport- und Kulturaktivitäten zur Verfügung. Ziel ist eine sinnvolle Gestaltung des Alltags und die Möglichkeit, Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen. Das Angebot reicht dabei von Einzelvermittlungen an Sportvereine über interkulturelle Fußballturniere bis hin zu Ausflügen in die Umgebung oder zu kulturellen Veranstaltungen. Bei den Angeboten liegt das Augenmerk darauf, Begegnungen zwischen neuen und alten Lübecker_innen zu schaffen. Im *Musikcafé International* beispielsweise können die Jugendlichen einmal wöchentlich eine Stunde Instrumentalunterricht erhalten. In der darauffolgenden Stunde wird in gemischter Gruppe gemeinsam musiziert und gesungen, wobei von allen Beteiligten Lieder ausgewählt werden.

Das vierte Modul ist sehr vielfältig, da hier Orientierungskurse in unterschiedlichen Bereichen organisiert werden. Ein Vorteil von *FLOW* ist, dass sehr schnell auf neue Bedarfe reagiert werden kann. Beispielsweise wurden als Reaktion auf ein Badeunglück sofort Schwimmkurse und Spaziergänge zum Thema Gewässer angeboten. Das Angebot reicht von Seminaren zum Thema Strafrecht über Gesprächsrunden zum Thema Heimat bis hin zu Zielorientierungsworkshops. Ein besonders schönes Beispiel für die Verzahnung der Projektbereiche sind die Verkehrsorientierungskurse in Kooperation mit dem *Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V.* Nach Absolvieren der Theorie- und Praxiskurse können die Jugendlichen in der Fahrradwerkstatt gespendete Fahrräder reparieren. Gegen fünf gearbeitete Stunden bekommen sie ein eige-

nes Fahrrad, sind künftig mobil und können wiederum an den angebotenen Exkursionen teilnehmen.

Das letzte Modul betrifft Fortbildungsangebote sowie die gesellschaftliche Öffnung und richtet sich an die Aufnahmegesellschaft Lübecks. Durch Kunst-, Kultur- und Diskussionsveranstaltungen soll das Interesse und Verständnis der Zivilbevölkerung geweckt und gleichzeitig Rassismusprävention betrieben werden. Beispielsweise wurden Kurzfilme über einzelne Mentoring-Tandems gedreht, die einen persönlichen Einblick ermöglichen und somit Vorurteilen entgegenwirken.

FLOW wird hauptsächlich durch die Lübecker *Possehl-Stiftung* sowie durch die Industrie- und Handelskammer und Privatspenden gefördert. Neben dem umfassenden ehrenamtlichen Engagement wird das Projekt hauptamtlich von fünf Mitarbeiter_innen betreut. Das Besondere bei *FLOW* ist die Vielfalt der Angebote, die erfolgreich ineinandergreifen. Außerdem werden gleichermaßen Geflüchtete wie Ehrenamtliche entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten aktiv in die Projektgestaltung einbezogen. Die neu angekommenen Jugendlichen wachsen somit über die Rolle der Hilfsbedürftigen hinaus, indem sie bestärkt werden, die eigenen Potenziale wahrzunehmen, mit denen sie zum Gelingen des Projektes beitragen können. Zwei ehemalige Mentees sind mittlerweile selbst als Mentor_innen aktiv und bieten Englischunterricht und Seminare zum Thema Gender und Gewalt an.

Internet und digitale Hilfen

Im digitalen Zeitalter bestimmt der jederzeit verfügbare Internetzugang nahezu selbstverständlich den Alltag vieler Menschen. Die Notwendigkeit eines Internetzugangs für Geflüchtete wird jedoch vielfach nicht gesehen. Die Kommunikation mithilfe digitaler Medien aber ist essenziell, nicht nur, um mit Angehörigen in Kontakt zu bleiben, sondern um sich im Herkunftsland, auf der Flucht und in dem neuen, erst einmal unbekannten Land zu vernetzen und notwendige Informationen zu bekommen. Auch zu einem späteren Zeitpunkt im Asylverfahren oder nach der Anerkennung stellt das Internet ein unentbehrliches Integrationselement dar. Smartphone, Apps, Online-Plattformen, Übersetzungsprogramme und soziale Medien spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die auf den folgenden Seiten exemplarisch dargestellten Projekte und Initiativen *Watch The Med Alarm Phone, Freifunk hilft, Refugees Online, metacollect, Social Collective, Stimmen der Geflüchteten* und *RefugeesWork* gehen diese besonders in ländlichen Gebieten existierende Bedarfslücke an. Sie vermitteln Arbeit, vernetzen und machen sich stark gegen Menschenrechtsverletzungen, klären auf, mobilisieren und eröffnen alternative Handlungsmöglichkeiten. Sie begegnen Stigmatisierungen und Ressentiments gegenüber Geflüchteten durch neue, offene und partizipative Ansätze. Dies geschieht mit viel Engagement zumeist auf ehrenamtlicher Basis. Neben dieser praktischen Arbeit wenden sich die Projekte an die Öffentlichkeit und üben politischen Druck auf staatliche Instanzen aus, in Bezug auf einen allgemeinen Internetzugang aktiv zu werden. Das Projekt *Watch The Med Alarm Phone* rettet Menschenleben durch ein Notrufsystem für Menschen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Die Initiativen *Freifunk hilft* und *Refugees Online* setzen sich dafür ein, durch Internetzugang in Gemeinschaftsunterkünften wenigstens eine Grundsicherung bereitzustellen. *Metacollect* und das *Social Collective* haben eine übergeordnete offene Datenbank zur besseren Vernetzung von Initiativen der Geflüchtetenarbeit ins Leben gerufen. Der Berliner Radiosender *Kiez.FM* bietet Radio- und Podcast-Workshops an und entwickelt Formate, mittels derer sich geflüchtete Jugendliche Gehör verschaffen können. *RefugeesWork* vernetzt die digitale Community, vermittelt digitale Kompetenzen und bringt neuankommende Arbeitssuchende und potenzielle Arbeitgeber_innen zusammen.

Alle Projekte fördern die digitale Teilhabe und stellen Lösungen für mehr Selbstbestimmung, effektivere Zusammenarbeit und bessere Vernetzung vor.

Watch The Med Alarm Phone

Ein transnationales Netzwerk von Aktivist_innen schafft mit dem *Alarm Phone* für Bootsflüchtlinge die Option, aktiv Hilfe zu erbeten und so einem möglichen Bootsunglück entgegenzuwirken.

Ort: Online
Gründung: 2014
Mitarbeitende: Netzwerk aus 120 Aktivist_innen
Finanzierung: Spenden
Website: www.watchthemed.net, www.alarmphone.org

Inga Schröder

Schutzsuchende werden gezwungen, militarisierte und lebensgefährliche Fluchtwege auf sich zu nehmen. Grund dafür ist nicht zuletzt das restriktive europäische Grenzregime. Grenzen, sowohl auf dem Festland als auch auf hoher See, werden in einem stetigen Prozess aufgerüstet und die Kontrollen verschärft. Wege für Menschen, die migrieren, werden gezielt verschlossen. Eine besonders große Gefahr ist das Mittelmeer: Oft versuchen Flüchtende, mit überfüllten und mangelhaft gewarteten Booten Europa zu erreichen. Auf der Überfahrt sind sie den vielfältigen Gefahren hilflos ausgeliefert, weshalb Schiffbruch oft zum Tod vieler *boat people* führt. Der politische Unwille der europäischen Staaten, im Mittelmeer konsequent zu handeln, wenn Flüchtende in Seenot geraten, hat die Plattform *Watch The Med* auf den Plan gerufen. Als transnationales Netzwerk kämpfen Aktivist_innen gegen das europäische Grenzregime und fordern legale, sichere Wege nach Europa und Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Auf der Internetplattform dokumentieren sie unter anderem Fälle von unterlassener Hilfeleistung, damit Verantwortliche, die gezielt keine Hilfe geleistet haben, zur Rechenschaft gezogen werden können. Dazu werden oftmals auch Interviews mit Geflüchteten geführt. Der begleitende Online-Guide *Welcome 2 Europe* stellt praktische und wichtige Informationen für Menschen bereit, die nach Europa migrieren.

Aufgrund der vielen Menschen, die auf ihrem Weg nach Europa ihr Leben verlieren, möchten die Aktivist_innen aber mehr bewirken als die bloße Sichtbarmachung weiterer Menschenrechtsverletzungen. Im Oktober 2014 wurde deshalb das Projekt *Watch The Med Alarm Phone* initiiert. Flüchtende Menschen können die Nummer des *Alarm Phone* anrufen und ihre Position sowie die Situation auf dem Boot erklären. Die Aktivist_innen wiederum haben dann Informationen, mit denen sie die zuständige Küstenwache und Behörden konfrontieren und einen Rettungseinsatz einfordern können. Damit ist

es keine Rettungsnummer im herkömmlichen Sinne, aber eine Nummer, die Notrettung unterstützen oder initiieren kann.

Ein konkreter Anlass für die Einrichtung des *Alarm Phone* war das Bootsunglück vor Lampedusa am 3. Oktober 2013. Die Menschen auf dem Boot waren mehr als fünf Stunden lang in Seenot, bevor sie Hilfe erreichte. Beim Eintreffen der Rettungskräfte waren viele der Bootsinsass_innen bereits ertrunken.

»Was wäre denn gewesen, wenn es eine Institution dazwischen gegeben hätte, mit der wir nochmal Druck hätten ausüben können? Mit der wir den verantwortlichen Institutionen hätten sagen können: Wir wissen, dass ihr einen Notruf erhalten habt und nicht hinausfahrt. Wir können das öffentlich machen.«
(Gerda, Aktivistin des *Watch The Med Alarm Phone*)

Das *Watch The Med Alarm Phone* bekommt bis zu 100 Anrufe pro Woche. Es gab im Jahr 2015 Kontakte zu 1200 Booten. In der Praxis funktioniert das *Alarm Phone* über einen Schichtplan, in den sich Aktivist_innen eintragen. Die Schichten, das heißt meist acht Stunden Bereitschaft, werden immer zu zweit übernommen. Im Idealfall sitzen die Aktivist_innen im gleichen Raum. Wenn dies nicht möglich ist, sind sie über Skype, Facebook oder E-Mail miteinander verbunden. So können sie sich jederzeit austauschen und gegenseitig unterstützen. Manchmal arbeiten sie zum ersten Mal zusammen, ohne sich vorher zu kennen. Die Callcenter-Software kann für den Zeitraum der Schicht auf das jeweilige Endgerät geladen werden. Menschen, die in Not geraten, können dann direkt die Alarmnummer anrufen und werden mit den Aktivist_innen verbunden. Als Unterstützung gibt es ein Handbuch mit Richtlinien und Handlungsanweisungen, den sogenannten Alarm-Plan. Vor der Aufnahme einer ersten Schicht werden die Aktivist_innen entsprechend geschult und haben die Möglichkeit, bei Schichten anderer zuzuhören. Dann können sie entscheiden, wann sie bereit sind, selbst Anrufe entgegen zu nehmen.

Ein Netzwerk von Übersetzer_innen ist jederzeit erreichbar. Sie können am Gespräch teilnehmen oder direkt die Telefonate übernehmen. Meist sind den Anrufer_innen einige Worte Englisch oder auch Französisch bekannt, sodass einfach herauszufinden ist, in welcher Sprache kommuniziert werden kann. Kernfragen werden meist recht schnell geklärt: Wie viele Menschen und auch wie viele Kinder befinden sich auf dem Boot, was ist los und wo befindet sich das Boot? Oftmals können die Anrufenden das Boot durch GPS lokalisieren und den Standort weitergeben. Die Aktivist_innen verfolgen dann so lange die Situation, bis die Menschen gerettet sind. Im Anschluss wird dann alles minutiös auf der *Watch-The-Med*-Plattform dokumentiert.

Das Team besteht aus einem Netzwerk von 120 Aktivist_innen aus verschiedensten europäischen und nordafrikanischen Städten, die meist bereits

in anderen Netzwerken engagiert sind und zum Teil selbst Fluchterfahrungen haben. Das *Watch The Med Alarm Phone* agiert im Mittelmeerraum zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Libyen und Italien sowie zwischen Marokko und Spanien.

Über die Internetseite und durch das Verteilen von mehrsprachigen Postkarten und Flyern mit der Alarmnummer an verschiedenen Orten wird das Projekt bekannt gemacht. Auch eine Gruppe Syrer_innen, die direkt im Kontakt mit den Aktivist_innen steht, informiert flüchtende Menschen, bevor sie auf ein Boot gehen. Derzeit finanzieren Spenden das *Alarm Phone*. Es wird von ehrenamtlichen Aktivist_innen organisiert, die bei regelmäßigen Team-Treffen an verschiedenen Orten der Welt zusammenkommen, ihre Erfahrungen austauschen und Workshops organisieren.

Das *Alarm Phone* organisiert sich unabhängig und dezentral. Es besteht ein klares politisches Ziel: die Zivilgesellschaft und die Politik aufzurütteln und zu zeigen, dass niemandem diese Menschenrechtsverletzungen gleichgültig sein dürfen und etwas dagegen unternommen werden muss. Das bedeutet auch, dass der Wille vorhanden sein muss, Alternativen zu schaffen und sich dafür zu engagieren. Die ebenfalls vom Netzwerk getragene Kampagne *Ferries Not Frontex* zeigt eine gute Alternative auf: Sie setzt sich dafür ein, Fähren zugänglich zu machen, damit niemand die gefährliche Überfahrt mit überfüllten Schlauchbooten auf sich nehmen muss. Sie macht darauf aufmerksam, dass Schlepper_innen nicht beauftragt werden würden, wenn es diese Alternative gäbe.

Freifunk hilft

Die Initiative für einen unabhängigen und dezentralen Internetzugang unterstützt die technische und informationelle Selbstbestimmung.

Ort: Berlin
Gründung: 2012
Mitarbeitende: Netzwerk von Ehrenamtlichen
Finanzierung: Spenden
Website: www.freifunk.net, www.freifunk-hilft.de

Inga Schröder

Freifunk ist eine alternative, nicht-kommerzielle Bewegung und setzt sich in vielen Städten für freie Infrastrukturen und offene Funkfrequenzen ein. Die Initiative kann aus einer über zehnjährigen Erfahrung schöpfen und zeichnet sich, aufgrund der vielen ehrenamtlich engagierten Freifunker_innen, durch stetig wachsende Kompetenz aus. Diese Expertise schlägt sich in der Arbeit der 2012 ins Leben gerufenen Initiative *Freifunk hilft* nieder. Freifunker_innen haben sich der Aufgabe angenommen, zumindest eine Grundsicherung des Internetzugangs in Unterkünften für Geflüchtete zu gewährleisten, indem sie einen kostenfreien Zugang zum *Freifunk*-Netz herstellen. In der oft prekären Übergangssituation im Heim benötigen Geflüchtete Zugang zum Internet, um an Informationen, Kommunikation und Bildung teilhaben und eigeninitiativ tätig werden zu können. Unter dem Motto »Lieber FÜR Menschen als GEGEN irgendwas!« vernetzt *Freifunk hilft* in ganz Deutschland Geflüchtete und arbeitet für eine Demokratisierung der Kommunikationsmedien.

Bei der Vernetzung von Geflüchteten greift die *Freifunk*-Community auf ihre vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen zurück. Sie entwickelt bereits bestehende Strukturen und Technologien weiter, teilt dieses Wissen und informiert über Wege, ohne Inanspruchnahme kommerzieller Anbieter das Internet zu nutzen und mit anderen zu teilen. Wie das funktioniert, können Geflüchtete und Helfer_innen in entsprechenden Workshops lernen. Eine derjenigen Freifunker_innen, die das Thema der Internetversorgung in Unterkünften für Geflüchtete vorantreibt, ist Peggy Sylopp. Als ihr bewusst wurde, dass es viele Unterkünfte und Aufnahmeeinrichtungen ohne Internetzugang gab, gründete sie die Initiative *Pankow Hilft!*. Die Situation ist häufig dieselbe: Viele Geflüchtete haben zwar ein Mobiltelefon, jedoch nicht den entsprechenden Datentarif. »Wenn ich in ein Land komme, dessen Sprache ich nicht spreche, ich dafür mein Leben riskiert habe, mich mit niemanden unterhalten kann und nicht an Informationen komme, ist das eine sehr schwierige Situ-

ation. Durch Internetzugang und beispielsweise Übersetzungsprogramme kann die Problemlage etwas abgemildert werden«, sagt Peggy Sylopp. Geflüchtete können dadurch ihre Familie und Freund_innen kontaktieren und sich über ihr Herkunftsland, ihren neuen Wohnort, über Angebote, aber auch über die rechtliche Situation informieren. Das führt zu mehr Handlungsspielraum, sodass den Strukturen von Entmündigung und Abhängigkeit etwas entgegengesetzt werden kann und geflüchtete Menschen nicht mehr nur auf Helfer_innenstrukturen angewiesen sind. Denn diese haben ihre Grenzen: Wem kann ich vertrauen? Warum entscheiden andere Menschen, was für mich richtig und wichtig ist?

Jeder Mensch hat ein Recht auf Zugang zu Informationen, Bildung, Wissen und Kommunikation. Die politische Initiative *Internetzugang ist Menschenrecht!* wurde von Peggy Sylopp 2015 im Kontext von *Freifunk Pankow* begründet. Mittlerweile wird sie von *Freifunk hilft* getragen und ist damit Teil der Agenda von *Freifunk*. Mit deren Engagement soll nicht nur eine lokale Internetnutzung in Wohnunterkünften gewährleistet, sondern auch eine dezentrale Internetnutzung ermöglicht werden. Geflüchtete können sich dann auch an anderen Standorten ins *Freifunk*-Netz einwählen. Dazu gibt es im Internet eine Übersichtskarte, wo sich einzelne *Freifunk*-Netze beziehungsweise Zugangspunkte befinden. *Freifunk*-Router mit entsprechender Software können kostengünstig erworben werden; damit können viele Menschen einen Teil ihres Internets Geflüchteten zur Verfügung stellen.

Freifunker_innen nehmen sich der Aufgabe an, hier Bewusstsein zu schaffen und digitale Teilhabe zu thematisieren. Sie fragen in Zusammenarbeit mit Integrationsbeauftragten Unterkünfte für Geflüchtete ab, um zu prüfen, ob Internetzugang gewährleistet ist. In etlichen Fällen sahen sich Betreiber_innen von Wohneinrichtungen im Rechtfertigungszwang und haben mithilfe von Freifunker_innen Internetzugang aktiviert. Vereinzelt kamen Heimbetreiber_innen sogar von selbst auf Freifunker_innen zu und baten um Hilfe. Diese Form der Kooperation ist allerdings eher die Ausnahme.

Obwohl die Nutzung des Internets für viele Menschen selbstverständlicher Bestandteil des Alltags geworden ist, wird die Notwendigkeit eines Internetzugangs für Geflüchtete häufig nicht gesehen. Es braucht oftmals einen langen Atem, bis am Ende ein Internetzugang vor Ort verfügbar ist. Der Weg dahin ist durch lange administrative und organisatorische Vorlaufzeiten, ungeklärte Eigentums- und Hausrechte und technische Zuständigkeiten erschwert. Hinzu kommen die rechtlichen Bedenken der Heimleitung gegenüber einem alternativen, unzensierten und kostenfreien Internet. In einigen Heimen haben die Leiter_innen zum Beispiel ein Interesse daran, dass das Netz nachts abgeschaltet wird, da sie sonst befürchten, dass es durch Internettelefonate zu Ruhestörungen kommt. Auch hier setzen Freifunker_innen gezielt an, sprechen mit Heimbetreiber_innen, informieren und vermitteln. Das Engagement

bringt sichtbare Ergebnisse. Im Mai 2016 waren bereits 350 Wohnunterkünfte von Geflüchteten deutschlandweit angebunden.

Eine Herausforderung ist es, die Geschwindigkeit der Internetverbindung zu gewährleisten, wenn viele Menschen sie gleichzeitig nutzen. Strukturen fehlen hier noch, obwohl nach entsprechenden Gesetzen und politischen Zusagen ein flächendeckender und staatlich finanzierter Internetzugang gewährleistet sein müsste. Freifunker_innen weisen auf die bestehenden Defizite hin und unterstützen mit fortwährendem Engagement die informationelle Selbstbestimmung von Geflüchteten. Sie setzen sich nicht nur praktisch vor Ort ein, sondern engagieren sich auch auf gesellschaftspolitischer Ebene. Die Initiative erzeugt Aufmerksamkeit für die alternative Technologie der *Freifunk*-Netze und damit für das Modell einer öffentlich zugänglichen Infrastruktur digitaler Datennetze. Bei Politiker_innen fehlt allerdings häufig noch der Zugang zu diesem Thema, obwohl außerhalb Deutschlands frei zugängliche, drahtlose Netzwerke sehr viel verbreiteter sind. *Freifunk* übernimmt weiterhin Aufklärungsarbeit zu Themen wie Rechtssicherheit und Internet-Sharing und beantwortet häufig gestellte Fragen, um mehr Menschen zum Teilen ihres Internetzugangs zu ermutigen.

Refugees Online e.V.

Der im Dezember 2014 im bayerischen Gilching gegründete Verein *Refugees Online e.V.* stellt inzwischen in über 120 Geflüchtetenunterkünften Internet zur Verfügung.

Ort: Gilching
Gründung: 2014
Mitarbeitende: Vereinsmitglieder
Finanzierung: Spenden
Website: www.refugees-online.de

Stephan Lidzba und Marlene Rudloff

Inspiriert durch die Arbeit des von Flüchtlingen selbst organisierten Vereins *Refugees Emancipation* aus Potsdam wurde im Februar 2015 das erste Projekt zur Versorgung von Geflüchteten mit Internet via W-LAN in Bayern lanciert: In der bayerischen Erstaufnahmeeinrichtung Fürstenfeldbruck stellte *Refugees Online* ein Hotspot-System und eine DSL-Leitung bereit, richtete einen Computerschulungsraum ein und stattete diesen mit Material aus. Mittlerweile verfügt die Unterkunft über mehrere W-LAN-Hotspots. Der Computerraum wird täglich von Helfer_innen betreut.

Der Initiator und Kopf der Initiative, Volker Werbus, berichtet von den Schwierigkeiten auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände: »Auf dem Grundstück gab es keinen ›zivilen‹ Telefonanschluss. Es kostete viel Zeit und Überredungskunst, die Telekom dazu zu bewegen, eine neue Telefonleitung in der Erstaufnahmeeinrichtung zu verlegen.« Zudem war es im Vorfeld nicht einfach, den zuständigen Personen in der Erstaufnahmeeinrichtung und den beteiligten Behörden zu vermitteln, dass der Zugang zum Internet gerade für Geflüchtete elementar ist. Durch sein hartnäckiges Engagement konnte der Ingenieur Volker Werbus das Projekt Anfang 2015 erfolgreich umsetzen. Die dort gemachten Erfahrungen im Genehmigungsprozess konnte der Inhaber eines IT-Dienstleistungsunternehmens für die Umsetzung weiterer Projekte nutzen. In Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen ehrenamtlichen Unterstützerkreisen hat der Verein in über 90 Einrichtungen in Bayern sowie 30 weiteren Unterkünften in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg Internetverbindungen für Geflüchtete installiert.

Die anspruchsvolle technische Umsetzung vor Ort stellt für Werbus keine große Hürde dar. Vielmehr sind es rechtliche und politische Barrieren, wie beispielsweise die Notwendigkeit einer Genehmigung für jeden Einzelfall, welche die Arbeit des Vereins erschweren und zum Teil verhindern. Die Rechtsform als gemeinnütziger Verein ermöglicht es *Refugees Online*, steuer-

lich abzugsfähige Sach- und Geldspenden anzunehmen, die für die Umsetzung der meist spendenfinanzierten Projekte unentbehrlich sind. Bedauerlicherweise decken die Spenden nicht die gesamten Kosten. Die Anschaffungs-, Installations- und Betriebskosten der meist gebrauchten professionellen Geräte zur Versorgung von zum Teil über 300 zeitgleichen Internetnutzer_innen pro Einrichtung belaufen sich oftmals auf mehrere tausend Euro. Bei den Sachspenden handelt es sich vorrangig um ältere Laptops, Monitore, Drucker, Panel-PCs und Server. Seit einigen Monaten verfügt *Refugees Online* außerdem über eine größere Menge an Chromebooks, die von Google gespendet wurden.

Die laufenden Kosten für die Internetanschlüsse müssen ebenfalls gedeckt werden. Hier geht der Verein in Vorleistung und refinanziert dies über einen kleinen Unkostenbeitrag, den die Geflüchteten an die vor Ort tätigen Helfer entrichten. Laut Volker Werbus ist die Spendenbereitschaft der Bürger_innen und Unternehmen im Laufe des Jahres 2016 stark zurückgegangen. Das erschwert die Verwirklichung neuer Projekte zum Teil erheblich und, da es die Behörden nicht als notwendig erachten, sich für eine flächendeckende Internetversorgung der Geflüchteten stark zu machen oder sich an den Kosten für Installation und Betrieb zu beteiligen, ist die dauerhafte Gewährleistung der bestehenden Angebote gefährdet.

Der Verein wird durch örtliche Initiativen unterstützt und arbeitet eng mit den Geflüchteten und jeweiligen Betreibern der Gemeinschaftsunterkünfte zusammen. Von den acht ausschließlich ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern sind drei aktiv in die Projektarbeit eingebunden, während fünf weitere Mitglieder vorrangig administrative Aufgaben übernehmen. Volker Werbus investiert einen großen Teil seiner Freizeit in die Vereinsarbeit. Umfassende Unterstützung erhält der Verein insbesondere durch lokale evangelische Kirchengemeinden und die *Caritas*. Seit Ende 2014 wurden etwa 20.000 Stunden durch die Freiwilligen für die Internetversorgung und Schulung der Geflüchteten und örtlichen Initiativen aufgebracht. Unter den Ehrenamtlichen sind auch IT-Fachkräfte, die wichtiges technisches Wissen mitbringen und vermitteln. »Viele Engagierte kommen langsam an ihre Belastungsgrenze«, so Volker Werbus. »Das derzeitige Tempo kann nur gehalten werden, wenn hauptamtliche Mitarbeiter_innen eingestellt werden. Ohne öffentliche Mittel oder andere regelmäßige Finanzierungsquellen ist das nicht möglich.«

Die fehlende Internetversorgung hat zur Folge, dass die Geflüchteten in den Einrichtungen oft nur einen sehr teuren Mobilfunkvertrag abschließen können. Das ist problematisch, weil die Bereitstellung eines bezahlbaren Internetzugangs in den Gemeinschaftsunterkünften inzwischen allgemein als menschliches Grundbedürfnis anerkannt wird. Werbus stellt immer wieder fest, dass sich das Zusammenleben in den Einrichtungen durch einen Internetanschluss deutlich verbessert. Die Geflüchteten können den Kontakt zu

ihren Familien aufrechterhalten, sich ein wenig ablenken und so ihre Erlebnisse und die Langeweile besser bewältigen.

Der Verein arbeitet auch mit anderen Initiativen aus dem Bereich Internet zusammen. So wird auf den Computern ein Lernportal des Vereins *Asyl-Plus e.V.* installiert, über welches die Geflüchteten beispielsweise kostenfreie Sprachkurse absolvieren können. *Refugees Online e.V.* würde sich gern »überflüssig machen« und versucht hierfür die Geflüchteten in die Betreuung der Netzwerke und Computer einzubinden. Etwa zehn Personen mit Fluchterfahrung sind derzeit an der Umsetzung der Internetversorgung beteiligt. Da der Verein nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, ist es unmöglich, Geflüchtete einzustellen und ihnen damit etwas Planungssicherheit zu geben. Ein Ziel für die kommende Zeit ist es daher, öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, damit hauptamtliche Mitarbeiter_innen eingestellt und das derzeitige Wachstumstempo mindestens beibehalten werden können.

Indem der Verein den Zugang zum Internet verbessert und den Bedarf beträchtlich schneller als behördliche Aktionen decken kann, schafft *Refugees Online* neue, nicht zu unterschätzende Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für Geflüchtete. Langfristig wünschen sich Volker Werbus und seine Mitstreiter_innen jedoch, dass die politisch Verantwortlichen Rahmenbedingungen schaffen, um den Internetzugang für Asylbewerber_innen strukturiert in allen Unterkünften anzubieten. Zwar zeige sich, dass die Behörden die Notwendigkeit der Internetversorgung für die Geflüchteten langsam anerkennen und sich zunehmend kooperativer zeigen, so Werbus. Die bayerische Staatsregierung hat sich nun allerdings entschieden, W-LAN in Flüchtlingsunterkünften künftig selbst bereitzustellen und dazu eine kommerzielle Firma beauftragt. Eine Zusammenarbeit mit *Refugees Online* beziehungsweise eine finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit lehnt man ab. Eine mögliche negative Folge dieser Entwicklung ist die Kürzung des Taschengeldes der Geflüchteten.

metacollect und Social Collective

metacollect ist eine zentrale Datenbank, die aktuelle Informationen über Projekte von und für Geflüchtete(n) sammelt und bereitstellt. Ziel dabei ist es, Akteur_innen der Geflüchtetenarbeit zu stärken und zu vernetzen, die Doppelung von Lösungsansätzen zu vermeiden, Ideen auszutauschen und Bedarfe von Projekten zu kommunizieren.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 15 Ehrenamtliche und Unterstützer_innen
Finanzierung: Ehrenamt
Website: http://metacollect.org/#/home, http://socialcollective.de/

Inga Schröder

Das Prinzip von *metacollect* ist einfach: Die Projektinformationen werden in dieser Online-Datenbank von den einzelnen Projekten selbst eingetragen und verwaltet. Via Schnittstelle, über die *metacollect* mit weiteren bereits existierenden Projektübersichtsplattformen digital verbunden ist, werden die aktuellen Datensätze fortlaufend automatisch ausgetauscht und auf allen angeschlossenen Plattformen veröffentlicht. Bei letzteren handelt es sich um Websites oder Apps, die ihrerseits Projekte sammeln, wie beispielsweise *www.arriving-in-berlin.de*, *www.info-compass.net*, *www.clarat.org*, *www.ichhelfe.jetzt* oder *www.govolunteer.com*.

Interessierte Projekte und Initiativen können auf der Plattform ein eigenes Profil anlegen und ihre Informationen, Angebote und Bedarfe darüber stetig aktualisieren und verwalten. Mit dem Anlegen des eigenen Profils ist ein einmaliger Aufwand verbunden, der sich jedoch auszahlt, da später weniger Zeit für Vernetzung sowie für die Veröffentlichung und Verbreitung des Angebots aufgebracht werden muss. Ein großer Vorteil dieses dezentralen Prozesses liegt darin, dass die Initiativen und Projekte die Kontrolle über ihre Daten behalten und wissen, welche Informationen über sie verbreitet werden. Außerdem können sie auf diese Weise schneller von anderen Projekten erfahren, mit ihnen in Kontakt treten und sich austauschen.

»Durch die selbstorganisierte Vorgehensweise behältst du die Kontrolle über deine Daten. Du legst dein Profil eigenständig an und entscheidest, wen oder was du gerade zur Unterstützung brauchst, was du anbietest oder ob du vielleicht gerade mal nichts anbieten möchtest, weil du völlig ausgelastet bist«,

berichtet Britta Liermann von *metacollect* und *Social Collective*.

Insofern handelt es sich bei *metacollect* um keine bloße Projektübersichtsplattform, sondern um einen umfassenden Datenservice nach Open-Data-Richtlinien, der den angegliederten Projektübersichtsplattformen die Recherche und Pflege von Daten abnimmt, indem diese verknüpft und frei zugänglich gemacht werden. Das Projekt sieht sich somit als Partner für die zahlreichen existenten Plattformen und gibt diesen die Möglichkeit, durch ihre Kooperation aktiv an der Gestaltung und dem Ausbau der zentralen Datenbank mitzuwirken.

Im Oktober 2015 wurde *metacollect* unter dem Namen *MetaBrain* auf dem *Refugee Hackathon* in Berlin ins Leben gerufen. Um zu vermeiden, dass es immer wieder Lösungen gibt, die doppelt entwickelt werden, sollte eine Art Metaplattform entstehen. Im Rahmen des Hackathon wurden dann erste Ideen entwickelt, die ein Semester lang von Studierenden an der *Technischen Universität Berlin* in dem Seminar INI2.0 weiter bearbeitet worden sind. Heute wird *metacollect* von einem fünfköpfigen Kernteam ehrenamtlich koordiniert und soll zukünftig sozialunternehmerisch professionalisiert werden.

Die digitale Vernetzung ist sehr wichtig, reicht jedoch allein nicht aus, um den Projekten bei den verschiedenen Tätigkeiten zu helfen. Deshalb ist *metacollect* in das *Social Collective Berlin* eingegliedert. Das Format des *Social Collective* ermöglicht ein direktes Zusammenkommen, indem es Projekte von und für Geflüchtete(n) auf lokaler Ebene vernetzt. In Treffen, Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden wird vor Ort persönlich miteinander gearbeitet und kommuniziert. Das *Social Collective* stellt den Rahmen zur Verfügung, organisiert Räume und übernimmt die Aufbereitung und Veröffentlichung der erarbeiteten Ergebnisse. Die Inhalte werden von den Projekten selbst festgelegt. In Bezug auf die Bereiche Öffentlichkeit/Begegnung, Beratung/Unterstützung und nicht zuletzt Vernetzung/Austausch werden die Schnittmengen verschiedener Projekte gefunden und Handlungsbedarfe bestimmt. Gemeinsame Ziele werden erarbeitet mit der Intention, diese öffentlich zu kommunizieren, um gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen. Somit können Forderungen an die Politik stärker vertreten und Vorurteile gegenüber Geflüchteten abgebaut werden.

Bislang hat *metacollect* bereits rund 1000 zivilgesellschaftliche Projekte sowie einige staatliche Anlaufstellen in die Datenbank aufgenommen. Diese Daten sind jedoch längst noch nicht vollständig von den Projekten überprüft und aktualisiert worden. Deshalb gilt es in einem nächsten Schritt, möglichst alle Projekte dazu zu bewegen, dies zu tun. Darüber hinaus sollen weitere, bisher nicht registrierte Projekte für die Datenbank gewonnen werden.

Da es sich um eine komplexe Datenbankstruktur handelt, die stetig weiterentwickelt werden muss, ist das Team auf der Suche nach Fachleuten mit sehr spezifischen technischen Kompetenzen – mit oder ohne Fluchterfahrung. Bisher haben sie jedoch noch keine ehrenamtlichen Entwickler_innen, weder geflüchtete noch einheimische, gefunden, die das Projekt langfristig und zu-

verlässig begleiten können. Denn die ehrenamtliche Arbeit wird zusätzlich zur Erwerbsarbeit geleistet und ist daher oftmals nur in begrenztem Umfang möglich. Den großen Ambitionen der beiden Projekte stehen somit derzeit begrenzte personelle Kapazitäten und fehlende finanzielle Ressourcen gegenüber. Mit einer Finanzierung könnten nicht nur Fachpersonal beauftragt werden, sondern auch einige der zahlreichen Zukunftsideen umgesetzt werden, die *metacollect* und das *Social Collective Berlin* erarbeitet haben. Beispielsweise könnten mehr Videos für die eigene Kommunikations- und Aufklärungskampagne *Zu Besuch bei…* erstellt werden. In 3-minütigen Videoporträts, zu finden auf der Website des *Social Collective Berlin*, werden unterschiedliche Projekte vorgestellt. Eine andere Idee ist, das Konzept von *metacollect* wieder in Universitäts-Seminare zu bringen und es dort weiterzuentwickeln.

Ein weiteres Anliegen der Initiative ist es, innerhalb der Projektlandschaft eine gemeinsame Sprache und einen kollegialen Umgang zu fördern. Viele Akteur_innen aus verschiedenen Bereichen kommen zusammen. Alle sollten auf Augenhöhe kooperieren und keinen Konkurrenzkampf, etwa um Projekt- oder Fördergelder, austragen. Deshalb wünschen sich *metacollect* und das *Social Collective* auch, dass die Frage der Finanzierung transparenter gehandhabt wird.

Stimmen der Geflüchteten

Stimmen der Geflüchteten ist ein partizipatives Rundfunkprojekt des Berliner Kiez-Radiosenders *Kiez.FM*, bei dem junge unbegleitete Geflüchtete über Workshops lernen, Podcasts zu produzieren. Die Teilnehmenden haben dabei die Möglichkeit, sich gegenseitig zu interviewen, ihre Geschichten zu erzählen und die erstellten Podcasts über soziale Medien zu teilen.

Ort: Berlin
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 4 Hauptamtliche
Finanzierung: *Kreuzberger Kinderstiftung, Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Bundestagsfraktion der Linkspartei*
Website: http://kiezfm.podcaster.de/impressum, www.kiez.fm

Inga Schröder

Das partizipative und lokale Medienprojekt *Kiez.FM e.V.* startete 2006 als Radiostation der Berliner Kieze. Mit Sitz im *Pangea-Haus*, einem interkulturellen Begegnungszentrum in Berlin-Wilmersdorf, hat *Kiez.FM* das Ziel, Strukturen für partizipativen Journalismus zu schaffen. Anders als beim kommerziellen Journalismus, der von Effizienz und Schnelligkeit geprägt ist, sollen hier differenzierte und persönliche Beiträge von den Kiezbewohner_innen selbst gestaltet werden. Für das Projekt *Stimmen der Geflüchteten* können die Initiator_innen auf Erfahrungen zurückgreifen, die *Kiez.FM* seit 2014 bei einem ähnlichen Projekt in der Düttmann-Siedlung in Berlin-Kreuzberg gemacht hat. Bei der sogenannten *Dütti-Doku* erzählten Bewohner_innen des ehemaligen Problemviertels selbst von ihrem Alltag, anstatt von Journalist_innen interviewt und analysiert zu werden. Dabei wurde die Erfahrung gemacht, dass die Bewohner_innen freier und offener sprechen, wenn die Gespräche untereinander geführt und aufgezeichnet werden.

Dieser Ansatz wird nun auf junge unbegleitete Geflüchtete übertragen. Obwohl das Projekt theoretisch für alle Interessierten geöffnet werden könnte, werde vorerst nur diese Zielgruppe angesprochen, berichtet der Koordinator des Projekts Adrian Garcia-Landa. Junge Menschen, die fern von ihren Familien leben und oft aufgrund von Kriegen Angst um sie haben, seien in einer besonders sensiblen Lebensphase; die Möglichkeit, sich auszudrücken und das Produkt sogar noch online mit der Familie teilen zu können, kann hier sehr wertvoll sein. Indem sie lernen, selbst Podcasts zu produzieren, bekommen sie in einem lehrreichen und selbstbestimmten Prozess ein Instrument in die Hand, um ihre Perspektiven und Eindrücke zu vermitteln. Das Besondere

an Podcasts ist, dass sie mit relativ geringem Lernaufwand und kostenlosen Programmen produziert werden können, keine festen Formatvorgaben haben und über soziale Medien leicht teilbar sind. Als Weiterentwicklung des Radios, die zusätzlich die Möglichkeiten des Internets nutzt, erlebt diese Technologie gegenwärtig mit der Verbreitung von Smartphones einen großen Aufschwung. Dies knüpft an die Medienkompetenz vieler Geflüchteten an, für die das Smartphone ein essenzielles Werkzeug für den Kontakt zur Heimat und die Beschaffung von Informationen ist.

Pro Workshop können 15 bis 20 Jugendliche teilnehmen, die einem interdisziplinären Team aus vier Mitarbeiter_innen gegenüberstehen. Adrian Garcia-Landa, Vorstand von *Kiez.FM*, die Linguistin Kristina Peuschel, die syrische Übersetzerin und Architekturstudentin Solara Shiha und die Sprachpädagogin Deniz Julia Güngor leiten die Workshops an. Das Projekt ist so konzipiert, dass die Teilnehmer_innen an drei Terminen innerhalb von drei Wochen mit der Podcast-Technologie vertraut gemacht werden. Inhaltlich ist das Programm dabei in vier Einheiten gegliedert. In der ersten findet eine theoretische Hinführung zu Medien im Allgemeinen statt; dabei werden die Funktionsweise verschiedener Medien, die Bedeutung von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien sowie die neuen Möglichkeiten des Internets besprochen. In der zweiten Einheit werden über praktische Übungen die für einen Podcast relevanten Sendeformate, Interviewtechniken und Produktionstechniken vermittelt. Die dritte Einheit behandelt die Frage, wie ein fertiger Podcast online gestellt und auf verschiedenen Kanälen verfügbar gemacht werden kann.

Für das gesamte Projekt spielt das Erlernen und Anwenden von Sprache eine zentrale Rolle, weshalb die abschließende vierte Einheit die Teilnehmer_innen über Sprachangebote, sowohl online als auch offline, informiert. Doch schon während des Projekts befassen sich die Geflüchteten mit der deutschen Sprache. Das Ziel ist, einen zweisprachigen Podcast zu erstellen, in dem der Bericht zuerst in der Herkunftssprache gesprochen und danach auf Deutsch zusammengefasst wird. Um im zweiten Schritt alles korrekt zu formulieren, suchten die Jugendlichen fieberhaft nach der richtigen Schreibweise und Aussprache, berichtet Garcia-Landa aus einem der Workshops. Ein zentrales Element des Spracherwerbs, nämlich das Formulieren, geschehe so als Teil eines spannenden Prozesses und vermittle gleichzeitig Selbstvertrauen im Gebrauch der neuen Sprache. Darüber hinaus werden die Jugendlichen durch das Projekt in die Lage versetzt, das Smartphone nicht nur als bloßes Werkzeug des Konsumierens zu begreifen, sondern es gezielt für die Umsetzung eigener Ideen zu nutzen.

Über den Kontakt zu der Bundestagsabgeordneten Azize Tank konnte eine finanzielle Unterstützung durch die Linksfraktion erreicht werden. Die Workshops werden in Tanks Büro in Berlin-Wilmersdorf sowie im *Kiez.FM*-Studio und den Unterkünften der Jugendlichen durchgeführt. Mittlerweile hat der

Workshop auch schon in drei Willkommensklassen einer Berliner Schule stattgefunden, finanziert vom Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Aufgrund der erfolgreich durchgeführten Workshops entstanden im Spätsommer 2016 zwei langfristig finanzierte Projekte, unterstützt von der *Kreuzberger Kinderstiftung* und vom Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Mithilfe einer Kooperation mit dem *JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis* und der Linguistin Kristina Peuschel soll langfristig die Nutzung von Podcasts für den Spracherwerb untersucht werden. Was die Finanzierung und Vernetzung betrifft, so wünscht sich Garcia-Landa zukünftig ein Forum, in dem ohne Konkurrenzdenken ein Austausch über Projektanträge, Fördermittel, Fundraising und andere Themen geschehen kann.

Es ist geplant, das Projekt auch für andere Zielgruppen zu öffnen. Gerade für diejenigen Geflüchteten, deren Alltag von gesellschaftlicher Isolation und rechtlichen Schwierigkeiten geprägt ist, könnte es neue Impulse und Handlungsmöglichkeiten bieten. Es verbindet die Gelegenheit, die eigene Stimme zu erheben, mit einem zwanglosen Angebot, kreativ zu sein, Deutsch zu lernen und gesellschaftlich teilzuhaben.

RefugeesWork

Mithilfe des Online-Tools werden Geflüchtete dabei unterstützt, selbstständige Arbeit zu finden. Das Projekt wächst kontinuierlich und hat für seine weitere Zukunft große Pläne.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 2 Initiator_innen und 6 Unterstützer_innen
Finanzierung: keine
Website: www.refugeeswork.com

Inga Schröder

RefugeesWork ist eine Web-Applikation, die neu ankommende Menschen mit Fluchterfahrung dabei unterstützt, als Selbstständige Arbeit im digitalen Bereich zu finden. Sie gibt ihnen Informationen und Fähigkeiten für den Weg in die Selbstständigkeit und vermittelt ihnen geeignete Mentor_innen. Darüber hinaus handelt es sich bei *RefugeesWork* um eine Plattform, die alters- und geschlechterübergreifend Menschen mit unterschiedlichen persönlichen Hintergründen und Berufserfahrungen in einer offenen kollaborativen Lernumgebung miteinander vernetzt.

Für Nina Breznik, die Initiatorin des Projektes, bildete die Geschichte eines Freundes, der aus Syrien fliehen musste und sich dann in einem kleinen Dorf nahe Osnabrück wiederfand, den Ausgangspunkt des Projektes. Ohne Internetzugang und ohne Informationen in Bezug auf Zugang zu Arbeit oder über die Rechtslage hatte er keine Möglichkeit, seine professionellen Kenntnisse im Bereich Digitales Design anzuwenden. Aufgrund ihres Wissens über sogenannte *digital tools* und ihrer Kenntnisse des Programmierens fragte sich Nina Breznik: »Wie kann ich meine Fähigkeiten gezielt einsetzen? Wie kann ich Neuankömmlinge so unterstützen, dass diese ihre Selbstbestimmtheit bewahren und ausbauen können?« Gemeinsam mit Alexander Praetorius, der sie bei der Entwicklung der Idee, dem Programmieren und dem Aufbau von Netzwerken von Beginn an unterstützte, wurde ein erstes Pilotprojekt durchgeführt, nämlich das Angebot für Geflüchtete, im Coworking-Space einer freien Programmiergruppe, den *CodingAmigos*, vorbeizuschauen, sich dort kennenzulernen und sich auszutauschen.

Aus dem Projekt entstand der Prototyp einer Web-Applikation, nämlich die Vernetzungs-Plattform *RefugeesWork*. Auf ihr können sich Interessierte über gemeinsame Interessen und Aufgaben in den Bereichen Freiwilligenarbeit, selbstständige Arbeit, Bildung, Kollaboration, Co-Founding und Unternehmensgründung austauschen. Aktuell nutzen mehr als 400 Menschen die

Plattform. Mit den assoziierten Profilen in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter werden über 2600 Benutzer_innen erreicht. In Zukunft wird der Fokus verstärkt auf der Ermöglichung selbstständiger Arbeit im digitalen Bereich liegen, welche für Menschen mit einem anerkannten Aufenthaltsstatus oder subsidiärem Schutz als Status möglich ist. Die ursprüngliche Vernetzungs-Plattform wird jedoch weiterhin aufrechterhalten, damit jene, die noch keine Möglichkeit haben zu arbeiten, nicht ausgeschlossen werden: »Some newcomers are skilled programmers and web designers or they currently learn together with a team of professional mentors. Let's not keep them waiting and help by offering them freelance opportunities. Work is the best pathway to connect newcomers with locals. We grow through the things we make together«, beschreibt die Homepage den grundlegenden Gedanken.

Der Fokus auf Selbstständigkeit wurde in Gesprächen mit Neuankömmlingen, gezielten Recherchen und langjähriger eigener Erfahrung mit selbstständiger Arbeit entwickelt. Selbstständigkeit stellt eine gute Möglichkeit dar, schneller und einfacher mit Firmen, Organisationen und weiteren Institutionen in Kontakt zu treten. Auch eine Arbeitsaufnahme kann oftmals rascher erfolgen. Die Plattform bietet den Neuankommenden die Möglichkeit, ihre Expertise anzubieten. Sie können selbst über Jobangebote entscheiden und sind dabei nicht zwangsläufig auf lokale Firmen angewiesen. Denn digitale Arbeit kann oftmals von überall, also auch von zu Hause aus, erledigt werden. Geflüchtete können sich außerdem als Freelancer_innen auch gegenseitig bezahlte Arbeit weitervermitteln.

Die Web-Applikation bietet auf der Startseite zwei Buttons an: »I want to hire!« und »I want to work!« Über diese Buttons kommt man zu Informationen darüber, wie man als Neuankömmling eine selbstständige Arbeit finden oder aber als Organisation, Firma oder anderer potenzieller Arbeitgeber mit Suchenden in Kontakt treten kann. Zusätzlich ist geplant, Kontakte mit Mentor_innen herzustellen, die ihnen bei ihrem Weg in eine selbstständige Tätigkeit auch in Bezug auf Antragsprozesse, Steuererklärung und ihre rechtliche Situation zur Seite stehen. *RefugeesWork* versteht sich explizit nicht als Vermittlungsagentur, sondern stellt Informationen bereit, mit deren Hilfe sich die Neuankömmlinge dann weiter informieren oder etwa bewerben können. In einem angegliederten Support-Chat können jederzeit Fragen gestellt werden.

Von Beginn an war es wichtig, dass Geflüchtete im Mittelpunkt des Projekts stehen und es mitgestalten. Ihre Wünsche und Ideen flossen und fließen in die Gestaltung der Web-Applikation ein. *RefugeesWork* ist damit ein kollektives Projekt, das gemeinsam geplant und entwickelt wurde. Der Grundsatz, dass niemand zu keinem Zeitpunkt durch zu niedrigen Lohn oder schlechte Arbeitsbedingungen ausgebeutet wird, hat Priorität.

Das gesamte Projekt ist allein durch das Engagement aller Mithelfer_innen, ohne finanzielle Mittel oder anderweitige Förderung, neben ihrer eigent-

lichen Erwerbsarbeit aufgebaut worden. Auch weiterhin wird alles in kooperativer Eigenregie organisiert. Doch mittlerweile ist das Projekt aufgrund des umfangreichen Arbeitsaufwands darauf angewiesen, finanzielle Mittel und weitere Unterstützer_innen zu finden. Trotz aller zu bewältigenden Herausforderungen schreitet *RefugeesWork* stetig mit neuen Ideen voran; nicht zuletzt mit vielen weiteren Kooperationen, die das Ziel haben, Neuankömmlinge zu befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Seit Oktober 2016 ist *refugeeswork.com* um die Online-Schule für Programmierung *wizardamigos.com* erweitert worden. Diese hat den Zweck, allen Interessierten mit hoher Motivation und Selbstdisziplin unabhängig von ihren jeweiligen Computervorkenntnissen gezielt und innerhalb weniger Monate das Erstellen von komplexen Webseiten und mobilen Apps beizubringen und sie auf die Arbeit als Selbstständige vorzubereiten. Die Online-Programmierschule folgt den gleichen Prinzipien wie *RefugeesWork* und ist ebenfalls ohne jegliches Budget entstanden. Sie bietet je nach Möglichkeit regelmäßig Programmier-Workshops an, um Anfänger_innen in die Online-Schule einzuweisen. So können sie im Anschluss selbstbestimmt und mit Hilfe des professionellen Support-Chats weiterlernen.

Freizeitprojekte im Bereich Kunst, Kultur und Sport

Die Förderung der Teilhabe an Kunst, Kultur und Sport und der Zugang zu kulturellen Aktivitäten sind für das Gelingen von gesellschaftlichen Integrations- und Inklusionsprozessen von wesentlicher Bedeutung. Nicht nur im Hinblick auf Geflüchtete wird dies allzu oft unterschätzt. Zugängliche kulturelle Aktivitäten können außerdem zur Verminderung von sozialer Ausgrenzung und Armut beitragen. Kunst und Kultur ermöglichen es, mit Mitmenschen in Kontakt zu treten, sich mit verschiedensten Themen auf oftmals unkonventionelle Weise auseinanderzusetzen und selbst kreativ tätig zu werden. Durch die ihr eigene Sprache schafft die Kunst Möglichkeitsräume und erlaubt auf vielfältige Weise und mitunter ohne Sprachkenntnisse miteinander zu kommunizieren. Sportliche Aktivitäten wiederum setzen positive Energien frei, fördern das Selbstwertgefühl und unterstützen das körperliche und seelische Wohlbefinden. Außerdem hilft Sport dabei, neue Kontakte zu schließen und sich auf Augenhöhe zu begegnen.

Die hier aufgeführten Projekte aus Braunschweig, Bad Wildungen (Hessen), Krumpa (Sachsen-Anhalt), Osnabrück, Potsdam, Freiburg, Dresden und Berlin schaffen Räume für Begegnung zwischen Geflüchteten und Personen ohne Fluchtbezug und legen somit Grundsteine für ein interkulturelles soziales Netzwerk. Die Angebote sind nicht nur in sportlicher und kultureller Hinsicht wertvoll, sie erlauben auch eine kreative, lebendige und persönliche Form des Spracherwerbs. Darüber hinaus tragen sie unterstützend zur Errichtung von Alltags- und Tagesstrukturen bei und bieten ganz unterschiedliche Möglichkeiten, die oftmals traumatischen Erlebnisse der Fluchterfahrung zu verarbeiten.

Hinsichtlich der Akquise von Teilnehmer_innen machten die vorgestellten Projekte die Erfahrung, dass Schlüsselpersonen in Form von Ehrenamtlichen beziehungsweise Sozialarbeiter_innen einen zentralen Anteil bei der erfolgreichen und vertraulichen Vermittlungsarbeit zwischen Geflüchteten und den Projektmitarbeiter_innen haben (z.B. *KulturLoge Dresden, VFL Bad Wildungen*). Die persönliche Ansprache durch bereits bekannte Bezugspersonen stellte sich als besonders ausschlaggebend für die Wahrnehmung von Angeboten heraus. Die eher unverbindliche Flyerwerbung oder Anmeldelisten an Infotafeln wurden daher in der Praxis schnell durch eine persönliche Kontaktaufnahme ersetzt. Als projektübergreifender Lösungsansatz für eine konstante Projektteilnahme Geflüchteter bildete sich darüber hinaus die Orientierung an Selbstbestimmtheit und einem Austausch auf Augenhöhe heraus.

Während Menschen mit Fluchtbezug in Deutschland, etwa im Umgang mit Verwaltungsorganen und Behörden, oftmals in einer passiven Rolle sind, erfahren sie Selbstwirksamkeit und motivierende Energien, wenn sie selbst aktiv werden können. Bei der Mitarbeit im *Interkulturellen Garten* in Braunschweig erfahren sie, dass ihre Projektideen unterstützt werden. Beim Start-Up *zusammenessen.de* oder im Fußballverein wie beim *KSV Lützkendorf* können sie wichtige Rollen einnehmen. *Newcomers*, ein Osnabrücker Filmprojekt, führt historische Migrationsgeschichten der Aufnahmegesellschaft mit heutigen Fluchterfahrungen zusammen und sensibilisiert so für Gemeinsamkeiten, die Zeit und Grenzen überwinden. Der *SVB Babelsberg 03* integriert mit seiner Refugee-Fußballmannschaft *Welcome United 03* Neuangekommene in die Vereinsstruktur und den Ligabetrieb, mit allen Rechten und Pflichten.

All diesen Projekten ist gemein, dass geflüchtete Personen sich als Individuen ernst genommen fühlen und über das Projekt hinaus aktiver Teil der Gesellschaft sein können. Die hohe Fluktuation der Teilnehmenden innerhalb der Projekte und die mit der ungewissen Bleibe- und Zukunftsperspektive verbundenen Unsicherheiten stellen hohe Ansprüche an alle Beteiligten. Weitere übergreifende Herausforderungen sind die Anwerbung von dezentral untergebrachten Geflüchteten und eine stärkere Einbindung von Frauen. Problematisch sind auch die Finanzierungsformate staatlicher Institutionen, die lediglich kurzfristige Materialkosten, nicht aber langfristige Personalkosten subventionieren. Um wertvolle Projekte wie die folgenden jedoch nachhaltig durchzuführen, ist diese Unterstützung unerlässlich.

Fußballverein KSV Lützkendorf

Ein Fußballverein im sachsen-anhaltinischen Braunsbedra-Krumpa zeigt, wie Sport zur Überwindung bestehender Vorurteile beitragen, wertvolle Erfahrungen ermöglichen und Geflüchtete in eine bestehende Gemeinschaft einbinden kann.

Ort: Krumpa
Gründung: aktiv in Flüchtlingshilfe seit 2011
Mitarbeitende: 125 Mitglieder
Finanzierung: Vereinsbeiträge, Spenden, DOSB-Projekt Willkommen im Sport
Website: www.fupa.net/vereine/ksv-luetzkendorf.html

Alexander Peppler

Im Herbst 2011 fiel Marco Brandt, dem Vereinstrainer des *KSV Lützkendorf* in Krumpa, eine Gruppe geflüchteter Männer auf, die neben dem Fußballplatz kickten. Der Trainer lud sie daraufhin ein, beim Mannschaftstraining mitzumachen. Es lag wohl an seiner offenen und vermittelnden Art, dass aus dem Angebot Realität wurde. Über einen Aushang im Flüchtlingsheim und ein Informationstreffen wurden weitere Interessenten gewonnen. So konnten die Männer plötzlich mit Sport ihre Freizeit gestalten, lernten alltagskulturelle Eigenheiten und Sprache kennen und kamen in Kontakt mit Einheimischen. Gerade Letzteres ist in kleinen Ortschaften ohne sonstige Angebote oft nicht leicht.

Die Schwierigkeit der Kontaktaufnahme zwischen Einheimischen und Geflüchteten ist Resultat eines sozialen Klimas, das besonders im ländlichen Raum Ostdeutschlands oft zu finden ist: Es gibt dort nicht viele Migrant_innen, dafür aber eine große Skepsis gegenüber den wenigen, die kommen. Wer sich zu eindeutig solidarisch mit ihnen zeigt, läuft Gefahr, angefeindet zu werden. Vorurteile, die Geflüchtete zum Beispiel mit Kriminalität in Verbindung bringen, müssen deshalb erst abgebaut werden. Die ersten Jahre des *KSV Lützkendorf* mit Geflüchteten im Team waren dementsprechend ein kontinuierlicher Prozess der Gewöhnung und Annäherung. Zu Beginn gab es bei Punktspielen offene Anfeindungen gegnerischer Fans gegenüber den Geflüchteten. Gegnerische Spieler spielten zum Teil mit größtmöglicher Härte und zeigten damit ihre Ablehnung. Das überraschte und verunsicherte viele der Geflüchteten, schweißte die Mannschaft intern aber eher zusammen. Seit der Saison 2014/2015 sind Landesverbände bundesweit dazu aufgerufen, in den einsehbaren Spielberichten auch über Diskriminierung im Rahmen des Fußballspiels Auskunft zu geben. Laut Marco Brandt hat diese Maßnahme zur deutlichen Verbesserung des Umgangs miteinander geführt.

In der Region um Krumpa war der *KSV Lützkendorf* der erste Verein, in dem Geflüchtete mitspielen konnten. Seitdem haben sich viele weitere Vereine geöffnet. Diese Veränderung konnte nur dank der selbstbewussten Initiative des Trainers passieren, der aufgrund seiner anerkannten Position innerhalb der Stadt und des Vereins auch skeptischen Stimmen etwas entgegensetzen konnte. Neben dem individuellen Einsatz Brandts war aber auch der Spielermangel des *KSV Lützkendorf* und anderer Vereine ein Faktor dieser Entwicklung. Mit den neuen Spielern können die Mannschaften ihre Personalprobleme lösen und gleichzeitig sportliche Erfolg erzielen, weil die Neuen oft ein hohes Spielniveau mitbringen. Organisatorische Belange lassen sich bei den Neuzugängen schnell lösen: Dazu zählt etwa die Beantragung der Spielerpässe über den *Deutschen Fußball-Bund* beziehungsweise der Spielerwechselantrag an den Verein im Heimatland oder auch die Beschaffung von Sportkleidung durch Spenden. Der normale Trainingsablauf gibt neuen und älteren Spielern Raum und Zeit, sich kennenzulernen. Anfängliche Zweifel und Ängste waren bei allen Beteiligten durchaus vorhanden, konnten aber durch regelmäßigen Kontakt aufgehoben werden. Die Geflüchteten selbst fühlten sich anfangs vor allem durch die fehlenden Sprachkenntnisse im Training unsicher, doch ihre große Motivation, miteinander Fußball zu spielen, erleichterte den ersten Kontakt. Aus diesem entwickelte sich, auch durch die schlichte Regelmäßigkeit der Trainingseinheiten, schnell ein routiniertes Miteinander.

Der Austausch hat in der Mannschaft einen Lernprozess angestoßen: Die Geflüchteten freuen sich, über Ausflüge, Grillfeste und andere Veranstaltungen am Gemeinschaftsleben in Krumpa teilzuhaben. Die anderen Spieler und deren soziales Umfeld kommen plötzlich in direkten Kontakt mit Menschen, deren persönliche Schicksale und Erzählungen das sonst abstrakte weltpolitische Geschehen in den Nachrichten greifbar machen. »Man merkt schon, dass das einiges mit den Jungs gemacht hat, das erweitert ihren Horizont. Manche, das muss man verstehen, wollen die teils brutalen Geschichten aber auch nicht hören. Auch aus Selbstschutz«, erzählt Marco Brandt über die Reaktionen auf die Neuen aus Syrien, Irak, Mali und anderen Ländern.

Die unsicheren Lebensumstände vieler Geflüchteter wirken sich auch auf das Vereinsleben aus: Bei einem Umzug aus der Erstunterkunft oder einer anderen wichtigen Lebensentscheidung verändert sich oft viel und der Fußball muss eine untergeordnete Rolle einnehmen. Manche haben Krumpa verlassen, weil sie sich mit der sozialen Situation und Perspektivlosigkeit vor Ort nicht wohlfühlten. So passiert es oft, dass die Mannschaft Spieler verliert und neue nachrücken. Viele Geflüchtete halten nach dem Wegzug zwar über Facebook freundschaftlichen Kontakt zum Trainer, aber zum Training können sie nicht mehr kommen. Das ist oft auch dann der Fall, wenn sie zwar noch im Kreis wohnen, sich aber keine regelmäßigen Zugfahrten leisten können. Trotz

der Ungewissheit bei jedem Einzelnen zählen beim *KSV Lützkendorf* fünf Geflüchtete seit mehreren Jahren zum festen Kern der Mannschaft.

Im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts *Willkommen im Sport*, das von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration und vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) finanziell unterstützt und vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) umgesetzt wird, erhält der Verein Fördermittel. Hinsichtlich weiterer Unterstützungsmöglichkeiten wünscht sich Marco Brandt, dass die politisch Verantwortlichen den Sportvereinen die Einbindung Geflüchteter zum Beispiel durch Förderung von Materialien oder bürokratische Vereinfachungen leichter machen. Auch eine Fahrtkostenunterstützung für Geflüchtete wäre ein wichtiger Schritt, um ihnen eine selbstbestimmte und regelmäßige Teilnahme an Trainingseinheiten und Punktspielen zu ermöglichen.

Nachdem sie das sportliche und kulturelle Potenzial der Integration Geflüchteter über den Sport erkannten, folgten vermehrt Vereine der Region dem Beispiel. Wie beim *KSV Lützkendorf* verbindet sich auch bei ihnen das wohlwollende Interesse an den Geflüchteten mit dem Wunsch nach neuen, guten Spielern. Um der Skepsis und den Vorurteilen vieler Einheimischer entgegenzuwirken, so zeigt das Beispiel von Marco Brandt, braucht es eine Person, die gleichzeitig in den lokalen Strukturen verwurzelt und Geflüchteten gegenüber aufgeschlossen ist. Nachhaltig werden sich aber die neuen Spieler nur dann wohlfühlen und die Sportvereine bereichern, wenn fremdenfeindliche Ressentiments auch fernab des Fußballplatzes abgebaut werden.

Newcomers

Mit filmischen Mitteln befasst sich eine Gruppe um den syrischen Regisseur Anis Hamdoun seit 2013 mit dem Thema Flucht. Der neue Film *Newcomers* soll das bisher umfangreichste Projekt werden; er verbindet das Schicksal der aktuellen Newcomer_innen in Deutschland mit dem von Deutschen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre Heimat verlassen und woanders ganz neu anfangen mussten. Der *Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.* unterstützt das Filmprojekt.

Ort: Osnabrück
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 11 Teammitglieder
Finanzierung: Spenden
Website: http://newcomers-film.de

Inga Schröder

Anis Hamdoun, der als Theaterregisseur und Drehbuchautor tätig ist, und seine Frau Zainab Alsawah, Literaturwissenschaftlerin und Schauspielstudentin, sind Ende 2013 in Osnabrück angekommen, als Newcomer, wie sie sich selbst beschreiben. Anis war während der syrischen Revolution gegen das Assad-Regime politisch aktiv und musste vor der Verfolgung durch die syrischen Machthaber fliehen. Über Ägypten gelangten beide nach Deutschland.

Gemeinsam mit ihrem Freund Maan Moussli, einem Filmregisseur, Dokumentarfilmer, Radio-Journalisten und Fotografen, kreierten sie unter dem Titel *Ach so from Osnabrück!* acht kurze Videos für den Sender *os1.tv*, die auch auf *YouTube* zu finden sind. Ausgehend vom Ausdruck *Ach so* wird darin auf humorvolle Weise dargestellt, welche Möglichkeiten und Angebote die Stadt Osnabrück für Neuankommende bereit hält oder was beachtet werden muss, wenn ein Arztbesuch oder eine Wohnungsbesichtigung anstehen. Es sind Hilfestellungen auf Englisch und Arabisch für Menschen, die sich noch nicht gut in Deutschland auskennen. Im Jahr 2015 inszenierte Anis im Rahmen des *Spieltriebe*-Festivals das Stück *The Trip*, in dem er die Situation in Syrien und sein persönliches Schicksal verarbeitete. Das Stück wurde anschließend auf dem *F.I.N.D.*-Festival in der Berliner Schaubühne und in anderen deutschen Städten gezeigt.

Ein weiteres gemeinsames Projekt war die Produktion des Kinospots *Was sind Flüchtlinge?* für den *Caritasverband der Diözese Osnabrück*. Dieser wurde in verschiedenen lokalen Kinos vor dem Hauptfilm gezeigt, um mit seiner Hauptaussage *Sie sind Menschen!* Stigmatisierungen und Ressentiments entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Geflüchteten –

nicht als homogene Gruppe, sondern als Individuen – zu fördern. Der Name des neuen Projekts, *Newcomers*, ist Programm: Entgegen des reduzierenden Flüchtlingsbegriffs soll der Fokus stärker auf das Ankommen gerichtet werden, und deutlich machen, dass die Fluchterfahrung nur einen Teil des Lebens der betreffenden Personen bildet.

Das *Newcomers*-Projekt ist nicht zuletzt Ergebnis einer hervorragenden Vernetzung vor Ort: Bei einem Treffen mit Theatermenschen, Freunden und einer Unterstützergruppe des *Osnabrücker Zentrums für Flüchtlinge Exil e.V.*, das sich in Form von kulturellen sowie Beratungs- und Bildungsangeboten bereits seit 1987 für Geflüchtete und Migrant_innen einsetzt, entstand die Idee, sich nun der Arbeit an einem Film zu widmen, der auch in Kinos, Schulen, Universitäten und bei Filmfesten gezeigt werden kann. Der Film, den die beiden Regisseure in Zusammenarbeit mit der Produktionsleiterin Sara Höweler, Zainab Alsawah, der lokalen Initiative *Exil e.V.* und dem *Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.* produzieren, hat das Format einer Doku-Fiktion, die in Deutschland spielt. Der bereits fertiggestellte Trailer startet mit folgenden Worten:

»Wie es aussieht, muss ich diese Reise noch einmal antreten. Eine Reise, die viele andere vor mir gemacht haben. Hannah Arendt, Thomas Mann, Bertolt Brecht, wir führen alle das gleiche Leben – nur mit anderen Namen, aus anderen Gründen, in einer anderen Zeit. Ich bin Anis. Aber, wer ist Anis? Früher wusste ich, wer ich war. Aber das Leben kann ganz schön hässlich sein. Und dann wirst du in eine Zeit oder an einen Ort verbannt, an dem du dich selbst verlierst. Dieses Leben hat mir mein Land weggenommen, nun bin ich hier in meinem neuen Land. Deutschland. Hier habe ich herausgefunden, dass dies nicht nur meine Geschichte ist. Sie war schon immer da.«

Die Idee ist es, Fluchterfahrungen und -geschichten der Newcomer_innen von gestern und heute miteinander zu verbinden und herauszuarbeiten, welche Parallelen existieren. Artikel, Tagebuchauszüge, Gedichte und Briefe von den »Neuen« der Vergangenheit werden mit den persönlichen Geschichten und Erfahrungen der »Neuen« der Gegenwart zusammengebracht. Der Film zeigt anhand von historischen Personen wie Hannah Arendt oder Albert Einstein, was es für Menschen in der Vergangenheit bedeutete, zu fliehen und zu einem Neubeginn in einem anderen, ihnen häufig unbekannten Land gezwungen zu sein. Im Mittelpunkt sollen jedoch die Neuangekommenen stehen. Über die Parallelisierung möchte das Filmteam die deutsche Gesellschaft für ihr Schicksal sensibilisieren.

Das Filmteam besteht zurzeit aus etwa 20 Personen. Auf der einen Seite gibt es die Unterstützergruppe, die sich um die Finanzierung und das Organisatorische kümmert. Auf der anderen Seite stehen Anis und Maan, die das Drehbuch schreiben und sich auf die künstlerische Gestaltung konzentrieren.

Mit einem Auto und dem nötigen Equipment möchten sie durch ganz Deutschland fahren, Geschichten von Neuankommenden aufspüren und einen kunstvollen, hochwertigen Film herstellen. *Newcomers* soll über das *Four and a Half Production Team* produziert werden. Da mittlerweile von unterschiedlichsten Seiten genügend Gelder zur Deckung der Reisekosten, der Kamera und der dazugehörigen Objektive gesammelt werden konnten, ist der Start der Dreharbeiten für Anfang 2017 geplant. Ende 2016 wurden Interviewpartner_innen und Drehorte gesucht. Nach der Fertigstellung soll der Film in möglichst vielen deutschen Städten gezeigt werden und kostenlos an Schulen verteilt werden.

Sportverein VFL Bad Wildungen

In Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiter_innen öffnet sich ein Sportverein und erfindet sich neu.

Ort: Bad Wildungen
Gründung: 1862, aktiv in der Flüchtlingshilfe seit 2014
Mitarbeitende: 850 ehrenamtliche Mitglieder
Finanzierung: Mitgliedsbeiträge, Spenden, Fördermittel, Preisgelder
Website: www.vfl-badwildungen.de

Alexander Peppler

Der Sportverein der nordhessischen Kurstadt Bad Wildungen, die circa 17.000 Einwohner_innen hat, besitzt eine Tradition der Integrationsarbeit, die auf die Zuwanderung im Zuge der Balkankriege zurückgeht. Besonders wichtig ist die aktive und selbstverständliche Art des Vereins, auf die Geflüchteten zuzugehen und ihre Interessen in die Arbeit einzubeziehen. Der Fall zeigt einerseits das große Potenzial von bereits bestehenden Vereinsstrukturen, und andererseits den Gewinn, der sich durch Flexibilität und Offenheit für alle ergibt.

Wie entsteht ein Kontakt zwischen einem Verein und interessierten Neuankömmlingen, von dem beide Seiten stark profitieren können? Für Vereinsgeschäftsführer Wolfgang Ochs sind die ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiter_innen der Flüchtlingshilfe VIA Bad Wildungen e.V. sowie Sprach- und Sozialpat_innen »der Kern der Sache, ohne sie geht gar nichts. Sie lernen die Geflüchteten kennen, helfen ihnen und stellen Kontakt her.« Sie haben bereits durch Sprachunterricht oder andere Unterstützungsarbeit im Bereich Alltag, Arbeit oder Bildung eine vertraute Beziehung zu den Geflüchteten. Wenn sie eine kostenlose Vereinsmitgliedschaft empfehlen, wird dies deutlich öfter angenommen, als es bei anderen Ansprachen der Fall ist.

Als die ersten Geflüchteten sich für Kurse im Sportverein interessierten, schlossen sie sich den bereits bestehenden Kursen an. Nach ersten Erfahrungen und Rückmeldungen wurde das Angebot von 14 Sportarten zusätzlich erweitert und modifiziert. Freizeitfußball ergänzte so etwa das leistungsorientierte Mannschaftstraining. Der Schwimmunterricht, anfangs ausschließlich für junge Geflüchtete, wurde wiederum auf einheimische Kinder ausgeweitet. Besonders kleinere Trainingsgruppen freuten sich über den Zuwachs an Teilnehmer_innen. Dabei führen die vielen Kontakte des *VFL* dazu, dass die Angebote auch weit über Bad Wildungen hinaus angenommen werden. So stoßen auch Migrant_innen, die zum Teil Herkunft und Sprache mit Geflüchteten teilen, aus einem 30 Kilometer entfernten Korbacher Sportverein zu den Kur-

sen hinzu. Der Sportverein ist damit ein Ort, an dem sich Geflüchtete und Migrant_innen über ihre Erfahrungen in Deutschland und ihren Heimatländern austauschen können. Nicht zuletzt die verschiedenen sozialen Anknüpfungspunkte im Sportverein können den Geflüchteten helfen, sich in der neuen Umgebung wohl zu fühlen.

Anfängliche Bedenken in organisatorischen Belangen bestätigten sich größtenteils nicht. Zunächst groß erscheinende Hindernisse in Bezug auf Finanzierung, Betreuung von Kindern oder Bekleidungsfragen konnten mit Flexibilität und Spontaneität überwunden werden. Unterstützt wird der Verein dabei nicht nur von den vielen Ehrenamtlichen, sondern auch von breiten Teilen der Stadtbevölkerung, etwa im Rahmen von Spendenaufrufen. Geschäftsführer Wolfgang Ochs sagt zu anfänglichen Zweifeln: »Wenn man so ein Projekt angeht, ist ja die Liste an Problemen, die einem da einfallen, unendlich lang. Im Endeffekt hat sich das alles aber nicht bestätigt.«

Die Beteiligung der Geflüchteten lässt den Verein neue Wege gehen. Der Verein wird für seine offene und flexible Art durch einen großen Zuwachs an Mitgliedern und Angeboten belohnt. Neu entstandene Kooperationen mit weiteren Projekten, zum Beispiel *Streetbolzer* in Kassel, *International* Korbach und zusätzliche Sportkurse motivierter Trainer_innen bieten alten genauso wie neuen Mitgliedern neue Perspektiven. Geflüchtete mit Deutsch- oder Englischkenntnissen bringen sich als Übersetzer_innen im Sport und im Alltag sein. Einige sportliche Geflüchtete, in Einzelfällen auch ausgebildete Sportler_innen oder Sportlehrer_innen, assistieren den Trainer_innen. Als Paradebeispiel für das neue Leben in den alten Strukturen gilt die zuvor kleine Gruppe *Fitness & Boxen*. Mittlerweile gibt es in dieser um die 50 Teilnehmer_innen verschiedenster Nationalitäten und Altersklassen. In anderen Fällen hat sich die Atmosphäre deutlich verändert, betont Wolfgang Ochs:

> »Die Gymnastikgruppe hat mir erzählt, dass es selten so lustig zugegangen ist. Die Mentalität, die Freude, das spontane Lachen, wenn mal was nicht so geklappt hat, und auch der Umgang damit. Das ist uns ja nicht immer so gegeben. Jedoch sind auch manche Ältere etwas überfordert von der neuen Dynamik.«

Im Sportverein werden allgemeine Herausforderungen und Lösungsansätze interkultureller Prozesse sichtbar. Zu nennen ist hier beispielsweise das Spannungsverhältnis zwischen einer Erwartungshaltung an Verbindlichkeit und Pünktlichkeit vonseiten der Trainer_innen einerseits und der oft situationsbedingten, unregelmäßigen Teilnahme mancher Geflüchteter andererseits. Diese Situation erfordert bisweilen viel Geduld, Nachsicht und Lernbereitschaft von allen Beteiligten.

In Zukunft soll das Netzwerk an ehrenamtlichen Trainer_innen, Mitgliedern und kooperierenden Ortsteilen beziehungsweise Städten weiter wachsen

und langfristig stabil bleiben. Die Finanzierung ist durch Wettbewerbsteilnahmen, Förderungsmittel und Sponsoren gesichert. Schon längst geht die Integrationsarbeit in Bad Wildungen weit über den Sportverein hinaus. So gründete sich im Frühjahr 2016 der Verein *VIA Flüchtlingshilfe Bad Wildungen,* in dem sich der Sportverein maßgeblich einbringt. Es waren letztendlich die Offenheit, Flexibilität und Motivation des *VFL Bad Wildungen*, mit denen die Geflüchtetenhilfe in der Stadt angestoßen wurde.

Bund und Länder entwickeln währenddessen ein Pilotprogramm bis 2018, bei dem ein Sportcoach alle Beteiligten der Flüchtlings- und Freizeitarbeit vor Ort vernetzen soll. Die wertvollen Erkenntnisse des *VFL* um Wolfgang Ochs haben dabei den Prozess deutlich beschleunigt, finanziell entlastet und inhaltlich bereichert. Politische Entscheidungsträger können, mit mehr Bereitschaft, viel von der Praxis solch erfolgreicher Projekte lernen.

Interkultureller Garten Braunschweig e.V.

Über gemeinsames Gärtnern erleben Geflüchtete Familiengefühl und Hilfe zur Selbsthilfe.

Ort: Braunschweig
Gründung: 2007
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: Stadt Braunschweig, Spenden
Website: www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/interkultureller_garten.html

Alexander Peppler

Als »anti-posttraumatische Garten-Klinik« beschreibt Jimmy Nestor, Geflüchteter aus Haiti und Teammitglied der ersten Stunde, den *Interkulturellen Garten*. In einem familiären Umfeld können Geflüchtete gärtnern, entspannen, miteinander reden, kochen oder an Veranstaltungen teilnehmen. Bei Bedarf steht ihnen das professionelle Beratungsangebot der Projektkoordinatorin Martina Krüger, Diplom-Pädagogin mit dem Schwerpunkt Gesundheits- und Integrationsförderung für Flüchtlinge, zur Verfügung. Dieses Angebot ist für Neuankömmlinge durch bürokratische Barrieren ansonsten selten schnell genug zugänglich. Auch Teammitglieder mit Migrationshintergrund dienen als Ansprechpartner_innen und Brückenbauer für Neuankömmlinge vor Ort. Der Garten bietet einen geschützten Raum für interkulturelle Begegnungen: Wenn Geflüchtete aus Syrien und Kenia zusammen gärtnern und das Geerntete zubereiten, entsteht sowohl das Gefühl von Zusammengehörigkeit als auch die Besinnung auf die eigene kulturelle Heimat und führt damit zum Austausch. Die Pflege und Nutzung des Gartens bildet dabei für jede_n Einzelne_n einen gemeinsamen Bezugspunkt und eine stabilisierende Kraftquelle, die auch für Freund_innen der Nutzer_innen offen steht. Die Bewirtschaftung des *Interkulturellen Gartens* kann so insgesamt als sozialtherapeutischer Arbeitsansatz angesehen werden.

Um die Teilhabe von Flüchtlingen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Braunschweig und ihr gesellschaftspolitisches Engagement zu stärken, werden unterschiedliche Angebote gemacht. Immer wieder werden kostenlose Ausflüge und gesellschaftspolitische Seminare angeboten, die Selbsthilfe und Eigenständigkeit fördern. So gab es etwa einen Ausflug zur Polizeistation, bei der Berührungsängste auf beiden Seiten abgebaut wurden, oder auch praxisbezogene Seminare zu Themen wie deutsche Verwaltung,

Kräuterkunde, das deutsche Gesundheitssystem oder persönliche Gesundheitsfragen (z.B. Verhütung für Männer).

Eine besondere Stärke des Projekts ist die Einbindung ehemals Geflüchteter und Migrant_innen als Teamer_innen. Jeden Tag zu den feststehenden Öffnungszeiten sind mindestens zwei Teamer_innen als konstante Ansprechpartner_innen für die Geflüchteten vor Ort. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen können sie die Herausforderungen von Neuankömmlingen nachvollziehen und wissen um die benötigte Hilfe. Persönliche Gespräche, Übersetzungen und die Vermittlung an Beratungsstellen gehören für die Honorarkräfte als Ansprechpartner_innen zur täglichen Arbeit. Derzeit wird das Projekt hauptsächlich von Männern angenommen, wohl, weil Frauen über die Kinderbetreuung bereits mehr Ein- und Anbindung haben.

Im Laufe von zwei Projektphasen wurde ein Modellprojekt durch das Büro für Migrationsfragen der Stadt entwickelt, das so überzeugend war, dass es ab 2012 zu einer dauerhaften Förderung durch die Stadt führte. Dabei war von Anfang an die beidseitige Integration durch eine Anbindung an den *Kleingärtnerverein Heideland e.V.* ein zentraler Aspekt der Idee. Finanziert werden seitdem die Honorarverträge des Teams, die freiberufliche Tätigkeit Martina Krügers und die laufenden Unterhaltskosten. Neben der flexiblen Projektfinanzierung des 2013 gegründeten *Fördervereins ROOTS e.V.* sowie des *Landesverbandes Braunschweig der Gartenfreunde e.V.* ist diese konstante städtische Finanzierung entscheidend für die nachhaltige Arbeit des Projekts und ein außergewöhnliches Beispiel effektiver Verwaltungskooperation.

Wichtig bleibt die Einwerbung von Spendengeldern, um die verschiedenen Angebote zu ermöglichen. Zum Beispiel waren viele Geflüchtete noch nie an der Nord- oder Ostsee, eine Reise, die ihnen der Verein gerne ermöglichen würde.

Vier Grundsätze bestimmen die Partizipation aller Beteiligten im Alltag: Gegenseitiger Respekt (unabhängig von Religion, Hautfarbe, Ethnie, Nationalität, Geschlecht), kein Alkohol und keine Drogen innerhalb des Gartens (außer zum Sommerfest, dort wird Alkohol ausgeschenkt), Deutsch als einzige Sprache während des gemeinsamen Essens, und der Gedanke, dass sich jede_r so viel einbringt (kochen, abwaschen, relaxen, im Garten mitarbeiten), wie er_sie möchte. Die Geflüchteten werden so durch Aktivitäten, Begegnung und Beratung gemäß des bio-psycho-sozialen Modells ganzheitlich in allen Lebenslagen unterstützt.

Für eine Übertragbarkeit des Projekts ist laut des Vorsitzenden des *Landesverbands für Gartenfreunde,* Manfred Weiss, vor allem eines wichtig: »Damit so ein Projekt wie der *Interkulturelle Garten* läuft, muss man es zur Chefsache machen.« Das Projekt lebt von Martina Krüger und hat den Rückhalt der Stadt. Eingebunden in das städtische Büro für Migrationsfragen, ist sie die persönliche Anlauf- und Beratungsstelle für die Geflüchteten. Ihre Vernetzung inner-

halb der Stadt erlaubt ihr, Leute zu akquirieren, die den Geflüchteten vieles erklären: Ärzte, Feuerwehr, Verwaltung. Inzwischen ist der Garten über die Region hinaus bekannt und nicht nur bei den Geflüchteten beliebt. Das Projekt ist glücklicherweise langfristig von der Stadt Braunschweig finanziell gesichert. Durch neue Angebotsideen soll das Projekt weiterhin für neue und alte Mitglieder offen sein und sich weiterentwickeln. Martina Krüger erzählt:

»In der sozialen Arbeit ist es eigentlich so, dass man sich überflüssig machen sollte. Das ist das Ziel, dass wir nicht mehr gebraucht werden. Ich freue mich sehr, wenn ich einen Geflüchteten sehe, der hier selbstständig sein Leben mit Haus und Familie aufbaut. Falls er aber doch mal Hilfe braucht, sind wir weiterhin da, genauso wie für alle Neuankömmlinge.«

KulturLoge Dresden

Ein Netzwerk von Veranstaltern, Ehrenamtlichen und Koordinator_innen bietet Geflüchteten Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt.

Ort: Dresden
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 1 Hauptamtliche & Ehrenamtliche
Finanzierung: Stadt Dresden, Förderverein
Website: http://kulturloge-dresden.de/cms/kulturloge-dresden/pilotprojekt.html

Alexander Peppler

Die Idee der *KulturLoge*, eine kostenlose Teilnahme an Kultur- und Sportveranstaltungen für Menschen mit geringem Einkommen zu ermöglichen, ist in vielen Städten Deutschlands bereits seit Jahren etabliert. Im Sommer 2015 erweiterte ein Pilotprojekt der *KulturLoge Dresden* als bundesweiter Vorreiter das bestehende Angebot auf Geflüchtete. Seitdem besuchten Geflüchtete mit über 1.000 gespendeten Karten Konzerte, Fußballspiele oder Tanzveranstaltungen. Teilhabe an der Gesellschaft heißt vor allem auch Teilhabe am kulturellen Leben. Durch das Pilotprojekt werden Dresdens neue Bewohner_innen im Stadtbild präsent. Nicht zuletzt helfen die durch das Projekt initiierten Begegnungen dabei, bestehende Vorurteile und Barrieren abzubauen.

Gerade in schweren Lebenssituationen kann der Besuch kultureller Veranstaltungen von unermesslichem Wert sein. Über 80 Kultur- und Sportpartner stellen dafür freie Eintrittskarten zur Verfügung, die von der Koordinatorin Christiane Strohbach und acht ehrenamtlichen Helfer_innen vermittelt werden. Neben den Veranstaltungspartnern und der Koordination sind die ehrenamtlichen Sozialpartner_innen die dritte Säule des Projektes. Sie vermitteln als Bindeglied zwischen Anbietern und Gästen. Durch ihre Arbeit in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Willkommensinitiativen stehen sie in direktem Kontakt mit Geflüchteten, werden von der Vermittlung über Angebote informiert und können diese gemeinsam mit Geflüchteten kostenlos wahrnehmen. Der persönliche Kontakt ist entscheidend, um Barrieren zu überwinden, denn »nur Listen aushängen reicht nicht«, so Christiane Strohbach. Oft kommen Termine wie Essensausgaben oder Arztbesuche dazwischen, was von den Ehrenamtlichen Flexibilität verlangt. Strohbach hebt die Verlässlichkeit der Sozialpartner_innen hervor: »Sie sind immer zuverlässig am Treffpunkt der Veranstaltung oder holen bei Bedarf Geflüchtete aus ihren Unterkünften ab. Das ist als Anker sehr wichtig.«

Aus dem gemeinsamen Besuch entsteht oft ein regelmäßigerer Kontakt und interessierter Austausch. So bildete sich beispielsweise eine Gruppe von Geflüchteten und Einheimischen, die regelmäßig Fußballspiele von *Dynamo Dresden* besucht. Die Gruppe ermöglicht einen interkulturellen Lernprozess und erlaubt es zudem, manchen kritischen Blicken und Kommentaren zu trotzen. Besonders wichtig sind auch Angebote für Familien, da vor allem Kinder schnell Deutsch erlernen, etwa durch die Theaterangebote vom *Theater Junge Generation*. »Wir haben in Dresden einen sehr geringen Anteil an Ausländern und Geflüchteten. Für die Menschen hier ist es einfach etwas Ungewöhnliches. Wir wollen diesen neuen Teil der Gesellschaft sichtbarer machen«, so die Koordinatorin des Projekts.

Ein eigens dafür programmiertes Vermittlungssystem dient der reibungslosen Abstimmung von Angeboten und Interessen. Veranstaltungspartner tragen ihre Angebote zunächst in die Datenbank ein. Die Sozialpartner_innen werden dann per Telefon oder Mail kontaktiert. Nachdem mit Geflüchteten Termine vermittelt und bestätigt wurden, erhalten die Kultur- und Sportpartner am Tag der Veranstaltung automatisch eine Liste mit allen angekündigten Gästen, Ehrenamtlichen sowie Geflüchteten.

Motiviert durch die steigenden Zahlen Geflüchteter und die zunehmende Stimmungsmache einheimischer Bewohner_innen dagegen, wurde das Pilotprojekt für Geflüchtete im Juli 2015 ins Leben gerufen. Dabei profitierte es enorm von dem Netzwerk der bereits seit 2012 bestehenden *KulturLoge* und der hohen Zahl ihrer Sport- und Kulturpartner. Als die Idee 2010 in Marburg entstand, gab es bundesweit bereits viele Städte, in denen *KulturLogen* oder ähnliche Projekte präsent waren. Neben ähnlichen Angeboten im Rahmen der *KulturLoge* in Berlin, Ulm oder Marburg ist vor allem Dresden durch seine hohen Zahlen von vermittelten Besuchen ein hervorragendes Beispiel dafür, wie bestehende Strukturen effektiv um ein Angebot für Geflüchtete erweitert werden können.

So musste das Rad nicht neu erfunden werden, sondern lediglich lokal an bereits bestehende Strukturen angepasst werden: Das Vermittlungssystem wurde den Gegebenheiten angeglichen, Sozialpartner_innen wurden eingebunden und das Veranstaltungsangebot wurde an den Interessen und Bedürfnissen der Geflüchteten ausgerichtet, das heißt, dass zusätzliche Tickets in Bereichen ohne vermeintliche Sprachbarrieren erfragt wurden. Finanziert wird das Projekt von der Stadt Dresden, vom *Amt für Kultur- und Denkmalschutz* und vom *Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus*, als Projektträger fungiert der *Förderverein KulturLoge Dresden e.V.*

Bei der Vernetzungsarbeit innerhalb der offenen Kulturszene Dresdens bleibt trotz digitaler Vermittlung der persönliche Kontakt zu Partnern immer noch entscheidend für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Eine Herausforderung ist die Kontaktaufnahme zu dezentral wohnenden Geflüchteten. Um die-

se Zielgruppe erreichen zu können, ist eine gut funktionierende Kooperation mit verantwortlichen Behörden und Ehrenamtlichen besonders wichtig. Wie so viele Geflüchtetenprojekte bundesweit lebt das Pilotprojekt von dem großen Engagement Ehrenamtlicher, deren Kapazitäten dennoch begrenzt sind. Um das langfristige Ziel eines wachsenden, stabilen Netzwerks aufrechtzuerhalten, bedarf es daher nach Aussagen der Projektverantwortlichen insbesondere der finanziellen Unterstützung staatlicher Institutionen im personellen Bereich. »Das Wichtigste, das Projekte wie wir jetzt brauchen, ist eine gute personelle Förderung, mindestens eine halbe Stelle«, erklärt Strohbach als bisherige Honorarkraft. Hauptamtliche als konstante Ansprechpartner_innen und als Entlastung von Ehrenamtlichen sind essenziell für die langfristige Durchführung des Projekts. Mit diesem Appell an die Politik reiht sich die *KulturLoge Dresden* in die große Menge der Kulturprojekte für Geflüchtete ein, die einen erheblichen Beitrag zur gesellschaftlichen Interkulturalität leisten und dafür auf nachhaltige Förderung angewiesen sind.

zusammenessen.de

Die Internetplattform *www.zusammenessen.de* ermöglicht auf unkomplizierte Weise Begegnungen zwischen Geflüchteten und Einheimischen und hilft neuen Bewohner_innen dabei, sich ein soziales Leben in ihrer Stadt aufzubauen.

Ort: Freiburg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 3 Initiatorinnen & Team
Finanzierung: Crowdfunding, Privatspenden, Preisgelder
Website: https://zusammenessen.de

Alexander Peppler

Die Initiierung gemeinsamer Unternehmungen, Ausgangspunkt für interkulturelle Beziehungen und damit Integration, scheint aufgrund von persönlichen Hemmschwellen oder bürokratischen Hindernissen sowohl für Geflüchtete als auch für Einheimische oft problematisch. »Die Leute fänden mich komisch, wenn ich sie auf der Straße nach einem gemeinsamen Essen fragen würde«, erklärt ein Nutzer von *www.zusammenessen.de*. Die im Oktober 2015 in Freiburg gegründete Internetplattform bietet Geflüchteten die Möglichkeit, genau diesen ersten Schritt in die Mitte der Gesellschaft zu gehen. Das entstehende Netzwerk eröffnet ihnen nicht nur praktische Hilfestellungen etwa bei Arbeitssuche, Behördengängen oder Übersetzungen, sondern führt vor allem zu Freund- und Bekanntschaften zwischen den Beteiligten.

Zwei der vielen inspirierenden Beispiele sind die Geschichten von Rama und Ibrahim. Als regelmäßige Teilnehmer_innen an Events haben sie sich innerhalb weniger Monate ein stabiles soziales Netzwerk von Freund_innen und Arbeitskolleg_innen aufgebaut. Ibrahim fand so ein WG-Zimmer und einen Praktikumsplatz, was sehr wichtig für sein weiteres Biochemie-Studium ist. Rama ist mittlerweile selbst Teil des Projektteams. Als Vermittlerin zwischen den Beteiligten hat sie viel zu tun: »Ich habe gar keine Zeit mehr, mich allein zu fühlen.«

Das offene und unbürokratische Prinzip der Plattform bietet den Teilnehmer_innen Autonomie und Flexibilität. Als Gastgeber_in erstellt man nach eigenen Interessen und vor allem nach eigenem Ermessen ein Angebot, zum Beispiel eine Fahrradtour, Musikmachen oder gemeinsames Kochen und Essen. Dies ist vor allem für Einheimische interessant, die sich gesellschaftlich einbringen wollen, aber aus verschiedenen Gründen kein zeitaufwändiges Ehrenamt annehmen können.

Als Gast wiederum wählt man ein Angebot aus und stellt per Nachricht Kontakt her. Die selbstbestimmte Wahlmöglichkeit der Gäste ist hierbei ein zentraler Pluspunkt gegenüber einer zuweisenden Vermittlung Dritter bei ähnlichen Projekten. So entsteht eine gleichberechtigte Beziehung in einem Umfeld, das ansonsten oft von einer Helfer-Bedürftigen-Beziehung geprägt ist. Langfristig erhofft sich das Team, dazu beizutragen, dass sich die klaren Rollenverteilungen zwischen einheimischen Gastgeber_innen und neu angekommenen Gästen auflösen. Für Rama ist es mittlerweile selbstverständlich, selbst Angebote auf der Plattform zu erstellen und Einheimischen bei Übersetzungen zu helfen. Erst durch dieses Zurückgeben, sagt sie, fühle sie sich wirklich als Teil der Gesellschaft.

Eine weitere Besonderheit von *www.zusammenessen.de* im Vergleich zu anderen Vernetzungsprojekten ist die mögliche Bedienung der Plattform auf Arabisch, Farsi und bald Kurdisch, abgesehen von Deutsch, Englisch und Französisch. Das ermöglicht Geflüchteten, sobald wie möglich nach ihrer Ankunft ein soziales Leben aufzubauen und durch den Kontakt mit Einheimischen informell Deutsch zu lernen.

Der Beginn des Projektes war laut den Initiatorinnen Johanna Dangel, Sophie Maier und Leonora Lorena ein »impulsiver Kickstart«. Die alarmierende Ausnahmesituation im Herbst 2015 motivierte sie, einen schnellen und leichten Weg zu finden, Geflüchteten ihren Neustart durch Vernetzung mit Einheimischen zu erleichtern. Dazu wurde die Homepage zügig erstellt, während das wachsende Team bei Begegnungsfesten sowie in Sprachschulen und Unterkünften Kontakt zu Geflüchteten aufnahm. Sowohl die Feste als auch das persönliche Präsentieren der Plattform auf den Smartphones der Geflüchteten sind konstante zentrale Aspekte der Arbeit, denn, so erzählt Sophie Maier, »trotz digitaler Präsenz der Plattform wollen die Leute ein Gesicht dahinter sehen. Nur so entsteht Vertrauen und Verbindlichkeit.«

Das Team stößt jedoch in der Weiterentwicklung und im Ausbau der noch jungen Plattform auf Herausforderungen. Den Initiatorinnen bereitet es hauptsächlich Schwierigkeiten, dass staatliche Förderungen meist keine Personalkosten abdecken. Lediglich einzelne Sachkosten werden finanziert. Die drei stecken viel Zeit und Energie in das Projekt, als gut ausgebildete Fachkräfte finanzieren sie sich allerdings von Nebenjobs auf 450-Euro-Basis. Die anfallenden Ausgaben für das Projekt werden durch Crowdfunding, Preisgelder oder Mikrospenden von Privatpersonen finanziert.

Eine mittlerweile gelöste Herausforderung war der rechtliche Umgang mit der Nutzung von privaten Bildern auf der Homepage. Das visuelle Gästebuch der Plattform ist ein zentrales Medium. Fotos von gemeinsamen Unternehmungen, etwa von Geflüchteten und Einheimischen im Park musizierend oder bei einer Fahrradtour, sollen zeigen, wie eine offene und multikulturelle Gesellschaft aussehen kann. Bevor Teilnehmer_innen nun ihren Gästebuch-

eintrag auf der Seite veröffentlichen, stimmen sie zu, dass das Bild auf *www.zusammenessen.de* und dem Facebook-Account veröffentlicht wird sowie für wissenschaftliche Arbeit genutzt werden kann.

Eine große Herausforderung ist auch die geringe Teilnahme von weiblichen Geflüchteten. Bis auf wenige Ausnahmen wie Rama, die ohne Familie nach Deutschland kam, nutzen Frauen die Plattform nicht. Das Team ist sich der Problematik durchaus bewusst und möchte in Zukunft einen Fokus verstärkt auf die Inklusion von weiblichen Geflüchteten setzen.

Zu den langfristigen Zielen gehören die Professionalisierung und die Erweiterung des Netzwerks über Freiburg hinaus. Konkret geht es um die Einbindung weiterer Privatpersonen und lokaler Institutionen, etwa von Sportvereinen. Um ein beständiges Angebot zu ermöglichen, sollen regelmäßig Veranstaltungen organisiert werden. Um die erwähnten Ziele zu erreichen, lässt sich das Team professionell beraten.

Perspektivisch soll die Projektidee auf weitere Orte in Deutschland und sogar in anderen Ländern übertragen werden. Dazu muss sich ein motiviertes Team vor Ort zusammenfinden, das in seiner Stadt nach den spezifischen Gegebenheiten potenzielle Gäste und Gastgeber_innen anwirbt und vernetzt. Die Regionalteams bieten oft auch selbst erste Angebote an, um Gästen die vielseitigen Möglichkeiten des Projekts aufzuzeigen. Die Gründer_innen in Freiburg freuen sich über motivierte Mitmacher_innen und unterstützen den Aufbau neuer Projektstrukturen durch Leitlinien, Erfahrungsberichte und Werbeartikel. Die bereits bestehende Plattform wartet also auf weitere Unterstützer_innen, Gastgeber_innen und Gäste an vielen weiteren Orten.

Welcome United 03

Als erster Fußballverein Deutschlands hat *Babelsberg 03* Geflüchtete mit einer eigenen Mannschaft in den regulären Spielbetrieb integriert.

Ort: Potsdam
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 1 Hauptamtlicher, 8 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden, Eigenmittel, Stadt Potsdam & Förderer
Website: http://babelsberg03.de/mannschaften/welcome-united-03/

Sophie Reimers

Im Verein *Babelsberg 03* in Potsdam geht man davon aus, dass Fußball weit über das Spielfeld hinaus Wirkung entfaltet und deshalb auch gesellschaftliche Verantwortung hat. Es ist deshalb kein Zufall, dass gerade hier mit dem Projekt *Welcome United 03* ein Modell für die gleichberechtigte Einbindung von Geflüchteten im Fußball entstanden ist. Die Initiative ging von Manja Thieme aus, die ehrenamtlich für die Flüchtlingshilfe in Potsdam tätig ist und darüber mit dem Wunsch vieler Geflüchteter nach Möglichkeiten zum Fußballspielen konfrontiert wurde. Ihre Anfrage bei *Babelsberg 03* im Mai 2014 stieß auf offene Ohren und führte relativ kurzfristig zur Gründung des Flüchtlings- und Integrationsprojekts *Welcome United 03*, damals noch unter dem Namen *Refugees Welcome Team*. Mittlerweile haben sich an diese Initiative vielfältige Aktionen und weiteres Engagement geknüpft, sie hat sich verbreitet und ist auf großes Interesse gestoßen. Das Projekt zeigt, wie ein Fußballverein seine gesellschaftliche Funktion aktiv als politisch verantwortungsvoller Akteur nutzen und auf vielen Ebenen positive Veränderungen anstoßen kann.

Nach der Wende hat sich bei *Babelsberg 03* eine Vereins- und Fankultur etabliert, die sich aktiv gegen Ausgrenzung und Rassismus stellt. Ein Motto des Vereins lautet: *Fußball verbindet die Welt, immer und überall*. Das Engagement für Geflüchtete selbst hat in den neunziger Jahren begonnen, als viele Neuankömmlinge aus dem Balkan über den Fußball Kontakte, Austausch und Vernetzung fanden. 2002 wurde dann zum ersten Mal das antirassistische Stadionfest *Der Ball ist bunt* veranstaltet – ein offenes Fußballturnier mit einem klaren politischen Bekenntnis. Das Flüchtlingsprojekt entspricht also der langjährig verfolgten Philosophie des Babelsberger Vereins. »Von seinen Grundwerten steht der Verein vor allem gegen Rassismus und gegen Homophobie. Breite gesellschaftliche Strömungen werden hier aufgegriffen. Es ist uns dabei vor allem eine Herzensangelegenheit, das Flüchtlingsteam zu unterstützen«, erklärt Vereinspräsident Archibald Horlitz.

Mit der Entscheidung für ein eigenes Team von Refugees war Mitgliedern, Fans und Vereinsverantwortlichen klar, dass für diese neue Mannschaft dieselben Rechte und Pflichten gelten mussten wie für die etablierten Mannschaften. Die Spieler von *Welcome United 03* sind vollständig in die Vereinsstruktur integriert. Wie alle anderen sind sie gegen Unfälle versichert, bekommen die Ausstattung zur Verfügung gestellt, trainieren unter sportlicher Anleitung; zudem werden bei Bedarf die Fahrtkosten erstattet. Während der Verein die örtliche Infrastruktur zu Verfügung stellt, kommen weitere Mittel von der Stadt Potsdam und den Fans, die mit Sammelaktionen einen Teil der Ausstattung finanzieren. Die Fangemeinschaft *Nordkurve Babelsberg* hat mehrfach bei Heimspielen Spenden gesammelt und ist Trikotsponsor von *Welcome United 03*. Wichtige Unterstützung und Beratung erhält das Projekt auch von der *Sportjugend Brandenburg* und dem Fußball-Landesverband. Als Zuschauer_innen haben Geflüchtete aus ganz Deutschland grundsätzlich freien Eintritt zu allen Regionalliga-Heimspielen der ersten Herrenmannschaft, von öffentlichkeitswirksamen Freikartenaktionen sieht der Verein bewusst ab.

Seit Mai 2015 ist die erste Mannschaft von *Welcome United 03* auch als Team im regulären Spielbetrieb angemeldet und nach der ersten Saison in die 1. Kreisklasse B aufgestiegen. Die Mannschaft wird von Sven George und dem Co-Trainer Ejike Nahuzo Uzoukwu, der selbst als Geflüchteter nach Potsdam kam, trainiert. Thoralf Höntze, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, hat den Eindruck, dass die Mannschaft etwas in Gang bringt, wenn sie zu Punkt- und Freundschaftsspielen an andere Orte reist: »Unser Fazit ist, dass sich immer, wenn wir mit unserer Mannschaft auf fremden Plätzen gespielt haben, ein Entspannungsprozess eingestellt hat. Aus teils schrägen Fantasien, unbegründeten Ängsten oder offener Ablehnung wurde Akzeptanz und teils auch Achtung für die Leistung der Mannschaft.« Über den Fußball entsteht eine Ebene, die Kommunikation und in der Folge auch eine allgemeine Annäherung ermöglicht. Nicht nur die erste Mannschaft zählt zum *Welcome-United-03*-Projekt. Eine Gruppe von 30 bis 40 minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten gehört auch dazu. Einer der drei Trainer ist Saad Osama Hosari, der selbst aus Aleppo geflüchtet ist und in Potsdam Gelegenheit hat, sich für die Betreuung der Jugendlichen zu engagieren. Auch in dieser Gruppe finden Auswärtsspiele und Turniere statt. Wie bei den Erwachsenen trägt *Babelsberg 03* die Kosten. Der Aufenthaltsstatus spielt für die Aufnahme in das Team keine Rolle. Neue Spieler kommen vor allem durch Mund-zu-Mund-Propaganda zum Verein, bei Bedarf werden aber auch in den örtlichen Unterkünften Flyer verteilt, die auf das Angebot aufmerksam machen.

Weil der Verein mit seiner Herangehensweise Neuland betreten hat, gab und gibt es immer wieder diverse Hürden zu überwinden. Es bedurfte großen Einsatzes des Vereins, um das für den Erhalt von Spielerpässen erforderliche bürokratische Verfahren zu verkürzen. Auch die Finanzierung ist eine

Herausforderung, weil immer wieder neu angekommene Spieler ausgestattet werden müssen. Bei mannschaftsinternen Schwierigkeiten war wichtig, dass Trainer Sven George im Umgang mit seiner Mannschaft empathisch ist und auch Regeln klar kommuniziert. Für die Spieler kann *Welcome United 03* auf verschiedenen Ebenen als Sprungbrett fungieren. Zunächst ermöglicht die Aufnahme im Team besonders talentierten Spielern, von hier aus weiter gefördert zu werden und beispielsweise in den Kader der Regionalligamannschaft aufzusteigen. Darüber hinaus unterstützt der Verein seine Spieler mit seinem Netzwerk auch in anderen Lebensbereichen. Bei bürokratischen Schwierigkeiten finden die Spieler Unterstützung über die Vereinsstruktur. Einige Spieler werden auch selbst für den Verein aktiv, einer beispielsweise als Assistent des Trainers der Frauenfußballabteilung. Mit dem Einstieg ins Team ist also deutlich mehr verbunden als die Möglichkeit, Fußball zu spielen: Hier erschließt sich ein Netzwerk, das die Geflüchteten in ihrem Alltag nutzen können.

Die Entstehung des Projekts *Welcome United 03* hat großes mediales Interesse erzeugt. Mit der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt ist zum einen die Hoffnung verbunden, dass sich auch andere Vereine öffnen und die Initiative Nachahmer_innen findet. Zum anderen sieht Thoralf Höntze hier aber eine Gelegenheit für die Geflüchteten, »ihre Geschichte, ihre Ängste, ihr Leid, aber auch ihre Hoffnungen an die Menschen heranzutragen, mit denen sie diese Erfahrungen sonst nie hätten teilen können.« Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag für die Vereinskultur im Fußball und das Ankommen der Geflüchteten in Potsdam. Anhand des breiten öffentlichen Echos hat die Initiative einen weiten Radius, um die Idee wirken und sich entwickeln zu lassen. Dass der Verein offen ist für Neuankömmlinge und Vielfalt unterstützt, kann man bei einem Stadionbesuch hören, denn mittlerweile hat sich in der Nordkurve der Schlachtruf »Yalla, Yalla, Yalla SVB!« etabliert und beeindruckt regelmäßig die Gäste.

Integration und Inklusion

Im Zuge der Debatte um geflüchtete Menschen wird immer wieder die soziale Integration der neu ankommenden Menschen in die deutsche Gesellschaft gefordert. Staatlich verordnete Maßnahmen wie Integrationskurse können diesen Austausch nicht leisten und vermitteln in erster Linie theoretisches Wissen, aber keine Lebenspraxis. Außerdem können die vereinheitlichten Programme nicht auf die individuellen Bedürfnisse, die Charaktereigenschaften und die Anpassungsfähigkeit der Einzelnen eingehen und bieten wenig praktische Hilfe und Beratung. Diese sind jedoch für die meisten Geflüchteten gerade am Anfang besonders wichtig, um sich in der neuen Situation zurechtzufinden. Die selektiven Integrationsmaßnahmen stehen zudem oftmals nur einer bestimmten Gruppe, das heißt Geflüchteten mit einer sogenannten guten Bleibeperspektive offen. Auch wird außer Acht gelassen, dass es ebenfalls vonseiten der deutschen Aufnahmegesellschaft mehr Akzeptanz, Offenheit und Verständnis gegenüber der Situation der Neuankommenden und dementsprechender Angebote bedarf. Angesichts der steigenden Fremdenfeindlichkeit sind Ansätze, die den Austausch und das gegenseitige Verständnis fördern, besonders wichtig, um ein friedliches Zusammenleben langfristig möglich zu machen.

Die Einbindung der geflüchteten Menschen in die Gesellschaft gelingt besonders dann, wenn sie über einen persönlichen, niederschwelligen und informellen Kontakt mit Einheimischen geschieht. Die im Folgenden vorgestellten Projekte stellen diesen Kontakt auf drei verschiedene Weisen her: Zum Ersten fungieren Pat_innen, Lots_innen oder Begleiter_innen als Brückenpersonen. Sie stehen bei individuellen Problemen und Fragen zur Verfügung, helfen über Sprachbarrieren hinweg und geben die zahlreichen, oft unübersichtlichen Informationen von örtlichen Institutionen, Vereinen und Organisationen an die Geflüchteten weiter. Sie begleiten die Menschen und ermutigen sie, an den Angeboten teilzunehmen. Zum Zweiten bieten Orte wie Begegnungscafés oder Willkommenszentren Räume für niederschwelligen Austausch und verbinden dies meist mit kulturellen oder Bildungs- beziehungsweise Freizeitangeboten. Die Projekte bemühen sich darum, die Geflüchteten von Anfang an in die Planung und Durchführung der Angebote mit einzubinden, um eine Bevormundung zu vermeiden und den Bedürfnissen der Menschen adäquat zu begegnen. So kann auch auf Personengruppen eingegangen werden, die sonst marginalisiert werden oder aus verschiedenen Gründen nicht an den offiziellen Angeboten teilnehmen wollen oder können, etwa Mütter mit Kindern.

Zum Dritten wird Gewicht auf gemeinsame Planung und Durchführung gemeinschaftsstiftender Aktionen zwischen Einheimischen und Zugezogenen gelegt.

Um möglichst viele Menschen unterschiedlichster Milieus und gesellschaftspolitischer Gesinnung für das ehrenamtliche Engagement begeistern zu können, versuchen die Projekte, sich eine Offenheit und Flexibilität beizubehalten, die sich sowohl vom klassischen Vereinswesen als auch von einer dezidiert politischen Arbeit abgrenzt. Es geht zunächst um die Einzelnen und ihre individuellen Bedürfnisse. Der Kontakt zu der kommunalen Verwaltung und anderen lokalen Akteur_innen wird als wichtiger Faktor für das Gelingen der Projektarbeit betrachtet. Ferner arbeiten manche Einrichtungen bereits mit einem inklusiven Ansatz, der nicht eine bloße Integration der Geflüchteten anstrebt, sondern vielmehr die dafür notwendigen Voraussetzungen und Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft in den Blick nimmt und versucht, die Vorteile und Chancen von Migration für alle Beteiligten herauszustellen.

Flüchtlingshilfe Bad Schwartau

Erfolg durch Inklusion und Kooperation: Die *Flüchtlingshilfe Bad Schwartau* leistet nicht nur vorbildliche Ehrenamtsbetreuung, sie nutzt auch die Synergien zweier wichtiger sozialer Träger der Region durch die gemeinsame Koordination der Flüchtlingsarbeit.

Ort: Bad Schwartau
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 70 Ehrenamtliche
Finanzierung: Stadt Bad Schwartau
Website: www.fluechtlingshilfe-bad-schwartau.de

Mona Rauber

Unter dem Motto »Ehrenamt braucht Hauptamt« koordiniert und unterstützt die *Flüchtlingshilfe Bad Schwartau* seit Anfang 2015 die etwa 70 ehrenamtlichen Integrationslots_innen, welche die neu ankommenden Geflüchteten im Rathaus in Empfang nehmen und sie in den ersten drei Monaten begleiten. Sie vernetzt zudem die verschiedenen sozialen Träger, von der *Arbeiterwohlfahrt* über die Kirchen bis hin zu Ortsvereinen in regelmäßigen Steuerungsgruppentreffen.

»Uns war es im Falle unserer Ehrenamtlichen wichtig, dass sie sich als Team verstehen, eingebunden sind und mitbestimmen können. Wir möchten, dass sie im Vorhinein eine Vorstellung davon bekommen, auf was sie sich einlassen. Gerade am Anfang haben sie viele Fragen und auch das Recht, diese Fragen beantwortet zu bekommen«, erklärt die Koordinatorin der Flüchtlingshilfe Lena Middendorf. Zu diesem Zweck bekommen die Lots_innen vor ihrem ersten Einsatz eine Schulung und eine grüne Lotsentasche, die einen ausführlichen Leitfaden und weitere nützliche Informationen enthält. Mit der Tasche sind sie gut erkennbar und identifizieren sich als Gruppe. Im Idealfall arbeiten neue und bereits erfahrene Lots_innen im Tandem zusammen, um den Einstieg in die Betreuung zu erleichtern. Zudem wurde eine Bildungsreferentin angestellt, die sowohl in Bad Schwartau als auch in anderen interessierten Gemeinden Schulungen zur Arbeit mit Geflüchteten anbietet. Regelmäßige Stammtische dienen zusätzlich dem informellen Austausch.

Nach drei Monaten ist die Unterstützung bei der Erstorientierung vorbei und sowohl Lots_in als auch die_der Geflüchtete können entscheiden, wie und ob eine weitere Unterstützung notwendig ist. Die engmaschige Betreuung trägt Früchte: Befragungen unter den Lots_innen zeigten, dass sie, verglichen mit Helfer_innen in umliegenden Gemeinden, einen niedrigeren Bedarf an Weiterbildungen haben und sich allgemein gut informiert fühlen. Mittlerweile

geben sie auch untereinander relevante Informationen weiter und werden von umliegenden Helferkreisen sogar um Rat gefragt.

Auch die strukturelle Aufstellung der Flüchtlingshilfe ist innovativ. Als 2014 die ersten Geflüchteten in Bad Schwartau ankamen, begannen unterschiedliche Akteur_innen, Hilfsangebote zu organisieren. Es fehlte dabei aber an Übersicht, Transparenz und Kommunikation, sodass sich die Stadt entschloss, aus eigenen Mitteln und aus Geldern der Migrationspauschale eineinhalb Personalstellen zu schaffen, um die Flüchtlingshilfe zentral zu koordinieren. Die *Lebenshilfe Ostholstein* und der *Kinderschutzbund Kreisverband Ostholstein* entschlossen sich, die Stellen gemeinsam zu besetzen und zum ersten Mal als Trägerverbund zu agieren. Damit wirken sie der Tendenz entgegen, dass mehrere Träger Hilfsangebote für Geflüchtete organisieren, ohne diese sinnvoll miteinander abzustimmen.

Auf den ersten Blick fällt die Arbeit mit Geflüchteten zwar nur bedingt in den Zuständigkeitsbereich von Organisationen, deren Zielgruppen Kinder beziehungsweise Menschen mit Behinderungen sind. Auf den zweiten Blick ergeben sich aber mehrere Vorteile. Die beiden Träger spielen eine wichtige Rolle in der Region, sind an unterschiedlichen Schnittstellen tätig und verfügen über sich ergänzende Ressourcen. So ist der Kinderschutzbund im Bereich ambulante Hilfen und in der Schulsozialarbeit engagiert. Die Lebenshilfe ist Träger von Kitas und hat Erfahrung mit Sprachtraining, mit der Koordination von Ehrenamtlichen und in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung.

Die vorhandenen eineinhalb Personalstellen werden vom Trägerverbund durch ein Team aus erfahrenen Mitarbeiter_innen sowohl der Lebenshilfe als auch des Kinderschutzbundes besetzt, die zum Teil bereits in anderen Bereichen beschäftigt waren und nun zusätzliche Aufgaben für die Flüchtlingshilfe übernehmen. Hierdurch bleiben die Träger in ständigem Austausch, das Team kann Termine besser koordinieren und an mehreren Orten gleichzeitig präsent sein. Dieses Konzept funktioniert so gut, dass Lena Middendorf es sogar an andere Initiativen weitergeben möchte: »Wir können jetzt auf etwas zurückgreifen, was wirklich gut funktioniert und sehen darin auch ein Modell für die Zukunft: Unterschiedliche Träger überlegen gemeinsam, wo sinnvolle Verknüpfungen möglich sind. In solchen Synergien liegt eine große Chance.«

Besonderen Wert legen Lena Middendorf und ihr Team auch auf die kontinuierliche Einbindung aller relevanten lokalen Akteur_innen in die Flüchtlingshilfe und die Etablierung einer Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement, die von Ort zu Ort individuell gestaltet werden muss. Seit dieser organisatorische Rahmen geschaffen ist, versucht das Team auch verstärkt, Geflüchtete in die Arbeit einzubeziehen. In Bad Schwartau und Umgebung klappt dies stellenweise bereits, berichtet Lena Middendorf. So sei in einer anderen Gemeinde eine Kleiderkammer eingerichtet worden, organisiert aus-

schließlich von Geflüchteten. Dadurch seien diese Personen zu einem selbstständigen und aktiven Teil der Gemeinschaft geworden und hätten sich aus der Position der Bittsteller_innen emanzipiert.

Zusätzlich zu den Hauptamtlichen und ehrenamtlichen Lots_innen sind in den Sammelunterkünften vier Integrationshelfer_innen tätig, die über das Programm *Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt* des JobCenters angestellt sind, welches Langzeitarbeitslose mit erschwerten Einstiegsbedingungen wieder an den Arbeitsmarkt heranführen möchte. Durch den engen Kontakt zwischen Geflüchteten und Integrationshelfer_innen wächst auch das Verständnis für die Situation des Gegenübers. »Ich musste den Jungs in der Unterkunft erst mal erklären, dass ich im Grunde nicht mehr Geld bekomme als sie, weil mir meine Einkünfte auch von Hartz IV abgezogen werden. Das hat die richtig überrascht«, so eine Integrationshelferin. In der größten bestehenden Sammelunterkunft verbesserten die Helfer_innen zusammen mit den Bewohner_innen die Lebensverhältnisse in den beengten Räumlichkeiten, schlichteten Konflikte und entspannten das Verhältnis zu den zunächst skeptischen Nachbar_innen.

Weitere Unterstützung erfahren sowohl Geflüchtete als auch Lots_innen durch die zahlreichen Beratungsangebote der Flüchtlingshilfe und weiterer Akteur_innen des Netzwerks. Die Flüchtlingshilfe bietet offene Sprechzeiten an, um die Migrationssozialberatung des Landkreises zu entlasten. Um das Angebot möglichst niedrigschwellig zu gestalten, ist der Standort bewusst zentral gewählt und alle Interessierten können ohne Termin vorbeikommen, erhalten Tipps und werden an die richtigen Stellen weiterverwiesen. Ein Mann aus Afghanistan kam sogar aus der Nähe von Leipzig in die Beratung, weil er von Freunden viel Gutes aus Bad Schwartau gehört hat und nun gerne dorthin ziehen würde.

Netzwerk ANKOMMEN

Ehrenamtliche, lokale Politik und die Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt arbeiten im Netzwerk eng zusammen. So konnten stabile Strukturen für ehrenamtliches Engagement und zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten zwischen neuen und alten Saarbrücker_innen geschaffen werden.

Ort: Saarbrücken
Gründung: 2013
Mitarbeitende: circa 200 Ehrenamtliche
Finanzierung: *Aktion Mensch,* Programm »Toleranz fördern, Kompetenz stärken« des Bundesfamilienministeriums, Spenden
Website: www.ankommen-saarland.de

Mona Rauber

Geflüchtete sind ein selbstverständlicher Teil des Saarbrückener Stadtbildes. Allein in der Stadt selbst leben 4.000 Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, weitere wohnen in den umliegenden Gemeinden. Die meisten von ihnen sind dezentral untergebracht, nur wenige leben in den vier größeren Sammelunterkünften. Als Ende 2013 die ersten Menschen aus der Landesaufnahmestelle Saarbrücken zugewiesen wurden, reagierte das *Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB)* der Stadt schnell auf die neue Herausforderung, das Ankommen der Geflüchteten zu unterstützen sowie die wachsende Zahl Ehrenamtlicher zu koordinieren. So entstand unter der Trägerschaft der *Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt (LAG Pro Ehrenamt)* und mit Geldern des Programms *Toleranz fördern, Kompetenz stärken* des Bundesfamilienministeriums das Projekt *ANKOMMEN*, um die ehrenamtliche Hilfe zu koordinieren.

Verena Kabis, Leiterin des *ZIB*, sieht in der engen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Zivilbevölkerung eine große Stärke: »Die Ehrenamtlichen hatten immer einen direkten Zugang zur Stadtverwaltung mit allen ihren Fragen und wir wussten, was im Bereich der Ehrenamtlichen läuft. Dadurch haben wir kurze Wege und es herrscht eine hohe Transparenz.«

Aus dieser Planungssicherheit heraus gelingt auch die Einbindung der Zivilgesellschaft im jeweiligen Stadtbezirk. Vor jeder Verteilung von Geflüchteten in einen neuen Stadtteil wird eine Bürgerversammlung einberufen, bei der sich der Bürgermeister den Fragen der Anwohner_innen stellt. Der Bürgerdialog wird in Saarbrücken großgeschrieben und gehört ausdrücklich zur Strategie der Stadtverwaltung. Damit erreicht sie zum einen, dass Zweifel und Gegenstimmen ernst genommen und ausgesprochen werden dürfen. Zum anderen gewinnt sie auf den Veranstaltungen immer auch neue Mitwirkende für

ANKOMMEN. Mittlerweile sind es etwa 200 Menschen, die in den verschiedenen Bereichen mithelfen. Der allgemeine Tenor der Veranstaltungen ist positiv und eindeutig rechte Äußerungen sind die Ausnahme.

Die offene Stimmung innerhalb der Bevölkerung ist auch ein Ergebnis der Arbeit des *Zuwanderungs- und Integrationsbüros*, welches schon seit über zehn Jahren vor allem in sogenannten Problemstadtteilen strategisch tätig ist. Dabei genießt das *ZIB* die Rückendeckung der Stadtverwaltung, denn die langjährige Oberbürgermeisterin Charlotte Britz ist selbst Sozialpädagogin und achtet in ihrer Arbeit darauf, dass kein Stadtteil abgehängt wird. Auch der Stadtrat trägt die Vorhaben von *ANKOMMEN* mit. Als die Initiative zum Beispiel Räume für ein Begegnungscafé suchte, konnte die kommunale Bibliothek erst durch die Überzeugungsarbeit der Stadt für das Projekt gewonnen werden. Nun treffen sich einmal im Monat Einheimische und Neuangekommene für moderierte Gespräche bei Kaffee und Kuchen im Café Biblio.

Das Leitungsgremium von *ANKOMMEN* spiegelt die breite Vernetzung und die damit verbundenen Synergieeffekte wider. Vier der sieben Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen und wurden gewählt, drei weitere arbeiten hauptamtlich im *ZIB* beziehungsweise bei *Pro Ehrenamt* und sind durch ihre Tätigkeit wichtige Verbindungspersonen zu diesen Einrichtungen. Eine der Ehrenamtlichen ist selbst Syrerin und neben ihrer Tätigkeit im Leitungsgremium auch Vorsitzende eines neu gegründeten Vereins zur Unterstützung syrischer Geflüchteter. Sie hat eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Geflüchteten aus Syrien und dem Netzwerk. Sie besucht jede neu angekommene Familie, um sie in ihrer Landessprache über die Angebote vor Ort zu informieren. Besonders wertvoll ist ihre Verbindung zu geflüchteten Frauen, die ohne ihre Überredungskünste häufig nicht an den Angeboten und Sprachkursen teilnehmen würden.

Die *LAG Pro Ehrenamt* vernetzt *ANKOMMEN* auch mit anderen Trägern wie dem *Deutschen Roten Kreuz*, welches seine Räumlichkeiten für Mitgliederversammlungen und Fortbildungen zur Verfügung stellt. Außerdem kümmert es sich um die Finanzierung und erarbeitet Fördermöglichkeiten. Über das *ZIB* besteht enger Kontakt zur Stadtverwaltung und den Bezirksräten. In der Anfangsphase der Initiative übernahm das *ZIB* auch eine vermittelnde Funktion. Als es zu Unstimmigkeiten mit einer der damaligen Hauptverantwortlichen von *ANKOMMEN* kam und die Arbeit des Netzwerks über längere Zeit stockte, führte das *ZIB* Mediationsgespräche und fand schlussendlich eine für alle zufriedenstellende Lösung.

Um ein effektives Weiterwirken des Netzwerkes zu ermöglichen, wurde es neu strukturiert: Jeder Themenbereich bekam feste Ansprechpersonen, die die Arbeit der Freiwilligen in ihren Teilbereichen koordinieren. Nach dieser Neuaufteilung bestand die nächste Herausforderung darin, mehr Übersichtlichkeit in die vielfältigen Angebote zu bringen, die mittlerweile von flächen-

deckendem Deutschunterricht über die Beratung bei der Arbeitsplatzsuche und Theater- und Musikprojekte bis hin zu Sportangeboten in Kooperation mit der Universität reichten. Neben dem Netzwerk boten auch die üblichen Träger wie die *Diakonie* diverse Aktivitäten und Beratung an. Es fehlte sowohl eine Vernetzung zwischen den Trägern und sonstigen Akteur_innen als auch eine feste Ansprechperson für Freiwillige und geflüchtete Menschen.

Deshalb beantragte die *LAG Pro Ehrenamt* Gelder der *Aktion Mensch* für eine hauptamtliche Geschäftsführung. Dank der neu geschaffenen Stelle konnte die Koordination des Netzwerks professionalisiert und Konflikte auf ein Minimum reduziert werden. Eine feste Ansprechpartnerin, die sowohl für Ehrenamtliche und Hilfesuchende als auch für die anderen Hauptamtlichen der großen Träger zur Verfügung steht, sorgt nun für mehr Übersichtlichkeit und kümmert sich um die Abstimmung aller Akteur_innen.

Aufgrund der direkten räumlichen Nachbarschaft zu anderen sozialen Projekten und der stadtweiten Vernetzung gelingt es dem Netzwerk *ANKOMMEN* besonders gut, verfügbare Ressourcen zu teilen und die Arbeit der Ehrenamtlichen auf den vielfältigen Unterstützungsebenen zu koordinieren. Das Netzwerk hat mit seiner breiten Aufstellung und der hauptamtlichen Stelle Voraussetzungen geschaffen, die Kommunikation zwischen den einzelnen Akteur_innen zu verbessern und das Ehrenamt auf eine professionellere Ebene zu heben. Dabei spielt die funktionierende Kooperation mit Akteur_innen aus Politik und Stadtverwaltung eine entscheidende Rolle. Allerdings bleibt es eine Herausforderung, die zahlreichen Unterstützungsangebote zu bündeln, die Ehrenamtlichen fortzubilden und die vorhandenen Informationen zu systematisieren, damit die Synergien, die innerhalb der Stadt bereits bestehen, optimal genutzt werden können.

Asylothek

Als eine Art offene Bücherei in Asylbewerberheimen bietet die *Asylothek* geflüchteten Menschen niedrigschwelligen Zugang zu Sprache, Bildung und Kultur. So kann die Orientierung und Integration der neu ankommenden Menschen in die Aufnahmegesellschaft gefördert werden.

Ort: deutschlandweit, Fallbeispiel Berlin
Gründung: 2012
Mitarbeitende: Anzahl unbekannt
Finanzierung: Spenden
Website: www.asylothek.de

Mona Rauber

Im Juli 2012 eröffnete in Nürnberg eine erste Sammelunterkunft für Asylbewerber_innen. Die 167 dort lebenden Menschen waren, bis auf die Präsenz eines Hausmeisters, komplett auf sich selbst gestellt. Eine soziale Betreuung oder sonstige Angebote waren zu jenem Zeitpunkt noch nicht gegeben. Auf einer Informationsveranstaltung erfuhr der Architekt Günter Reichert von dieser Situation und beschloss, einen Raum in der Sammelunterkunft als offene Bibliothek und Bildungseinrichtung zu gestalten. Das Regierungspräsidium Franken zeigte sich kooperativ und innerhalb weniger Wochen entstand das Projekt, welches, auch um unabhängig zu bleiben, ausschließlich von Spenden und ehrenamtlicher Arbeit getragen wird. Der Name *Asylothek*, eine Wortschöpfung aus Asyl und Bibliothek, soll dabei bewusst irritieren und zum Nachdenken über unseren Umgang mit Asyl anregen.

Zu Beginn stellten die Mitarbeiter_innen der *Asylothek* ein Grundangebot von Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten zur Verfügung. Bald schon wurde das Angebot ausgeweitet: auf Sprachkurse, Kommunikationstrainings, Hausaufgabenbetreuung, eine intensive Kinder- und Jugendförderung, verschiedene künstlerische Workshops und sportliche Aktivitäten sowie den gemeinsamen Besuch von kulturellen Veranstaltungen.

Das Konzept der *Asylothek* ist bewusst einfach gewählt, damit es deutschlandweit in möglichst vielen Asylbewerberheimen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden kann. Finden sich Freiwillige an einem neuen Standort, werden diese von Günter Reichert mit einem Leitfaden für den Aufbau einer *Asylothek* versorgt. Außerdem bekommt jede neue *Asylothek* eine eigene Website, eine E-Mail-Adresse und eine Facebookseite mit einheitlichem Design und dem *Asylothek-Logo* zur Verfügung gestellt. Diese mit eigenen Inhalten befüllbaren Internetauftritte sind auf einer gemeinsamen, ehrenamtlich be-

treuten Website aufgelistet und vernetzt. Angesichts der unterschiedlichen Voraussetzungen, die in den einzelnen Unterkünften herrschen, ist die Struktur so offen gestaltet, dass jede *Asylothek* ihre Angebote den örtlichen und personellen Gegebenheiten anpassen und unabhängig agieren kann.

Die 50. Asylothek eröffnete Ende April 2016 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin, in einer Notunterkunft, die derzeit etwa 2.000 Menschen Platz bietet. Die große Anzahl der Bewohner_innen und der Charakter einer Durchgangsstation stellten die Organisator_innen ebenso vor Herausforderungen wie die denkmalgeschützten Räumlichkeiten, die baulich nicht verändert werden durften. Mit einiger Überzeugungsarbeit wurde der Betreiber der Anlage auf dem Tempelhofer Feld gewonnen. Platz fand die Asylothek im großen Raum des Begegnungscafés. Die Lage neben der ebenfalls ehrenamtlich betriebenen Kleiderkammer unterstützt den Austausch, da sich hier ohnehin Menschen treffen. Obwohl es manchmal sehr lebendig ist, überwiegen die Zeiten mit ruhiger Atmosphäre; eine Qualität, die von den Bewohner_innen der Hangars besonders geschätzt wird. Dort ist es zu laut und zu unruhig, um zu lesen oder konzentriert Hausaufgaben machen zu können.

»Wir hoffen, nach und nach immer mehr Bewohner_innen dafür begeistern zu können, in der Bibliothek mitzuarbeiten. Momentan gibt es drei Geflüchtete, die sich im Projekt engagieren, einer von ihnen ist Bibliothekar«,

sagt Annette Kreimeier. Suzanne Visentini, die neben ihrem Beruf als Lizenzmanagerin in einem Wissenschaftsverlag ehrenamtlich in der Asylothek arbeitet, fügt hinzu:

»Wir haben Öffnungszeiten, die nicht mit Kleiderkammer und Café zusammenfallen, in denen es ruhiger ist. In diesen Momenten kann man besser auf Einzelne zugehen, das Gespräch suchen – oder bei den Deutsch-Hausaufgaben helfen.«

Das Hauptanliegen der *Asylothek* in Berlin ist neben der Bereitstellung von Literatur die persönliche Kontaktaufnahme der Bewohner_innen mit deutschen Muttersprachler_innen, um Sprechanlässe zu schaffen und zwanglosen interkulturellen Austausch zu ermöglichen. Es wurden bereits Lesungen und Erzählveranstaltungen für Kinder organisiert, die auch Personen von außerhalb der Unterkunft offen stehen. Das Team reagiert dabei flexibel auf die gegebenen Situationen. So soll das Angebot langfristig vor allem auf die Bedürfnisse der Erwachsenen ausgerichtet werden, da Kinder durch die Schule und andere Organisationen bereits ausreichend Ansprache erhalten. In Verbindung mit dem Begegnungscafé schlägt die *Asylothek* auch eine Brücke zwischen den Bewohner_innen der Unterkunft und an einem Austausch interessierten Berliner_innen, die sonst keinen Zutritt zu den Hangars bekommen.

Das Verleihen der Bücher funktioniert unbürokratischer als in herkömmlichen Bibliotheken. Sollte das Buch verloren gehen, drohen keine Konsequenzen. Bestimmte Werke wie Wörterbücher sind daher Präsenzbestand. Damit das literarische Angebot von Anfang an einem Großteil der Bewohner_innen zur Verfügung steht, gibt es auch Bücher auf Englisch, Arabisch und Farsi. Viele davon stehen mit ihrer deutschen Version im Regal und eignen sich somit für das Selbststudium.

Über eine *Betterplace*-Kampagne wurde Baumaterial für ein eigenes, von der Architektin Annette Kreimeier entworfenes Gestaltungskonzept finanziert. In Zusammenarbeit mit Geflüchteten und freiwilligen Helfer_innen entstand so ein variables Regalsystem aus rollenden Bücherkuben, die so verschoben werden können, dass eine geschlossene Fläche entsteht. Zwei fest installierte Kuben fungieren als Schwarzes Brett, Stauraum und PC-Terminal zur Nutzung von Online-Angeboten und elektronischen Medien. Diese Bauweise erlaubt eine schnelle und kostengünstige Installation, die leicht durchgeführt werden kann und deswegen besonders gut übertragbar ist. Das Konzept wird von der *Asylothek* an Interessierte weitergegeben.

Auch wenn die *Asylothek* schon ein paar Stammgäste hat, möchten die Organisator_innen noch mehr mit den Bewohner_innen zusammenarbeiten und sie direkt ansprechen, erklärt Visentini:

»Unser Ziel ist es, mit Flyern und unserem Bücherwagen in die Hangars zu gehen und mit den Leuten zu reden. Gerade rufen wir über Facebook dazu auf, dass uns Leute unterstützen, die Arabisch oder Farsi sprechen, damit wir die sprachliche Hürde überwinden können.«

Freund statt fremd e.V.

In Bamberg vermittelt der Verein *Freund statt fremd e.V.* Patenschaften, um die Orientierung in der deutschen Gesellschaft zu erleichtern.

Ort: Bamberg
Gründung: 2011
Mitarbeitende: 3 Hauptamtliche, circa 30 Organisator_innen, circa 250 Pat_innen
Finanzierung: Spenden, Gelder aus Projektanträgen, *Aktion Mensch, Landkreis und Stadt Bamberg*
Website: http://freundstattfremd.de

Mona Rauber

Bereits seit 2011 engagiert sich *Freund statt fremd* für geflüchtete Menschen in Bamberg. Auch nach der Eintragung als Verein Anfang 2015 wird weiterhin auf den offenen Initiativcharakter Wert gelegt. Neben den zahlreichen sehr aktiven Arbeitsgruppen liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Vermittlung von Patenschaften. Der Verein versteht Integrationsarbeit als Aufgabe der Zivilgesellschaft und nutzt die Patenschaften als niedrigschwellige und unbürokratische Brücke zwischen den Neuankommenden und der Aufnahmegesellschaft. Ulrike Tontsch, selbst Patin und Mitglied des Leitungsteams, findet sie sogar wichtiger als den staatlich verordneten Integrationskurs: »Wenn da ein Staatsanwalt eine Unterrichtsstunde über Staatsbürgerkunde hält, dann sitzen die Geflüchteten da als erwachsene Menschen und hören, was der Staatsanwalt sagt. Wenn ein Pate direkt mit der Familie oder mit der Person zusammen ist und die an seinem Beispiel direkt sehen, wie es hier läuft, wird das Wissen ja erst lebendig und damit viel erfolgreicher vermittelt.«

Sobald Ehrenamtliche das Interesse für eine Patenschaft bekunden, erhalten sie eine Einladung zur Sprechstunde der beiden hauptamtlichen Patenschaftskoordinatorinnen. Diese teilen sich eine Stelle, welche von der *Aktion Mensch*, dem Kreis, der Stadt und aus Spendengeldern finanziert wird. Sie arbeiten eng mit den Mitarbeiter_innen der Asylsozialberatung zusammen und bekommen von ihnen kurze Beschreibungen der an einer Patenschaft interessierten Personen in den Unterkünften. Je nach Alter, persönlichen Interessen, Vorstellungen und Bedürfnissen werden ein Matching erstellt und die Patenschaften vermittelt. Beim ersten Treffen sind die Koordinatorinnen dabei, um das Eis zu brechen. Danach ist die Patenschaft relativ autonom, wobei die Koordinatorinnen immer für Fragen zur Verfügung stehen und den Pat_innen zu Anfang einen Leitfaden übergeben, der als Nachschlagewerk dient und Informationen zum Asylverfahren und den wichtigsten Adressen vor Ort

enthält. Unterstützt werden die Pat_innen außerdem mit Fortbildungen und einem vierteljährlichen Pat_innenstammtisch.

Häufig ist die Patenschaft nicht nur eine Hilfe für Behördengänge, Sprachkenntnisse und Arztbesuche. Entstanden sind auch Freizeitpatenschaften, die auf gemeinsamen Hobbies beruhen und in denen nur gelegentlich Hilfestellungen gegeben werden. »Es geht ja bei den Patenschaften nicht allein um die Eingliederung in die deutsche Leistungsgesellschaft, sondern vor allem um banales, nettes menschliches Miteinander«, erläutert eine der Koordinatorinnen.

Generell gilt jedoch: Alle Interessent_innen sollen eine_n Pat_in bekommen. Allerdings sind geflüchtete Menschen, die eine sogenannte gute Bleibeperspektive haben, bei den Pat_innen »beliebter«, da man »eher in die Zukunft investiert«, erklärt eine Patenschaftskoordinatorin. Daher hofft sie, dass »die Asylverfahren beschleunigt werden und die Leute schnell Gewissheit haben. Das lange Warten erzeugt eine ganz schlechte Stimmung bei den Flüchtlingen und in unserer Gesellschaft.« Für den Verein bedeutet dies nicht nur einen Rückgang der an einer Patenschaft interessierten Bamberger_innen, sondern es führt auch bei den Geflüchteten zu einer Demotivation gegenüber den bestehenden Angeboten.

Durch die in Bamberg ansässige *Erstaufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO)* wurde mit der Stadt eine Obergrenze vereinbart, sodass keine neuen Asylbewerber_innen mehr nachrücken können. Dies gewährleistet eine gewisse Planungssicherheit, auch in Bezug auf Patenschaften. Dennoch war die Anfangszeit des Programms unübersichtlich, sodass die Koordinatorinnen nun die Atempause durch das Abkommen mit der Türkei nutzen. Sie können den Kontakt mit den Pat_innen herstellen, um über die Patenschaften zu sprechen und um Unterstützung anzubieten. Es gibt Fälle, in denen die Patenschaft schon seit Monaten nicht mehr besteht, ohne dass darüber informiert wurde. Funktioniert die Patenschaft nicht und werden die Koordinatorinnen darüber in Kenntnis gesetzt, wird meist noch einmal ein Gespräch geführt, aber schlussendlich besteht von keiner Seite eine Verpflichtung für eine Patenschaft. Obwohl der Kontakt zu den Pat_innen nach dem Matching bisher gering war, bekamen die Koordinatorinnen bei ihrer jüngsten Pat_innenbefragung meist positive Rückmeldungen: »Gerade stoßen wir auf teilweise sehr erfreuliche Geschichten, etwa im Fall von Leuten, bei denen man am Anfang gar nicht gedacht hätte, dass das so gut funktionieren würde.«

Konnte sich der Verein im Sommer 2015 zunächst kaum vor Anfragen retten, ist die Anzahl potenzieller Pat_innen nach der Anfangseuphorie stark zurückgegangen. Der Verein versucht nun, durch verstärkte Präsenz in der Lokalpresse, die Zusammenarbeit mit Studierenden und über Aufrufe innerhalb des Netzwerks, dem Rückgang entgegenzuwirken. Der persönliche Kontakt zu den Geflüchteten im Vorfeld der Vermittlung wäre für die Koordinatorinnen

wünschenswert, ist aber derzeit nicht zu leisten. Wie wichtig hauptamtliche Stellen für die Unterstützung des Ehrenamtes sind, zeigt unter anderem die Anzahl der Pat_innen, die nach der Schaffung einer hauptamtlichen Stelle von 20 auf 250 hochgeschnellt ist. Allerdings ist hier wiederum die langfristige Finanzierung der Stellen problematisch, da die Akquise von Fördergeldern eine Menge Zeit in Anspruch nimmt.

Unterstützung würde sich der Verein auch bei der Suche eines festen Raumes in Bamberg wünschen. Derzeit müssen Einrichtungen wie die Kleiderkammer und die Fahrradwerkstatt regelmäßig an andere Orte umziehen, was einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeutet. Auch die Räume, die der Verein für Fortbildungen und als Büro nutzt, stehen ihm nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung. Wünschenswert wäre ein fester und zentraler Ort der Begegnung zwischen neuen und alteingesessenen Bamberger_innen, um das menschliche Miteinander in der Stadt weiterhin positiv mitgestalten zu können. Grundsätzlich, findet die Patenschaftskoordinatorin, sollten gerade diese Vorhaben schnelle finanzielle Förderung erhalten, denn »das ist vergleichsweise wenig Geld für einen ganz großen positiven Streueffekt für die Gesellschaft«.

Frauen von Welt

Im Projekt *Frauen von Welt* in Ense planen geflüchtete Frauen zusammen mit Enserinnen gemeinsame Freizeitaktivitäten ohne Männer und Kinder. Bei den monatlichen Treffen werden Kontakte geknüpft und Berührungsängste abgebaut.

Ort: Ense
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 6 Teammitglieder
Finanzierung: *Preis für junges Engagement des Lions Clubs*
Website: http://fluechtlinge-werden-nachbarn.de/frauen-von-welt/

Mona Rauber

Angefangen hat alles, als Alina Brinkmann in einer Sammelunterkunft in Ense (Sauerland) Sofia aus Serbien kennenlernte. Sofia war hochschwanger und hatte zwei Mal versucht, allein mit dem Bus zum Frauenarzt zu kommen, es wegen fehlender Sprachkenntnisse aber nicht geschafft. Betroffen von der Lage der jungen Frau, begleitete Alina Brinkmann sie zum nächsten Termin. Über sie wurde sie zur Ansprechpartnerin für alle Schwangeren der Unterkunft. Aus dem Zugang zu den werdenden Müttern erwuchs bald der Wunsch, die Frauen insgesamt noch stärker einzubinden.

Die Freizeitangebote des Vereins *Flüchtlinge werden Nachbarn in Ense e.V.*, bei dem Alina Brinkmann mitwirkt, wurden zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich von Männern wahrgenommen, da die Frauen meist für die Kinderbetreuung zu Hause verantwortlich waren oder sich nicht trauten zu kommen. Mit einem Projekt nur für Frauen sollte ein geschützter Raum für Austausch und Begegnung geschaffen werden. Die nötige Finanzierung dafür kam schließlich vom *Lions Club*, der Alina Brinkmann für ihre ehrenamtliche Arbeit mit dem *Preis für junges Engagement* auszeichnete. Neben ihrer Arbeit mit Schwangeren hatte sie unter anderem auch den Leitfaden für Flüchtlingsbegleiter_innen des Vereins gestaltet. Mit dem Preisgeld von 1000 Euro verwirklichte sie ihre Idee einer gemeinsamen Aktionsreihe von Frauen für Frauen unter dem Titel *Frauen von Welt*.

»Wir haben am Anfang auch den Fehler gemacht, dass wir Dinge angeboten haben, die keiner machen wollte und haben gelernt, dass wir die Leute selbst fragen müssen. *Frauen von Welt* ist so ein Projekt«, erklärt Daniel Keil, Vorsitzender von *Flüchtlinge werden Nachbarn in Ense e.V.* Um nicht über den Kopf der Frauen hinweg zu entscheiden, organisierte Alina Brinkmann zunächst das Idee-Café, zu dem etwa fünfzig Teilnehmerinnen kamen, sowohl alteingesessene als auch neue Enserinnen. Wie sämtliche Angebote des Ver-

eins richtet sich auch dieses an alle Geflüchteten, ungeachtet dessen, ob ihre Bleibeperspektive in Deutschland vielversprechend ist oder sie mit einer baldigen Abschiebung rechnen müssen. So kommen die Frauen aus Syrien, Albanien, Eritrea, Iran, Serbien, Irak, Aserbaidschan, Armenien und der Mongolei. Die meisten sprechen etwas Deutsch, Englisch oder Arabisch. Zunächst wurden Ideen für gemeinsame Aktionen gesammelt und die beliebtesten durch Abstimmung ermittelt. Im Anschluss stellte das Organisationsteam einen Plan für ein ganzes Jahr zusammen. Dieser beinhaltete unter anderem Sportangebote, einen Ausflug nach Köln, einen Styling-Abend oder auch den Besuch eines Weihnachtsmarktes. Die wichtigste Regel bei den Aktionen: Keine Männer, keine Kinder. Nur in seltenen Fällen wie bei der Wanderung wird eine Ausnahme für die Kinder gemacht. Die Regel sorgte am Anfang für Irritation, nicht nur bei den geflüchteten Frauen. Auch für die anderen Mütter aus Ense war es manchmal nicht leicht, eine Kinderbetreuung zu finden. Am Ende haben sich aber alle arrangiert, auch die Männer.

Herausragend ist vor allem der Grundgedanke, dass viele Frauen aus der ganzen Welt zusammenkommen, um etwas nur für sich zu tun und dadurch ganz natürlich ein persönlicher Kontakt entsteht. Die Herkunft wird zur Nebensache. Dennoch legt das Team Wert auf die Zusammensetzung bei den Treffen: »Es soll nicht nur ein Projekt für Flüchtlinge sein, sondern für alle Enserinnen. Wir achten aber auf eine Durchmischung, sodass es immer 50 Prozent Flüchtlingsfrauen und 50 Prozent deutsche Frauen sind.« Damit sich die Frauen untereinander kennenlernen, gibt es bei jeder Aktion eine kleine Aufgabe, die in einem Team aus einer einheimischen und einer geflüchteten Frau erfüllt werden muss, etwa ein Foto machen oder ein Quiz lösen. Kommuniziert wird dabei in einer Mischung aus Englisch und Deutsch und mit Händen und Füßen. Auch das Organisationsteam besteht zur Hälfte aus neuen und alteingesessenen Enserinnen. Von den sechs jungen Frauen, die das Programm auf die Beine stellen, sind Samar, Leylan und Samaah vor einigen Monaten aus ihren Heimatländern geflüchtet. Sie sorgen nun dafür, dass nichts über die Köpfe der Geflüchteten hinweg entschieden wird und bringen Anregungen aus ihrer eigenen Kultur in das Programm mit ein, etwa traditionelle Henna-Tattoos für den Styling-Abend.

Das Konzept scheint aufzugehen. Eine Frau berichtet von der ersten Aktion, einem gemeinsamen Tanz- und Karaoke-Abend: »Die Flüchtlingsfrauen waren am Anfang wirklich schüchtern, aber am Ende saß keine mehr auf ihrem Platz und wir haben alle zusammen getanzt. Es lief Musik aus allen möglichen Ländern und jede konnte schauen, wie im Land der anderen getanzt wird.«

Nicht alle Aktionen sind kostenlos. Durch die Eintrittspreise verfügt das Projekt zwar über ein gewisses Budget, es reicht allerdings nicht aus, um alle Unkosten zu decken. Deshalb müssen sich die Frauen bei den meisten Ak-

tionen anmelden und eine kleine Teilnahmegebühr entrichten. Das hat auch symbolischen Wert, zum einen, weil die Angebote erfahrungsgemäß zuverlässiger angenommen werden, wenn ein kleiner Beitrag entrichtet wurde, und zum anderen, weil das Gefühl der Bedürftigkeit vermieden werden soll.

Über Zeitungsanzeigen und durch Mund-zu-Mund-Propaganda gewinnt die Gruppe neue Teilnehmerinnen. Geflüchtete Frauen werden außerdem direkt in den Unterkünften angesprochen. Die ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiter_innen, die eng mit den Menschen in den Unterkünften zusammenarbeiten, sind dabei hilfreiche Brückenpersonen. Sie geben die Informationen nicht nur an die Frauen weiter, sondern ermutigen diese auch, tatsächlich an den Angeboten teilzunehmen oder begleiten sie sogar dorthin und werden selbst Teil der *Frauen von Welt*. Vernetzt ist die Gruppe über eine Facebook- und eine WhatsApp-Gruppe sowie über einen Mailverteiler. Inzwischen gibt es eine relativ stabile Gruppe von circa 50 Frauen.

Bisher ist das Projekt auf ein Jahr beschränkt. Wenn es so gut läuft wie bisher, möchten sich die Organisatorinnen aber um eine Fortsetzung bemühen. Eine Verstetigung wäre gerade deshalb wünschenswert, weil das Konzept eine Zielgruppe anspricht, die sich ansonsten wenig in ehrenamtliche Strukturen einbindet. Die Aktionen sind ganz bewusst nicht als Hilfsangebot für geflüchtete Frauen gedacht, sondern als geschützter Ort, an dem Frauen zusammenkommen, um sich gemeinsam etwas Gutes zu tun. Dies macht einen persönlichen Austausch ungeachtet von Herkunft oder Sprachkenntnissen erst möglich, da das geteilte Erlebnis in den Vordergrund rückt und letztlich alle Beteiligten davon profitieren.

Welcome and Learning Center

Das *Welcome and Learning Center* bietet einen offenen Raum zum Deutschlernen, Kaffeetrinken, Unterhalten sowie Vernetzen und ist damit eine niederschwellige Begegnungsstätte zwischen neuen und alteingesessenen Lüneburger_innen.

Ort: Lüneburg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 20-30 Teammitglieder
Finanzierung: Spenden
Website: http://wlc-lueneburg.de/de

Mona Rauber

Als die Anzahl der Geflüchteten im Jahr 2013 auch in Lüneburg stieg und neue Unterkünfte eingerichtet werden sollten, gründete sich die *Willkommensinitiative Lüneburg e.V.* in Zusammenarbeit mit der damals bereits seit Jahren in der einzigen Unterkunft tätigen Studenteninitiative *amikeco*. Seither bietet sie den zahlreichen zivilgesellschaftlich organisierten Angeboten für Geflüchtete nicht nur ein Dach, sondern auch Finanzierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten. Durch den engen Kontakt zu studentischen Initiativen unterstützt sie nun auch das *Welcome and Learning Center (WLC)*, einen Ort des Lernens und Sich-Austauschens für Lüneburger_innen, der von Studierenden der Leuphana Universität Lüneburg initiiert wurde.

»Eigentlich war es eine Schnapsidee«, erzählt eines der Gründungsmitglieder. »Wir saßen im Oktober 2015 abends in der Kneipe und jemand erzählte, dass eine andere Initiative aus einem kleinen Flachbau hinter dem Bahnhof auszieht und noch nicht klar ist, was damit passiert. Daraufhin hatten wir die Idee für einen Raum, in dem sich alteingesessene und neue Lüneburger_innen begegnen und zusammen lernen können. So etwas gab es noch nicht und der Bau lag genau zwischen Sammelunterkunft und Stadtmitte. Beim Abschied haben wir uns zwar alle gedacht, das wird doch eh nichts, aber die Idee war am nächsten Morgen immer noch so gut und da haben wir dann einfach angefangen.« Aus der Schnapsidee wurde innerhalb weniger Wochen das *Welcome and Learning Center*, ein Ort zum Lernen, Treffen, Kaffeetrinken, Plaudern, Informieren und ein offener Raum für vielfältige Projekte.

Die Initiative wurde bei ihren Anstrengungen von vielen Seiten unterstützt. Das Organisationsteam renovierte den schmucklosen Flachbau in Eigenregie und richtete ihn mit gespendetem Mobiliar ein. Eine ortsansässige Firma steuerte Büromöbel, die Universität sieben alte Computer bei. Zuletzt kam spontane Hilfe von 30 Bundesfreiwilligendienstleistenden, die einen Tag

lang bei Renovierungsarbeiten im Außenbereich halfen und 200 Euro sowie zahlreiche gespendete Kübelpflanzen an die Initiative weitergaben. Um negativen Reaktionen innerhalb der Nachbarschaft vorzubeugen und Berührungsängste gar nicht erst aufkommen zu lassen, war es den Organisator_innen wichtig, die Renovierungsarbeiten am Gebäude so schnell wie möglich abzuschließen und das *WLC* als einladenden Ort zu gestalten, der einen optischen Gewinn für die Nachbarschaft darstellt. Wie wichtig die gute Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft ist, zeigen vereinzelte tätliche und verbale Angriffe auf das *WLC* und seine Mitarbeiter_innen. Diese reagierten darauf mit einem Schreiben, das sie an die Nachbarschaft verteilten, um über die Situation aufzuklären und für Solidarität zu werben.

Das Gebäude selbst liegt ideal zwischen der Innenstadt und der Sammelunterkunft, gut sichtbar an der Hauptstraße, sodass sowohl Geflüchtete als auch Einheimische guten Zugang haben. Von außen ist es durch eine Glasfront gut einsehbar, was die Transparenz erhöht und Berührungsängste mindert. Bereits vor der Tür steht ein gemütliches Sofa neben Blumenkübeln. Bei der Gestaltung orientierten sich die Organisator_innen an den Bedürfnissen der Geflüchteten. Im Vergleich zu herkömmlichen Willkommenscafés, die zu festen Zeiten einen Treffpunkt für Einheimische und Neuankömmlinge anbieten und dadurch Sprechanlässe für Deutschlerner_innen schaffen, arbeitet das *WLC* mit einem offeneren Konzept: Durch kostenlose Deutschkurse, eine gemütliche Atmosphäre und vor allem mit Internetarbeitsplätzen werden Anreize geschaffen, den Raum kennenzulernen. Ist der erste Schritt getan, kommt man bei einem Kaffee leichter ins Gespräch. Das *WLC* benutzt *Freifunk*, um freies W-LAN zur Verfügung zu stellen. Dies ermöglicht den Internetzugang auch außerhalb der Öffnungszeiten und vor der Tür. Das ist besonders wichtig, weil die Bewohner_innen in den Unterkünften generell keinen Internetzugang haben.

Gleich am Eingang des hellen Raumes befindet sich eine große Sitzgruppe mit Flipcharts. Hier ist Platz für Gruppentreffen, Unterricht und gemütliche Gespräche. An einer kleinen Theke stehen kalte und warme Getränke zur Verfügung, die man sich gegen eine Spende nehmen kann. Täglich geben Ehrenamtliche mehrere offene Deutschkurse und bieten Beratung, etwa zu Rechtsfragen, an.

Auf der gegenüberliegenden Seite befindet sich die Kinderecke mit Bastelsachen und Kinderbüchern sowie weitere Arbeitsplätze für Einzelunterricht und Sprachtandem-Treffen. Im hinteren Teil stehen ein Klavier und mehrere gespendete Gitarren für ehrenamtlichen Musikunterricht zur Verfügung. Die Liebe zum Detail und die vielen guten Ideen machen diesen Raum besonders – an der Wand hängt ein Stadtplan, auf dem die wichtigsten Anlaufstellen eingezeichnet sind, daneben eine Pinnwand mit Offers and Needs, auf der Woh-

nungen, Möbel, et cetera gesucht und angeboten werden können, und in einem Regal stehen Bücher zum Deutschlernen.

Das *WLC* ist dreimal wöchentlich für sechs Stunden geöffnet, freitags ist zusätzlich Frauentag. Männer sind an diesem Tag nicht erwünscht und die Beratung konzentriert sich auf frauenspezifische Themen. Dieser Schutzraum wird gut angenommen, weil weibliche Geflüchtete häufig nicht an gemischten Gruppen teilnehmen möchten und es sonst nicht viele exklusive Angebote für Frauen gibt. In dem Team, dass sich um das Aufschließen, die Kaffeetheke und die Sauberkeit der Räumlichkeiten kümmert, sind auch etwa zehn Geflüchtete. Die meisten von ihnen sind junge Menschen und Studierende. Mit ihren guten Deutsch- und Englischkenntnissen können sie darüber hinaus als Ansprechpartner_innen und Übersetzer_innen fungieren.

In Zukunft möchte die Gruppe auch verstärkt auf die Lüneburger Bürger_innen zugehen. Zu diesem Zweck hat sie bereits mit den Stadtteilzentren Kontakt aufgenommen und ist ein Teil der *Willkommensinitiative Lüneburg e.V.* geworden, in der sich Menschen aus der ganzen Lüneburger Bevölkerung engagieren. Damit soll auch der mangelnden Beständigkeit begegnet werden, die bei studentisch geprägten Projekten oft ein Problem ist. Die Gruppe erhofft sich von größerer Bürgerbeteiligung mehr Kontinuität im Kernteam, um das Projekt verstetigen zu können.

Die wöchentlichen Teamtreffen sind offen für jeden und neue Mitwirkende finden auch ohne Deutschkenntnisse schnell Anschluss. Das Bemerkenswerteste am *WLC* ist die offene und einladende Atmosphäre, die sich in einem unverkrampften Umgang der Anwesenden miteinander ausdrückt. Die Menschen begegnen sich auf Augenhöhe, jede_r darf erst mal so kommen, wie sie oder er ist, und wird akzeptiert. Ein junger Mann aus Palästina, der sich viel im Projekt engagiert, schwärmt: »Ich habe über das *WLC* ein WG-Zimmer gefunden und kann hier meine Sprachkenntnisse anwenden. Außerdem macht es mir Spaß, andere Leute beim Ankommen zu unterstützen, und ich bin hier kein Flüchtling, sondern eben Rami.« Das bestätigt auch eine deutsche Studentin: »Das Projekt hat uns zu einer Gruppe von Freunden zusammengeschweißt und man lernt ständig neue Menschen kennen. Wir arbeiten hier nicht für jemanden, sondern mit allen zusammen. Das ist eine große Motivation.«

Flüchtlingshilfe Mittelhessen

Die *Flüchtlingshilfe Mittelhessen* hat durch langjährige Erfahrung funktionierende Strukturen geschaffen, welche die Helferkreise in den weitläufig verteilten Ortschaften bei ihrer Arbeit unterstützen und die neu ankommenden Menschen individuell einbinden.

Ort: Wetzlar
Gründung: 1986
Mitarbeitende: 2 Sprecherinnen und Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden, diverse Fördergelder
Website: www.fluechtlingshilfe-mittelhessen.de

Mona Rauber

Der Verein *Flüchtlingshilfe Mittelhessen* leistet bereits seit 30 Jahren individuelle und unbürokratische Hilfe für Geflüchtete und koordiniert die verschiedenen Helferkreise in den weit verteilten Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises. Er verwaltet Spenden, vertritt die zahlreichen Ehrenamtlichen, vernetzt kleinere Initiativen und sorgt für Weiterbildung und Finanzierung. Außerdem stellt er Räume für Veranstaltungen von und mit Geflüchteten zur Verfügung und versucht durch altersgerechte Angebote, neue und alteingesessene Bewohner_innen in Wetzlar zusammenzubringen.

Der Landkreis setzt auf eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten, wodurch es vor Ort wenige Gemeinschaftsunterkünfte gibt und die Geflüchteten meist verstreut in kleinen Dörfern leben. »Wenn die Leute auf dem Land wohnen, haben sie oft wunderbare Wohnungen. Vor allem in den Dörfern besteht nach anfänglicher Angst eine große Hilfsbereitschaft seitens der Bewohner_innen«, erläutert Bettina Twrsnick, eine der beiden Vereinssprecherinnen. Die Geflüchteten haben jedoch in der Regel kein Auto zur Verfügung. Außerdem wurden die Infrastrukturen des öffentlichen Personennahverkehrs in den letzten Jahren stark zurückgebaut. Die Folge ist eine schlechte Anbindung an Angebote und Einrichtungen, die sowohl für die Alltagsbewältigung als auch für die Eingewöhnung in die neue Umgebung entscheidend sind. Zahlreiche lokale Helferkreise greifen dieses Problem auf und nehmen sich der Bedürfnisse ihrer neuen Nachbar_innen an.

Erfahrene Mitarbeiter_innen der Flüchtlingshilfe fahren schon vor der Ankunft neuer geflüchteter Menschen in die jeweilige Gemeinde. Dort bieten sie den ortsansässigen Vereinen, Kirchen oder sonstigen Helfergruppen Unterstützung und Informationen an und sensibilisieren sie bezüglich der Lage der Neuankommenden. So kann jede Gemeinde die Unterstützung der Geflüchteten ganz nach den gegebenen Ressourcen und Bedürfnissen eigenverantwort-

lich organisieren und sich gleichzeitig individuelle Unterstützung, Material und Informationen vom Verein holen. Die enge Begleitung ist auch wichtig, um potenzielle interkulturelle Missverständnisse aufzuklären und Kulturalisierungen vorzubeugen. Auch gilt es abzusichern, dass die Ehrenamtlichen ihre Rolle als Helfer_innen zur Selbsthilfe verstehen lernen.

Eine wichtige Zielgruppe des Vereins sind Kinder und Jugendliche, die in entlegenen Ortschaften untergekommen sind und dort keine kulturellen Angebote haben. Mit dem Geld einer Stiftung und vieler Kleinspenden wurde ein Projekt mit dem Titel *Nino – Der Kulturbus* finanziert. Nino ist ein syrischer Kindertheatermacher, der selbst geflüchtet ist und nun zusammen mit Lese- und Literaturpädagog_innen, die unter anderem in der *Phantastischen Bibliothek Wetzlar* ausgebildet werden, durch Hessen und Rheinland-Pfalz fährt. Der Theatermacher hat dadurch eine bezahlte Arbeit und die Kinder erfahren bilinguale Unterhaltung und kreative Ansprache.

In einer besonders schwierigen Situation sind die älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchtbezug, die nicht mehr in die Schule gehen und kaum Anschluss an Gleichaltrige haben. Der Verein gestaltet daher als außerschulisches Bildungsangebot Workshops zum Thema Flucht mit jungen Geflüchteten und versucht, Kontakte zwischen ihnen und den Schüler_innen herzustellen. Auch Kochabende mit der Wetzlarer Abendschule sind angedacht. An verschiedenen Orten der Stadt organisiert der Verein überdies kulturelle Veranstaltungen, um das Interesse der Bevölkerung an den neuen Bewohner_innen zu wecken. »Diese Veranstaltungen finden nicht über, sondern mit den Flüchtlingen statt und wollen etwas Positives aufzeigen. Formate sind beispielsweise Ausstellungen, Musik oder Literatur. Die Leute sagen ja auch, dass sie nicht als Hauptberuf Flüchtling sind, sondern einfach Menschen. Außerdem geht es um alltagsnahe Themen und weniger um das Thema Krieg«, berichtet Bettina Twrsnick.

Auch auf der politischen Ebene ist der Verein aktiv, schreibt Petitionen, stellt Rechtsberatung zur Verfügung und pflegt vertrauensvolle Kontakte vor allem zur Kommunalpolitik. Eine schon seit vielen Jahren bestehende offizielle Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ermöglicht direkte Gespräche und Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Der enge Kontakt zu *Caritas*, *Diakonie* und den Kirchengemeinden wird durch einen eigenen Arbeitskreis gewährleistet. Allerdings würden sich die Hauptverantwortlichen mehr Flexibilität und lösungsorientiertes Handeln von den alteingesessenen Trägern wünschen, bei denen oft erst abgewartet wird und Prozesse langsam ablaufen. Auch die Verwaltungsapparate der Behörden verzögern und behindern oft die Arbeit der *Flüchtlingshilfe Mittelhessen*. Da sich die Initiative um zahlreiche Einzelfälle kümmert, erschweren komplizierte Verfahren die Prozesse, weil für jeden Fall andere Regularien beachtet werden müssen. Vor allem bei den Integrationsmaßnahmen fordert der Verein

eine Vereinfachung des Zugangs für alle Asylbewerber_innen, da diese ohne Unterstützung häufig gar nicht dazu in der Lage wären, die ihnen zustehenden Leistungen auch einzufordern. Das Problem sei demnach nicht der mangelnde Integrationswille der Betroffenen, sondern liege in den komplizierten bürokratischen Vorgaben.

Seit letztem Jahr sind etwa 900 Freiwillige im gesamten Landkreis aktiv, so viele wie noch nie zuvor. Der Verein koordiniert die Arbeit zentral in Wetzlar über feste Arbeitsgruppen, zum Beispiel zu den Themen Deutschkurse, Wohnraum, Rechtsberatung oder Erstberatung für Ehrenamtliche. Alle Gruppen haben verantwortliche Ansprechpartner_innen, die Kontakt zu den einzelnen Helferkreisen in den Kommunen halten, für Fragen zur Verfügung stehen und Austauschtreffen organisieren. Letztendlich laufen alle Fäden bei den beiden Sprecherinnen des Vereins, Bettina Twrsnick, Leiterin der *Phantastischen Bibliothek*, und Heidi Stiewink, Mitarbeiterin der Evangelischen Kirche, zusammen. Beide werden von den Gruppenverantwortlichen zum einen entlastet und zum anderen auf dem Laufenden gehalten. Trotz dieser Unterstützung hat das Sprecheramt den Umfang eines zweiten Vollzeit-Jobs, zumal die Sprecherinnen als Gesichter des Vereins überall präsent sein müssen. Um die Arbeitsbelastung zu verringern, hoffen sie nun auf die Bewilligung einer hauptamtlichen Stelle zur Koordination der Ehrenamtlichen.

Beim Akquirieren von finanziellen Mitteln, das sehr viel Zeit benötigt, könnte eine solche Stelle ebenfalls helfen. Ferner sieht Bettina Twrsnick sowohl die Politik als auch die ortsansässigen Firmen mehr in der Pflicht. Unternehmen, die dringend Personal suchen, müssten Verantwortung übernehmen, indem sie Geflüchtete etwa durch Qualifizierungsangebote, Sprachkurse und Arbeitsmöglichkeiten einbinden. Auch der Staat, fordert sie, müsse mehr Angebote schaffen, etwa Sprachkurse in dezentralen Einrichtungen für alle Geflüchteten und unabhängig vom jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Status.

Coswig – Ort der Vielfalt

In enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und mit viel Rückendeckung der Stadtverwaltung verbesserte die Initiative *Coswig – Ort der Vielfalt* die Situation in den Sammelunterkünften in Coswig und Umgebung.

Ort: Coswig
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 170 (Initiative), 27 (Verein)
Finanzierung: Spenden, Benefizveranstaltungen und Fördergelder
Website: www.coswig-ort-der-vielfalt.de

Mona Rauber

Die Verwaltung der sächsischen Kleinstadt Coswig mit ihren 22.000 Einwohner_innen sah sich zunächst mit heftigem Widerstand gegen die Einrichtung einer Sammelunterkunft für 40 Geflüchtete konfrontiert. Bei einer Bürgerversammlung im Vorfeld kam es zu unsachlichen Diskussionen, die Tür des Gebäudes wurde mit Hakenkreuzen beschmiert und es gab Drohungen von Einzelpersonen. Allerdings beruhigte sich die Situation nach den anfänglichen Protesten merklich, was auch der Arbeit der Ehrenamtlichen von *Coswig – Ort der Vielfalt* zugeschrieben werden kann. Sie organisierten fünf Pat_innen allein für die Sammelunterkunft, um den Geflüchteten das Ankommen in Deutschland zu erleichtern und Konflikte zwischen neuen und alten Coswiger_innen zu vermeiden.

Die Initiative war zunächst von Personen des ökumenischen Arbeitskreises *Gerechtigkeit, Umwelt, Frieden (GUF)* ausgegangen, dessen Mitglieder sich veranlasst sahen, den zahlreichen Protesten und der neu entstehenden *PEGIDA*-Bewegung etwas entgegenzusetzen. Die Initiative kümmerte sich anfangs um Deutschunterricht, organisierte Fahrräder sowie Patenschaften und wurde bald nach ihrer Gründung durch einen gleichnamigen Verein ergänzt. Aufgrund dieser Aufteilung blieb der offene Initiativcharakter erhalten. Gleichzeitig konnten über den Verein Fördergelder beantragt und Spenden abgerechnet werden. Der Vorsitz des Vereins sowie das Sprecheramt der Initiative wurden auf mehrere Personen verteilt, die sowohl ihre Kompetenzen als auch ihre Netzwerke in die Arbeit einbrachten. Die erste Vorsitzende des Vereins leitet das örtliche *Kulturhaus der Klassik* und kennt sich daher mit Förderanträgen aus. Über die Schatzmeisterin besteht eine enge Verbindung zur Städtischen Wohnbaugesellschaft, die für die meisten Wohnungen, in denen geflüchtete Menschen untergebracht werden, verantwortlich ist. Durch weitere Vorstandsmitglieder bestehen Kontakte zu Kirchen und lokalen Unternehmen sowie

zum interkulturellen Garten. Eine Sprecherin der Initiative ist Hauptverantwortliche für die zahlreichen Deutschkurse und hat darüber engen Kontakt zu den neuen Coswiger_innen. Der zweite Sprecher zeichnet sich durch seine langjährige Arbeit in verschiedenen politischen Gremien und Aufsichtsräten und dabei entstandene Verbindungen zu Politik und Presse aus. Mittlerweile reichen die Kontakte der Initiative bis in das sächsische Sozialministerium, welches sich erst gesprächsbereit zeigte, nachdem sich die Initiative geweigert hatte, an einer Dankesveranstaltung des Ministerpräsidenten teilzunehmen. Sven Böttger, Sprecher der Initiative, erklärt, dass erst dieser Zwischenfall den guten Kontakt ermöglicht habe:

»Man nimmt uns als Initiative heute viel ernster. Wir haben jetzt einen kurzen Draht zu der Ministerin, können eine Mail hinschreiben und bekommen eine Antwort. Bei allem anderen kommt nicht viel raus, dafür ist der Apparat einfach zu schwerfällig.«

Auf lokaler Ebene funktioniert die Zusammenarbeit dagegen sehr gut. Die Initiative kann vor allem dank der Unterstützung durch politische und zivilgesellschaftliche Akteure effektiv arbeiten. Sowohl der Oberbürgermeister als auch der Stadtrat stehen hinter den Projekten und leisten, wenn nötig, schnelle und unbürokratische Unterstützung – etwa, wenn es um Förderanträge oder die Schirmherrschaft von Veranstaltungen geht. Die Amtsleiterin Asyl, die Ausländerbeauftragte des Landkreises und der Oberbürgermeister nehmen regelmäßig an Sitzungen der Initiative teil. Die Vereinsvorsitzende Christiane Matthé erklärt, dass dies nicht selbstverständlich sei:

»Das sehen wir bei anderen Initiativen hier in der Gegend. Da ist es zum Teil so, dass die Arbeit gar nicht unterstützt wird. Dort merkt man einen Verschleiß von Leuten und Energie, denn die machen das ja nicht wegen des Geldes, sondern, weil es ihnen wichtig ist.«

Die Arbeit der Initiative erweiterte sich im Laufe der Zeit auf die Einrichtung von Begegnungsräumen. So organisierte die Initiative zusammen mit Bewohner_innen der Sammelunterkunft eine Probieraktion landestypischer Speisen im örtlichen Supermarkt und veranstaltet regelmäßig Länderinformationsabende. Ein Begegnungscafé für neue und alteingesessene Coswiger_innen ist in Planung. Ihre Erfahrungen und Materialien wie zum Beispiel einen Patenleitfaden gibt die Initiative an Interessierte weiter und hat bereits umliegende Ortschaften bei dem Aufbau ihrer Helferkreise unterstützt. Auch wenn es andernorts zu Konflikten kommt, vermittelt die Initiative und macht konkrete Lösungsvorschläge. So können sie erfolgreich intervenieren, bevor es zu negativen Entwicklungen kommt, die das Verhältnis von Geflüchteten und Alteingesessenen belasten. Der rege Austausch mit den Nachbargemeinden bringt auch Vorteile für die Initiative: Deutschkurse können besser koordiniert, Fahr-

räder und Ersatzteile untereinander weitergegeben werden. Auch bei Veranstaltungen helfen die Initiativen untereinander aus.

Besonders erfolgreich ist das Coswiger Projekt in der Akquise von Fördermitteln, was bei vielen kleinen Initiativen normalerweise ein Problem darstellt. Die Initiative verfügte dieses Jahr über ein Haushaltsvolumen von etwa 100.000 Euro, welches sich aus Einzelspenden, den Einnahmen aus drei Benefizkonzerten und circa sechs verschiedenen Fördertöpfen zusammensetzt, unter anderem von der *Amadeu Antonio Stiftung*, den Kirchen und dem Bundesförderprogramm *Demokratie leben*. Außerdem unterstützt der Verein die ehrenamtlichen Sprachlehrer_innen dabei, eine Aufwandsentschädigung beim Landratsamt zu beantragen. Damit bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für ihre Arbeit. Viele der Ehrenamtlichen spenden das Geld wieder an den Verein zurück.

Christiane Matthé erklärt, dass der Aufwand einer Antragsstellung vor allem für kleinere Initiativen schwierig sei, da neben der Zeit häufig auch das Wissen um Prozesse und Verwaltungsformalia fehle. Dies gelte selbst für Fördertöpfe wie *Partnerschaft für Demokratie*, welche speziell für kleinere Projekte ausgeschrieben werden. Außerdem seien die Antragsfristen für Bewilligungszeiträume des darauffolgenden Jahres oft zu früh gesteckt, da kleine Initiativen nicht so weit im Voraus planen könnten. Fortbildungen zu diesem Thema wären aus Sicht des Vereins hilfreich. Bei kleineren lokalen Firmen helfe meist die Fürsprache des Stadtrates oder Bürgermeisters, um finanzielle Unterstützung zu bekommen. Es laufe immer darauf hinaus, gut vernetzt zu sein. Aus diesem Grund hat der Verein ein gemeinsames Netzwerktreffen mit allen Initiativen des Landkreises organisiert, bei der auch Informationen über Fördermöglichkeiten weitergegeben und die Verantwortlichen von *Partnerschaft für Demokratie* eingeladen wurden. Inzwischen konnten auch zwei weitere Gemeinden diese Gelder für sich beantragen. Das Beispiel des Coswiger Vereins zeigt, wie mit viel Mühe und guter Vernetzung das Verhältnis einer ganzen Ortschaft zu den Neuankommenden zum Positiven verändert werden kann.

Aktionstage der Wirtschaft Erkrath

Wirtschaftsunternehmen engagieren sich für die lokale Gemeinschaft und ermöglichen ihren Mitarbeiter_innen, im Rahmen von jährlichen Aktionstagen ehrenamtlich tätig zu werden. Durch die Vernetzung von Wirtschaft und der lokalen Gemeinschaft werden Neuangekommene aktiv in die Umsetzung gemeinnütziger Projekte eingebunden, sodass auch sie Sinn und Gemeinschaft in der ehrenamtlichen Arbeit erfahren.

Ort: Erkrath
Gründung: 2012
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche, 3 bis 10 Ehrenamtliche je nach Projektaufkommen
Finanzierung: Nutzungsgebühren, privat durch Gründer
Website: www.planetvalue.org

Rasmus Geßner

»Jeder setzt sich ein und macht etwas. Nur ein kleiner Anstoß ist nötig, und auf einmal machen alle mit«, berichtet eine Teilnehmerin der Erkrather *Aktionstage der Wirtschaft*.

In Erkrath, einer Stadt mit 40.000 Einwohner_innen, stellte Lutz Leßmann, Inhaber einer IT-Firma, 2012 im örtlichen Wirtschaftskreis das Konzept der *Aktionstage* vor, um in die städtische Gemeinschaft hineinzuwirken und Unternehmen mit sozialen Einrichtungen zu vernetzen: »Meine persönliche Erfahrung ist, dass man sehr oft als Unternehmen angesprochen wird, für soziale Projekte Geld zu spenden. Wenn man gemeinschaftlich soziale Projekte umsetzen kann, entsteht eine ganz andere Identifikation.« Ausgehend von diesen Überlegungen gründete Leßmann die *Planetvalue gGmbH* und es entstand das vierteilige Konzept der *Aktionstage*, das zur Bereitstellung der technischen Hilfsmittel und zur Projektkoordination dient.

Die Vorbereitung beginnt mit einer Auftaktveranstaltung für interessierte Unternehmen. Eine zweite, nachfolgende Auftaktveranstaltung ist für soziale Einrichtungen und Initiativen vorgesehen. Hier werden ihnen Projektideen als Anregung vorgestellt, die sie umsetzen und weiterentwickeln können. Diese sollen dann gemeinsam mit Unternehmen als Projektpartnern umgesetzt werden können.

Die sozialen Einrichtungen beziehungsweise Initiativen und die Unternehmen kommen dann einen Monat später bei der Projektmesse zusammen. Projektvereinbarungen werden noch während der Messe direkt am Stand geschlossen. Hierzu gibt es eine speziell entwickelte Tablet-Anwendung. Zusätzlich haben die Unternehmen etwa eine Woche vor der Messe die Möglichkeit, mittels einer von *Planetvalue* bereitgestellten Online-Datenbank sämtliche Projektideen einzusehen.

Die Planungen und Vereinbarungen der Vorbereitungstreffen werden dann einige Wochen später am tatsächlichen Aktionstag, dem vierten Schritt, in die Tat umgesetzt. An diesem Tag stellen die beteiligten Wirtschaftsunternehmen Mitarbeiter_innen, die teilnehmen möchten, von ihrer Arbeit frei, um für und mit den sozialen Einrichtungen die Projekte in die Tat umzusetzen. Auch Sachmittel und Know-how werden für diesen Tag zur Verfügung gestellt. 2016 konnten so 45 Projekte in Zusammenarbeit von 25 sozialen Einrichtungen und über 50 Unternehmen realisiert werden. Auf der Website von *Planetvalue* sowie per App werden die Projektfortschritte des Tages mit Bildern und Kommentaren dokumentiert und sind öffentlich einsehbar. Typische Projekte waren etwa ein Snoezelraum für Kinder oder die Einrichtung eines Barfußpfads auf dem Gelände des Altersheims.

Bei den Aktionstagen der Wirtschaft im Jahr 2016 war es den Unternehmen besonders wichtig, einen Beitrag zum Thema Flüchtlingshilfe zu leisten. In diesem Fall ging die Initiative von den Unternehmen aus. Der *Freundeskreis für Flüchtlinge in Erkrath e.V.* wurde befragt, welche Unterstützung sinnvoll geleistet werden könnte. Dabei stand vor allem die Begegnung auf Augenhöhe im Mittelpunkt. Die Unternehmen wollten nicht nur etwas *für* Neuangekommene, sondern *mit* ihnen gemeinsam tun. So entstand die Idee, in Zusammenarbeit mit Mitarbeiter_innen eines Erkrather Ingenieur- und Beratungsdienstleisters für Wasser- und Infrastrukturprojekte mit zehn Geflüchteten einen Sandkasten in einem Containerdorf zu bauen. In einer anderen Unterkunft wurde ein Raum von einem Maler syrischer Herkunft professionell gestrichen, sodass am Aktionstag das Mobiliar aufgebaut werden konnte und der Raum nun als ruhiger Lernraum verwendet werden kann. Neben diesen beiden entstanden noch weitere gemeinnützige Projekte, bei denen die Zusammenarbeit von Geflüchteten, Wirtschaftsunternehmen und sozialen Einrichtungen erfolgreich funktionierte. *Planetvalue* arbeitet längerfristig auch darauf hin, Neuangekommene in die Ehrenamtsstrukturen einzubinden. Lutz Leßmann: »So können Personen, die noch keine Arbeitsgenehmigung haben, schon etwas Sinnvolles tun und Kontakte zu Unternehmen knüpfen, die möglicherweise zu einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle führen.«

Mithilfe der Aktionstage sollen möglichst viele Personen der Stadtgemeinschaft zur gemeinsamen ehrenamtlichen Arbeit bewegt werden. Die damit einhergehende Stärkung des Gemeinschaftssinns ist für Leßmann bei der Lösung gegenwärtiger und künftiger gesellschaftlicher Herausforderungen ein wichtiger Schritt.

Der stattfindende Wissenstransfer und die erarbeiteten Projekte liefern für alle Beteiligten neue Erkenntnisse und Erfahrungen, die häufig für eine weitere Zusammenarbeit genutzt werden. Durch diese können auch langfristige und nachhaltige Netzwerke zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Stadtgemeinschaft entstehen. Gleichzeitig werden Vorurteile abgebaut

und das gegenseitige Kennenlernen gefördert. Der lokale und regionale Fokus führt zu unmittelbar sichtbaren Ergebnissen und einer starken Identifikation mit dem Projekt und der Stadt. Die entstehenden Beziehungen können die Gemeinschaft nachhaltig aktivieren.

Planetvalue bietet eine leistungsfähige Internetplattform und eine App, die jede_r mit wenig Aufwand nutzen kann, um einen Aktionstag in ihrer_seiner Region zu initiieren, durchzuführen und für alle öffentlich sichtbar zu machen. Die gemeinnützige GmbH finanziert sich derzeit durch Zuschüsse seitens der Städte, die die Projektidee und die Plattform gegen eine »symbolische Gebühr«, so Leßmann, nutzen können, und durch Mittel des Gründers Leßmann selbst. Langfristig, wenn mehr Städte das Konzept akquirieren, soll sie sich durch die Nutzungsgebühren selbst tragen.

Das Erkrather Beispiel zieht schon Kreise: Seit 2015 ist die Stadt Mettmann mit einem eigenen Aktionstag aktiv. 2016 sind mit Ratingen und dem Kreis Euskirchen zwei weitere Regionen dazugekommen, die ebenfalls mit Hilfe von *Planetvalue* ihren Aktionstag verwirklicht haben. So wurden seit 2013 bisher acht Aktionstage mit 386 sozialen Projekten von 274 aktiven Unternehmen und 155 sozialen Einrichtungen durchgeführt.

Die Plattform *Planetvalue* inklusive der Apps dient der Stadt Erkrath seit Dezember 2015 außerdem als Koordinationsplattform für die Arbeit mit Geflüchteten.

Mit ausgefeilter Vorarbeit, einem nachvollziehbaren Stufenkonzept und vielen Möglichkeiten zur Übertragbarkeit auf andere Städte unterschiedlicher Größenordnung hat *Planetvalue* ein Konzept entworfen, das mit überschaubarem Aufwand Räume schafft, um Kommunikation und Begegnung im gemeinsamen Handeln für die Gemeinschaft zu ermöglichen.

Selbstorganisation und Empowerment

Im Ankommensprozess von Geflüchteten spielt Selbstorganisation eine maßgebliche Rolle. In einem Kontext, in dem vieles neu und die Zukunft erst einmal unbestimmt ist, und in dem sich die Betroffenen aufgrund der eigenen Fluchtbiografien und ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation häufig in einer äußerst prekären Ausgangslage befinden, ist gegenseitige Unterstützung und Vernetzung notwendig, um die Schwierigkeiten des Alltags zu meistern und die Wiederaneignung eines selbstbestimmten Lebens voranzutreiben. Auch bestehende strukturelle Diskriminierungen und Barrieren können mithilfe von Selbstorganisation zumindest abgemildert werden. Meist findet Selbstorganisation auf der alltagspraktischen Ebene, im Kleinen, statt und ist nach außen hin wenig sichtbar. Größeres Augenmerk hat Selbstorganisation bei politischen Kämpfen von Geflüchtetenorganisationen und Initiativen erfahren, in denen es um gesellschaftliche Teilhabe, Bewegungsfreiheit und ein würdevolles Leben in Deutschland geht. Der 2012 von Würzburg ausgehende *Refugee Protest March* und die anschließenden politischen Aktionen in Form von Demonstrationen, Hungerstreiks und Besetzungen in Berlin und anderen deutschen Städten waren Ausdruck einer neuen politischen Qualität der Bewegung und sorgten für eine Bewusstseinsverschiebung in der deutschen Öffentlichkeit. Dabei ist die politische Selbstorganisation von Geflüchteten kein neues Phänomen: Seit mehr als 20 Jahren setzt sich die Geflüchtetenorganisation *The Voice Refugee Forum* aktiv für Geflüchtete ein, versucht öffentlichen Druck auszuüben und beteiligt sich in zahlreichen politischen Netzwerken, wie beispielsweise der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen*. Die Initiative *Women in Exile & Friends* engagiert sich seit 2002 gezielt für Frauenrechte.

Der Versuch selbstorganisiert, das heißt möglichst unabhängig, hierarchiefrei und nach dem Konsensprinzip zu agieren, bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich. Politisches Engagement ist nicht selbstverständlich, wenn das eigene Alltagsleben nicht abgesichert ist, keine Dokumente vorhanden sind oder die Muttersprache eine andere als Deutsch ist. Gerade in der Zusammenarbeit mit Unterstützer_innen und Freiwilligen tauchen außerdem Fragen von Macht, Rassismus und Privilegien hinsichtlich Sprache, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Zugang zu lokalem Wissen, wie etwa der Vereinskultur, auf, die sich nicht ohne weiteres auflösen lassen. Nicht selten werden trotz bester Absichten Machtverhältnisse reproduziert, Geflüchtete funktionalisiert oder instrumentalisiert. Selbstorganisation birgt zudem die

Gefahr der Überlastung, wenn ein Weg gewählt wird, der völlig dezentralisierte, autonome Strukturen und Unabhängigkeit voraussetzt.

Empowerment und Selbstorganisation bringen vielfältige Potenziale mit sich. Die Stärke der hier vorgestellten Projekte liegt darin, dass sie einen Ansatz verfolgen, der von den Bedürfnissen der beteiligten Personen ausgeht, diese aktiv einbindet und sie befähigt, ihre Interessen eigenständig zu verfolgen. Selbstorganisation erlaubt es den Beteiligten, sich als aktiv handelnde Subjekte und nicht als passive Hilfsbedürftige zu begreifen. Sie zielt darauf ab, die eigenen Lebensumstände selbstbestimmt zu gestalten und für sich selbst zu sprechen und trägt damit dazu bei, das Recht auf Selbst- und Mitbestimmung auch nach außen sichtbarer werden zu lassen. Die ausgewählten Projekte decken ein weites Spektrum ab. Auf der einen Seite finden sich Projekte, wie die selbstverwalteten Internetcafés, mit denen Grundbedürfnisse befriedigt werden. Projekte der Kultur- und Medienarbeit zielen darauf ab, sich Gehör zu verschaffen, sich einzumischen und erwünschte Veränderungen in eigener Regie zu bewirken. Projekte in den Bereichen politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit ermutigen Geflüchtete, aktiv für ihre Rechte einzutreten und darüber Einfluss auf die politische Agenda zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei marginalisierten Themen, wie etwa der Integration von Frauen- und Genderfragen in das Flüchtlingsrecht.

Die vorgestellten Projekte leisten so einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung selbstbestimmten Handelns und aktiver gesellschaftlicher Teilhabe. Es gelingt ihnen, Räume der Mitbestimmung zu schaffen, Kontakte zwischen Geflüchteten herzustellen und das Zusammenkommen von Menschen mit und ohne Fluchtbezug zu ermöglichen. Dabei geht es nicht zuletzt um das gemeinsame Aushandeln gesellschaftlicher Fragen. Den Anfang bildet dabei meist das Ausloten der Organisationsstrukturen im eigenen Engagement.

Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg

Eine Gruppe von *Refugee*-Aktivist_innen hat sich zusammengefunden, um von Abschiebung bedrohte Geflüchtete zu unterstützen und die Abschiebungspolitik in Deutschland durch Demonstrationen und politische Aktionen öffentlich zu thematisieren.

Ort: Berlin/Brandenburg
Gründung: 2013
Mitarbeitende: Aktive: 10, Netzwerk: 30
Finanzierung: keine
Website: www.facebook.com/stopdeportationgroup

Marlene Rudloff

Eine wenig öffentlich gemachte, aber wesentliche Komponente der Flüchtlings- und Asylpolitik ist die Rückführung abgelehnter Asylbewerber_innen. Infolge der Asylrechtsverschärfung der letzten Jahre sind Abschiebungen aus Deutschland heute kaum Grenzen gesetzt. Die Zahl der Abschiebungen ist im ersten Halbjahr 2016 deutlich gestiegen und die Förderung der sogenannten *Freiwilligen Rückkehr* hat in den letzten Jahren rasant an Bedeutung gewonnen. Besonders für Familien und Menschen, die nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland abgeschoben werden sollen, ist die Situation äußerst problematisch. Die Flüchtlingsräte der Bundesländer sowie verschiedene Geflüchteten- und Menschenrechtsorganisationen wie *Pro Asyl, Amnesty International* oder *Terre des hommes* kritisieren die Abschiebungspraxis als inhuman und stufen die jüngsten Entwicklungen, und insbesondere die Abschiebung in Kriegsgebiete wie Afghanistan, als völkerrechtswidrig ein. Die Geflüchteteninitiative *Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg* verleiht dieser Kritik durch ihre politische Arbeit in Form von Aktionen, Demonstrationen und Kampagnen auf lokaler Ebene Ausdruck und leistet elementare Unterstützungsarbeit für Personen, die abgeschoben werden sollen.

Ausgangspunkt des politischen Engagements bildete im April 2013 der Protest einer Gruppe von 25 Geflüchteten aus Pakistan, Tschetschenien, Somalia, Mali, Kamerun und Ghana, die sich organisierten, um die eigene Situation im Erstaufnahmezentrum und Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt zu verändern und etwas gegen die Missstände vor Ort zu unternehmen. Eisenhüttenstadt war im Mai 2013 durch den Suizid eines Geflüchteten und mehrere Hungerstreiks im weiteren Verlauf des Jahres in die Presse gekommen. Als eine Person aus der Gruppe abgeschoben werden sollte, entschied man sich, politisch aktiv zu werden und das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Einer der Aktivist_innen und Initiator_innen, der selbst jahrelang von einer Ab-

schiebung nach Ungarn bedroht war, beschreibt seine Motivation folgendermaßen: »We had to do something, to fight for our rights. Deportation is not a free choice. The way it works is inhuman. We are treated like busses. We are sent from one country to another. You can say, ›This bus should go to Hungary, that one goes to Italy‹. But we are humans, we are not busses.«

Am 3. Juni 2013 fand die erste von der Initiative ausgehende Demonstration in Eisenhüttenstadt statt, es folgten weitere Demonstrationen in Berlin und politische Aktionen auf den Berliner Flughäfen. Neben dem Protest gegen die Abschiebungen waren die Zustände in Eisenhüttenstadt ein Thema. Kritisiert wurde die mangelhafte medizinische Versorgung, der fehlende Zugang zu Beratungsangeboten, die hygienischen Bedingungen und die äußerst beengte Unterbringung ohne jede Privatsphäre (vgl. Info-Heft Flucht und Asyl. Flüchtlingsrat Brandenburg 2015). Die Gruppe begann damit, ein Netzwerk von Anwält_innen aufzubauen und Kontakte zu anderen Unterkünften in Brandenburg herzustellen. Umfassende Unterstützung erhielt die Initiative seitens verschiedener Vereine und antirassistischer Gruppen wie der *Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB), FelS* und *Lager Watch Eisenhüttenstadt*, die bereits zuvor in dem Bereich tätig waren.

Eines der großen Anliegen der Gruppe war es von Beginn an, Unterstützung insbesondere in den ländlichen, gesellschaftlich isolierteren Gebieten zu leisten. Um von Abschiebung bedrohten Menschen dort zu helfen, wurden Kontakte zu entsprechenden Anwält_innen hergestellt, Gelder für deren Bezahlung gesammelt und Fälle dokumentiert. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit richtete sich der Fokus auf die ländlichen Gebiete: Im August 2014 fand gemeinsam mit antirassistischen Bündnissen und der Initiative *Refugee Report* eine Fahrradtour-Kampagne entlang verschiedener Unterkünfte statt, von Bad Belzig über Beelitz, Potsdam, Teltow, Berlin, Fürstenwalde, Frankfurt (Oder) bis nach Eisenhüttenstadt, wo im Anschluss das *Stop Deportation Camp* mit Workshops und Vorträgen durchgeführt wurde. Das Ziel war es, auf die prekäre Unterbringungssituation, die eingeschränkten Rechte von Geflüchteten und die intransparente Abschiebepraxis aufmerksam zu machen und die Bewohner_innen der Unterkünfte zu informieren.

Ende 2014 verlagerte sich der Schwerpunkt zunehmend auf Berlin. In der Hauptstadt findet sich zum einen ein großes Unterstützungsnetzwerk, zum anderen werden die Abschiebeflüge von Berliner Flughäfen aus durchgeführt. Durch politische Aktionen und Unterstützerkreise konnten einige Abschiebungen verhindert werden. Inhaltlich zeichnete sich allmählich ebenfalls eine Verschiebung ab und die Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit nahm an Bedeutung zu. Gemeinsam mit *Lager Watch Eisenhüttenstadt* arbeitet die Gruppe an einer Dokumentation von Abschiebungsfällen in Eisenhüttenstadt. Darüber hinaus beteiligt sich die Initiative seit Mai 2014 an der Organisation des *Freedom March* von Berlin nach Brüssel, der zum Ziel hat, die Nichteinhaltung

von Menschenrechten in Bezug auf Geflüchtete publik zu machen. Auch das Feld der konkreten Unterstützung hat sich erweitert: So geht es heute vor allem darum, die Menschen in den Unterkünften miteinander zu vernetzen, Selbstorganisation der Newcomer_innen zu fördern und sie darin zu bestärken, für die eigenen Rechte einzutreten und politisch aktiv zu werden. Die Gruppe bemüht sich außerdem darum, den Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung für Geflüchtete in den Unterkünften in Brandenburg zu verbessern und unterstützt bei Schulanmeldungen und Behördengängen.

In den letzten zwei Jahren hat sich ein relativ stabiler Kern von zehn Personen herauskristallisiert, darunter einige Deutsche. Mehrere Arbeitsgruppen haben sich gebildet und ein großes Unterstützungsnetzwerk ist entstanden. Die Initiative ist Teil des politischen Netzwerks *Oplatz.net*, dass im April 2016 ein Info-Comic zum Thema Abschiebung herausgebracht hat.

Die größte Schwierigkeit besteht derzeit darin, Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen. Personen, deren aufenthaltsrechtliche Situation nicht geklärt ist, haben oft Angst vor den möglichen Folgen eines politischen Engagements; Personen, die politisch aktiv waren und denen schließlich ein sicherer Aufenthaltsstatus zuerkannt wurde, ziehen sich tendenziell aus der politischen Arbeit zurück, um nach der jahrelangen Unsicherheit endlich ein »normales« Leben zu führen, ein reguläres Arbeitsverhältnis aufzunehmen und eigenes Geld zu verdienen. Davon abgesehen ist es für Menschen ohne Papiere oder ohne Sprachkenntnisse schwer, aktiv mitzuwirken, da es für diese Personengruppe grundsätzlich unmöglich ist, Demonstrationen anzumelden, rechtswirksame Unterschriften zu leisten oder Verhandlungen mit politischen Vertreter_innen zu führen. Die Aktivist_innen sind daher der Meinung, dass Unterstützung von außen auch für selbstorganisierte Gruppen wichtig ist: »We always say, refugees should be running the thing, but it is actually very hard to get people into the group. We need support from the German civil society.«

Ein weiteres Problem ist das der Selbstausbeutung und Überlastung, da allzu oft ein großer Teil der Arbeit von wenigen Personen bewältigt werden muss. Davon sind nicht zuletzt auch die Anwält_innen betroffen. Schließlich handelt es sich bei den Aktivist_innen sowie der *Refugee*-Bewegung allgemein um eine sehr heterogene Gruppe und trotz großer Solidarität untereinander kommt es aufgrund unterschiedlicher Zielvorstellungen und Interessenlagen nicht selten zu Uneinigkeit hinsichtlich der politischen Forderungen: Während es einigen Gruppen explizit darum geht, die Lebenssituation von Menschen ohne Papiere in Deutschland zu verbessern, möchten sich andere eher für einen verbesserten Familiennachzug einsetzen.

In Berlin ist die *Stop Deportation Group* heute an verschiedenen Projekten beteiligt, veranstaltet beispielsweise Kochevents von Geflüchteten für Geflüchtete, organisiert *Küfas* (*Küche für Alle*) und ein Chorprojekt. Während des Ramadan wurde für 30 bis 40 Menschen, die in den Unterkünften leben, ge-

kocht. Gemeinsam mit weiteren Initiativen und Anwohner_innen aus Berlin-Neukölln wurde im Jahr 2014 zudem ein Willkommensfestival auf den Wiesen des Tempelhofer Feldes ins Leben gerufen.

Seit November 2016 besitzt die Initiative den Vereinsstatus. Durch ihr politisches Engagement und Empowerment stärkt die *Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg* die politische Handlungsmacht von Geflüchteten und leistet einen wichtigen Beitrag zum Recht auf Selbstbestimmung. Gemeinsam mit einem Netzwerk von Unterstützungsgruppen und anderen politischen Gruppen zielen sie darauf ab, Kräfte zu bündeln, um solidarisch und vereint die Hürden abzubauen, die Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland die politische Teilhabe und die Gewährung der Menschenrechte versagen.

iwspace – International Women's Space Berlin

Um auf die ausgesprochen prekäre Situation von geflüchteten Frauen aufmerksam zu machen, hat sich 2012 die feministische, Berlin-basierte Initiative gegründet und leistet seitdem grundlegende Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit in ganz Deutschland.

Ort: Berlin
Gründung: November 2012
Mitarbeitende: circa 10 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden, *Mama Cash Foundation*
Website: https://iwspace.wordpress.com

Marlene Rudloff

Angaben von *Terre des Femmes* zufolge sind mindestens die Hälfte der weltweit fliehenden Menschen Mädchen und Frauen (vgl. Terre des Femmes 2016). Auf das aus asylrechtlicher Perspektive abgeschottete Territorium der Europäischen Union schaffen es jedoch größtenteils Männer. Die Situation der meisten Frauen ist besonders prekär: Neben Gründen wie politischer oder religiöser Gewalt und Verfolgung fliehen sie oft auch aus Verhältnissen häuslicher Gewalt, suchen Schutz vor dem Partner, der Familie, vor Zwangsverheiratungen, Genitalverstümmelungen oder ähnlichem. Zwar gelten schwangere und alleinerziehende Frauen mit Kindern in der Europäischen Union seit 2013 als besonders schutzbedürftig, sexuelle Gewalt, Verfolgung aufgrund des zugewiesenen Geschlechts und sexueller Orientierung stellen jedoch bis heute keine anerkannten Fluchtgründe im internationalen Flüchtlingsrecht dar.

Um jenen Frauen, die es nach Europa geschafft haben und oftmals völlig auf sich gestellt sind, Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu empowern, hat sich 2012 in Berlin die politische Initiative *International Women's Space* (*iwspace*) gegründet, eine Gruppe von Feminist_innen mit und ohne Flucht- und Migrationserfahrungen. Ihr Anliegen ist es, Geschichten zu dokumentieren und frauenspezifische Fluchtgründe und Bedürfnisse zu thematisieren. Die Gruppe geht auf die Besetzung der ehemaligen *Gerhart-Hauptmann-Schule* durch Geflüchtete zurück. Seinerzeit wurde ein Seitenflügel der 2. Etage des Gebäudes durch Frauen eingenommen und explizit als Schutzraum für die in der Schule wohnenden Frauen eingerichtet (*Women*Space)*. Dort begann sich die Gruppe mit dem Ziel zu organisieren, sich über die Ankommens- und Lebenssituation in Deutschland und über die Konfrontation mit Vorurteilen, Rassismus, vielfältigen Diskriminierungen und sexistischen Übergriffen auszutauschen. Auch ging es darum, sich gegenseitig beim Erlernen einer neuen Sprache und dem Zurechtfinden in

Deutschland zu unterstützen und zu stärken. Die politische Arbeit war von Beginn an ein großes Anliegen, konnte jedoch in der *Gerhart-Hauptmann-Schule* nur begrenzt verfolgt werden, weil damals die Erfüllung von Grundbedürfnissen im Vordergrund stand. Somit war es wichtig, eine gute Balance zwischen den alltäglichen Notwendigkeiten und dem Bedürfnis nach politischer Arbeit, Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu finden. Zudem bedurfte es zunächst eines intensiven Klärungsprozesses über das Selbstverständnis als feministische Gruppe in einer derart pluralistischen und kosmopolitischen Konstellation. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Perspektiven, Privilegien und Machtpositionen wurden Erwartungen und Bedürfnisse ausgelotet und gemeinsame Interessen diskutiert. Schwierig war auch, dass sich die feministische Gruppe von Beginn an mit Anfeindungen inner- und außerhalb der Schule auseinandersetzen musste.

Nach der Räumung der besetzten Schule im Juni 2014 richtete sich der Fokus der Gruppe vollends auf die Öffentlichkeits- und Dokumentationsarbeit. Ausgehend von dem Verständnis, dass auch das Private politisch ist, ging es insbesondere darum, Aufklärungsarbeit zu leisten und die prekären und gewalttätigen Verhältnisse, aus denen die Frauen häufig kommen und aus denen sie ausbrechen wollen, sichtbar zu machen. Heute setzt sich die politische Gruppe aus Frauen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Seit 2013 arbeitete der Kreis bereits an der Verschriftlichung von Geschichten. Daraus entstanden ist heute eine umfangreiche Publikation *In our own words* mit zwölf persönlichen *testimonies* und weiteren Texten, Dokumentations- und Fotomaterial, Gedichten und Liedern. Die Texte sind jeweils im Original sowie auf Deutsch und Englisch übersetzt abgedruckt.

Mittlerweile sind *International Women Space* und ihre Mitwirkenden deutschlandweit bekannt und gelten als wichtige Ansprechpartner_innen im Themenfeld um geflüchtete Frauen und Frauenrechte. Sie erhalten zahlreiche Anfragen und sind auf vielen Podien, Konferenzen, Tagungen und Workshops präsent. Daneben führen sie eigene Veranstaltungen wie Lesungen oder Filmabende durch. Aufgrund ihrer Offenheit verfügt die Initiative über ein breites und starkes Netzwerk. Eine feste Rollenverteilung gibt es nicht und alle beteiligten Frauen wirken mal mehr, mal weniger an der Öffentlichkeitsarbeit mit. Die politischen Forderungen von *iwspace* beziehen sich vor allem auf diskriminierende Aspekte von Politik und Praxis. Sie setzen sich für die Anerkennung von *gender persecution*, das heißt geschlechtsspezifischer Gründe im Asylrecht, und mehr dezentralen Wohnraum insbesondere für Frauen und Kinder ein. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit zeigen sie auf, wie groß der Handlungsbedarf hinsichtlich der Unterbringung von Frauen ist: In zahlreichen Unterkünften sind Frauen in der Unterzahl und aufgrund fehlender Privatsphäre nicht vor sexuellen Übergriffen geschützt. Viele Unterkünfte entsprechen nicht den Standards, Qualitätskontrollen werden nicht flächendeckend durchgeführt.

Darüber hinaus beziehen bestehende Angebote der Geflüchtetenhilfe Frauen noch zu wenig ein.

Die größte Herausforderung und Chance zugleich besteht für die Gruppe in der Umsetzung von Selbstorganisation. So würde es die Gründung eines Vereins perspektivisch ermöglichen, eine oder gar mehrere Stellen zu finanzieren, die Arbeit weiter zu professionalisieren und darüber dauerhaft zu implementieren. »Andererseits könnten wir dann nicht mehr so arbeiten, wie wir es derzeit tun und wären permanent damit beschäftigt, Anträge zu schreiben«, so eine der Initiator_innen des Projekts. Derzeit finanziert sich das Projekt vor allem über Spenden und die *Mama Cash Foundation* aus den Niederlanden, die größtenteils Selbstorganisationen außerhalb Europas fördert, den *iwspace* jedoch als besonders unterstützenswert einordnet. Mit ihrer Arbeit leisten die Frauen von *iwspace* einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Frauen in ganz Deutschland, schaffen Räume der Begegnung und des Austauschs auf Augenhöhe, ermöglichen die Selbstermächtigung von Frauen und fordern dominante Wissensstrukturen heraus.

Refugees Emancipation

Der an Empowerment orientierte Verein setzt sich für die flächendeckende Internetanbindung von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein. Mit selbstverwalteten Internetcafés schafft er Orte des Austauschs und der Selbstbestimmung.

Ort: Potsdam
Gründung: 2001
Mitarbeitende: 30 Vereinsmitglieder, Netzwerk: 40
Finanzierung: Spenden, z.T. öffentliche Gelder
Website: www.refugeesemancipation.com

Marlene Rudloff

Die alltägliche Verfügbarkeit eines Internetzugangs in deutschen Privathaushalten scheint im Informationszeitalter geradezu selbstverständlich. In zahlreichen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften mangelt es jedoch an dieser wertvollen Ressource, die für viele Asylsuchende Informationsquelle und Kontaktmedium zugleich ist.

Mit dem Vorhaben, Flüchtlingsunterkünfte mit einer kostenlosen Internetanbindung zu versorgen, füllt der im Jahr 2001 in Potsdam gegründete Verein *Refugees Emancipation* eine signifikante Leerstelle in der Unterstützung geflüchteter Menschen in Deutschland und widmet sich insbesondere den Orten, die nicht an ein Stadtzentrum angebunden sind. Im Raum Berlin-Brandenburg werden inzwischen neun Internetcafés von *Refugees Emancipation* betrieben. Die Besonderheit liegt darin, dass es sich um Internetcafés von Refugees für Refugees handelt. Das heißt, die Räume werden von Geflüchteten selbst verwaltet und sind dabei weitestgehend unabhängig von der Heimleitung. In den Fällen, in denen sich ein solches Café direkt auf dem Grundstück der Unterkunft befindet, schließt der Verein eine Kooperationsvereinbarung mit der jeweiligen Heimleitung. Diese dient als rechtliche Grundlage, in der die Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Das Prinzip der Selbstverwaltung ist nicht verhandelbar, das heißt, der Verein verfügt eigenständig über die Gestaltung, Ausstattung und Betreuung der Räume; Mietkosten werden zum Großteil über Spenden getragen. Über die Öffnungszeiten entscheiden die Beteiligten in Abstimmung mit der Heimleitung selbst. Betreut und koordiniert werden die Internetcafés von jeweils zwei ehrenamtlichen Geflüchteten, die auch die Schlüssel verwalten. Einmal im Monat treffen sich alle Koordinator_innen, um sich über aktuelle Entwicklungen, Bedarfe und Herausforderungen in den Cafés auszutauschen. Im Potsdamer Büro des Vereins arbeiten weite-

re Ehrenamtliche und leisten dort wichtige Kommunikations- und Organisationsarbeit.

Neben dem Internetangebot gibt es die Möglichkeit, an Computertrainings und Orientierungskursen teilzunehmen. In diesen werden Informationen zu örtlichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten weitergegeben und Kommunikationsfähigkeiten vermittelt. An einzelnen Standorten gibt es außerdem die Möglichkeit, Laptops, USB-Sticks und Ähnliches auszuleihen. Insbesondere für die Teilnahme an Online-Sprachkursen wird dieses Angebot gern genutzt. Auch Kindern wird unter durchgehender Aufsicht in einigen Cafés ein Computerzugang ermöglicht. Die Koordinator_innen müssen somit eine Vielzahl von anspruchsvollen Fähigkeiten in sich vereinen: Sie sind Systemadministrator_innen, Ansprechpartner_innen, Berater_innen, Sozialarbeiter_innen und Mediator_innen zugleich.

Ein Gleichgewicht zu finden zwischen Selbstorganisation und der Spirale der Selbstausbeutung, ist die wohl größte Herausforderung für den Verein. Die Anzahl der in Frage kommenden Koordinator_innen ist begrenzt, da nicht jede_r die notwendigen hohen sozialen und pädagogischen Kompetenzen, technisches Know-how und ein gewisses Vermittlungsgeschick mitbringt. Für Asylsuchende, die gerade angekommen sind oder sich in einer sehr unsicheren Lebenssituation befinden, sind diese Aufgaben praktisch ausgeschlossen, da eine gewisse Stabilität notwendig ist. Bislang ist außerdem weder die Erstattung der Fahrtkosten zu den Cafés noch eine angemessene Entlohnung der Koordinator_innen möglich.

Die prekäre Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland bewog den Initiator des Projekts, Eben Chu, dazu, aktiv zu werden und selbst etwas zu verändern. Er kam als politischer Flüchtling nach Deutschland und weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Stärkung der Handlungsmacht und der Eigeninitiative der Newcomer_innen ist. Mit dem Anliegen, die Menschen direkt vor Ort, das heißt in den Unterkünften zu unterstützen, gründete er 2001 den Verein *Refugees Emancipation*. Im selben Jahr entstand in Potsdam das erste Internetcafé. Später folgten weitere Cafés in verschiedenen Unterkünften Brandenburgs, darunter in Prenzlau, Luckenwalde und Eisenhüttenstadt. Bei dem Aufbau der verschiedenen Standorte trifft der Verein auf unterschiedlichste Hürden. Sei es, dass Geflüchtete äußern, Angst vor der staatlichen Kontrolle und Überwachung ihrer Aktivitäten im Internet zu haben; oder dass wichtige rechtliche Fragen zu Leistungsanspruch und Zuständigkeiten weiterhin nicht geklärt sind, auch wenn die kürzlich eingeschränkte Störerhaftung einige Probleme abmildern konnte. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass Heimleitungen in langen Gesprächen von der Sinnhaftigkeit des Vorhabens überzeugt werden müssen, da sie Kontrollverlust oder Missbrauch des Internetzugangs befürchten.

Der Ansatz des Projekts, Empowermentarbeit direkt vor Ort und in zum Teil weit abgelegenen Unterkünften zu leisten, ist von besonderer Wichtigkeit, denn auch heute konzentrieren sich zahlreiche Angebote von Helferkreisen und Unterstützungsstrukturen auf den städtischen Raum. Es sei dringend notwendig, mehr Unterstützung vor Ort anzubieten und, noch wichtiger, mit den dort lebenden Menschen zusammen, das heißt bedürfnisorientiert zu arbeiten: »Nur im persönlichen Kontakt mit den Geflüchteten kann die erzwungene Isolation aufgebrochen und tatsächliches Empowerment nachhaltig gefördert werden«, so Eben Chu. Gerade im hochdynamischen Feld der digitalen Hilfen kommt es häufig vor, dass brillante Ideen fernab von den Betroffenen und damit an deren Bedürfnissen vorbei entwickelt werden. Das Ergebnis sind Projekte und Web-Angebote, von denen die Geflüchteten im schlimmsten Fall gar nicht erst erfahren. Tatsächliche und konkrete Partizipation der Newcomer_innen am Prozess lautet somit die Devise und die zugleich größte Forderung des Vereins. *Refugees Emancipation* trägt mit seiner Arbeit dazu bei, den Ohnmachtszustand, in dem sich viele Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland aufgrund der prekären Ausgangslage sowie der massiven strukturellen Diskriminierung befinden, aufzubrechen und sie in ihrem aktiven und selbstbestimmten Handeln zu unterstützen.

interaction Leipzig

interaction Leipzig ist ein selbstorganisierter Verein, der Begegnungen zwischen Geflüchteten und Alteingesessenen schafft. Über eine Online-Plattform können Interessierte verschiedene Ideen einbringen, sich vernetzen und Veranstaltungsformate, sogenannte *interactions*, entwickeln.

Ort: Leipzig
Gründung: 2014
Mitarbeitende: Vereinsmitglieder
Finanzierung: z.T. Projektgelder, Spenden
Website: www.interaction-leipzig.de

Katharina Loos

Ende 2014 erkannte eine Gruppe Engagierter, Geflüchteter und Künstler_innen eine große Bedarfslücke: In Leipzig gab es viele Geflüchtete, die Anknüpfungspunkte suchten. Gleichzeitig gab es viele Bürger_innen der Stadt, die sich engagieren wollten. Die Gruppe veröffentlichte einen Aufruf, um gemeinsam mit weiteren Interessierten Ansätze zum Zusammenbringen dieser beiden Seiten zu diskutieren. So entstand im Oktober 2015 der gemeinnützige Verein *interaction Leipzig* und rief eine Online-Plattform ins Leben, über die sich alle Beteiligten miteinander vernetzen und organisieren können.

Mithilfe der Plattform können Geflüchtete und die sogenannten Schondagewesenen Begegnungen, vom Verein *interactions* genannt, initiieren. Alle können über die Plattform ihre Ideen einbringen und sie gemeinsam mit anderen Interessierten und den Aktiven des Vereins in Form von Veranstaltungen oder Workshops umsetzen. Für jede dieser Interaktionen stellt sich somit ein neues Team zusammen – aus Initiator_innen, Interessierten oder auch aus Mitgliedern des Vereins selbst. *interaction Leipzig* nimmt dabei die Koordinationsrolle ein: »Wir wollten die Infrastruktur, die bereits da ist, aufgreifen. Es gibt ja schon vieles! Deswegen haben wir auch keine eigenen Veranstaltungsräume, sondern führen die Projekte immer in Kooperation mit jemandem durch, eben weil wir Begegnungen schaffen wollen. Wir sind relativ weit vernetzt«, berichtet Hanna Saur, eine der Mitarbeiter_innen des Vereins. Die Aktivitäten finden im Freizeit- und Kulturbereich statt, da hier einfach und schnell Begegnungen auf Augenhöhe stattfinden und sich viele Gelegenheiten zur Kommunikation ergeben. Die bei *interaction* gesammelten Erfahrungen und Kontakte sollen den Teilnehmer_innen die Möglichkeit eröffnen, sich auch über die *interactions* hinaus gesellschaftlich zu beteiligen. Dabei werden bestehende Infrastrukturen aufgegriffen und weiterentwickelt. Zusammenkünfte finden in der

Regel in Kooperation mit Kunst-, Kultur-, Sport- und Bildungsinstitutionen statt, etwa mit Fahrradwerkstätten, Gemeinschaftsgärten und Theatern. Aufgrund der unterschiedlichen Standorte der Einrichtungen und Organisationen wird die gesamte Stadt eingebunden.

Die Selbstorganisation und der damit verbundene Gedanke eines wechselseitigen Empowerments spiegeln sich auch in der egalitär organisierten Vereinsstruktur und im angegliederten Netzwerk wider. Beide bestehen aus Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrungen. Der Verein hat insgesamt 15 Mitglieder mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen; darüber hinaus gibt es ein großes Netzwerk an Engagierten, die sich punktuell einbringen. Schlägt eine Person ein neues Projekt vor, kann sie auf die Unterstützung durch Vereinsmitglieder zurückgreifen. Letztere begleiten die Konzeption und stehen für Fragen zur Verfügung. Andere Vereinsmitglieder sind für die Auswertung der *interactions* zuständig, dokumentieren die durchgeführten Aktivitäten oder kümmern sich um die finanziellen Aspekte der Vereinsarbeit. Dabei besteht der Anspruch, dass nicht *für* Geflüchtete gearbeitet wird, also keine Projekte für Geflüchtete entworfen werden, die teilweise an deren Bedürfnissen vorbeigehen. Vielmehr sollen die Angebote einen wechselseitigen Charakter haben und zum eigenen aktiven Handeln ermächtigen: Ziel ist ein gegenseitiges Empowerment von Menschen mit und ohne Fluchtbiografie. Kontaktbarrieren sollen so abgebaut und den häufig auftretenden Opfer-Helfer-Rollen entgegengewirkt werden. Angebote direkter Hilfe, etwa die Unterstützung bei Behördengängen, übernimmt *interaction Leipzig* nur in Notfällen. Vielmehr ermöglicht der Verein den Zugang zu nötigen sozialen Netzwerken mit dem Ziel der Selbstorganisation oder vermittelt an Kooperationspartner_innen. Ein weiteres Anliegen, dass der Verein mit dieser Arbeit vorantreiben möchte, ist die diversitätsbewusste Öffnung bestehender Angebote.

Aus der Heterogenität der Beteiligten ergibt sich eine große Vielfalt an Ideen und Projekten. Um eine Plattform zu schaffen, in der sich alle Beteiligten über verschiedene Sprachen und Hintergründe gleichberechtigt engagieren können, arbeitet der Verein flexibel und passt seine Arbeit an die einzelnen Vorhaben an. In interkulturellen Teams werden die Ziele und Methoden diskutiert und kontinuierlich evaluiert. Die Vernetzung und Weiterentwicklung ist ein ständiger Prozess. Regelmäßig kommen Einzelpersonen auf *interaction Leipzig* zu: Einer syrischen Grundschullehrerin wurde ermöglicht, die Leitung eines Projekts mit Kindern zu übernehmen. Auch Institutionen und Initiativen nehmen die Angebote des Vereins zunehmend wahr. Im Sinne der Selbstorganisation ist der Verein zu Beginn von *interactions* meist stärker eingebunden, arbeitet aber langfristig darauf hin, dass sich die Angebote verselbstständigen. Um Projekte und Vorhaben publik zu machen, steht *interaction Leipzig* in engem Kontakt zu Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Mehrsprachige

Flyer werden verteilt, Interessierte regelmäßig persönlich eingeladen. Über das bestehende Netzwerk werden auch viele dezentral wohnende Geflüchtete erreicht. Zudem werden Newsletter und ein Facebook-Auftritt als Kommunikationsmittel verwendet.

Ein schwieriges Feld bleibt die Finanzierung: Oft werden zeitlich begrenzte Projektförderungen vergeben, die bereits vor dem Start der Vorhaben die Benennung konkreter Ergebnisse verlangen. Zudem stehen öffentliche Gelder selten so kurzfristig zur Verfügung, wie sie nötig wären. Diese beiden Punkte stehen der dynamischen Arbeitsweise von *interaction Leipzig* im Weg und erschweren die Arbeit. Nach langen Bemühungen bezahlt die Stadt nun zwei Teilzeitstellen. Zusätzlich werden diese in Zukunft von einem jungen Menschen im Bundesfreiwilligendienst unterstützt. Die rechtliche Situation stellt das Projekt vor weitere Hürden. Die strukturellen Benachteiligungen von Geflüchteten aufgrund rechtlicher und bürokratischer Vorgaben führen neben der zeitlichen Auslastung zu großen Unsicherheiten, nicht zuletzt im Hinblick auf die langfristigen Lebensperspektiven. Die Suche nach Anknüpfungspunkten wird durch die prekäre Unterbringungssituation ungemein erschwert. Nicht alle Personengruppen erhalten die Möglichkeit, kostenlos Sprachkurse zu besuchen. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Arbeitsfelder und das ehrenamtliche Engagement im Kontext von Flucht und Asyl in Leipzig nach wie vor nicht gut koordiniert sind. Viele Arbeiten werden doppelt gemacht, es mangelt an einer umfassenden Vernetzung.

Dass *interaction Leipzig* ein Verein ist, der gute und wichtige Arbeit leistet, lässt sich sowohl am Medienecho als auch an den positiven Reaktionen der Teilnehmenden ablesen. Besonderes Lob bekommt der Verein von Geflüchteten. Ashraf Bassam Jabal, im Verein unter anderem für die Koordination von Kochveranstaltungen zuständig, berichtet: »Von Flüchtlingen bekomme ich viele positive Rückmeldungen. Wir schaffen Begegnungen und bieten die Möglichkeit, in der Gesellschaft anzukommen.«

Refugee Radio Network

Das Refugee Radio Network gibt Geflüchteten eine Stimme und baut dabei eine Brücke zwischen ihnen und der Aufnahmegesellschaft.

Ort: Hamburg
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 15 Teammitglieder
Finanzierung: Crowdfunding, Spenden
Website: www.refugeeradionetwork.net

Anne Eilert

Das *Refugee Radio Network (RRN)* ist ein Ende 2014 in Hamburg gegründetes internetbasiertes Gemeinschaftsradioprogramm, das sich sowohl an geflüchtete Zuhörer_innen als auch an Hörer_innen aus den Aufnahmegesellschaften richtet. Mit verschiedenen Sendungen, die zum Großteil in der Hamburger Redaktion gestaltet werden, sollen aktuelle Beiträge und persönliche Perspektiven von Geflüchteten nicht nur deutschlandweit, sondern in ganz Europa, Nahost und Afrika ausgestrahlt werden. Momentan gibt es neben Hamburg auch Radiostationen in Berlin, Marburg, Stuttgart, Schwäbisch Hall und Wien, die einzelne Sendungen des *RRN* in ihrem Programm haben. Eine weitere Radiostation ist ab Januar 2017 in Neapel geplant. Kooperationen bestehen bereits mit fast 20 weiteren Radiostationen in ganz Europa. Wie in Hamburg mit dem *Freien Sender Kombinat* haben sich auch in den anderen Städten unabhängige Radiosender bereit erklärt, mit dem *RRN* zusammenzuarbeiten und dessen Sendungen in das eigene Programm zu integrieren. Anfragen von staatlichen Medien treffen auch immer wieder beim *RRN* ein, jedoch habe sich daraus bisher noch keine ernsthafte Kooperation ergeben, so Larry Macaulay, einer der Gründer und heutiger Chefredakteur.

Eine buntgemischte Gruppe von rund 15 ehrenamtlichen Mitgestalter_innen gehört dem *RRN* in Hamburg an. Macaulay bezeichnet die Gruppe als vielseitig talentiert und kreativ, was sich im Programm des *RRN* widerspiegelt. Drei Themenbereiche werden in den Sendungen vorrangig aufgegriffen: Flucht und Migration, Gesundheit und Bildung sowie Armutsbekämpfung. Angefangen hatte alles mit einem Theaterprojekt, doch schnell entwickelten sich neue Ideen, so auch die, das Radio als Medium zu nutzen. Hierdurch erhofft man sich, mehr Menschen in den Aufnahmegesellschaften zu erreichen, besonders jene, die bisher wenig mit dem Thema Migration in Berührung gekommen sind. Um über die gesendeten Inhalte Diskussionen anzuregen und in einen Dialog zu den Zuhörer_innen zu kommen, werden

diese eingeladen, sich über offene Telefonleitungen und soziale Medien zu beteiligen.

Neben aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen und Diskussionen greifen die Sendungen des *RRN* regelmäßig die vielfältigen Geschichten und Perspektiven geflüchteter Menschen auf. Denn obwohl diese Geschichten existieren, werden sie in der europäischen Öffentlichkeit oft nicht wahrgenommen und angehört. Das *Refugee Radio Network* bietet Geflüchteten und ihren Erfahrungen eine Plattform. Dabei ist es den Berichtenden selbst überlassen, in welcher Sprache sie ihre Erlebnisse und Sichtweise schildern – das multilinguale Team kann gegebenenfalls ins Englische und andere europäische Sprachen übersetzen. Begleitet werden die unterschiedlichen Reportagen und Interviews mit Musik aus aller Welt und vor allem auch aus den Heimatländern der Mitgestalter_innen.

Zusätzlich zu der Gestaltung des Radioprogramms und dem Gewinnen neuer Netzwerkpartner_innen geht es dem *RRN* auch darum, politische Diskussionen anzuregen und in der Öffentlichkeit präsent zu sein; ein Beispiel dafür ist *The Refugee Voices Show* in der Hamburger Kunstfabrik Kampnagel. Diese findet regelmäßig statt und bezeichnet das eigene Programm als Mischung aus politischem Talk, Comedy, Facts and Fiction, Musik und Infotainment. Auch das *Migrant Politan Solicasino*, ein während des Internationalen Sommerfestes auf Kampnagel geöffnetes Kasino, dessen Erlöse an die Lampedusa-Gruppe in Hamburg gehen, wurde maßgeblich durch das *RRN* initiiert.

Viele Mitgestalter_innen des *RRN* verstehen ihre Arbeit als eine Form von politischem Aktivismus und damit als Kampf für die Menschenrechte. Mittlerweile sind sie auf zahlreichen Tagungen, Konferenzen und Workshops vertreten und begreifen sich als Mitglieder eines europaweit organisierten Geflüchtetennetzwerks. Die vielfältigen Eindrücke und Gespräche im Rahmen dieses Engagements werden aufgezeichnet, in den einzelnen Radiosendungen vorgestellt und diskutiert. Im Vergleich zu Medien des kommerzialisierten Mainstreams hat der politische Anspruch und die Unabhängigkeit als freier Radiosender beim *RRN* einen hohen Stellenwert.

Getragen wird das Projekt unter anderem durch die Unterstützung des *Freien Sender Kombinats*, welches ihnen das Studio im Hamburger Schanzenviertel und andere Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Über eine Crowdfunding-Kampagne wurden im Sommer 2016 8.000 Euro für unterschiedliche Ausgaben des *RRN* gesammelt. Spenden nimmt das *RRN* normalerweise nur in Form von Sachspenden an, um sich auch in dieser Hinsicht eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. Alle Mitgestalter_innen arbeiten auf ehrenamtlicher Basis und gehen nebenbei noch weiteren Tätigkeiten nach, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zukünftig, so Chefredakteur Larry Macaulay, müssen in ganz Europa Gesellschaft und Politik den Stimmen, Meinungen und Vorstellungen von Geflüchteten viel mehr Raum geben. Nicht über sie,

sondern mit ihnen sprechen, das sei entscheidend. Das *RRN* verschafft sich Gehör, um mehr Menschen mit dieser Nachricht zu erreichen, denn »verlässliche Informationen sind für das Überleben einer Gemeinschaft fast so wichtig wie sauberes Wasser«, beschreibt das Netzwerk seine Motivation. Das Mikrofon an Geflüchtete weiterzureichen und damit ihre Stimme hörbar zu machen, ist daher nur logische Konsequenz dieser Haltung.

Club Al-Hakawati

Geflüchtete teilen in einem selbstorganisierten Theaterprojekt Geschichten mit Gleichgesinnten und Publikum. Eine familiäre Atmosphäre gibt Rückhalt und Stärke.

Ort: Berlin
Gründung: 2013
Mitarbeitende: 1 Hauptamtlicher und Ensemble
Finanzierung: Spenden, Förderungen
Website: www.clubalhakawati.com/#!/home

Alexander Peppler

Bei den wöchentlichen Proben des *Club Al-Hakawati* (*Al-Hakawati:* syrisch-arabischer Ausdruck für Dichter, Schauspieler, Komödiant, Geschichtenerzähler) entsteht in den Räumlichkeiten des *JugendtheaterBüros* in der Wiclefstraße in Berlin-Moabit eine energetische Dynamik. Künstler_innen mit und ohne Fluchterfahrung lernen von- und miteinander, während sie sich das nächste Stück erarbeiten. Im Vordergrund der wöchentlichen Treffen steht die politische Theaterarbeit. Das ausgesprochene Ziel ist dabei, Solidarität im Publikum zu erzeugen, kein Mitleid. Ihr letztes Theaterstück *Letters Home* beispielsweise hält der deutschen Mehrheitsgesellschaft den Spiegel vor, wenn etwa eine Geflüchtete ihre Hand nach Freundschaft ausstreckt und lediglich Kleiderspenden bekommt. Die Geflüchteten nehmen sich laut ihres Manifests die »Stimme, die ihnen keiner gibt«, um Bleiberecht, Mitsprache und gesellschaftliche Teilhabe einzufordern. Dabei bietet ihnen die Bühne die Möglichkeit, unter anderem durch das Erzählen der eigenen Geschichte im sozialpolitischen Diskurs gehört und ernst genommen zu werden.

Das Theaterstück als Endprodukt ist nicht der einzig wichtige Aspekt des Projekts. Besonders entscheidend ist der Prozess der gemeinsamen Erarbeitung, der von einer intensiven Gruppendynamik und individuellen Entwicklungen geprägt ist. Angeregt durch die künstlerische Leitung von Ahmed Shah entfalten die Teilnehmer_innen mit viel Spontaneität und Energie selbst das ästhetisch-künstlerische Material: So entstehen aus ihrem Inneren Szenen, Diskussionen, Erzählungen und auch Auseinandersetzungen. Die kritische Reflexion der eigenen und der deutschen Identitäten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Ein Behördengang in das Berliner *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* etwa wird künstlerisch nachbereitet, indem die passive Rolle des machtlosen Opfers zugespitzt wird und zukünftige Alternativhandlungen gemeinsam überlegt werden. Der *Club Al-Hakawati* mit seinem freien, geschützten, familiären Umfeld bildet somit eine sinnvolle Abwechslung zum

monotonen Heimaufenthalt. Hier können Geflüchtete Kraft schöpfen, um sich dem deutschen Asylsystem nicht hilflos ausgeliefert zu fühlen.

Genauso wie bei der künstlerischen Arbeit wird auch in der strukturellen Organisation darauf geachtet, dass alle sich auf Augenhöhe begegnen. Im Kernteam werden Verantwortungsbereiche je nach Kompetenzen von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten geteilt. Regelmäßige Diskussionen und ein geduldiger Umgang sind zentrale Bestandteile der Arbeit, gerade weil aufgrund von Sprach- und Privilegien-Differenzen durchaus Schwierigkeiten auftreten. Nach vielen intensiven gemeinsamen Erlebnissen hat die Gruppe ein starkes Gemeinschaftsgefühl entwickelt, das die Mitglieder dazu motiviert, an der gemeinsamen künstlerischen Praxis festzuhalten.

Der Projektvorgänger, das Pilotprogramm *Impulse*, war zunächst ein Freizeitangebot mit Theater, Tanz und Kunst für nicht schulpflichtige Geflüchtete über 18 Jahre im Erstaufnahmezentrum Motardstraße in Berlin-Spandau. Die Möglichkeit, ohne gemeinsame Sprache etwas zu gestalten und sich in einer vertrauten Gruppe auszudrücken, stieß auf Begeisterung und sollte ab Sommer 2013 als *Refugee Club Impulse* fortbestehen. Nach einem Eklat um nun ehemalige Mitglieder des *RCI* hat sich die Gruppe personell restrukturiert und arbeitet seit Sommer 2016 unter dem jetzigen Namen weiter an neuen Stücken. Die Arbeit des Clubs war gefährdet, als zwei Initiatorinnen bei der Al-Quds-Demonstration[1] in Berlin gefilmt wurden. Die Initiatorinnen, die nicht in die eigentliche Projektarbeit eingebunden gewesen waren, zogen sich daraufhin zurück. Dennoch fielen einige staatliche Förderer aus. Inzwischen findet der Club neue finanzielle Unterstützung, auch wegen der immer noch hohen und regelmäßigen Nachfrage in der Öffentlichkeit. Ein weiteres Stück wurde im Herbst 2016 uraufgeführt. Schnell hat sich in der gesamten Zeit von Berlin ausgehend ein bundesweites Unterstützungsnetzwerk aus Theatern, Festivals und Universitäten gebildet. Über potenzielle Unterstützer_innen wird innerhalb der Gruppe gesprochen und nach ihren Absichten gefragt. Sie haben schlechte Erfahrungen mit Künstler_innen gemacht, die mehr an einer Selbstinszenierung mithilfe der Geflüchteten als an einer authentischen Unterstützung des Projekts interessiert waren.

Eine schwere Aufgabe für die Organisator_innen stellt die Suche nach regelmäßigen Teilnehmer_innen dar. Denn die Geflüchteten müssen zunächst einmal über das Angebot informiert werden und danach motiviert sein, dabei zu bleiben. Für die Vermittlung sind Sozialarbeiter_innen in den Heimen als vertrautes Bindeglied von erheblicher Bedeutung. Bei gemeinsamen Treffen

1 | Al Quds, arab. Bezeichnung für Jerusalem. Der Al-Quds-Tag ist in der Islamischen Republik Iran ein gesetzlicher Feiertag. Am jährlich stattfindenden Al-Quds-Tag finden nicht nur in der Islamischen Republik Iran, sondern weltweit und damit auch im deutschsprachigen Raum Demonstrationen gegen den Staat Israel statt.

und Proben werden die Telefonnummern der Teilnehmer_innen gesammelt, um ihnen bei Nichterscheinen per Nachfrage zu signalisieren: »Du bist hier wichtig, wir brauchen dich.« Diese persönliche Bindung und die befreite Atmosphäre in der Gruppe motivieren Geflüchtete in der Regel zum Weitermachen. Es liegt insbesondere in der Verantwortung der sozialen und künstlerischen Leitung, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl so zu gestalten, dass sich jedes Mitglied eigenverantwortlich und selbstbestimmt einbringen kann. Das Anliegen, mehr Frauen für das Projekt zu gewinnen, möchte die Gruppe intensiver und konkreter angehen.

Die größte Herausforderung für das Projekt ist jedoch die bisher unzureichende finanzielle Ausstattung. Unregelmäßig werden einzelne Projekte durch staatliche Institutionen oder Projektfonds (z.B. *Kulturelle Bildung*) gefördert, doch ist die Gruppe auch zwischen den Projektlaufzeiten für wirksame Öffentlichkeitsarbeit sowie Vor- und Nachbereitung der Theaterstücke auf Gelder angewiesen. Die Gruppe wünscht sich eine Vereinsstruktur mit einer regelmäßigen Finanzierung von Personal- und laufenden Kosten, um die vielseitige und ermutigende Arbeit weiterführen zu können.

Eine weitere Schwierigkeit in der Zusammenarbeit mit staatlichen Förderern ergibt sich aus dem explizit politischen Selbstverständnis des *Club Al-Hakawati*. Hervorgegangen aus dem Protestlager am Oranienburger Platz in Berlin-Kreuzberg, ist der Widerstand gegen staatliche Bevormundung und Repression gegenüber Geflüchteten ein zentraler Grundsatz des Projektes. So ist beispielsweise die Teilnahme eines Geflüchteten ohne Aufenthaltstitel am Theaterprojekt möglich; eine Bezahlung dieser Person ist dann jedoch ebenfalls ausgeschlossen.

Fest steht, dass der selbstorganisierte und partizipative Ansatz des Projektes einen großen Mehrwert für Geflüchtete selbst und auch die Zuschauer_innen der Aufführungen mit sich bringt. Er bietet Raum für die Erfahrungen und Emotionen derjenigen, deren Stimmen oft kein Gehör geschenkt wird. Auf diese Weise werden Lernprozesse bei allen Beteiligten angestoßen und politische Realitäten infrage gestellt.

Literatur

Flüchtlingsrat Brandenburg (2015): Info-Heft Flucht und Asyl in Brandenburg. www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/12/FluechtlingsratBrandb-HeftA5-web.pdf. Zugriff: 21.11.2016.

Terre des Femmes (2016): Besonders schutzbedürftig: Frauen auf der Flucht. http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/aktuelles-zu-frauenrechten-allgemein/1905-besonders-schutzbeduerftig-frauen-auf-der-flucht. Zugriff: 21.11.2016.

Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten

Wie gelingt Öffentlichkeitsarbeit, die möglichst problemorientiert viele Zielgruppen anspricht? Wie kann in diesem Bereich eine nachhaltige Vernetzung in der Arbeit mit Geflüchteten aussehen? Im Folgenden geht es um sechs ausgewählte Initiativen aus Hamburg, Dresden, Ludwigsburg, Berlin und Brandenburg, die sich diesen Fragen zu stellen versuchen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Fähigkeit der Projekte, bestehende Strukturen und Akteur_innen aus Nachbarschaft, Stadt und Verwaltung einzubeziehen. Sichtbar werden die unterschiedlichen Herausforderungen, mit denen sich Projekte in der Großstadt, der Kleinstadt und ländlichen Gebieten auseinandersetzen müssen. Die fehlende Initiative der zuständigen Verwaltungsapparate sowie die eingeschränkte Kooperation von Behörden und Ämtern untereinander stellen die Projekte auf die Probe. Die Gemeinsamkeit der vorgestellten Initiativen bildet das Ziel, geflüchteten Menschen in Deutschland ein besseres Ankommen zu ermöglichen, indem bestehende Angebote identifiziert und Zugangsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Hürden und Hindernisse sollen damit überwunden werden.

Die Initiativen *InfoCompass* in Berlin, *Afeefa* aus Dresden und *Berlin hilft!* setzen auf die Nutzung von Vernetzungstools sowie Internetplattformen als zentrale Strategien, um diese Ziele zu erreichen. Außerdem wird versucht, partizipativ zu arbeiten und Geflüchtete stärker in die gemeinsame Integrationsarbeit einzubeziehen. *We.Inform* aus Hamburg sowie das *Mehrgenerationenhaus* in Ludwigsburg bauen mithilfe von Online-Datenbanken Informationsdefizite bezüglich der Lage der Geflüchteten und hinsichtlich der Fallstricke der Asylpolitik ab. Neben der Erweiterung der Handlungsoptionen im virtuellen Raum wird auch in der realen Welt eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft durch Vernetzung, Aufklärung und Mobilisierung angestrebt. Dies wird besonders anhand der Arbeit des *Aktionsbündnisses Brandenburg* ersichtlich. Auch das Frauennetzwerk von *Wir machen das* nutzt verfügbares Wissen und Netzwerke, um neben eigenen Projekten Alternativerzählungen stark zu machen. Von besonderem Interesse ist die nachhaltige Existenzsicherung der Projekte und die Übertragbarkeit der vielfältigen Ideen und Lösungsansätze auf andere Gebiete.

InfoCompass Berlin

Eine virtuelle und reale Plattform erlaubt eine barrierefreie Vernetzung von ehrenamtlichen Helfer_innen, Geflüchteten und Initiativen.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 4 Akteursgruppen
Finanzierung: *Lotto-Stiftung Berlin*
Website: www.info-compass.net

Anja Gretschmann

Die Berliner Initiative *InfoCompass* bietet als Informations- und Kommunikationsplattform Geflüchteten, Asylsuchenden sowie auch ehrenamtlichen Unterstützer_innen eine Orientierungshilfe im Informationsgewirr rund um die Themen Flucht und Ankommen in Berlin. Das Projekt entstand im Juli 2015 als gemeinsame Initiative des Integrationsbeauftragten des Bezirksamtes Reinickendorf, der Dienstleister *Albatros GmbH* und *Pegasus GmbH* sowie der Designgruppe *place/making*, welche für das Konzept, das Design und die Umsetzung verantwortlich ist. Die Notwendigkeit, *InfoCompass* zu gründen, sahen die Initiator_innen aufgrund der problematischen Lage der Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und Umgebung gegeben. Mit zum Teil mehr als 1.000 Bewohner_innen und ohne gut ausgebaute Infrastruktur und Kommunikationswege waren diese häufig allein mit der alltäglichen Arbeit überfordert. Neben einer visuellen Karte mit den verschiedenen Initiativen vor Ort wird auf der Internetplattform *InfoCompass* die Vielfalt an vorhandenen Angeboten für Geflüchtete übersichtlich dargestellt. Ein Repaircafé ist hier ebenso aufgeführt wie die vielen Nachbarschaftshäuser, diverse Deutschkurse und Beratungsangebote.

Initiiert wurde das Projekt über den persönlichen Kontakt zum Integrationsbeauftragten des Bezirks, berichtet Stefan Göllner, Mitarbeiter bei *place/making*. Die Leitfrage zu Beginn der Projektplanung lautete, wie sich durch einfache Mittel so viele Menschen wie nur möglich erreichen lassen. Durch die Schaffung und Verknüpfung realer und virtueller Räume sollten optimale Bedingungen zur Vernetzung der Zielgruppen untereinander errichtet werden. Ziel war es, die Inhalte und Angebote für Geflüchtete und Helfer_innen gleichermaßen in verschiedenen Sprachen im Internet, aber auch in den Projekträumen zugänglich zu machen, um Menschen auf unterschiedlichen Ebenen anzusprechen.

InfoCompass entwickelte dazu ein Drei-Säulen-Modell, welches aus einer digitalen Plattform, Infopoints in den Unterkünften und einem lokalen Netzwerk besteht. Die Plattform dient vorrangig der Kartierung und Pflege von Daten, die dann an den Infopoints nach Bedarf ausgedruckt werden können. Mithilfe einer farblichen Kategorisierung kann schnell und einfach auf die gesuchten Informationen zugegriffen werden. Die Web-Applikation kann in deutscher, englischer, arabischer, persischer, französischer, russischer, serbischer sowie albanischer Sprache bedient werden. Ein *Video Guide* soll dazu dienen, mehrsprachige Erklärungsvideos zu wichtigen Inhalten der Plattform zu präsentieren. Durch die audiovisuellen Elemente werden dabei auch diejenigen Menschen angesprochen, die sich aufgrund fehlender Lesekompetenzen oder mangelnder Sprachkenntnisse auf dem Informationsportal nicht zurechtfinden.

Mithilfe der Infopoints können sich Menschen in ihrem Wohnumfeld über bestehende Angebote, Initiativen und Events informieren. In einer Gemeinschaftsunterkunft in Berlin-Reinickendorf wurde ein erster Infopoint eröffnet, der an drei Tagen in der Woche von einer Mitarbeiterin betreut wird. Dabei stehen den Besucher_innen fest installierte Tablets, Drucker und ein Konferenztisch zur Verfügung. Informationen können hier auch ohne eigenes Endgerät abgerufen werden. Neben der Möglichkeit einer individuellen Beratung lassen sich vor Ort auch Gruppenveranstaltungen durchführen. Angetrieben wird das Projekt durch Eigeninitiative, wobei sich vorhandene ehrenamtliche Helfer_innen sowie Geflüchtete an der Bereitstellung der Inhalte beteiligen. Von besonderer Bedeutung ist, dass Geflüchtete und Asylsuchende nicht nur als Hilfsbedürftige angesehen werden, sondern mit der zur Verfügung gestellten Infrastruktur selbst aktiv werden können, indem sie ihr Wissen vermitteln und Projekte initiieren.

»Der partizipative Prozess«, so verdeutlicht Stefan Göllner, Mitarbeiter von *place/making*, »bringt auch Bewohner_innen des Bezirks Reinickendorf dazu, sich mit Helfenden und Hilfesuchenden zu vernetzen«. Dieser Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe entlaste Mitarbeiter_innen und trage zur sozialen Integration Geflüchteter bei. Das sich so entwickelnde lokale Netzwerk wird dabei vom *Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.*, Träger der Berliner Familienzentren und Nachbarschaftshäuser, unterstützend begleitet. Bei den Nachbarschaftshäusern handelt es sich um Treffpunkte, Kulturhäuser und selbstverwaltete Kindergärten. Diese stellen für *InfoCompass* wichtige Partner_innen dar, weil sie einen direkten Kontakt zu der Nachbarschaft herstellen.

Das Erfolgsgeheimnis von *InfoCompass* ist, bestehende Infrastrukturen und Netzwerke zu nutzen, um schnell zu einem festen Bestandteil der Zivilgesellschaft zu werden. Damit ist das Projekt sehr gut überall dorthin übertragbar, wo die nötigen Strukturen bereits bestehen. Als einen wichtigen Gelingensfaktor betrachtet Stefan Göllner den Kontakt zu interessierten und aufgeschlossenen

Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung wie dem Integrationsbeauftragten des Bezirksamtes Reinickendorf. Dieser hatte in der Anfangsphase zur finanziellen und strukturellen Umsetzung beigetragen und dadurch einen schnellen Start ermöglicht.

Ein großer Schritt wurde mit einer Finanzierung durch die *Lotto-Stiftung Berlin* getan. Dank der Stiftungsmittel ist es dem Projekt nach seiner erfolgreichen Durchführung in Erst- und Gemeinschaftsunterkünften der Bezirke Reinickendorf und Charlottenburg nun möglich, auch längerfristig nachhaltige Arbeit zu leisten. Mit dem Geld wird der Ausbau weiterer Infopoints finanziert.

Zusätzlich werden ein Infobus und das sogenannte Palmenhaus am Tempelhofer Feld eingerichtet, welche als Schnittstellen für die Information und Koordination von Ehrenamtlichen fungieren sollen. Im Palmenhaus findet die Planung weiterer Infopoints statt. Es ist außerdem ein Arbeits- und Veranstaltungsort, der von einer Mitarbeiterin betreut wird. Perspektivisch steht hier die Frage im Vordergrund, wie sich die Hilfe zur Selbsthilfe optimieren lässt, indem sich Geflüchtete in der Umsetzung von Veranstaltungen einbringen, so Göllner.

Pro Tag nutzen durchschnittlich 100 Geflüchtete die Plattform. Doch auch die Initiativen zeigen zunehmend Interesse daran, ihre Inhalte in die Plattform einzuspeisen. Stefan Göllner sieht dabei in den Unterstützer_innen und den Ehrenamtlichen eine wichtige Zielgruppe der Plattform, da diese als Multiplikator_innen in die sozialen Netzwerke von Geflüchteten hineinwirken.

In naher Zukunft stehen die Überarbeitung der Datenbanken, Sortier- und Filterfunktionen sowie die Verbesserung der Sharing-Funktionen im Vordergrund. Dazu zählt besonders die Erweiterung von Übersetzungsarbeiten, die sich als eine der größten Herausforderungen erwiesen haben. Auch das Vorhaben, Geflüchtete in die Arbeit einzubinden, stellte sich angesichts der Tatsache, dass Geflüchteten das Recht auf bezahlte Arbeit nur nach ihrer Anerkennung gewährt wird, als schwer realisierbar heraus. Für Stefan Göllner hat sich das Projekt aufgrund der positiven Resonanz vonseiten der Bewohner_innen und der Stadtverwaltung als zukunftsfähig erwiesen, obwohl der Zeitmangel der ehrenamtlichen Helfer_innen und der Mangel an Ressourcen für Unsicherheiten sorgen. Auf längere Sicht erhofft sich die Initiative eine Übernahme des Projektes durch die Stadt Berlin, um die Institutionalisierung und Professionalisierung der Angebote voranzubringen. Dank der unterstützenden Strukturen aus der Nachbarschaft, der Kooperationsbereitschaft der Behörden und seitens relevanter Akteur_innen aus der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und nichts zuletzt aufgrund bestehender Finanzierungsmöglichkeiten blickt *InfoCompass* optimistisch in die Zukunft. Der innovative und technologisch orientierte Charakter des Projekts macht es möglich, sich flexibel nach den Bedürfnissen der Geflüchteten zu richten und an neue Gegebenheiten anzupassen.

Afeefa

Die Online-Plattform wurde initiiert, um zivilgesellschaftliche Akteur_innen zu vernetzen, die sich mit Asyl und Migration in Dresden beschäftigen. Darüber hinaus bietet die Plattform Geflüchteten und ehrenamtlich Engagierten mit einer interaktiven Karte wichtige Informationen zum Leben in Dresden.

Ort: Dresden
Gründung: 2014
Mitarbeitende: circa 3-5 Kernmitglieder
Finanzierung: Land Sachsen *»Integrative Maßnahmen«*
Website: www.afeefa.de

Anja Gretschmann

Alle für einen, einer für alle – dafür steht die Abkürzung *Afeefa*. Die Initiator_innen des Projekts haben sich zum Ziel gesetzt, verschiedene Dresdner Initiativen, Geflüchtete und zivilgesellschaftliche Akteure sowie deren Wissen und Erfahrungen miteinander zu verknüpfen. Durch eine interdisziplinäre Arbeitsweise soll die Vernetzungsplattform allen einen umfassenden Einblick in das komplexe Themenfeld Asyl und Migration geben. Geflüchtete finden auf der Plattform lokale Anlaufstellen und hilfreiche Informationen; Unterstützer_innen erfahren, wie und wo man sich engagieren kann; Initiativen platzieren ihre Angebote und finden neue Unterstützer_innen.

Entstanden ist die Idee einer Online-Plattform im September 2014 als Projekt des Netzwerks *Dresden für Alle*, bei dem sich zahlreiche Organisationen und Akteure gegen rassistische Tendenzen in der Stadt und im Bundesland Sachsen zusammengeschlossen haben. Dabei ging es vor allem darum, eine Alternative zu der fremdenfeindlichen Stimmung zu bieten.

Bei einem ersten gemeinsamen Treffen der *Afeefa*-Initiator_innen wurde ihnen deutlich, dass bei den verschiedenen Akteuren ein sehr unterschiedlicher Informationsstand in Bezug auf die Situation von Geflüchteten in Dresden besteht. Als Abhilfe wurde von Felix Schönfeld die Idee für eine digitale Karte eingebracht, die aktualisierte Informationen über Hilfsinitiativen, wichtige Orte sowie verschiedene Projekte und Veranstaltungen mit Bezug zu Geflüchteten darstellen soll. Er hatte sich schon im Vorfeld im Rahmen seiner Diplomarbeit mit der Kartierung und Datenvisualisierung zum Thema Migration in Sachsen beschäftigt. Andere Initiator_innen mit Programmierkompetenzen unterstützten ihn; gemeinsames Ziel war es, Migration und Asylsystem dabei so verständlich wie möglich zu veranschaulichen. Damit sollen

auch Bürger_innen erreicht werden, die bisher mit der Thematik wenig in Berührung gekommen sind.

Die selbsterklärende und spielerisch aufgebaute Website der *Afeefa*-Plattform zeichnet sich durch stringente farbliche Gestaltung, einheitliches Design und Links zu anderen Initiativen aus. Die Informationen können von den Initiativen selbst eingetragen werden. Bevor sie jedoch auf der Website veröffentlicht werden, werden sie vom Redaktionsteam auf ihre Aktualität und Richtigkeit geprüft. Die Vielzahl von Informationen und das chaotische Nebeneinander von Initiativen wird mittels einer Unterteilung in Kategorien wie *zeitlich begrenzte Projekte, private Angebote und Nachfragen* oder *einmalige Events* in eine übersichtliche Darstellung überführt. Die wichtigsten Informationen sind nach den Rubriken Sprache, Gesundheit, Arbeit und Bildung, Beratung, Gemeinschaft, Freizeit sowie Spenden unterteilt. Das Anliegen ist es, Übersetzungen in möglichst alle Sprachen, die von Geflüchteten in Dresden gesprochen werden, zur Verfügung zu stellen. Durch die Kartierung der verschiedenen Projekte wird auch die Arbeit von Ehrenamtlichen besser koordiniert. Viele Projekte arbeiten an ähnlichen oder denselben Themen, die durch die Vernetzung von Wissen und Kompetenzen der verschiedenen Akteure gebündelt werden.

Die vorgestellten Projekte beinhalten Initiativen wie die vielen Willkommensbündnisse der Stadt Dresden, Sprachcafés, eine Fahrradwerkstatt und Treffpunkte wie die *Kontaktgruppe Asyl*, die ihren Schwerpunkt auf den gegenseitigen Austausch und die Integration von Jugendlichen setzt. *Afeefa* bezieht den Integrationsbegriff dabei auf alle Beteiligten und nicht nur auf die Geflüchteten. Der Begriff des Helfens, der in Bezug auf Geflüchtete so positiv erscheint, beinhalte oft auch die Forderung, dass sich eine geflüchtete Person in die Gesellschaft integrieren müsse, erklärt Joschka Heinrich, einer der Mitbegründer_innen und Entwickler_innen der Plattform. Das widerspreche aber dem Anspruch von *Afeefa*, einander auf Augenhöhe zu begegnen, und kaschiere eine Machtkonstellation, die allen bewusst sein sollte. Dementsprechend gehen die Mitarbeiter_innen von der Prämisse aus, dass der Informationsbedarf auf beiden Seiten, bei den Alteingesessenen und bei den Neuankömmlingen, besteht.

Das Projekt beschäftigte anfangs 20 ehrenamtliche Mitarbeiter_innen für die grundlegende Aufbauarbeit. Mittlerweile kümmert sich ein kleiner Personenkreis, darunter Felix Schönfeld, René Hofmann und Joschka Heinrich, um die technische Entwicklung, Aktualisierung und Wartung der Plattform.

Die Probleme und die turbulente Anfangsphase des Projekts betrachtet Joschka Heinrich als wichtigen Prozess, durch den neue Ideen mit Nachhaltigkeitspotenzial erst entstehen konnten. *Afeefa* sieht seine Stärke dabei in der technisch-informatischen Aufarbeitung von gesellschaftlich relevanten Themen. Die größte Stärke der Plattform sei es, die Zusammenarbeit von Men-

schen aus unterschiedlichen Zusammenhängen zu ermöglichen. Dies führe zu neuen und umfassenden Lösungsansätzen in der Geflüchtetenarbeit, erklärt Heinrich. Die flexible Arbeitsweise ermöglicht ein schnelles und spontanes Handeln, was ein Vorteil gegenüber den Handlungsmöglichkeiten von kommunalen Verwaltungen ist. Durch die unterschiedlichen Arbeitsweisen entstehen Reibungspunkte, die allerdings auch produktiv für die Geflüchtetenarbeit genutzt werden können, etwa indem Arbeitsverantwortlichkeiten verteilt werden.

Die Stadt Dresden ignorierte die Projektarbeit von *Afeefa* weitgehend und setzte stattdessen auf ein ähnliches städtisches Programm, das von einer professionellen Software-Firma unterstützt wurde. *Afeefa* versuchte mehrfach, mit diesem Unternehmen in Austausch zu kommen, was jedoch scheiterte: »Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren ist sehr wichtig. Vonseiten der Stadt und den offiziell zuständigen Stellen kam jedoch nichts. Wir haben das erkannt und trotzdem versucht, sie in die Kommunikation miteinzubeziehen«, schildert Joschka Heinrich.

Über lange Zeit lastete die Arbeit für das Projekt auf den Schultern der ehrenamtlich Tätigen. Manche engagierten sich neben ihrem Studium und Beruf 20 bis 40 Stunden pro Woche. Eine regelmäßige finanzielle Unterstützung kam ab Mitte 2016 vom Land Sachsen, wodurch zwei Stellen geschaffen werden konnten. Allerdings ist das bei dem Umfang der Arbeit weiterhin nicht ausreichend – immer noch sind die Ehrenamtlichen überlastet. Die Förderung durch Dritte ist allerdings, wie für viele andere zivilgesellschaftliche Initiativen auch, ein zweischneidiges Schwert: Einerseits braucht man Mittel für eine nachhaltige Arbeit, andererseits erschwert die externe Förderung eine unabhängige Gestaltung der eigenen Arbeit. Hinzu kommt, dass das aufwändige Stellen von Förderanträgen viel Zeit und Aufwand erfordert, die dann bei der eigentlichen Arbeit fehlen.

Berlin hilft!

Wie ist es möglich, flexibel und verlässlich Menschen miteinander zu vernetzen, die ehrenamtlich tätig sind? Mit dem Netzwerk *Berlin hilft!* schafften es die Initiator_innen, eine unkomplizierte Lösung für dieses Problem zu finden. Das intelligente Zusammenspiel verschiedener Internetplattformen ist der Kern des Informationsvermittlungssystems.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 3 Gründungsmitglieder
Finanzierung: Ehrenamt
Website: http://berlin-hilft.com

Anja Gretschmann

Die Initiator_innen von *Berlin hilft!* fingen, wie viele andere ehrenamtliche Helfer_innen, mit einer Facebook-Gruppe an. Dabei wurde schnell klar, dass man über Facebook allein keine Übersicht über die Situation und Bedürfnisse von allen Geflüchteten erhält, die sich auf zwölf Berliner Bezirke verteilen. Viele wichtige Informationen gingen in dem Gewirr aus Gruppen verloren, die gleichen Fragen wurden mehrfach von unterschiedlichen Personen gestellt – die Kommunikation war nicht effektiv. An diesem Punkt setzt *Berlin hilft!* an.

In einem Interview mit *politik-digital.de* äußert sich Christian Lüder, einer der Initiator_innen, zum Selbstverständnis des Projekts: »Wir wollen eine Plattform sein, auf der jemand, der helfen will, alle dafür notwendigen Informationen vorfindet.« Auf der im August 2015 online gestellten Webseite werden die existierenden Projekte in übersichtlicher Weise kartiert. Lüder trifft aus der Vielzahl an Hinweisen und Informationen, die auf Facebook zirkulieren, eine Auswahl und bereitet diese wichtigen Informationen für die Website auf. Er und die anderen Initiator_innen engagieren sich ehrenamtlich, wobei es außer freiwilligen Spenden keine feste Finanzierung des Projektes gibt. Neben der technischen und administrativen Arbeit wird großer Wert auf den stetigen Austausch und das regelmäßige Updaten der Informationskanäle gelegt.

Das Projekt hat rasch Aufsehen erregt. Die Besucherzahlen auf der Webseite und dem parallel eingerichteten Twitter-Account sind in kurzer Zeit auf 3 Millionen angestiegen. Hilfreich ist das Informationsnetzwerk vor allem für Berliner Initiativen, Privatpersonen und Betreiber von Flüchtlingsunterkünften, von denen es intensiv genutzt wird. Als im Herbst 2015 sehr viele Geflüchtete in Berlin ankamen, war der fehlende Austausch von wichtigen Informationen zwischen den Initiativen eine große Herausforderung. Durch

Berlin hilft! hat sich diese Situation verbessert. Das Projekt ist zum Selbstläufer geworden: Die Initiativen stellen selbst die Informationen ein und beteiligen sich so an der Kartierungsarbeit und Verbreitung von Informationen auf der Seite. Die Menge an Informationen auf der Plattform macht das Angebot auch für die Bezirke und die Senatsverwaltungen interessant. Gemeinsam suchen Senatsverwaltungen und *Berlin hilft!* an einem Runden Tisch trotz erheblicher Unterschiede im Umgang mit dem Thema Asylsuchende gemeinsam nach Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen.

Ein derartiges Netzwerk lässt sich Lüder zufolge einfach auf andere Städte und Regionen übertragen. Die Frage nach dem *Wie* hängt jedoch vor allem von der Größe der Stadt und den individuellen Ressourcen der beteiligten Initiativen ab. Relativ einfach wäre eine Übertragung auf Städte mit höchstens 100.000 Einwohner_innen schon allein aufgrund der überschaubaren Anzahl von Akteur_innen. Bei größeren Städten könnte eine eventuelle Konkurrenzstimmung zwischen den Projekten eine andere Herausforderung darstellen. Die Kooperation untereinander und mit den Behörden kann dadurch belastet werden, dass sich die verschiedenen Projekte voneinander abgrenzen müssen, um in ihrer jeweiligen Nische Anerkennung und Fördergelder zu bekommen.

Im Kontakt steht *Berlin hilft!* auch mit Städten wie Potsdam und Hamburg. Gemeinsame Vernetzungsstrukturen und eine inhaltliche Schwerpunktsetzung sind jedoch aufgrund unterschiedlicher Regelungen zwischen den Bundesländern und Kommunen eher problematisch. In der weiteren Arbeit soll inhaltlich auf Besonderheiten in den Stadtbezirken näher eingegangen werden. Weiterhin soll bei der Initiative in Zukunft das Thema Integration eine größere Rolle spielen. Jetzt, wo die Grundversorgung der Neuankömmlinge oftmals gesichert ist und die Zahl der ankommenden Geflüchteten sinkt, kann sich *Berlin hilft!* auf die nachhaltige Einbindung der neu angekommenen Menschen und die Vernetzung bestehender Helfer_innenstrukturen konzentrieren.

We.Inform

We.Inform ist ein Projekt von Studierenden der privaten *Bucerius Law School* in Hamburg, das zum Ziel hat, die Geflüchteten in der Stadt über die vielfältigen bestehenden Angebote zu informieren. Die Initiative zeichnet aus, dass es neben einem Online-Informationsportal auch ausgebildete Informationsguides gibt, welche in die Unterkünfte gehen und direkt Interessierte ansprechen können.

Ort: Hamburg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 150 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden
Website: http://we-inform.de/portal/de/

Anja Gretschmann

Das Projekt *We.Inform* wurde im September 2015 von Judith Büschleb, Absolventin der *Bucerius Law School,* und Studierenden der Hochschule initiiert, nachdem in den Hamburger Messehallen 2.000 geflüchtete Menschen untergebracht wurden und das Thema Geflüchtete große Aufmerksamkeit erregte. Nach dem Aufruf zu einem ersten Treffen bildete sich im September 2015 aus Studierenden, Mitarbeiter_innen und der Präsidentin der Hochschule sowie alteingesessenen und geflüchteten Mitbürger_innen ein Team von Ehrenamtlichen. Innerhalb eines Jahres wuchs der Unterstützer_innenkreis auf mehr als 150 Personen. Die Hamburger Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Melanie Leonhard, hat die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen.

Bei der Konzeption der Initiative spielten die Erfahrungen von Judith Büschleb, die sie im engen Kontakt mit geflüchteten Familien gemacht hat, eine wichtige Rolle. So stellte sich heraus, dass die Geflüchteten keine ausreichende Möglichkeit hatten, sich über Inhalt und Bedeutung der an sie adressierten Angebote zu informieren. Die Perspektive der Geflüchteten zeigte außerdem, dass viele gute soziale Projekte für die Bewohner_innen von Unterkünften unsichtbar blieben und sie schlicht nicht erreichten. Die Grundidee von *We.Inform* hatte schließlich ein syrischer Bauingenieur, der trotz sehr guter Englischkenntnisse erst nach neun Monaten herausfand, dass es eine Sozialberatungsstelle gibt, die ihm in verschiedenen Belangen helfen kann. Um den Zugang zu weiteren wertvollen Angeboten für Geflüchtete zu erleichtern, wollte er eine Wissensdatenbank einrichten, in der alle wichtigen Informationen zum Leben in Hamburg gesammelt sind. Daraus entwickelte sich dann mit *We.Inform* das konkrete Projekt, eine Online-Plattform für die Stadt ein-

zurichten, auf der diese Informationen leicht und in verschiedenen Sprachen zugänglich gemacht werden. Um die Zielgruppe effektiv zu erreichen, wurde komplementär zur Website ein Netzwerk von Informationsguides aufgebaut. Diese gehen in die Unterkünfte, verteilen dort mehrsprachiges Infomaterial und berichten den Bewohner_innen im persönlichen Kontakt von den unterschiedlichen Angeboten.

Am Projekt *We.Inform* sind ein Jahr nach seiner Initiierung viele ehrenamtlich Engagierte beteiligt. Von den insgesamt 150 Beteiligten fungieren etwa 100 als Informationsguides, die in einer kurzen Ausbildung auf diese Aufgabe vorbereitet wurden. Das Organisationsteam besteht aus zehn Personen, die von 20 Redakteur_innen, den Mitarbeiter_innen einer Werbeagentur, Jurist_innen und Themenpat_innen in Behörden und Beratungsstellen unterstützt werden. Die hohe Zahl der Engagierten ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass *We.Inform* explizit auch Unterstützer_innen sucht, die nur zwei bis drei Stunden pro Woche zur Verfügung haben. Hinter diesem Ehrenamtskonzept steht der Gedanke, lieber mehr Beteiligte zu haben, die langfristig engagiert sind, als wenige, die nach kurzer Zeit überlastet sind.

Das Team der Guides setzt sich aus Geflüchteten, Studierenden, Dozent_innen und Mitarbeiter_innen sowie der Präsidentin der *Bucerius Law School* zusammen. Zum Werben neuer Mitglieder sind die Guides gleichzeitig auch Multiplikator_innen – bei allen Besuchen in Unterkünften sprechen sie Geflüchtete mit Englischkenntnissen an und bieten ihnen an, selbst Guide zu werden. Auf diese Weise sollen langfristig die Hälfte der Guides geflüchtete Menschen sein. Denn nicht nur haben sie die beste Kenntnis über die Lage und Bedürfnisse von anderen Geflüchteten; auch ist diese Einbindung für alle Beteiligten ein Schritt in Richtung Gemeinsamkeit und gesellschaftlicher Integration.

Mit der großen Zahl an Guides können mittlerweile an fast allen Wochentagen Besuche in den verschiedenen Hamburger Unterkünften durchgeführt werden. Mit Infomaterial in sechs Sprachen, Arabisch, Farsi, Sorani, Tigrinisch, Englisch und Deutsch kann ein sehr großer Anteil der Geflüchteten erreicht und über das bestehende Angebot informiert werden. Nach dem persönlichen Kontakt können die Interessierten dann die Website besuchen und dort ohne Anmeldung in den sechs Sprachen auf vielfältige Informationen zugreifen. Tipps zum Asylverfahren, Adressen der wichtigen Behörden, Informationen zu Deutschkursen, Arbeitsmöglichkeiten und dem Leben in Hamburg sind nur einige der übersichtlich und leicht verständlich dargestellten Inhalte.

Das Projekt *We.Inform* hat dank der sehr engen strukturellen Anbindung an die *Bucerius Law School* Zugriff auf materielle Ressourcen, Räume und engagierte Menschen aus dem Umfeld der Hochschule. So wird beispielsweise die Buchhaltung des Projekts von Mitarbeiter_innen der Hochschule übernommen. Wenn wichtige Termine mit Behörden oder potenziellen Part-

ner_innen anstehen, können die Organisator_innen auf die Unterstützung der Hochschulpräsidentin zählen, die sie dann zu den Treffen begleitet. So kann das Projekt unabhängig handeln und gleichzeitig die Hochschule als stabilen Ausgangspunkt nutzen.

Eine weitere wichtige Kooperation besteht mit der *Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration* und dem *Dialogforum Kommunikation des Forums Flüchtlingshilfe*, die *We.Inform* bei Druck und Übersetzung sowie bei der Qualitätssicherung der Inhalte unterstützen. Obwohl sich die Arbeitsweisen und Ziele der Behörde manchmal von denen des Projekts unterscheiden, legt *We.Inform* großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden. So soll verhindert werden, dass sich parallele Strukturen herausbilden, die sich nicht miteinander austauschen. Büschleb ist der festen Überzeugung, dass nur durch die Zusammenarbeit von Behörden, Politik, Zivilgesellschaft und Geflüchteten selbst Lösungen für die Situation von Geflüchteten gefunden werden können.

Die Judith Büschleb zufolge größte Herausforderung bestehe im Mangel an Fördergeldern. Denn gute ehrenamtliche Arbeit brauche auch im Falle von *We.Inform* langfristig hauptamtliche Unterstützung. Dann könne darüber nachgedacht werden, das erprobte Konzept auf andere Städte zu übertragen oder *We.Inform* sogar zu einer bundesweiten Struktur umzuformen.

Mehrgenerationenhaus Ludwigsburg

Das 2008 gegründete Mehrgenerationenhaus in Grünbühl-Sonnenberg ist ein Nachbarschaftszentrum und eine Begegnungsstätte in einem sozialen Brennpunkt. Seit dem Sommer 2014 ist es der entscheidende Akteur für die Koordinierung und Umsetzung der Flüchtlingsarbeit in Ludwigsburg.

Ort: Hamburg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 150 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden
Website: www.Ludwigsburg.de

Anja Gretschmann

Das *Mehrgenerationenhaus* ist ein wichtiger Baustein des Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Ludwigsburg. Bereits 2004 stellte sich Ludwigsburg als Einwanderungsstadt neu auf. »Schon damals haben unsere Bürgermeister gesagt, wir müssen uns rüsten, und das können wir als Verwaltung nicht allein schaffen. Wir brauchen bürgerschaftliches Engagement, wir brauchen die Leute, die in unserer Stadt wohnen«, erläutert die Leiterin des Hauses, Katrin Ballandies. In Stadtteilspaziergängen wurde der Kontakt mit engagierten Bewohner_innen gesucht. 2009 folgte eine Zukunftskonferenz zu den Fragen: In welcher Stadt wollen wir wohnen und was wollen wir für unseren Stadtteil? Niederschlag fand der Bürgerdialog in einem Stadtentwicklungskonzept mit elf Themenschwerpunkten. Eine Besonderheit ist dabei die abteilungsübergreifende, problemorientierte Verwaltung.

Das *Mehrgenerationenhaus* selbst existiert seit 2007. In einem Jugendhaus und einem Quartierszentrum finden Beratungen, Begegnungen und Betreuungen von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten und Generationen statt. Der Anspruch ist es, ein Treffpunkt von Generationen und Nationen zu sein.

Das Stadtentwicklungskonzept im Allgemeinen und das *Mehrgenerationenhaus* im Besonderen erlebten eine Belastungsprobe, als 2014 vom Landratsamt ohne Absprache ein leerstehendes Hotel angekauft wurde, um Geflüchtete unterzubringen. »Mit einem Mal fuhren die Busse vor. Die Menschen wurden vom Landratsamt dort auf die Straße gestellt und es hieß, dort wartet ein Hausmeister, der weist euch eure Zimmer zu und das war's. Die Leute gingen dann auf die Straße und die ganze emotionale, absolut unsachliche Diskussion ist über uns hereingebrochen.« In dieser Situation wurde Katrin Ballandies beauftragt, ein Konzept zu entwickeln. Sie gründete den *Freundeskreis Asyl, Helfer,*

Geflüchtete, Nachbarn, Spender. »Wichtig war es uns auch, die Nachbarschaft mit einzubeziehen, um eben auch dieser heillosen Diskussion entgegenzuwirken, in der es hieß: Um Gottes willen, wir können unsere Kinder nicht mehr auf die Straße schicken, die Polizei muss her und gucken, wer da ist. Wir wollten zeigen: Liebe Leute, das sind auch Menschen, die da einziehen. Was die da durchgemacht haben, das würde keiner von euch durchmachen wollen. Um auch die menschliche Komponente mit reinzubringen und diese Begegnung zu schaffen.«

Den Anfang bildete eine Bestandsaufnahme: Welcher Personenkreis befindet sich im Quartier, woher kommt dieser, wie viele Kinder und Jugendliche sind darunter? Wo liegt der besondere Bedarf? Werden Pat_innen benötigt, um die Kinder zur Schule zu bringen oder die Familien zum Arzt zu begleiten? Braucht man Ehrenamtliche, die Deutschunterricht anbieten, bis die Geflüchteten in den Integrationskurs gehen? Aus der Bestandsaufnahme erwuchs die Koordination: Das Ziel der Stadt Ludwigsburg war es, herauszubekommen, wer auf welchen Feldern aktiv ist, um die Synergien zu nutzen, Überangebote zu vermeiden und Bedarfe festzulegen.

Mit der Zeit wurde das *Mehrgenerationenhaus* zum zentralen Koordinations- und Verflechtungszentrum und zum Treffpunkt. Bezeichnend ist ein problemfokussierter, flexibler Umgang. Weil keine Kindergartenplätze vorhanden waren, wurde eine Sondergenehmigung für eine Spielgruppe für geflüchtete Kinder eingeholt. »Wir mussten es Spielgruppe nennen«, so Katrin Ballandies. Eine mehrsprachige Sozialarbeiterin und eine Erzieherin betreuen die Kinder. Das Ziel ist, sie auf den normalen Kindergarten vorzubereiten. Darüber hinaus wurden ein Nähcafé, eine Krabbelgruppe und ein Jugendcafé eingerichtet. Um in Kontakt zu kommen, werden Geflüchtete direkt von den Ehrenamtler_innen und Besucher_innen angesprochen. Das Flüchtlingsheim, welches von etwa 200 Geflüchteten bewohnt wird, befindet sich nur 100 Meter vom *Mehrgenerationenhaus* entfernt. »So sage ich immer zu meinen Ehrenamtlichen: Sprecht die Leute an, wenn sie vorbeigehen, nehmt sie an die Hand, geht zu ihnen hin«, erklärt Ballandies. Langfristig gehe es darum, eine »Komm-Struktur« durch eine »Geh-Struktur« zu ersetzen. Auch Behörden- und Beratungstermine werden im *Mehrgenerationenhaus* erledigt, so die Leiterin weiter: »Wenn es dabei etwas zu besprechen gibt, laden wir zu einem Informationstreffen ein. Dort können Menschen auch in einem separaten Raum unter vier Augen ihre Anliegen äußern.« Unter der Rubrik *Ihr Einsatz bitte* wird auf der Homepage der Stadt zum bürgerschaftlichem Engagement aufgerufen. Dort wird neben vielen anderen sozialen Initiativen auf das *Mehrgenerationenhaus* aufmerksam gemacht. Trotzdem kommt die Mehrzahl der Freiwilligen auf eigenem Wege vorbei, um sich zu engagieren. Beispielhaft ist die Geschichte einer älteren Dame aus der Nachbarschaft. Sie besucht regelmäßig die Angebote des *Mehrgenerationenhauses* und traf so eine junge Frau aus Eritrea. Die Frauen lernten

sich besser kennen und freundeten sich an. Mit Hilfe der älteren Dame lernt die junge Frau Deutsch lesen und schreiben. Sie hat Unterstützung bei Behördengängen und eine Bezugsperson in einem für sie fremden Land. Und die ältere Dame hat jemanden gefunden, den sie unterstützen kann und die ihr bei häuslichen Verrichtungen und dem Einkauf hilft. Solche Geschichten schreibt ein *Mehrgenerationenhaus*. Somit versteht sich das Projekt bewusst als ein Angebot für die ganze Nachbarschaft. Dem entspricht ein umfassendes Integrationskonzept. Um Neiddebatten zu vermeiden, erläutert Ballandies, »haben wir nicht überall das Label Asyl aufgeklebt, sondern gesehen, dass jeder sich angesprochen fühlt. Wir haben eine Stabsstelle, die sich ›Integration 4.0.‹ nennt. Das ist die Weiterentwicklung eines Konzepts aus einer Zukunftskonferenz, wo es noch ›Integration 3.0‹ hieß und es um die Entwicklung von sozialem Wohnraum ging. Jetzt stehen Integration und Wohnen im Fokus.« Das Thema Integration bedeutet in diesem Konzept also nicht, dass nur Geflüchtete eingebunden werden, sondern alle Menschen. So wurde auch in der Jugendarbeit ein Angebot entwickelt, das nicht ausschließlich Geflüchtete anspricht. Das Projekt *Connect* beispielsweise spricht gezielt ältere Jugendliche in Jugendcafés an und bietet ein vielfältiges Angebot, das von sportlichen Aktivitäten bis zu Erkundungsspielen durch die Stadt reicht.

Insgesamt ist es der Stadt Ludwigsburg mit dem Projekt gelungen, einen Ort zu gestalten, dessen integrative Kraft Geflüchtete nachhaltig einbezieht und wertschätzt. Die besondere Stärke dieses Ortes liegt darin, dass Menschen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft in ihren Bedürfnissen und Sorgen ernst genommen werden. Damit wird die Rolle des hilfsbedürftigen Flüchtlings gegenüber dem helfenden Deutschen infrage gestellt und Integration als Prozess der gesamten Gesellschaft gelebt.

Wir machen das

Lautsprecher für ein neues Wir: Frauen aus Kunst, Kultur, öffentlichem Leben und Wissenschaft setzen sich aktiv dafür ein, die vielfältigen Geschichten gelungenen Zusammenlebens von Neuankömmlingen und Alteingesessenen sichtbar zu machen. Sie entwerfen eigene Projekte, vernetzen und stärken die zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in der Geflüchtetenarbeit.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 4 Hauptamtliche (in Teilzeit), 100 Ehrenamtliche, davon 10 im Beirat
Finanzierung: Spenden
Website: www.wirmachendas.jetzt

Sophie Reimers

Wir machen das strahlt sonnig gelb, mintgrün und knallbunt, spricht viele Sprachen und bleibt im Gedächtnis. Dieser Eindruck entsteht beim Blick auf die Website. Die klare, starke Optik passt gut zur Agenda der Initiative und zur Vielstimmigkeit ihrer Projekte. Das Frauennetzwerk stößt zum einen Pilotprojekte mit Geflüchteten an. Es betreibt zum anderen aktive Öffentlichkeitsarbeit. Es soll im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden, dass es in Deutschland unzählige Beispiele für ein gelungenes Zusammenleben von Neuankömmlingen und Alteingesessenen gibt. Über sechs Millionen Menschen, so die Mitgründerin Annika Reich, haben sich 2015 für und mit Geflüchteten engagiert; diese große Bewegung bildet sich aus Sicht der Macher_innen noch zu wenig in den Medien ab. Die Botschaft ist: *Wir sind viele und wir machen das.*

Gegründet hat sich die Initiative aus einem Zusammenschluss von 100 Frauen, die sich 2011 zusammenfanden, um für eine stärkere Präsenz von Frauen in Kultur, Politik und Medien einzutreten. Die Idee zu *Wir machen das* kam ins Rollen, als das Frauenkollektiv bei einem der zweimonatlichen Treffen feststellte, dass fast alle Anwesenden sich in der Geflüchtetenhilfe engagierten. Diese Erfahrung hatte sie mit den vielfältigen Schwierigkeiten von Geflüchteten und den sich daraus ergebenden Erfordernissen konfrontiert. Wenig später gründeten sie aus dem Netzwerk heraus den Verein, um ihr Potenzial noch besser ausschöpfen zu können: »Jede zeigt, was in ihrem Feld geht und wir schauen, wie man den Enthusiasmus und auch die Pragmatik des Helfens mit unserer künstlerischen, publizistischen, intellektuellen, rechtlichen, analytischen Expertise paaren kann. Wie kann man auch weg vom Helfen und hin zu

einem wirklichen Zusammenarbeiten, Zusammenleben, zusammen an dieser neuen Gesellschaft bauen?«, beschreibt Annika Reich die Ursprungsidee.

Um die Aktionen des Vereins effektiv vorantreiben zu können, gibt es einen Beirat aus zehn Mitgliedern des Netzwerks. Dazu zählen Julia Eckert, Sabine Hark, Katharina Grosse, Annika Reich, Christina Clemm, Heike-Melba Fendel, Priya Basil, Ines Kappert und Marion Detjen. Die Schriftstellerin Annika Reich übernahm die organisatorische Leitung und Koordination. Dazu ließ sie ihre eigene Arbeit ein ganzes Jahr lang ruhen. Die Leitidee der Initiative wird aktiv in Politik, Medien und Öffentlichkeit verbreitet, um dort Veränderungen anzuschieben. Finanziert wird der Verein bislang aus Spenden, die fast alle aus dem Umfeld und vom Netzwerk selbst kommen. Davon wird eine Stelle für die Verwaltung und Organisation finanziert und Honorare für Anwältinnen, geflüchtete Autorinnen und Übersetzer_innen bezahlt. Vieles läuft allerdings nach wie vor über ehrenamtliche Mitarbeit. Die ausgezeichnete Vernetzung in die Bereiche Kultur, Politik und Medien ist das entscheidende Kapital der Frauen von *Wir machen das*. Es entstand eine Medienpartnerschaft mit *Zeit Online* und von der Agentur *Edenspiekermann* wurde die Website gespendet. Ende 2016 sind aus dem Netzwerk neun Pilotprojekte mit ganz unterschiedlicher Ausrichtung und Vorgehensweise hervorgegangen, die alle auf der Website *wirmachendas.jetzt* vorgestellt werden.

Eines der erfolgreichen Pilotprojekte des Netzwerks ist *FLAX – Foreign Local Artistic Xchange*. Hier erhalten geflohene Künstler_innen Zugang zu Kulturinstitutionen und Kunsthochschulen und Tandems mit etablierten Künstler_innen werden gebildet. Ein weiteres Pilotprojekt bietet mobile und kostenlose Rechtsberatung für Geflüchtete in Berliner Notunterkünften und mittlerweile auch in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung im brandenburgischen Eisenhüttenstadt an. Der Bus, in dem die Rechtsberatung zweimal wöchentlich stattfindet, wurde von Volkswagen gestiftet. Mit ihm sind mehrere auf Asylrecht spezialisierte Anwält_innen zusammen mit Dolmetscher_innen unterwegs und geben Informationen zu Asylrechtsverfahren sowie weiteren rechtlichen Fragen und Regelungen weiter. *Begegnungsort Buchhandlung* – ein drittes der neun angestoßenen Pilotprojekte – ist an vielen Orten in Deutschland angelaufen und wird nun auch unabhängig von den Initiator_innen fortgeführt. Lokale Buchhändler_innen laden geflüchtete Buchhändler_innen, Bibliothekar_innen, Autor_innen und begeisterte Leser_innen aus einer nahen Unterkunft dazu ein, gemeinsam eine Lesung oder einen Erzählsalon zu gestalten. Die Buchhändler_innen organisieren die Übersetzung und moderieren den Abend, bei dem Raum für den Austausch von Geschichten eröffnet wird. Bis November 2016 haben bereits 70 solcher Abende stattgefunden. Nun soll die Initiative auf Bibliotheken ausgeweitet werden.

Für die Zukunft ist geplant, die Pilotprojekte so weiterzuentwickeln, dass sich die Ideen verselbstständigen. Vor allem aber soll es nun um Sichtbarkeit

gehen. Es soll gezeigt werden, wo und wie die postmigrantische Gesellschaft bereits gelebt wird. Besonders wichtig dafür ist die Website, auf der Texte veröffentlicht und Projekte vorgestellt werden. Zudem plant *Wir machen das*, 2017 eine Konferenz zu organisieren, auf der Akteur_innen aus Geflüchtetenprojekten zusammenkommen. Die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)* hat ihre Kooperation bereits zugesagt. Fest steht schon jetzt das Ziel der Kooperation und Konferenz: Es soll eine *Alternativerzählung* zur oft negativ konnotierten Geflüchtetenthematik entwickelt und damit Einfluss auf den öffentlichen Diskurs genommen werden. Wichtig ist den Initiator_innen, dass dieser Prozess von Anfang an in Zusammenarbeit mit Newcomer_innen stattfindet. Der Verein beschäftigt bereits einige Newcomer_innen, beispielsweise als Autor_innen, und auch in allen weiter entstehenden Arbeitsbereichen des Projekts sollen sie involviert werden.

Wichtig für das erfolgreiche Weiterwirken des Projekts ist die Finanzierung. Denn auch wenn mit dem Netzwerk der 100 Frauen außergewöhnliches Potenzial zur Verfügung steht, fehlt es ihnen oft an ausreichend Zeit. Nur mit weiteren hauptamtlich Mitwirkenden können die Ressourcen optimal genutzt und die kreativen und politischen Anstöße nachhaltig verfolgt werden.

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Ein zivilgesellschaftliches Netzwerk im Land Brandenburg arbeitet für mehr Demokratie. Es begleitet politische und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch und mit großem individuellen Engagement.

Ort: Potsdam
Gründung: 1997
Mitarbeitende: 7 Hauptamtliche
Finanzierung: Landesregierung Brandenburg
Website: www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Anja Gretschmann

Das *Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* hat sich zur Aufgabe gemacht, ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Tendenzen in der deutschen Gesellschaft zu setzen. Das Netzwerk aus unterschiedlichsten Initiativen schafft Orte der Begegnung und informiert und verbreitet wichtiges Wissen über die Lage und Einbindung Geflüchteter. Durch die Zusammenarbeit von kleinen und großen Akteur_innen gewinnt eine demokratische Zivilgesellschaft so den öffentlichen Raum in Brandenburg für sich.

Im Vordergrund der Bündnisarbeit steht das Ziel, den gesellschaftspolitischen Diskurs um Themen wie Flucht, Migration und den Umgang mit Asylsuchenden mitzubestimmen. Gegründet wurde das Bündnis im Jahr 1997 als Reaktion auf die vielen fremdenfeindlichen Übergriffe in der Region. Aus einem zuerst staatlichen Projekt hat sich im Laufe des Bestehens ein zivilgesellschaftliches Netzwerk aus vielfältigen Akteur_innen entwickelt: In die Gründung der landesweit agierenden Organisation waren zivilgesellschaftliche Initiativen, Dachverbände, das Brandenburger *Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*, die Staatskanzlei und Landesregierung Brandenburg sowie Bürgermeister_innen verschiedener Städte Brandenburgs involviert. Der Anfang war von internen Auseinandersetzungen geprägt, da die sehr unterschiedlichen Akteur_innen voneinander abweichende Vorstellungen mitbrachten. Besonders das Thema Residenzpflicht für Geflüchtete sorgte für Reibung. Als sich die Bürgerinitiativen für die Abschaffung der Regelung aussprachen, kam es zum Austritt der Ministerien und die Bewegung splittete sich auf. Auf der einen Seite standen nun die Ministerien im Verbund *Tolerantes Brandenburg*, auf der anderen Seite das zivilgesellschaftliche *Aktionsbündnis*, bestehend aus

Kirchen, Gewerkschaften, dem *Paritätischen Wohlfahrtsverband*, der Landesrektorenkonferenz Brandenburger Hochschulen und vielen kleinen Bürgerinitiativen. Die Auflösung des großen Bündnisses hatte letztlich für die weitere Arbeit positive Folgen: Anna Spangenberg, die Geschäftsführerin des *Aktionsbündnisses*, berichtet: »Wir sind die kritische, zivilgesellschaftliche Begleitung des Regierungshandelns. Durch die Entstehungsgeschichte haben wir Zugang und engen Kontakt zu den verschiedenen Ämtern und können Sachen in Bewegung bringen. Gleichzeitig müssen wir uns aber nicht an strukturellen Problemen aufhalten.«

Das *Aktionsbündnis* sieht seine Aufgabe auch in der finanziellen Unterstützung von lokalen Initiativen der Flüchtlingsarbeit. Beispielsweise ist *Zossen zeigt Gesicht*, ein sehr aktives zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich zum Thema Flüchtlingshilfe und gegen Fremdenfeindlichkeit engagiert, auf das *Aktionsbündnis Brandenburg* angewiesen. Das Bürgermeisteramt erkennt *Zossen zeigt Gesicht* nicht als gleichwertigen Partner an. Durch die fehlende Kooperationsbereitschaft der Stadt wird die Arbeit erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Hier springt das Bündnis ein. Mit Geldern aus einem Fonds unterstützt es Aktionen derartiger Initiativen.

Zu einer weiteren Aufgabe hat sich das Bündnis die Bekämpfung der politischen Hetze gegen Geflüchtete im Internet gemacht. Eine große Herausforderung sind die in den letzten Jahren rapide angestiegenen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Anna Spangenberg wurde aufmerksam, als zu Beginn der vermeintlichen Flüchtlingskrise vermehrt rassistische Facebook-Gruppen, Webseiten und Blogs auftauchten: »Wir haben die dort aufgenommenen Themen ausgewertet und überlegt, wie Bürgerinnen und Bürger informiert werden könnten, bevor sie auf diese Seiten stoßen.« So entstand die Broschüre *Neue Nachbarn*, von der mittlerweile 80.000 Exemplare im Land verteilt wurden. Der Bedarf an den Broschüren ist groß, immer wieder muss nachgedruckt werden. So hört man von vielen ehrenamtlichen Helfer_innen in den Unterkünften, dass sie von Bürger_innen aus den Nachbarschaften mit wiederkehrenden Fragen und Aussagen konfrontiert werden: »Warum machst du das?« und »Die sollen hier nicht bleiben.« Oft mangelt es an Aufklärung. Das Heft soll dabei nicht an Menschen gerichtet werden, die dem Bündnis politisch zustimmen; vielmehr möchte es die Bürger_innen erreichen, die den Themen bislang gleichgültig gegenüberstehen.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis, welches den 75 verschiedenen Initiativen eine Stimme gibt, trifft sich zweimal im Jahr zu einem gemeinsamen Plenum. Für die Kommunikationskoordination sowie die Vernetzungs- und Vermittlungsarbeit ist die Geschäftsführung zuständig, die sich als Servicestelle des Bündnisses versteht. Als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Initiativen leistet sie Moderationsarbeit. Des Weiteren werden hier Projekte entworfen und angeboten sowie große Demonstrationen angemeldet und begleitet. Die

Vermittlungs- und Unterstützungsangebote können auch Initiativen und Vereine wahrnehmen, die nicht im Bündnis organisiert sind. Finanziert wird das Bündnis durch Mittel der Landesregierung und Spenden. Um Druckkosten zu decken und andere kleine Aktionen der Initiativen durch finanzielle Unterstützung zu ermöglichen, wurde ein Fonds eingerichtet. Dieser speist sich aus Einnahmen, die über den Verkauf von Artikeln der Kampagne *Schöner leben ohne Nazis* und über eine Kooperation mit dem Modelabel *Iriedaily* kommen. Das Label bedruckt für das Bündnis T-Shirts, Beutel und Kapuzenpullover, die dann wiederum verkauft werden können.

Perspektivisch will das *Aktionsbündnis* nun weiter Aufklärungsarbeit leisten und auch neue Herausforderungen, mit welchen sich die Gesellschaft konfrontiert sieht, thematisieren. Jetzt, wo die Unterkünfte stehen und es nicht mehr in erster Linie allein um die Unterbringung geht, soll eine zweite Broschüre herausgegeben werden, in der es nicht um die neuen Nachbarn geht, sondern um die Menschen, die bleiben. Dabei stehen Fragen im Vordergrund, die sich im Hinblick auf den Arbeits- und Bildungsbereich stellen.

Literatur

Keil, Teresa (2016): Netzwerk »Berlin hilft«. http://politik-digital.de/news/netzwerk-berlin-hilft-146771/. Zugriff: 21.11.2016.

Kooperationsmodelle von Freiwilligenkoordinationen und Kommunen

Die Bereitschaft von Bürger_innen zum Engagement in der Geflüchtetenhilfe ist entscheidend, um die vielfältigen mit der Zuwanderung verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Sie ist dabei aber auf die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und vor allem auf der kommunalen Ebene angewiesen. Die vielen freiwilligen Ehrenamtlichen brauchen Unterstützung in Form von Koordination, Fortbildungsangeboten und Supervisionen. Für die Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ist die Zusammenarbeit mit den im Ankommensprozess beteiligten Behörden essenziell. Nachfolgend werden sieben beispielhafte Modelle der Kooperation von zivilgesellschaftlich Engagierten und den lokalen Behörden beziehungsweise der Politik in der Geflüchtetenhilfe in unterschiedlich großen Kommunen dargestellt. Sie zeigen, dass es möglich ist, die Herausforderungen in den Griff zu bekommen, wenn nur der Wille vorhanden ist.

So unterstützt die Stadt Norderstedt den Verein *Willkommen-Team* durch eine sehr enge Zusammenarbeit, kostenlose Nutzung der städtischen Infrastruktur und die Finanzierung einer hauptamtlichen Mitarbeiterin. In Schwäbisch Gmünd arbeiten im *Bündnis für Menschlichkeit* alle Organisationen zusammen, die im ehrenamtlichen Engagement mit Geflüchteten aktiv sind. Der *Evangelische Kirchenkreis Halle (Saale)* finanziert in enger Kooperation mit der Integrationsbeauftragten der Stadt einen Ehrenamtskoordinator in der Hallenser Freiwilligen-Agentur. Die Nürnberger *Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Corporate Citizenship* unterstützt, vernetzt und koordiniert, in enger Kooperation mit der Freiwilligen-Agentur, die vielfältigen Unterstützungsangebote für Geflüchtete mit dem Fokus auf alteingesessene Nürnberger_innen mit Migrationshintergrund.

In den Millionenstädten Köln und Berlin haben sich differenziertere Modelle als praktikabel erwiesen. So profitieren die Geflüchteten und Freiwilligen in Köln von der langjährigen Kooperation des *Kölner Flüchtlingsrates* und der Freiwilligen-Agentur. Unter den besonderen Bedingungen in Berlin hat sich eine dezentrale Unterstützung der Freiwilligen entwickelt, hier werden von der *FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain* und der *Caritas Berlin* ehrenamtliche Unterstützungsmodelle in einem schwierigen administrativen Umfeld umgesetzt.

Willkommen-Team

Eine vorbildliche Zusammenarbeit von Willkommensinitiative und Stadt hat die Grundlage für ein erfolgreiches ehrenamtliches Engagement im Ankommensprozess von Geflüchteten geschaffen.

Ort: Norderstedt
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 1 Hauptamtliche, Ehrenamtliche
Finanzierung: Stadt Norderstedt und Kommune
Website: www.willkommen-team.org

Stephan Lidzba

In Norderstedt (Schleswig-Holstein) setzt sich seit 2014 der Verein *Willkommen-Team* mit vielfältigen Aktivitäten für die Eingliederung Geflüchteter in die Stadt ein. Das *Willkommen-Team* sieht die Begleitung von Geflüchteten als seine zentrale Aufgabe an und stellt ihnen in der Ankommensphase und darüber hinaus Lots_innen zur Seite. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen entwickelte der Verein den sogenannten Willkommensbeutel, der sich als innovatives Werkzeug in der Praxis der Geflüchtetenarbeit in Norderstedt etabliert hat.

Die Neuangekommenen erhalten einen Beutel, in dem ein kleines Geschenk, diverse Flyer und Informationsmaterial enthalten sind. Zu den Informationen gehört auch eine vom Verein erarbeitete und in mehrere Sprachen übersetzte To-Do-Liste, die alle wichtigen Stationen des Asylverfahrens und weiterer bürokratischer Schritte umfasst. Die Liste ist als Flyer und mehrsprachige Audiodatei verfügbar und kann kostenlos auf das Smartphone heruntergeladen werden. Zudem sind in Zusammenarbeit mit verschiedenen Netzwerkpartnern wie dem *Sozialkaufhaus Norderstedt* und der *Norderstedter Tafel e.V.* und der Kommune die wichtigsten Anlaufpunkte in der Stadt erarbeitet worden und nun ebenfalls als Infomaterial erhältlich. Die Informationen dienen den Geflüchteten und den sie begleitenden Lots_innen als eine Art Richtschnur im Prozess des Ankommens und darüber hinaus.

78.000 Menschen leben in Norderstedt und ungefähr 15.000 von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Als 2013 die Zahl von 30 Asylbewerber_innen überschritten wurde, zeichnete sich für die Integrationsbeauftragte und die Zweite Bürgermeisterin ab, dass in den nächsten Jahren mehr Geflüchtete in ihre Stadt kommen würden. So wurde bereits 2013 beschlossen, gemeinsam einen Unterstützerkreis für die geflüchteten Menschen ins Leben zu rufen. Susanne Martin, langjährige leitende Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, zuletzt

Leiterin der Stadtbücherei und nun im Ruhestand, übernahm die Leitung der Initiative. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Unterstützerkreises, der Integrationsbeauftragten und der Zweiten Bürgermeisterin trieb sie 2014 die Gründung eines Vereins voran. Die Struktur des eingetragenen Vereins ermöglicht es, unabhängig von der Stadt aufzutreten und so auch Spenden anzunehmen. Auf diesem Weg konnte das frisch gegründete *Willkommen-Team* Norderstedt wachsen und den Geflüchteten Unterstützung anbieten. 2014 kamen 264 Geflüchtete nach Norderstedt und im Sommer 2016 lebten etwa 1.250 geflüchtete Menschen in sechs Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen der Stadt. Zum *Willkommen-Team* zählten anfangs 40 Mitglieder, mittlerweile sind es über 400 Ehrenamtliche, die hier mitwirken. Grundsätzlich müssen alle neuen Ehrenamtlichen des Vereins an einem Einführungskurs teilnehmen, der den Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit absteckt und auch die Grenzen zur hauptamtlichen Tätigkeit verdeutlicht. Darüber hinaus werden interkulturelle Kurse und Supervision angeboten. Wichtig ist, dass die Stadt regelmäßig Runde Tische organisiert, um mit allen am Ankommensprozess beteiligten Institutionen ein nachhaltiges Integrationskonzept zu erarbeiten.

Für seine innovative Arbeit wurde der Verein 2014 mit dem Integrationspreis des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet und ist über die Landesgrenzen hinaus als mustergültiges Projekt für die Kooperation von zivilgesellschaftlich Engagierten und Kommunen in der Geflüchtetenhilfe bekannt. Großen Anteil an der erfolgreichen Umsetzung des Projekts hat die pensionierte Bibliotheksleiterin Susanne Martin. Sie koordiniert das *Willkommen-Team* nach wie vor ehrenamtlich. Sie ist durch ihre berufliche Tätigkeit eng mit der Stadtverwaltung und den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in Norderstedt vernetzt und hat so eine wichtige Vermittlungsposition inne.

Als im Jahr 2015 die Zahl der Geflüchteten auch in Norderstedt stark anstieg und mit ihr die Anzahl der freiwilligen Unterstützer_innen wuchs, kam der rein ehrenamtlich geführte Verein an seine organisatorischen Grenzen. Der Stadtrat beschloss daraufhin in einem breiten Bündnis aller vertretenen Parteien die Finanzierung einer Vollzeitstelle für die Organisation der Vereinsarbeit. Die Kommune unterstützte die Neustrukturierung des Vereins durch diverse Beratungen und die Finanzierung eines Vereins-Coaching-Seminars für die Vereinsvorstände. Das *Willkommen-Team* hat die Möglichkeit, auf Teile der stadteigenen Infrastruktur wie Räumlichkeiten, Kommunikationsmittel und die Grafiker_innen zur Erstellung von Flyern und Internetpräsenz zurückzugreifen. Die kommunalen Bildungswerke Norderstedt sind mit der Volkshochschule und den Stadtbüchereien ebenfalls sehr wichtige Kooperationspartner in der Vereinsarbeit und ermöglichten einen kostenlosen Büchereiausweis als Dank für die ehrenamtlich Engagierten. Die Weitsicht und die sehr enge Kooperation der Stadt mit dem Verein machen das *Willkommen-Team* zu einem Leuchtturmprojekt im Norden.

Bündnis für Menschlichkeit

In Schwäbisch Gmünd werden Flüchtlingspolitik und Integrationsarbeit auf besondere Weise mit dem Ehrenamt verknüpft. Der sogenannte *Gmünder Weg* zeigt in einem fünfstufigen Programm, wie Geflüchtetenarbeit erfolgreich funktionieren kann.

Ort: Schwäbisch Gmünd
Gründung: 2013
Mitarbeitende: Ehrenamtliche
Finanzierung: Stadt Schwäbisch Gmünd
Website: www.schwaebisch-gmuend.de/8268-Der-Gmuender-Weg.html

Stephan Lidzba

Die Stadt Schwäbisch Gmünd liegt im Osten Baden-Württembergs. In der wirtschaftlich prosperierenden Stadt leben ungefähr 60.000 Einwohner, von denen rund ein Drittel einen Migrationshintergrund hat. Menschen aus 120 Nationen sind in der Stadt vertreten. Ende Juni 2016 lebten circa 800 Geflüchtete in zentraler und dezentraler Unterbringung in der Stadt, die von rund 250 freiwillig Engagierten unterstützt werden.

Im Jahr 2013 gründeten der Gmünder Bürgermeister Richard Arnold und der Landrat des Ostalbkeises, Klaus Pavel, das *Bündnis für Menschlichkeit* mit allen in der Geflüchtetenarbeit tätigen Behörden und Organisationen. Mit diesem *Gmünder Weg* geht die Stadt gemeinsam mit dem Ostalbkreis neue Pfade im Ankommensprozess und der Integration von geflüchteten Menschen. Bundesweit bekannt wurde Schwäbisch Gmünd durch eine Kofferträgeraktion von Geflüchteten, die von den beiden Politikern mitinitiiert wurde. Nach anfänglicher Kritik an und Skepsis gegenüber dem Projekt gilt der *Gmünder Weg* mittlerweile als beispielhaftes Konzept für die Integrationsarbeit mit Geflüchteten in Deutschland. Er steht für den Einbezug der Geflüchteten in eine entwickelte Ehrenamtskultur.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt, Daniela Dinser, betont, dass die Geflüchtetenhilfe vom Ehrenamt sowohl alteingesessener als auch neuer Gmünder_innen lebt. Integration funktioniere auch über das ehrenamtliche Engagement Geflüchteter, weil es gerade dort viele soziale Anknüpfungspunkte gebe.

Die Flüchtlingsbeauftragte betont, dass es »entscheidend beim *Gmünder Weg* ist, dass er für alle Geflüchteten gilt. Egal, ob sie eine gute Bleibeperspektive haben oder nicht.« Dies stellt eine Besonderheit dar, weil Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive oft von integrativen Angeboten ausgeschlossen bleiben.

Der *Gmünder Weg* ist nach einem Fünf-Stufen-Plan gegliedert: Über die Schritte Ankunft, Sprachförderung, Teilhabe durch Ehrenamt, berufliche Erprobung und langfristige Verbesserung der Wohnsituation sollen die Geflüchteten in die Stadt integriert werden. Die ersten drei Stufen sind eng mit dem ehrenamtlichen Engagement von Gmünder Bürger_innen und Geflüchteten verbunden. In einem ersten Schritt haben die Geflüchteten die Möglichkeit, die Stadt und ihre Angebote mit Hilfe von sogenannten Willkommenslots_innen kennenzulernen und so ein erstes Bild von ihrer neuen Umgebung und den verschiedenen Unterstützungsangeboten zu bekommen. Die meist ehrenamtlichen Lots_innen heißen die Geflüchteten in Schwäbisch Gmünd willkommen und stellen ihnen alle bestehenden Angebote vor. Der zweite Schritt besteht in der Sprachförderung der Neuangekommenen. Ihnen soll damit zeitnah die Teilnahme an Sprach- beziehungsweise Alphabetisierungskursen ermöglicht werden. Auch hier spielt das Ehrenamt eine tragende Rolle: Speziell geschulte Freiwillige halten in Zusammenarbeit mit der örtlichen Volkshochschule und dem *Kolping Bildungswerk* Deutschkurse für Anfänger und Alphabetisierungskurse ab. Es besteht auch die Möglichkeit, danach an weiterführenden Sprachkursen teilzunehmen.

Das gilt ebenfalls für den oft parallel zu den Sprachkursen beginnenden dritten Schritt, der sogenannten Teilhabe durch das Ehrenamt. Hier geht es darum, den Geflüchteten die Möglichkeit zu geben, sich über das freiwillige Engagement eine sinnvolle Beschäftigung zu suchen und sich gleichzeitig ein soziales Netzwerk in ihrem neuen Lebensumfeld aufzubauen. Bei der Vorbereitung und Durchführung von Stadt- und Vereinsfesten und anderen Veranstaltungen bieten sich den geflüchteten Freiwilligen diverse Gelegenheiten mitzuhelfen und sich so einzubringen. Das Ehrenamt hat in Schwäbisch Gmünd eine lange Tradition. Damit gibt es eine gute Plattform für Engagement und gegenseitiges Kennenlernen. Exemplarisch dafür ist das *Stauferfestival*, an dem auch 2016 wieder 80 Geflüchtete beteiligt waren. Die Flüchtlingsbeauftragte Daniela Dinser sieht in der Landesgartenschau 2014 die »Initialzündung« des Ehrenamts für Geflüchtete: »Während der Vorbereitungen und Durchführung sind sehr viele Freundschaften und Partnerschaften mit Flüchtlingen entstanden.« Doch nicht nur über die Einbindung in das Ehrenamt sollen Geflüchteten Türen in die Gmünder Gesellschaft geöffnet werden. Auch die Öffnung von Initiativen und Vereinen wie der Feuerwehr trägt zur Integration alter und neuer Bürger_innen der Stadt bei.

Wichtig war es auch, über Migrantenvereine Patenschaften von Menschen mit Migrationshintergrund zu organisieren. »Wenn man etwas sichtbar macht, wird es auch einfach mehr wahrgenommen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben Kompetenzen, die erst jetzt zu Tage treten. Erst dadurch sehen wir sie«, so Daniela Dinser.

Das Ehrenamt von und für Geflüchtete wird in enger Kooperation zwischen dem Gmünder Integrationsbeauftragten Hermann Gaugele, der Freiwilligenkoordinatorin Inge Pfeifer und Daniela Dinser koordiniert. Diese achten nicht nur darauf, welche Ehrenamtlichen wohin passen, sondern auch, dass diese geschult und begleitet werden. Federführend ist hier, wie auch in der Kooperation der diversen Behörden und Organisationen in der Geflüchtetenhilfe, die Stabsstelle Flüchtlinge. Diese organisiert regelmäßige Treffen und Runde Tische mit dem *Asylkreis Schwäbisch Gmünd*, der *Caritas*, allen anderen Nichtregierungs-Organisationen und den Behörden der Stadt sowie des Landkreises, die in der Geflüchtetenarbeit engagiert sind.

Die enge und gut funktionierende Kooperation, besonders zwischen Stadt und Landkreis, existiert jedoch nur dank der nachhaltigen Unterstützung der Politik und dem Mut, neue Wege zu gehen. Motiviert für eine weitere Zusammenarbeit sind die Beteiligten dabei allemal.

Freiwilligen-Agentur und Evangelischer Kirchenkreis Halle

Die Kooperation zwischen der Stadt, der Freiwilligen-Agentur und dem Evangelischen Kirchenkreis Halle-Saalkreis ist ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune.

Ort: Halle
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 45 in der Freiwilligen-Agentur
Finanzierung: öffentliche Mittel, Drittmittel und Spenden
Website: www.freiwilligen-agentur.de

Stephan Lidzba

Anfang 2015 begründeten die Stadt Halle (Saale), die *Freiwilligen-Agentur Halle e.V.* und der *Evangelische Kirchenkreis Halle-Saalkreis* eine zu diesem Zeitpunkt einmalige Zusammenarbeit zur Einbindung der evangelischen Kirchengemeinden und Verbesserung der Ehrenamtskoordination in der Geflüchtetenhilfe. Die Stadt Halle ist mit über 230.000 Einwohner_innen die größte Stadt des ostdeutschen Bundeslandes Sachsen-Anhalt und Teil der Metropolregion Mitteldeutschland, in der über eine Million Menschen leben. Über den *Königsteiner Schlüssel* wurden Halle im Jahr 2015 ungefähr 2.500 geflüchtete Menschen zugewiesen, die in zentralen und dezentralen Unterkünften leben.

Im Zuge des zunehmenden Engagements für geflüchtete Menschen stiegen auch die Anforderungen an die Koordinierung und Unterstützung der vielen Hallenser Bürger_innen und neu gegründeten Initiativen, die sich freiwillig einbringen. Eine wichtige Rolle in der Organisation der Geflüchtetenhilfe spielt seit Anfang des Jahres 2015 das Engagement des *Evangelischen Kirchenkreises Halle-Saalkreis* mit dessen Superintendenten Hans-Jürgen Kant. Als Kant von den Gemeindemitgliedern mit dem Wunsch, sich aktiv einzubringen, konfrontiert wurde, beriet er sich mit der Integrationsbeauftragten der Stadt, um nicht in »blinden Aktionismus zu verfallen«. Sie schlug vor, eine Stelle zu schaffen, die die Zusammenarbeit von Kirchengemeinden, anderen Initiativen, freiwillig Engagierten und der bereits seit 1999 existierenden Freiwilligen-Agentur koordinieren würde.

Die Koordinierungsstelle wurde im Mai 2015 eingerichtet und wird von der *Evangelischen Landeskirche* und dem *Evangelischen Kirchenkreis* in Halle zunächst für eine Dauer von drei Jahren finanziert. Sie wurde bei der *Freiwilligen-Agentur Halle e.V.* angesiedelt, die eine langjährige Erfahrung in dem

Bereich der Organisation des Ehrenamts hat. Die Agentur finanziert sich zu 60 Prozent über öffentliche Mittel von Land, Bund, EU und der Stadt. Die restlichen 40 Prozent wurden über Drittmittel, Eigenleistungen sowie Spenden eingeworben. Sie ist seit mehreren Jahren in der Unterstützung und Koordination freiwilliger Unterstützungs- und Integrationsarbeit von und für Menschen mit Migrationshintergrund tätig. So wurden beispielsweise schon 2013 diverse Projekte zur Engagementförderung von Geflüchteten erfolgreich umgesetzt.

Seit Mai 2015 ist ein Beratungspsychologe für die Koordinierungsarbeit verantwortlich. Er koordiniert die Zusammenarbeit in einem Netzwerk von über 40 Initiativen, Kirchengemeinden, Migrant_innenvereinen und anderen Organisationen der Geflüchtetenhilfe. Am Anfang ging es hauptsächlich um die Vermittlung von Ehrenamtlichen. Mittlerweile geht es mehr um die Weiterbildung und um die Abstimmung der einzelnen Projekte und der Ehrenamtlichen. Als zentrale Plattform in der Vernetzungsarbeit fungiert die eigens von der Freiwilligen-Agentur eingerichtete Website *Willkommen-in-Halle.de*. Hier können Initiativen ihren Bedarf an Ehrenamtlichen, Veranstaltungen und andere Informationen publik machen und damit die weit über 500 aktiven Freiwilligen und andere Initiativen informieren. Ein Novum für Halle ist die Kooperation mit den Migrant_innenorganisationen. Diese erlaubt es unter anderem, dass allen Geflüchteten am Anfang Sprachmittler_innen an die Hand gegeben werden können, die ihnen erklären, wie die Stadt Halle funktioniert und die dafür sorgen, dass sie sich zurechtfinden. Die Vermittlung der Sprachbegleiter_innen läuft einstweilen noch über die Koordinierungsstelle, soll aber an die Migrant_innenorganisationen übergehen.

Die Kooperation der Koordinierungsstelle mit der Integrationsbeauftragten der Stadt ist sehr eng. Gemeinsam werden regelmäßige Vernetzungstreffen in Form von Runden Tischen organisiert. Zusätzlich finden regelmäßig Treffen im *Forum Migration* statt, bei denen die zuständigen Mitarbeiter_innen aus der Verwaltung und den Behörden ebenso wie die Ehrenamtlichen ihre Fragen äußern können und Lösungen erarbeitet werden. In diesem Forum wurde auch eine Willkommensmappe erarbeitet, die den Geflüchteten und Freiwilligen die Orientierung im Ankommensprozess erleichtern soll. Über diese Maßnahmen ist es gelungen, ein positives Klima für die Zusammenarbeit mit den Behörden herzustellen. Auch wenn es nicht zuletzt von den Sachbearbeiter_innen persönlich abhängt, begrüßen die Verantwortlichen in Ämtern wie der Ausländerbehörde es in der Regel, wenn Ehrenamtliche die Geflüchteten begleiten und diese bei ihren administrativen Aufgaben unterstützen.

Die Koordinierungsstelle bekommt auch von vielen Geflüchteten selbst Anfragen, die gerne ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe aktiv werden wollen, und kommuniziert dieses Interesse an die Initiativen. Oft hängt es von den Deutschkenntnissen ab, ob die Mitarbeit funktioniert. Dieser wertvolle

Prozess, in dem Geflüchtete die Rolle wechseln und zu Multiplikator_innen werden, kommt gerade erst ins Rollen und wird sich schnell entwickeln.

Ein weiterer Teil der Vernetzungsarbeit der Freiwilligen-Agentur ist der im Dezember 2015 eröffnete *WELCOME Treff* mit dem Leitbild *Begegnen – Mitmachen – Gemeinsam Gutes tun*. Hier begegnen sich Geflüchtete und Engagierte. Es finden täglich diverse Veranstaltungen statt, mit offenen Deutsch- und Arabischkursen, Mutter-Kind-Gruppen und LSBTI*-Treffen. Für Freiwillige gibt es außerdem Supervisions- und Fortbildungsangebote. Über dieses Angebot hinaus finden Geflüchtete und Freiwillige auch Gelegenheiten zur Begegnung in den Willkommens-Cafés der evangelischen Kirchengemeinden in Halle. Unter den Mitgliedern der Gemeinden, die sich in Cafés und bei Deutschkursen einbringen, habe das Engagement einen sehr positiven Effekt, betont der Superintendent des *Evangelischen Kirchenkreises Halle-Saalkreis* Hans-Jürgen Kant: »Viele Gläubige sagen: Jetzt weiß ich wieder, wofür ich eigentlich in der Kirche bin.«

Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement Nürnberg

In der Stadt Nürnberg gelang es im Herbst 2015, innerhalb kurzer Zeit funktionierende Strukturen für die Geflüchtetenhilfe aufzubauen und das ehrenamtliche Engagement zu stärken und zu koordinieren. Das Beispiel Nürnberg zeigt auf, wie eine erfolgreiche Kooperation auf Augenhöhe zwischen Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren etabliert werden kann.

Ort: Nürnberg
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche und Praktikant_innen
Finanzierung: u.a. Freistaat Bayern
Website: www.nuernberg.de

Stephan Lidzba

Die fränkische Stadt Nürnberg gelangte im Herbst 2015 in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, als die bayerische Staatsregierung das Verteilzentrum für ankommende Geflüchtete mit Beginn des Oktoberfestes ad hoc vom Münchner Hauptbahnhof nach Nürnberg verlegte. Die circa 500.000 Einwohner_innen zählende Stadt Nürnberg sah sich der Herausforderung gegenüber, eine große Anzahl Geflüchteter erstzuversorgen und sie bis zur Weiterreise in Erstaufnahmestätten anderer Bundesländer unterzubringen. Der Mitarbeiterin der *Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Corporate Citizenship*, Natalie Lebrecht, war schnell klar, dass diese Situation nicht allein zu meistern wäre und dass Unterstützung von Ehrenamtlichen gebraucht werden würde. Über Nacht wurde auf Initiative des Leiters der Stabsstelle, Uli Glaser, ein Bürgertelefon eingerichtet, das »von da an nicht mehr stillstand«, so Lebrecht.

»Nachts kamen Busse mit Flüchtlingen an und es waren Ehrenamtliche da und haben geholfen. Da kam um 23:00 Uhr ein Anruf, dass um 2:00 Uhr Busse mit Flüchtlingen kommen und wir mussten dann die Telefonlisten abtelefonieren und wildfremde Menschen anrufen, dass sie um 2:00 Uhr die Flüchtlinge in Empfang nehmen. Und sie kamen. Und haben geholfen. Es war wirklich eine außergewöhnliche Situation und es gibt ein Gemeinschaftsgefühl, das sich daraus speist«, erläutert Natalie Lebrecht, die darin »eine Art Initialzündung« für ein breites bürgerschaftliches Engagement in der Geflüchtetenhilfe sieht.

In dieser Situation bewährte sich die langjährig etablierte und eingespielte Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren der Ehrenamtskoordina-

tion in Nürnberg. Die *Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Corporate Citizenship* ist Teil der Stadtverwaltung mit zwei hauptamtlichen Mitarbeiter_innen und mehreren Praktikant_innen. Eine der beiden Stellen wird durch ein Programm des Freistaats Bayern zur Förderung der Ehrenamtskoordination finanziert. Die zentrale Aufgabe der Stabsstelle besteht darin, die Initiativen, Vereine und Wohlfahrtsverbände in der Geflüchtetenhilfe zu vernetzen: »Wir sehen uns als Multiplikator. Wir steuern das Ehrenamt nicht, wir stoßen es an und wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in seiner Entwicklung«, erläutert Uli Glaser. Das wichtigste Instrument des »Dienstleisters für Ehrenamtliche« sei ein Newsletter, welcher alle zwei Wochen an circa 2.500 Ehrenamtliche versandt wird. Daneben erarbeitet die Stabsstelle einen zweiten Newsletter, der sich an Organisationen wie zum Beispiel Initiativen, Migrantenvereine und Wohlfahrtsverbände richtet, welche die circa 8.800 in verschiedenen Unterkünften in der Stadt lebenden Geflüchteten unterstützen. Die Stabsstelle hilft außerdem neu gegründeten Initiativen, sich zu etablieren: »Wir versuchen zu eruieren, wer in den Initiativen eine Koordinationsfunktion übernehmen kann, dann vernetzen wir diese Freiwilligen miteinander«, so Natalie Lebrecht. Hier setzt die Arbeit der Freiwilligen-Agentur *Zentrum Aktiver Bürger (ZAB)* ein, mit der die Stabsstelle seit 2008 eng zusammenarbeitet. Diese hat die fachliche und praktische Kompetenz, die Initiativen in der praktischen Arbeit zu unterstützen.

Das *ZAB* hat im Bereich der Geflüchtetenhilfte zwei hauptamtlich Beschäftigte, die von der Stadt Nürnberg finanziert werden: eine Freiwilligen-Koordinatorin und einen Koordinator eines Dolmetscher-Pools, der ehrenamtliche Sprachmittler_innen für die Kommunikation zwischen Geflüchteten und lokalen Einrichtungen wie Schulen und Verwaltung vermittelt. Außerdem wird eine webbasierte Ehrenamtsbörse betrieben, die Freiwillige an Initiativen weitervermittelt. »Wir arbeiten mit 50 Einsatzstellen zusammen und machen auch ein sogenanntes ›matching‹, in dem Ehrenamtliche gefragt werden, was sie machen möchten, und wir suchen ganz gezielt Einsatzmöglichkeiten für sie«, erläutert die Freiwilligen-Koordinatorin des *ZAB*, Beate Wittig. Die Freiwilligen-Agentur koordiniert die Nürnberger Helferkreise, unterstützt diese beim Aufbau professioneller Strukturen und bietet Fortbildungsveranstaltungen für die Ehrenamtlichen an. Auch Beate Wittig hebt die enge Kooperation mit der Stabsstelle und den Ehrenamtskoordinator_innen in den Nürnberger Initiativen und Wohlfahrtsverbänden hervor: »Wir führen Fortbildungen durch, die Stadt und die einzelnen Wohlfahrtsverbände führen auch Fortbildungen durch. Wir koordinieren uns dann, damit nichts doppelt gemacht wird und auch alle Bescheid wissen. Das wird dann auch über die Newsletter der Stabsstelle kommuniziert, an denen wir ja auch mitarbeiten.«

Sehr wichtig – und das betonen alle Gesprächspartner_innen – ist die Einbindung der Nürnberger_innen mit Migrationshintergrund, die 41 Prozent

der Stadtbevölkerung ausmachen. Bürger_innen mit Migrationshintergrund engagieren sich auf vielfältige Weise in unterschiedlichen Projekten in der Geflüchtetenhilfe. Zum Beispiel in dem bereits erwähnten Dolmetscherpool oder als sogenannte *Kulturlots_innen* in einer Initiative, die sich um kulturelle Integration in den Nürnberger Stadtvierteln bemüht. Nicht zuletzt wird diese umfassende Einbindung der Nürnberger Bürgerschaft auch politisch unterstützt: »Wir haben schon sehr lange einen Kontakt zur islamischen Gemeinschaft und das ist jetzt ein großer Vorteil. Andere Städte mit einem geringeren Anteil an Migrationshintergrund haben diesen Vorteil nicht«, berichtet Uli Glaser.

Insgesamt zeigt das Nürnberger Beispiel, dass eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteur_innen einen erheblichen Beitrag für eine funktionierende Ehrenamtskoordination leistet. Insbesondere das finanzielle und organisatorische Engagement der Stadt Nürnberg, welches sich in der Unterstützung der Freiwilligen-Agentur sowie in der Einrichtung einer eigenen Stabsstelle zeigt, unterstreicht den politisch-administrativen Willen, die Ehrenamtskoordination in der Geflüchtetenhilfe erfolgreich zu gestalten. Die Schaffung eigener organisatorischer und personeller Ressourcen ist wesentlich für die reibungslose Koordination der engagierten Nürnberger Bürgerschaft und schafft den Rahmen für eine Vielzahl von Projekten und Initiativen, in denen sich viele Freiwillige engagieren. Wichtiger noch: Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund entpuppt sich als Stärke. Nürnberg zeigt, wie eine kluge Nutzung dieser Ressource zur Bewältigung konkreter Herausforderungen beitragen und die Stadt näher zusammenwachsen kann.

Kölner Forum für Willkommenskultur

Die Kooperation von *Kölner Flüchtlingsrat* und *Kölner Freiwilligen Agentur* ist eine beispielhafte Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Geflüchtetenhilfe, die Initiativen vernetzt, berät und diverse Patenschaftsprogramme umsetzt.

Ort: Köln
Gründung: 1997
Mitarbeitende: 4 Hauptamtliche
Finanzierung: u.a. Stadt Köln, *DuMont Mediengruppe, Rheinstiftung Familie*
Website: http://wiku-koeln.de/dienstleister/forum-fuer-willkommenskultur

Stephan Lidzba

In Köln leben über eine Million Menschen, von denen fast die Hälfte einen Migrationshintergrund hat. Die Zahl der Geflüchteten betrug im Juni 2016 13.000, die in zentralen und dezentralen Gemeinschaftsunterkünften sowie in einzelnen Wohnungen lebten. Der vermehrte Zuzug von geflüchteten Menschen nach Köln im Laufe des Jahres 2014 veranlasste den *Kölner Flüchtlingsrat e.V.* und die *Kölner Freiwilligen Agentur e.V.* zu Beginn des Jahres 2015, das *Forum für Willkommenskultur* zu gründen. Ziel des Gemeinschaftsprojekts ist die Unterstützung, Förderung und Vernetzung der Kölner Willkommensinitiativen zur Verbesserung der Lebenssituation von geflüchteten Menschen.

Bereits im Jahr 1984 gründete sich der *Kölner Flüchtlingsrat* als flüchtlingspolitische Vereinigung von engagierten Bürger_innen und Initiativen. Seit seiner Gründung setzt er sich für die Belange von geflüchteten Menschen sowie für die Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in allen Lebens- und Interessensbereichen von Geflüchteten ein. Als Entwicklungs- und Vermittlungsagentur für das bürgerschaftliche Engagement wurde 1997 die *Kölner Freiwilligen Agentur* ins Leben gerufen. Die Agentur möchte Bürger_innen aus verschiedensten Alters- und Bevölkerungsschichten anregen, sich aktiv für die Kölner Bürgerschaft zu engagieren, und durch gesellschaftliche Teilhabe die demokratische Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

Vor diesem Hintergrund begann schon 2013 die Kooperation der Freiwilligen-Agentur und des Flüchtlingsrats. Die zugrundeliegende Idee der Zusammenarbeit war es, die Kompetenzen der beiden Organisationen zusammenzuführen und so den Geflüchteten in Köln das Ankommen zu erleichtern. Die langjährige Erfahrung der Freiwilligen-Agentur in der Koordination von Freiwilligen wird ergänzt durch die Expertise des Flüchtlingsrates, der engen Kontakt zu vielen Geflüchteten und so einen Überblick über deren Bedarfe hat. Als erstes gemeinsames Projekt entstand 2013 ein Mentoringprogramm,

das Kölner_innen mit neuangekommenen geflüchteten Familien zusammenbringt. Das Mentoring ist für eine Dauer von mindestens sechs Monaten ausgelegt und soll an erster Stelle die Familien beim Ankommen in Köln unterstützen. Die Freiwilligen-Agentur erfasst im Vorhinein die Kompetenzen und Vorstellungen der potenziellen Mentor_innen in persönlichen Gesprächen, während der Flüchtlingsrat die Bedürfnisse und Wünsche der geflüchteten Familien eruiert. Die Koordinator_innen der beiden Organisationen wählen dann die passenden Mentor_innen und Mentees aus. Vor dem endgültigen Zustandekommen des Mentorings müssen alle Freiwilligen eine mehrtägige Qualifizierung absolvieren sowie ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen.

Ein weiteres gemeinsames Projekt von Flüchtlingsrat und Freiwilligen-Agentur ist das 2014 gegründete Patenschaftsprogramm zur außerschulischen Begleitung von Flüchtlingskindern. Die Pat_innen werden nach einem intensiven, den Anforderungen für die Begleitung von Minderjährigen angemessenen Verfahren ausgewählt und qualifiziert. Die geflüchteten Kinder werden dem Flüchtlingsrat von den kooperierenden Schulen vorgeschlagen. Durch Begleitung und intensive Nachhilfe soll ein schneller Übergang der Kinder in die Regelklassen erleichtert werden. Gefördert werden die beiden Kooperationsprogramme unter anderem von der Stadt Köln, der *DuMont Mediengruppe* und der *Rheinstiftung Familie*.

Die erfolgreichen Kooperationen in den beiden Programmen sowie der sich abzeichnende Anstieg der Geflüchtetenzahlen und das damit verbundene Engagement vieler Bürger_innen und Flüchtlingsinitiativen veranlasste die beiden Organisationen zur Gründung des *Forums für Willkommenskultur*. Das Forum entstand unter dem Leitgedanken »Vernetzen, Qualifizieren und Begleiten für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge« und richtet sich an Geflüchtete und Kölner_innen in gleichem Maße. Gemeinsam werden über 50 Vereine und Initiativen in der Geflüchtetenhilfe verbunden und unterstützt. Die bewährte Arbeitsteilung findet auch hier statt: »Wenn Initiativen und Projekte beispielsweise rechtliche Fragen im Bereich Asyl und Ausländerrecht haben, dann macht das der Flüchtlingsrat. Wenn es um organisatorische Fragen der Initiativen geht, dann kümmern wir uns«, erläutert die Mitarbeiterin der Freiwilligen-Agentur Svenja Rickert. Ebenso verfahren die beiden Organisationen bei der Bereitstellung von Fortbildungs- und Weiterbildungsangeboten sowie den angebotenen Supervisionen. Mit der *Energiestation für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit* hat die *Kölner Freiwilligen Agentur* eine monatlich stattfindende Veranstaltung initiiert, in der es Raum für Fragen, Zweifel und Probleme von allen Ehrenamtlichen in Köln gibt.

Eine weitere Funktion des Forums ist die Vernetzung der Freiwilligeninitiativen mit den kommunalen Behörden. Es werden beispielsweise regelmäßig Runde Tische organisiert, um Probleme in den Abläufen und der Kommu-

nikation zu lösen. Die Zusammenarbeit der Freiwilligen mit den einzelnen Behörden ist überwiegend gut. Viele Engagierte berichten aber, dass die Verwaltungen untereinander nicht gut zusammenarbeiten, sodass zum Beispiel das JobCenter und die Ausländerbehörde unterschiedliche oder sogar gegenteilige Aussagen treffen. An dieser Stelle wäre eine einheitliche Kommunikation angebracht, um den Ankommensprozess von Geflüchteten nicht unnötig zu erschweren.

Die produktive Zusammenarbeit der beiden Organisationen zeigt jedoch beispielhaft, wie schnell und umfassend die Zivilgesellschaft auf unterschiedliche Bedürfnisse reagieren und neue Konzepte gemeinsam im laufenden Prozess entwickeln kann.

FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain

Dank enger Zusammenarbeit mit Behörden, Initiativen und Freiwilligen kann eine Freiwilligen-Agentur trotz geringer materieller Ausstattung viel erreichen.

Ort: Berlin
Gründung: 1999
Mitarbeitende: 3 Hauptamtliche
Finanzierung: *Senatsverwaltung Berlin, BAMF,* Drittmittel
Website: www.die-freiwilligenagentur.de

Stephan Lidzba

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zeichnet sich durch seine besonders diverse Bevölkerung aus. Viele Menschen mit Migrationshintergrund leben schon in der dritten Generation in dem ehemaligen Arbeiter- und Hausbesetzerbezirk. Seit einigen Jahren wird Friedrichshain-Kreuzberg zunehmend durch den Zuzug von jungen Kreativen aus aller Welt und eine ansteigende Gentrifizierung geprägt. Diese große Diversität in der Bevölkerung prägt die Arbeit der hiesigen Freiwilligen-Agentur maßgeblich.

»Wir haben festgestellt, dass es im Bezirk zwei ganz unterschiedliche Arten von Ehrenamtlichen gibt, die sich für Flüchtlinge engagieren wollen. Das sind einmal die sehr internetaffinen, jüngeren Leute, die sich sehr stark selbst organisieren, und dann gibt es ältere Menschen, die sich engagieren möchten, die wenig mit dem Internet umgehen«, sagt die Leiterin der *FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain,* Andrea Brandt. Die Agentur verbindet die beiden Freiwilligengruppen miteinander, indem sie durch intensiven Kontakt zu den zahlreichen kleineren Initiativen und den beiden großen Freiwilligeninitiativen *Kreuzberg hilft* und *Friedrichshain hilft* Bedarfe fortlaufend erfasst und die weniger internetaffinen Engagierten an die passenden Initiativen weitervermittelt. Jeden Monat melden sich circa 400 Interessierte, die beraten und zu den passenden ehrenamtlichen Stellen weitervermittelt werden.

Gegründet wurde die *FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain* im Jahr 1999 in freier Trägerschaft. Sie ist in einer Vielzahl von Handlungsfeldern tätig, für den Bereich des Engagements für Geflüchtete sind aktuell zwei hauptamtliche Mitarbeiter_innen verantwortlich. Neben den typischen Aufgaben der Freiwilligenkoordination wie zum Beispiel der Werbung und der Vermittlung von Freiwilligen ist die Arbeit der Freiwilligen-Agentur in der Geflüchtetenhilfe vor allem durch die breite Netzwerkarbeit, die Vermittlung in Konflikten und den Aufbau und der Begleitung von Patenschaftsprogrammen gekennzeichnet.

Verschiedene zum Teil unklare beziehungsweise unkoordinierte Zuständigkeiten der Berliner Behörden im Ankommens- und Anerkennungsprozess der Geflüchteten sowie Abstimmungsprobleme mit der Verwaltung erschweren die Arbeit aller Beteiligten: »Das Problem ist, dass die Flüchtlinge erst, nachdem sie in ihrem Status anerkannt wurden, in bezirkliche Zuständigkeit fallen. Vorher ist der Senat zuständig«, erläutert Brandt. Diese Situation erschwert die Vermittlungs- und Konfliktlösungsarbeit zwischen den Freiwilligen und den zum Teil privaten Betreibern der Notunterkünfte erheblich. Beispielhaft ist hier ein Fall in einer Notunterkunft für Geflüchtete: Nachdem der private Betreiber einen neuen Einrichtungsleiter einsetzte, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Geflüchteten und die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen massiv. Daraufhin wurde die *FreiwilligenAgentur* aktiv und versuchte zu vermitteln. Sie initiierte einen Runden Tisch mit den Beteiligten, an dem auch der Bezirk teilnahm. Die Situation besserte sich aber erst nachhaltig, nachdem das Berliner *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* als ebenfalls zuständige Behörde den Druck auf den Betreiber erhöhte.

Die Kooperation mit dem Bezirk auf der Sachebene ist auch in anderen Fragen sehr intensiv. Die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann und der Integrationsbeauftragte unterstützen die Arbeit der *FreiwilligenAgentur* nach Kräften. »Bei Problemen haben wir den Bezirk mit einbezogen, um den Einfluss des Bezirkes mitnutzen zu können. Wir haben auch gemeinsame Schreiben an die Träger und auch an den Senat verfasst«, so Brandt. Allerdings sah sich die Bezirksverwaltung aufgrund der schwierigen Finanzsituation des Bezirks nicht in der Lage, die *FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain* mit einer ausreichenden finanziellen Grundausstattung für die Freiwilligenkoordination in der Geflüchtetenarbeit zu versehen. Die Mitarbeiter_innen der Agentur in dem Bereich der Geflüchtetenarbeit sind über projektgebundene Stellen oder Drittmittel finanziert. Insgesamt sei die Verwaltung zwar bereits deutlich offener geworden, der bürokratische Entscheidungsprozess sei aber weiterhin schwerfällig, kritisiert die Leiterin der Agentur.

Auch im dritten großen Tätigkeitsfeld der Agentur, den diversen Patenschaftsprogrammen, stehen die Mitarbeiter_innen in engem Kontakt mit verschiedenen Behörden. Die Agentur engagiert sich in der Umsetzung und Betreuung von Patenschaften für minderjährige unbegleitete Geflüchtete und seit Juni 2016 in einem vom *Bundesfamilienministerium* geförderten Patenschaftsprogramm. Über letzteres sollen 150 Ankommenspatenschaften mit Eins-zu-eins-Betreuung vermittelt werden, um den Geflüchteten eine Orientierungshilfe in ihrem neuen Wohnquartier zu geben. Diese Patenschaftsprogramme, so Andrea Brandt, passen auch zum gewandelten Interesse der freiwillig Engagierten: Viele Ehrenamtliche seien besonders motiviert, sich auf der persönlichen Ebene einzusetzen.

Insgesamt zeigt das Beispiel der *FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain*, dass die Arbeit einer Freiwilligen-Agentur wesentlich durch die lokalen sozialen, politischen, fiskalischen und administrativen Gegebenheiten geprägt ist und gerade eine fehlende finanzielle Grundförderung die wichtige Arbeit vor Ort erheblich erschweren kann.

Caritasverband für das Erzbistum Berlin

Die Themen Migration und Integration zählen seit vielen Jahren zu den Tätigkeitsbereichen des Caritasverbandes. Er stellt ein breites Spektrum an Beratungs- und Begleitungsangeboten für Menschen mit Migrationserfahrungen zur Verfügung und greift dabei auf eine strukturierte Freiwilligenkoordination zurück.

Ort: Berlin
Gründung: 1897 (Caritas)
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche
Finanzierung: *Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Programm Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen*
Website: https://www.caritas-berlin.de

Stephan Lidzba

Das *Fachreferat Ehrenamt* des Berliner Regionalverbands der *Caritas* ist am Standort Berlin-Wedding angesiedelt, auf dessen Gelände auch eine Gemeinschaftsunterkunft für ungefähr 120 geflüchtete Menschen von der *Caritas* betrieben wird. In dieser Gemeinschaftsunterkunft ist neben Sozialarbeiter_innen und mehreren Betreuer_innen auch eine hauptamtliche Freiwilligenkoordinatorin beschäftigt, die 30 bis 40 dort tätige Ehrenamtliche koordiniert. Die Freiwilligenkoordinatorin arbeitet eng mit einer ebenfalls hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatorin des Regionalverbandes zusammen, die für übergreifende Themen aller Ehrenamtlichen in den *Caritas*-Einrichtungen der Region zuständig ist und Ehrenamtliche an die *Caritas*-Projekte und -Einrichtungen in der Stadt vermittelt. Die Arbeit im Bereich der Geflüchtetenhilfe ist für die Ehrenamtskoordinatorin Katja Eichhorn eine Hauptaufgabe. Sie organisiert Fortbildungen und Supervisionen für die Ehrenamtlichen der *Caritas*-Einrichtungen und hat zudem ein spezielles Programm für die Ehrenamtlichen in der Geflüchtetenhilfe aufgelegt. Elemente dieses Programms sind zum Beispiel die Vermittlung interkultureller Kompetenzen oder der Umgang mit Konfliktsituationen.

Die ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Geflüchtetenhilfe sind durch eine große Vielfalt gekennzeichnet – neben Sprachkursen, der Begleitung bei Arzt- oder Behördengängen oder der Kinderbetreuung gibt es mit den sogenannten *Kulturbuddys* ein besonderes Projekt der *Young Caritas*, der Jugendorganisation des Verbands. In diesem Projekt organisieren junge Ehrenamtliche in Berlin gemeinsame Kulturveranstaltungen für junge Geflüchtete und Berliner_innen. Das Ziel sei es, Kontakte und Austausch zwischen den jungen Geflüch-

teten und den Ehrenamtlichen zu fördern, erklärt Katja Eichhorn. Mit ihren *Buddys* nehmen die Geflüchteten Kulturangebote wahr, gehen beispielsweise ins Museum oder kochen gemeinsam.

Katja Eichhorn unterstützt auch bei der Suche nach passenden Projekten: »Täglich rufen bis zu 20 Ehrenamtliche an, die sich engagieren möchten, aber nicht wissen, wo. Ich informiere dann, wie sie ein Projekt finden können. Das ist ein ganz großer Teil meiner Arbeit: die Leute durch die Stadt zu lotsen, die sagen ›Ich möchte etwas für Flüchtlinge tun‹. Das sind sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen.«

Finanzielle Unterstützung erhält der Verband durch das von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration getragene Programm *Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen*. Katja Eichhorn mahnt mehr Unterstützung und Engagement von Senat und Bezirken an: »Ich würde mir sehr wünschen, dass die Freiwilligen-Agenturen von den Bezirken und vom Senat finanziert und unterstützt werden. Die sitzen ja in den Bezirken an der Basis und könnten eigentlich viel mehr machen, haben aber nicht die Mittel dazu.«

Anders als Katja Eichhorn ist die Koordinatorin in der Gemeinschaftsunterkunft, Hannah Erfurth, tagtäglich sehr intensiv mit der konkreten Organisation des Ehrenamts beschäftigt, so zum Beispiel der Betreuung der Sprachkurse. Ein besonderes Projekt innerhalb der *Caritas*-Gemeinschaftsunterkunft stellt die *AG Wohnungssuche* dar: »Es gibt zwei Ehrenamtliche, die zweimal pro Woche mit einem Computer in die Unterkunft kommen und sich dann mit den Geflüchteten anschauen, wo es Wohnungen gibt. Sie gehen auch mit zu Wohnungsbesichtigungen«, schildert Hannah Erfurth.

Zu den weiteren ehrenamtlich getragenen Projekten zählt das *Schneider-Café*, in dem sich Frauen zum Nähen treffen, und ein Kunstprojekt für geflüchtete Kinder. Hannah Erfurth vermittelt auch Angebote der *Caritas* wie Fortbildungen und Supervision an Ehrenamtliche weiter. Die Arbeit im *Caritasverband* stelle einen großen Vorteil dar, da sie als Koordinatorin auf viel Wissen, breit gefächerte Erfahrungen und nicht zuletzt auch auf Ressourcen zurückgreifen könne. Insgesamt zeigt das Beispiel der Ehrenamtskoordination in der Berliner *Caritas*, dass die Wohlfahrtsverbände einen wesentlichen Beitrag in der Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Geflüchtetenhilfe leisten. Die Direktorin des *Caritasverbands für das Erzbistum Berlin e.V.*, Ulrike Kostka, sagte dazu bereits im Februar 2015 in einem Zeitungsinterview: »Ohne das Ehrenamt würde das System kollabieren. Das kann der Staat gar nicht alleine leisten. Menschen brauchen Menschen, ob einfach für ein Gespräch oder um sich zurechtzufinden.«

Literatur

Baron, Anett (2015): Ulrike Kostka vom Caritasverband möchte Flüchtlingen eine Perspektive geben.
www.berliner-woche.de/mitte/soziales/ulrike-kostka-vom-caritasverband-moechte-fluechtlingen-eine-perspektive-geben-d71302.html. Zugriff: 24.02.2016.

Projekte und Initiativen von islamischen Gemeinden und Organisationen

Die Geflüchtetenarbeit der islamischen Gemeinden und Organisationen in Deutschland baut auf Strukturen und Netzwerken auf, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Sie stützt sich auf die engen kulturellen, ethnischen und biografischen Bindungen von Migrant_innen und Geflüchteten zu den hiesigen islamischen Gemeinschaften. Seit 2015 sind von den Gemeinden vielfältige neue Hilfsinitiativen für Geflüchtete ausgegangen. Sieben herausragende zivilgesellschaftliche Initiativen von islamischen Akteur_innen werden im folgenden Kapitel vorgestellt. Sie verweisen auf zwei besondere Stärken ihres Profils: Zum einen haben viele der ehrenamtlich aktiven Muslim_innen Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen, die einen persönlichen Zugang zu Geflüchteten mit ähnlichen Hintergründen möglich machen. Für muslimische Geflüchtete kann die gemeinsame Religion es außerdem erleichtern, einen Bezug und ein Vertrauensverhältnis zu den Menschen in der neuen Umgebung aufzubauen. Zum anderen kennen die deutschen Muslim_innen die Funktionsweise, Besonderheiten und Schwierigkeiten des Lebens in Deutschland. Ihre zweite Stärke ist also, Brücken zu bauen und Kontaktpunkte zwischen den Alteingesessenen und den Neuankommenden herzustellen.

Die beiden in diesem Kapitel erwähnten Moscheevereine stehen beispielhaft für die zahlreichen islamischen Gemeinden, die allen Geflüchteten, unabhängig von ihrer Religion und Herkunft, auf unterschiedlichste Weise ihre Unterstützung anbieten. Der Bildungs- und Moscheeverein *Haus der Weisheit e.V.* in Berlin-Moabit verwandelte sich im Sommer 2015 in eine improvisierte Unterkunft für mehrere hundert Menschen, mit deren Versorgung die Stadt Berlin überfordert war. Weil die Gemeinde sich hervorragend organisierte und das Vertrauen der Geflüchteten genoss, übertrug der Senat dem Verein die Betreuung einer Notunterkunft. Dieses Beispiel zeigt das Potenzial einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Behörden und einer islamischen Gemeinde auf. Ein anderer Berliner Moscheeverein, die *Neuköllner Begegnungsstätte e.V.*, spielte eine gleichermaßen wichtige Rolle in der lokalen Erstversorgung der Geflüchteten ab dem Sommer 2015: Als viele Geflüchtete aus einer Großunterkunft für materielle und spirituelle Hilfen in die Moschee kamen und die Gemeinde sich für deren Bedarfe öffnete, wurden die Gemeinderäume zu einem Knotenpunkt der Neuköllner Geflüchtetenhilfe.

Neben der wichtigen Rolle von Moscheevereinen, besonders in der Erstversorgung und als Orte der Begegnung, gestalten auch andere islamische Vereine die sich etablierenden Strukturen in der Geflüchtetenarbeit mit. Ein her-

ausragendes Beispiel für lokales ehrenamtliches Engagement ist die Arbeit von *Salam e.V.* in Frankfurt a.M. Als Verein für muslimische Seelsorge hat *Salam* eine Ausbildung ehrenamtlicher Seelsorger_innen für Geflüchtete konzipiert und aufgebaut. Deren Aufgabe ist es, Geflüchtete, die akute psychologische Krisen haben, in Not- und Gemeinschaftsunterkünften sowie Krankenhäusern zu begleiten. Ein weiteres Beispiel für lokales Engagement ist das Projekt *Flüchtlingsarbeit von Muslim/innen – passgenau, empathisch, integrativ* des *Kölner Begegnungs- und Fortbildungszentrums muslimischer Frauen e.V.* Das Modellprojekt zeigt auf beeindruckende Weise, wie ein umfangreiches und nachhaltiges Beratungsangebot für Geflüchtete in bestehende Strukturen sozialer Institutionen integriert werden kann.

Das Mentoringprojekt *Wegweiser* des Berliner Vereins *Inssan* stellt Kontakt zwischen engagierten Berliner Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und jungen Geflüchteten her. Indem Mentor_innen und Mentees gemeinsam Berlin entdecken und an Gruppenaktivitäten teilnehmen, werden beide in ihrer persönlichen Entwicklung bestärkt.

Die letzten beiden vorgestellten Projekte *Unsere Zukunft. Mit dir!* und *Moscheen fördern Flüchtlinge* haben eine bundesweite Ausrichtung. *Unsere Zukunft. Mit dir!* wurde vom muslimischen Begabtenförderungswerk *Avicenna-Studienwerk* entwickelt. Im Rahmen von Schulungen und ideeller sowie finanzieller Unterstützung werden motivierte Stipendiat_innen aller 13 deutschen Begabtenförderungswerke von *Avicenna* zu Flüchtlingslots_innen ausgebildet. *Moscheen fördern Flüchtlinge* ist ein Vernetzungs- und Professionalisierungsprojekt von fünf islamischen Verbänden, die in einer beispiellosen Kooperation ein gemeinsames Schulungsprogramm für Ehrenamtliche aus Moscheegemeinden konzipiert und durchgeführt haben.

Haus der Weisheit e.V.

Mitglieder eines Berliner Moscheevereins betreuen eine Notunterkunft und zeigen die Stärken einer Kooperation zwischen Kommunen und islamischen Gemeinden.

Ort: Berlin
Gründung: 1995
Mitarbeitende: 8 Hauptamtliche
Finanzierung: *Landesamt für Gesundheit und Soziales*
Website: www.haus-der-weisheit.de

Fidel Bartholdy

Aus der Notlage vor dem *Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales* (*LAGeSo*) heraus beauftragte die Behörde Mitglieder des Moscheevereins *Haus der Weisheit e.V.* im Sommer 2015 mit der Betreuung einer Notunterkunft für Geflüchtete. Die Präsenz des Vereins im Stadtteil Moabit und sein langjähriges Engagement sowie die Offenheit der Behörden führten zu dieser bisher sehr seltenen Zusammenarbeit. Dabei hat sie den unschätzbaren Wert einer sprachlichen und kulturellen Brücke zwischen kommunalen Behörden und Geflüchteten.

Der Bildungs- und Moscheeverein *Haus der Weisheit e.V.* in Berlin-Moabit gestaltet seit seiner Gründung im Jahr 1995 den eigenen Kiez aktiv mit: Der Verein startete ursprünglich als Muttersprachschule für Kinder aus arabischen Familien, fungierte bald darauf auch als Moschee und dient schon seit mehr als 20 Jahren als sozialer Treffpunkt und interreligiöser Dialogpartner. Als *HaDeWe Integra gGmbH* ist er Träger des ersten arabisch-deutschen Kindergartens in Berlin, *Safina*, und seit August 2015 auch Betreiber einer Notunterkunft für Geflüchtete.

Abdallah Hajjir, Vorstandsmitglied und Projektleiter der Notunterkunft, erzählt, dass seine Gemeinde schon im Frühjahr 2015 auf die hohen Zahlen von ankommenden Geflüchteten reagierte und teilweise für einige hundert Menschen Schlafplätze in den Gemeinderäumen einrichtete: »Als sich herumsprach, dass wir so etwas anbieten, kamen mehr und mehr Menschen zu uns in die Moschee. Im Juni, Juli und August 2015 gab es sehr viele Menschen, die beim *LAGeSo* waren und nicht so schnell abgefertigt werden konnten. Sie mussten irgendwo schlafen. Die Nachbarschaft war voll, die Menschen haben im Freien in den Vorgärten geschlafen. In dieser Zeit haben manchmal hunderte Menschen bei uns in den Gemeinderäumen geschlafen und gegessen.«

Durch die geografische Nähe des Moscheevereins zum *LAGeSo* und das Engagement der Mitglieder wurde der Verein zu einem wichtigen Akteur, als

es rund um das Landesamt zu der Notsituation kam. Für viele Wartende bedeuteten die offenen Türen der Gemeinde, dass es Zugang zu einem Schlafplatz und Verpflegung gab. Sie fanden darin außerdem einen Raum kultureller Verbundenheit und geteilter Spiritualität. Besonders während des Fastenmonats Ramadan, so erzählt Hajjir, waren die Menschen glücklich über die Möglichkeit des gemeinsamen Fastenbrechens. Täglich spendeten Berliner_innen Lebensmittel und die Gemeindemitglieder kochten Mahlzeiten für hunderte Menschen. Auch nicht-muslimische Geflüchtete waren eingeladen und kamen zum gemeinsamen Essen, sodass das Angebot auch über das Religiöse hinaus Gemeinschaft und Zugehörigkeit vermittelte.

Die Vertreter_innen des *LAGeSo* erkannten den Wert dieser Arbeit für die Lösung der chaotischen Situation um das Amt. Da der Moscheeverein als hilfreicher und zuverlässiger Akteur bekannt war, fragten sie bei Abdallah Hajjir an, ob sein Verein für ein Jahr die Leitung einer Notunterkunft übernehmen könnte. Die Vereinsmitglieder entschieden sich für die Zusammenarbeit und so wurde ihre bis dahin rein ehrenamtliche Tätigkeit professionalisiert: Vereinsmitglieder richteten die ehemalige Turnhalle gegenüber des *LAGeSo* innerhalb eines einzigen Tages ein und konnten ab sofort täglich bis zu 120 Menschen unterbringen. Acht Mitarbeiter_innen, fast alle von ihnen Mitglieder von *Haus der Weisheit e.V.*, wurden als Betreuer_innen der Unterkunft vom Landesamt angestellt.

Finanziell und konzeptionell unterliegt die Notunterkunft dem *LAGeSo*. Die Vorgabe des Amtes ist, dass die Türen der Unterkunft immer dann geöffnet sind, wenn die Behörde geschlossen hat. Vom Infopoint des Landesamtes werden die Geflüchteten zu der Unterkunft geschickt, wo sie sich dann für die Nacht anmelden. Während der ganzen Nacht sind Mitarbeiter_innen vor Ort, die Ankommende empfangen. Auf diese Weise können alle, die abends und nachts beim *LAGeSo* ankommen, in der Halle schlafen, essen und sich waschen, bevor sie am nächsten Tag einen Termin haben oder weitervermittelt werden. Um möglichst vielen Neuankommenden Platz zu machen, darf jede Person nur eine, maximal zwei Nächte in der Unterkunft verbringen.

Die besondere Leistung der Mitglieder des Moscheevereins beziehungsweise der *HaDeWe Integra gGmbH* ist, dass sie durch ihre Arbeit Respekt und Anerkennung sowohl von kommunalen Behörden als auch von Geflüchteten genießen. Für viele Menschen aus islamisch geprägten Ländern und besonders für Arabisch-Muttersprachler_innen bieten die besonderen Kompetenzen der Vereinsmitglieder über die Unterkunft hinaus Anschlusspunkte und ein Gefühl der Vertrautheit. Dementsprechend häufig fragten Menschen, die in der Unterkunft geschlafen hatten, ob sie länger dort bleiben könnten. Nicht zuletzt daran zeigt sich, dass eine Kooperation kommunaler Behörden mit islamischen Gemeinden sehr wertvoll in der Umsetzung von Aufgaben wie der

Unterbringung von Geflüchteten sein kann, vorausgesetzt, beide Akteure vertrauen einander und erkennen die gemeinsamen Interessen.

Seit Anfang 2016 entspannt sich die Lage am *LAGeSo* merklich, weshalb die Notunterkunft nicht nur noch von Neuankommenden bewohnt wird. Auch Geflüchtete, die aus unterschiedlichen Gründen ihre zugeteilten Unterkünfte verlassen wollen oder müssen, kommen hier übergangsweise unter. Die sprachliche und kulturelle Kompetenz der Unterkunftsleitung kann gerade in solchen Fällen dafür sorgen, dass Problemstellungen kommuniziert und im besten Falle gelöst werden.

Aufgrund der veränderten Situation und der immer geringeren Besucher_innenzahlen in der Notunterkunft läuft der Vertrag zwischen der *HaDeWe Integra gGmbH* und dem *LAGeSo* voraussichtlich im Winter 2016/2017 aus. Die für die Unterkunft genutzte Turnhalle wird wieder für den Sport geöffnet und das *Haus der Weisheit* gibt ein großes Stück Verantwortung ab. Das Engagement der Gemeindemitglieder in der Geflüchtetenarbeit ist damit jedoch nicht beendet – die Erfahrungen der vergangenen eineinhalb Jahre haben Chancen und Herausforderungen für die kommenden Jahre aufgezeigt und bilden den Grundstein für eine nachhaltige, lokale Arbeit des Vereins mit Geflüchteten.

Neuköllner Begegnungsstätte e.V.

Der Moscheeverein *Neuköllner Begegnungsstätte* wurde im Sommer 2016 innerhalb kürzester Zeit ein wichtiger Teil des lokalen Engagements für Geflüchtete. Nicht nur können hier Geflüchtete seelischen Beistand und materielle Unterstützung erhalten, sondern auch bei verschiedenen Veranstaltungen in Kontakt mit der deutschen Gesellschaft kommen.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: circa 100 Ehrenamtliche
Finanzierung: Spenden
Website: www.nbs-ev.de

Fidel Bartholdy

»Für viele Geflüchtete ist die erste Adresse die Moschee, wenn sie sich fragen, wohin sie gehen sollen. Da wird Arabisch gesprochen, es gibt Muslime und einen Scheich«, berichtet Taha Sabri, Imam der Moschee in der *Neuköllner Begegnungsstätte* (*NBS*) in Berlin-Neukölln. Als im Sommer 2015 viele Neuankommende Berlin erreichten und auf dem nahegelegenen Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof eine Großunterkunft eingerichtet wurde, entwickelte sich die *NBS* zu einem Knotenpunkt der Flüchtlingshilfe in Neukölln. Dabei waren weder Gemeinde noch Gesamtgesellschaft auf diese Aufgabe vorbereitet gewesen, so Taha Sabri über den Beginn seines Engagements für Geflüchtete. Die Menschen kamen und benötigten Hilfe, weil es an Schlafplätzen, Essen, Kleidern und anderen lebenspraktischen Dingen fehlte. Der erste Schritt war, aus Spenden der Gemeinde alles Notwendige zu sammeln und möglichst schnell zu verteilen. Ungefähr 100 Gemeindemitglieder beteiligten sich damals an der ehrenamtlichen Arbeit. Gleich von Beginn an waren sie mit anderen lokalen Ehrenamtlichen vernetzt, ein nicht-muslimischer Verein beispielsweise nutzte die großen Gemeinderäume, um Kleiderspenden zu sortieren. Gemeinsam mit vielen anderen Gruppen und Vereinen wurde die *NBS* innerhalb kurzer Zeit Teil der lokalen Bürgerbewegung, die sich nach dem Sommer 2015 herausbildete.

Mit der Lebenssituation der Geflüchteten ändert sich auch die Unterstützung durch die Begegnungsstätte. Wenn Fragen zu Unterkunft und rechtlichem Status geklärt sind, so beschreibt Taha Sabri, kommen für viele Menschen jene Probleme zurück, die während der Flucht in den Hintergrund getreten waren. Oft sind dies Sorgen über die eigene Zukunft in Deutschland oder die zurückgelassene Familie in der Heimat. Für viele Muslim_innen ist

die Moschee der Ort, an dem sie über diese Themen sprechen wollen. So kamen zeitweise täglich bis zu 30 Personen zu Sabri, um spirituelle Unterstützung zu erhalten. Oft ging es darum, dass er einfach nur zuhörte und die Menschen am Ende umarmte. Dies sei sehr wichtig für sie gewesen und für ihn eine große Herausforderung. Auch mit den Themen Scheidung, Vermittlung und Versöhnung zwischen Eheleuten befasste sich der Imam intensiv. Die neue Umgebung in Deutschland, das Wohnen auf engstem Raum und das Leben ohne größere Familienverbände stelle viele Ehen auf die Probe und führe zu hohen Scheidungsraten unter Geflüchteten, erzählt Taha Sabri. Seit Anfang 2016 ging die Nachfrage in diesen Belangen langsam zurück, sodass seit Sommer 2016 nur noch einzelne Personen für seelische Unterstützung in die Moschee kommen.

Über einen Aufruf bei einem Freitagsgebet organisierte sich nach der ersten intensiven Zeit eine feste Gruppe von Gemeindemitgliedern, welche die ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe strukturieren und nachhaltiger gestalten wollen. Dies resultiert nicht zuletzt aus ihrer Erkenntnis, dass noch über Jahre hinweg Unterstützung von bereits Angekommenen und Neuankommenden nötig sein wird. Die positive Erfahrung, helfen zu können und darüber Teil einer größeren Bewegung zu sein, motiviert seitdem Vereinsmitglieder aus verschiedenen Altersgruppen, sich weiter in der Geflüchtetenhilfe zu engagieren. Eine besondere Rolle spielen junge Leute, die verschiedene Aufgaben wie Übersetzung, Begleiten, Kochen, Spendensammeln, Organisation von Veranstaltungen und Seelsorge übernehmen.

Seit dem Sommer 2015 gibt es in der *NBS* Feste und Veranstaltungen, mit denen die ehrenamtlichen Helfer_innen Raum für Kontakt zwischen Geflüchteten und der deutschen Gesellschaft herstellen wollen. Ein Format unter dem Titel *Flüchtlingsfeste* sollte in erster Linie Geflüchtete ansprechen. Es gab Essen, persönlichen Austausch und Spiele für die Kinder. Nach den Vorfällen der Silvesternacht in Köln wurde die Veranstaltungsreihe *Gegenbilder Schaffen* ins Leben gerufen, um den medial geprägten Negativbildern über Geflüchtete etwas entgegenzusetzen: Köch_innen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea kochten zum Beispiel für einige hundert interessierte Berliner_innen, die über Plakate und Facebook eingeladen wurden. Weiterhin veranstalteten Mitglieder der Gemeinde in Kooperation mit der *Bürgerplattform Neukölln* Kennenlernrunden, in denen ältere Deutsche mit Fluchterfahrung und Geflüchtete sowie andere Interessierte sich über ihr Leben austauschen und darüber kennenlernen konnten. Mit derartigen Aktionen will die *Neuköllner Begegnungsstätte* auch zukünftig eine vermittelnde und moderierende Rolle zwischen Einheimischen und Neuankommenden einnehmen. Taha Sabri betont, dass diese herausfordernde Arbeit auch für ihn selbst und seine Gemeinde die große Chance bietet, sich mehr als Teil der deutschen Gesellschaft zu fühlen und Berührungspunkte mit verschiedenen Menschen zu finden.

Dass die *NBS* für viele Geflüchtete ein wichtiger Ort ist, zeigt sich nicht zuletzt an ihrer aktiven Beteiligung in der Gemeinde. Im Ramadan 2016, als täglich etwa 200 Menschen zum Fastenbrechen mit Essen versorgt wurden, bestand das Organisationsteam ausschließlich aus Geflüchteten. Sie kochten, verteilten das Essen und achteten darauf, dass die Räume in Ordnung blieben. Auch hat sich etabliert, dass die große Mehrheit der Ordnungshelfer bei den Freitagsgebeten Geflüchtete sind. Diese Aufgabe war früher nicht vonnöten, aber seitdem über 1000 Menschen in der Unterkunft auf dem Tempelhofer Feld wohnen, kommen wöchentlich bis zu 600 Gläubige zum Gebet. Zu den täglichen Gebeten kommen durchschnittlich 25 Geflüchtete und verbringen Zeit in der Moschee. Auch wenn die *NBS* in erster Linie eine muslimische Gebetsstätte ist, wurde seit Beginn des Engagements nicht gefragt, welcher Ethnie oder Religion eine hilfesuchende Person angehört. Der Fokus lag darauf, allen Bedürftigen möglichst schnell mit Kleidung und allem Notwendigen zu helfen. Die Gemeindemitglieder wurden dadurch Teil einer breiteren zivilgesellschaftlichen Bewegung. Dieser offene Charakter und die Kontakte haben sich erhalten, doch ein Jahr danach hat sich das Bild verändert. Auf der einen Seite hat sich die Moschee als Anlaufstelle für Gläubige, meist arabischsprachige sunnitische Muslim_innen aus Syrien und dem Irak, etabliert. Über das Religiöse hinaus gibt es hier viel Erfahrung mit Hilfe, Vermittlung und Beratung in sehr unterschiedlichen Bereichen. Auf der anderen Seite ist das ehrenamtliche Engagement strukturierter und bewusster geworden: Mitglieder der *NBS* sind gut mit anderen muslimischen Akteur_innen in der Geflüchtetenhilfe vernetzt und gehen auf die kommunalen Behörden zu. Gerade als kulturelle und sprachliche Brücke zwischen Einheimischen und Neu-Berliner_innen hätte seine Gemeinde eine besondere Stärke und könne einen wichtigen Beitrag leisten, sagt Taha Sabri.

Es ist das Ziel der Neuköllner Begegnungsstätte, die gesellschaftlich-soziale Arbeit auf Dauer nicht mehr aus den Spenden der eigenen Mitglieder zu finanzieren, sondern über kommunale beziehungsweise staatliche Gelder. Außerdem ist man bemüht, sich enger mit Vereinen und Bildungsinstitutionen zu vernetzen und gemeinsam Angebote für Geflüchtete anzubieten. Sehr oft fragen zum Beispiel Geflüchtete, ob sie Deutschkurse in der *NBS* nehmen könnten, weil sie sich dort besonders wohl fühlen. Dafür müssten die Kurse jedoch von einem anerkannten Träger durchgeführt werden, damit sie auch offizielle Gültigkeit bei den Behörden hätten. »Es muss Kooperationen mit vielen verschiedenen Vereinen geben«, sagt Taha Sabri, »Deutsch- und Integrationskurse, Bildung, Nähkurse, es gibt viele Dinge, die wir eigentlich machen könnten, aber noch nicht machen dürfen.«

Salam e.V.

Mit rein ehrenamtlichen Strukturen organisiert der Verein eine Ausbildung, die Ehrenamtler_innen auf die seelsorgerische Betreuung Geflüchteter vorbereitet. Mit dem Seelsorgeangebot wollen die Verantwortlichen dort ansetzen, wo die psychischen Folgen von Flucht und Gewalt verhindern, dass Menschen auch emotional ankommen und sich in der neuen Umgebung einfinden können.

Ort: Frankfurt a.M.
Gründung: 2013
Mitarbeitende: 8 ehrenamtliche Organisator_innen
Finanzierung: Stadt Frankfurt a.M., Spenden
Website: www.salamev.de

Fidel Bartholdy

In Frankfurt a.M. hat der Verein für muslimische Seelsorge *Salam e.V.* eine Ausbildung für ehrenamtliche Seelsorger_innen entwickelt, die sich an den Bedürfnissen von geflüchteten Menschen orientiert. Vorausgegangen war diesem Schritt die Erkenntnis, dass in Frankfurt nicht nur ein großer Bedarf an muslimischer Seelsorge im Allgemeinen besteht, sondern dass gerade auch Menschen mit Fluchterfahrung oft Hilfe auf dieser Ebene benötigen. Seit 2013 haben sich die Verantwortlichen von *Salam e.V.* zur Aufgabe gemacht, ein Seelsorgeangebot für muslimische Menschen zu schaffen. Die Motivation dafür war aus der Beobachtung gewachsen, dass es für viele muslimische Patient_innen in Frankfurter Krankenhäusern keine Seelsorge gab, während die Seelsorge für Patient_innen christlichen Glaubens sehr gut organisiert ist. Gleichzeitig steht hinter dieser Initiative der Wunsch, unter Muslim_innen mehr Akzeptanz und Bewusstsein für den Wert von Seelsorge zu schaffen.

In ausschließlich ehrenamtlichen Strukturen arbeiten die acht Mitglieder aus dem Vorstand und dem Beirat des Vereins daran, Jahr für Jahr zehn zusätzliche Seelsorger_innen auszubilden und die bereits Ausgebildeten bestmöglich zu betreuen. Eingesetzt werden die Ehrenamtlichen bisher in der Notfall- und in der Krankenhausseelsorge. Bei der Vermittlung von Seelsorger_innen und hilfesuchenden Personen müssen dabei stets viele Umstände berücksichtigt werden: Die Sprache muss stimmen, die oder der Ehrenamtliche muss gerade verfügbar sein, und auf der persönlichen Ebene muss es genügend Gemeinsamkeiten geben. Die Seelsorger_innen werden dazu ausgebildet, die Seelsorge aus einer muslimisch-religiösen Perspektive anzubieten. In einigen Fällen ist es aber nicht unbedingt die Religion, die den Betreuten ein Gefühl des Verstanden-Seins vermittelt, sondern die gemeinsame Sprache und kultu-

relle Zugehörigkeiten sowie das Einfühlungsvermögen der Ehrenamtlichen. Anhand des bestehenden Bedarfs werde die kulturelle und religiöse Diversität von Muslim_innen in Deutschland sichtbar, berichtet Salim Ahmadi aus dem Vereinsvorstand. Um unterschiedlichen Bedürfnislagen und Weltbildern gerecht zu werden, definiere sich *Salam e.V.* deshalb bewusst als unabhängig von islamischen Gemeinden und Verbänden.

Mit der Einwanderung vieler Geflüchteter aus mehrheitlich muslimischen Ländern in den letzten zwei Jahren wuchs auch die Klientel von *Salam e.V.* Aus Anfragen von Geflüchteten selbst sowie von Unterkunftsleitungen und Krankenhäusern wurde für die Verantwortlichen des Vereins schnell deutlich, dass aufgrund der massiven psychischen Folgen von Flucht und Vertreibung ein großer Bedarf an Seelsorge besteht. Ihre Aufgabe in dieser Lage beschreibt Vorstandsmitglied Rabia Bechari folgendermaßen:

»Wir wollen nicht nur religionsspezifisch, sondern auch kulturspezifisch arbeiten und den Menschen wieder Mensch sein lassen. Wenn ich die Umstände in diesen Unterkünften sehe, weiß ich nicht, wie das überhaupt funktionieren soll. Und sich wirklich nur auf Integration zu konzentrieren, finde ich fatal. Wir reden hier von Menschen, die geflüchtet sind und Geschichten mitbringen. Und wir fragen: Was machen wir damit? Essen haben sie, Unterkunft haben sie, aber was braucht der Mensch gerade? Damit alles andere funktioniert, muss der Mensch erst mal funktionieren. Und das geht nur mit seelischem Beistand in der Sprache, die die Person mitbringt. Da ist alles andere nicht relevant, die Sprache und die Kultur stehen im Vordergrund.«

Diese Form der Anerkennung von psychischen Problemlagen eröffnet eine weitere Perspektive auf die Bedürfnislage von geflüchteten Menschen. Das Decken der materiellen Erfordernisse und die Organisation von administrativen Prozessen sind bei weitem nicht alles. Trauer und andere Emotionen über den Verlust von Heimat, Menschen und dem vertrauten Umfeld scheinen erst dann Raum einzunehmen, wenn die körperlichen Strapazen der Flucht beendet sind. Der Zugang zu psychologischer Betreuung ist jedoch nicht zuletzt durch bürokratische und sprachliche Hürden erschwert. Die Ehrenamtlichen von *Salam e.V.* wollen an diesem Punkt ansetzen, indem sie auf Anfrage von Unterkunftsbetreibern und Sozialarbeiter_innen in die Notunterkünfte gehen und ihr Angebot so kommunizieren, dass Geflüchtete selbst auf sie zukommen können.

Den hohen Ambitionen und der Relevanz des Projekts steht bisher eine mangelnde finanzielle Ausstattung entgegen. Mit einer einmaligen Unterstützung durch die Stadt Frankfurt und der engen Zusammenarbeit mit christlichen Gemeinden konnte das Konzept der Ausbildung für Seelsorge mit Geflüchteten zwar entwickelt werden. Weitere Schritte in Richtung nachhaltiger Projektstrukturen, wie zum Beispiel das Anmieten von Büroräumen und das

Schaffen fester Stellen, sind jedoch von Spenden und Mitgliedsbeiträgen abhängig und deshalb zurzeit nicht umzusetzen. Gerade dies aber wäre notwendig, betont Salim Ahmadi, weil die ehrenamtliche Seelsorge an ihre Grenzen stößt: »Es ist immer schwer, gegenüber dem Patienten oder dem Krankenhaus am Telefon zu erklären, dass wir Ehrenamtliche sind und sie unter Umständen abwarten müssen, bis nach der Arbeit jemand mit den passenden Sprachkompetenzen zur Verfügung steht.« Das Ziel und die Hoffnung des Vereins ist deshalb eine engere Kooperation mit der Stadt Frankfurt und die finanzielle Absicherung der Seelsorgearbeit. Langfristig besteht der Wunsch, die muslimische Seelsorge als festes Angebot neben der christlichen zu etablieren: in der Notfallseelsorge, in Krankenhäusern und in Notunterkünften für Geflüchtete.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.

Das *Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen* in Köln unterstützt mit seiner muslimischen, migrantischen und weiblichen Perspektive Neuankommende in der neuen Umgebung und bringt dabei seine interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen ein.

Ort: Köln
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 8 Hauptamtliche
Finanzierung: Bundesministerium des Innern
Website: www.bfmf-koeln.de

Fidel Bartholdy

Vor mehr als 20 Jahren gründete sich das *Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF)* als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, Frauen mit Migrationserfahrung und ihren Familien einen Ort für Bildung, Begegnung und Beratung zu bieten. Dahinter steht bis heute das Ziel, als muslimisch-deutsche Organisation sozial und integrativ in die deutsche Gesellschaft hinein zu wirken. Das *BFmF* ist als interkulturelles Zentrum der Stadt Köln anerkannt und ist Mitglied im *Paritätischen Wohlfahrtsverband*. Zudem fungiert es als Träger eines vielfältigen Beratungsangebots, das unter anderem die freie Jugendhilfe, eine Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle, eine Integrationsagentur und eine Erwerbslosenberatungsstelle umfasst.

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Beratung Geflüchteter lief Anfang 2016 ein weiteres Beratungsangebot in der Einrichtung des *BFmF* an, das sich dieses Mal nicht nur an Frauen richtet. Seit 2015 kamen ohnehin regelmäßig geflüchtete Menschen in das Zentrum, um dort Integrations- und Deutschkurse zu belegen. Besonders die Tatsache, dass einige Mitarbeiterinnen Arabisch sprachen und in der Muttersprache Beratung zu Themen wie Aufenthalt, Wohnen, Arbeit und Sprachkursen geben konnten, stieß auf Interesse. Damit entstand fast naturwüchsig neben der eigentlichen Arbeit eine unregelmäßige und ehrenamtliche Geflüchtetenberatung. Als sich die Möglichkeit ergab, über das *Bundesministerium des Innern* ein Modellprojekt zur Implementierung von professioneller Flüchtlingsberatung durchzuführen, wurde aus diesen Ansätzen das Projekt *Flüchtlingsarbeit von Muslim/innen – passgenau, empathisch, integrativ* entwickelt. Es nahm zum Januar 2016 die Arbeit auf und damit ist »aus dem kleinen Spalt eine offene Tür geworden«,

so Projektleiterin Nilgün Filiz. Bei der Konzeption des Projektes wurde der Fokus auf Arabisch gelegt, weil die Mehrheit der Geflüchteten, die das *BFmF* aufsuchen, diese Sprache spricht. Durch die vielfältigen Sprachkompetenzen der Mitarbeiter_innen kann die Beratung aber unter anderem auch auf Türkisch, Kurdisch, Englisch und Französisch angeboten werden. Das Angebot richtet sich explizit an alle Geflüchteten, unabhängig von Religion, Geschlecht und Herkunft.

Wer beraten werden möchte, wendet sich zunächst an den Infopoint des *BFmF,* eine niedrigschwellige Anlaufstelle, wo muttersprachlich Arabisch gesprochen wird. Wenn es um leicht zugängliche Informationen geht, können viele Fragen ohne lange Wartezeit direkt an dieser Stelle geklärt werden. Bei allen weiteren Themen werden die Geflüchteten an thematisch spezialisierte Mitarbeiter_innen verwiesen. Ein wichtiges Ziel ist es, den Geflüchteten einen möglichst nahtlosen Übergang in Bildung und Arbeit zu verschaffen. In den Bereichen Finanzen, Formularhilfe, Recht, Bildung und Arbeit sowie Wohnen arbeiten fünf Personen in Teilzeitstellen zwischen 10 und 30 Wochenstunden. Gemeinsam mit der Projektverwaltung, der Projektleitung und der Leitung des Modellprojektes sind insgesamt acht Menschen hauptamtlich beteiligt. Für alle Fragen, die über diese fünf Themenbereiche hinausgehen, können die Mitarbeiter_innen auf Wissen und Erfahrung des gesamten *BFmF* zurückgreifen. Die verschiedenen Kompetenzen sozialer Arbeit und Beratung, die das Zentrum über Jahre entwickelt hat, können nun auch effektiv in der Beratung Geflüchteter genutzt werden. Neben den hauptamtlich Beschäftigten sind viele ehrenamtliche Helfer tätig, die dem Zentrum aufgrund seines familiären Charakters verbunden sind und sich dort teilweise schon seit Jahren engagieren. Ohne diese wäre das umfangreiche Hilfesystem laut Nilgün Filiz nicht zu leisten. Angestellte des *BFmF,* Menschen aus der Umgebung und auch Geflüchtete selbst übernehmen Aufgaben wie Begleitung, Übersetzung und Personentransporte. Über soziale Medien kann schnell kommuniziert werden, dass beispielsweise Hilfe bei einem Umzug oder Übersetzung bei einem Behördengang gebraucht wird.

Es ist also zum einen die interne Vernetzung, welche die Beratung des *BFmF* auszeichnet und den Modellcharakter des Projektes hervorhebt. Indem die wichtigsten Fragestellungen zu Wohnen, Arbeit, Finanzen und Ausbildung schnell beantwortet werden, wird den Geflüchteten viel Frustration über Sprachbarrieren und die komplexe Verwaltung erspart. Zum anderen sind die Mitarbeiter_innen mit Unterkünften, Kölner Behörden wie dem JobCenter, dem *Kölner Flüchtlingsrat e.V.* und mit Rechtsanwält_innen gut vernetzt. Diese Kontakte erlauben eine direkte Weitervermittlung, die Weitergabe dringender Bedarfe und verringern die Wartezeiten zwischen administrativen Schritten. Der Anspruch des *BFmF* ist es, empathisch zu arbeiten. Was damit gemeint ist, beschreibt ein irakischer Jurist, der sich selbst als Übersetzer beim *BFmF*

engagiert: »Hier herrscht ein herzliches Klima und ich fühle mich immer willkommen. Das *BFmF* ist eine zweite Heimat für mich geworden!« Es ist gerade der familiäre und offene Charakter des Begegnungszentrums, der die Beratung für Geflüchtete zu einem gut besuchten Angebot macht. Viele Menschen kommen regelmäßig über einen längeren Zeitraum und knüpfen hier Beziehungen. Es bedarf keiner Werbung für das Angebot, weil sich durch Mund-zu-Mund-Propaganda schnell verbreitet hat, dass auf einfühlsame und effektive Weise geholfen wird. Mit täglich insgesamt bis zu 500 Besucher_innen und durchschnittlich 100 Geflüchteten in der Beratung ist das Modellprojekt eine Erfolgsgeschichte der Geflüchtetenhilfe in Köln. Eine langfristige Perspektive für das Angebot gibt es trotz des Erfolgs noch nicht, die offizielle Projektlaufzeit endet im Dezember 2016. Bis dahin werden aber nicht alle Probleme gelöst sein, mit denen das Projekt sich auseinandersetzt. Auch wenn die dringenden Fragen des Aufenthalts geklärt sind, betonen die Verantwortlichen, tauchen immer neue Problemfelder auf. Nachhaltigkeit und der Ausbau der Kompetenzen des *BFmF* ist nur möglich, wenn die bisherige Finanzierung durch den Bund oder andere Stellen weiterläuft.

Inssan e.V.

Der Verein *Inssan e.V.* möchte mit einem Mentoringprojekt junge Menschen aus Berlin und junge Geflüchtete zusammenbringen. Inssan macht sich dabei zur Aufgabe, Geflüchteten eine Hilfestellung für ihren Start in Berlin zu geben und betrachtet die kulturelle Vielfalt von jungen Berliner_innen als wertvolle Ressource.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche, circa 30 Ehrenamtliche
Finanzierung: Programm *Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge*
Website: www.inssan.de

Fidel Bartholdy

Inssan, arabisch für Mensch, ist eine Vereinigung von jungen Muslim_innen, die sich gesellschaftlich engagieren und für einen deutschen Islam stehen. Als die Mitglieder des Vereins wie sehr viele andere in Berlin den zahlreichen Neuankommenden im Jahr 2015 bei ihren ersten Schritten in Deutschland halfen, erkannten sie schnell einen Bedarf an Strukturierung und Professionalisierung der Arbeit für Geflüchtete. In der Folge entstand die Idee, die schon seit 2001 bestehenden Vereinsstrukturen und Netzwerke für die Umsetzung eines Mentoringprojektes für Geflüchtete zu nutzen. Mit *Wegweiser – Mentor_innen für Flüchtlinge* haben die Verantwortlichen des Projektes bewusst entschieden, sich nicht exklusiv auf die Teilnahme von Muslim_innen zu beschränken. Das Projekt spricht mit der Einladung, Mentor_in zu werden, vor allem junge Menschen zwischen 17 und 30 Jahren aus Berlin an, die selbst eine Zuwanderungsgeschichte haben. Die Vereinsnetzwerke erreichen zwar hauptsächlich Muslim_innen, doch für die Auswahl der Mentor_innen ist Religion kein ausschlaggebendes Kriterium. Viel wichtiger sind sprachliche und kulturelle Kompetenzen sowie die Motivation, über einen längeren Zeitraum einer geflüchteten Person den Berliner Alltag jenseits von Behörden und JobCenter näher zu bringen und sie in allen Lebenslagen zu unterstützen. Die Projektidee sieht vor, dass sich durch eine Eins-zu-eins-Betreuung die beiden Personen aufeinander einlassen können und eine langfristige persönliche Verbindung entstehen kann.

Die Zielgruppe von *Wegweiser* sind junge Erwachsene, die neu in Deutschland sind. Dies umfasst unbegleitete minderjährige Flüchtlinge genauso wie junge Menschen, die allein oder mit ihren Familien nach Berlin gekommen sind. Auf der einen Seite fühlen sich diese jungen Menschen oft verunsichert

und haltlos, sind traumatisiert und haben Probleme, Anschluss in der neuen Umgebung zu finden. Auf der anderen Seite ist ihre Lernbereitschaft und Begeisterungsfähigkeit sehr hoch. Die Initiator_innen des Projekts erhoffen sich, über ihre Arbeit einen sichtbaren und direkten Einfluss auf die spätere Gestaltung von Zukunftsperspektiven und Lebenswegen zu nehmen. Über den persönlichen Kontakt zu Betreuer_innen von Geflüchteten, Mitarbeiter_innen in Unterkünften und ehrenamtlich Engagierten gelingt es dem *Wegweiser*-Team, die jungen Geflüchteten auf das Projekt aufmerksam zu machen.

Auch auf Mentor_innenseite verfolgt das Projekt einen Ansatz des Empowerments. Gerade jene, deren Hilfe und Verantwortung gefragt sind, können viel Positives aus der Arbeit ziehen, erklärt Projektleiterin Natalia Loinaz: »Für diejenigen, die in Berlin geboren sind, hier in zweiter, dritter Generation leben, ist es wichtig für die eigene Identität.« Gerade weil sie oft zwischen ihrer deutschen Identität und der ihrer Eltern hin- und hergerissen seien, zeige ihnen das eigene Engagement sehr deutlich, dass sie sehr wohl hier zu Hause sind. Dies führe zu der Erkenntnis, »dass sie doch nicht so fremd sind, wie sie sich oft durch Zuschreibungen vorkommen. Das ist stärkend für das Selbstbild von jungen Erwachsenen.«

Bisher haben seit Anfang 2015 circa 30 Freiwillige die Mentoring-Ausbildung durchlaufen, welche einen Workshop und monatliche Coachings beinhaltet. Besonders wichtig ist den Koordinator_innen, dass die Mentor_innen zwar lernen, sich den Geflüchteten zu öffnen, aber gleichzeitig befähigt werden, sich abzugrenzen. Nach der Ausbildung kommen Mentoring-Paare zusammen, die nicht nur nach Alter, Interessen und Lebensumständen passen, sondern sich auch sympathisch sind. Um Begegnung und gegenseitiges Kennenlernen zu erleichtern, haben sich gemeinsame Veranstaltungen und Ausflüge als besonders fruchtbar herausgestellt. Regelmäßig von der Projektleitung und den Mentor_innen organisiert, bieten diese einen Rahmen für Spaß und Ausgelassenheit. Über Facebook, Website und Verteiler sowie den Kontakt zu Sozialarbeiter_innen versuchen die Projektmitarbeiter_innen, neue Mentor_innen zu werben und laden Interessierte zu den verschiedenen Treffen ein.

Wer sich dafür entscheidet, Mentor_in zu werden, lässt sich damit auf die *Wegweiser*-Bedingungen ein: Einerseits wird erwartet, dass sich Mentor_in und Mentee ein Mal in der Woche treffen und diese Treffen mit Fotos, Videos und Berichten dokumentieren. So können Projektleitung und Mentor_innen selbst nachvollziehen, wie regelmäßig und intensiv die Treffen stattgefunden haben. Gleichzeitig bietet die Teilnahme eine umfangreiche und professionelle Betreuung. Fragen können jederzeit an die Projektleiterin gerichtet werden und über soziale Netzwerke stehen alle Mentor_innen in ständigem Austausch.

Ein halbes Jahr nach Beginn des Projekts betreuen die 30 Mentor_innen bis zu 100 Geflüchtete. Dies liegt daran, dass fast jede betreute Person Freund_innen oder Familienmitglieder hat, die auch Hilfe benötigen, zum Beispiel

beim Ausfüllen von Anträgen. Nach der bisherigen Erfahrung wirkt das Mentoring also zwangsläufig immer auch in das soziale Umfeld der Mentees hinein, weshalb die Eins-zu-eins-Betreuung selten genau wie geplant stattfindet. Das sei zwar wunderbar so, sagt die Projektleiterin Natalia Loinaz, doch um qualitativ und nachhaltig den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht zu werden und eine Überlastung zu vermeiden, wünsche sie sich das Doppelte an Ehrenamtlichen. Es fehlt schlichtweg an Freiwilligen, die sich gerne ehrenamtlich als Mentor_innen engagieren wollen. Natalia Loinaz berichtet, dass es hier eine Veränderung der Stimmung gegeben habe; waren 2015 noch sehr viele interessiert zu helfen, sei seit Anfang 2016 eher ein Rückgang zu verzeichnen. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Anfragen von Geflüchteten konstant hoch. Langfristig ist geplant, die ehemaligen Mentees selbst als Mentor_innen zu gewinnen und ihnen die Aufgabe zu übertragen, die Neuen zu unterstützen.

Die größte Hürde für den Plan, das Projekt auszubauen und nachhaltig zu gestalten, ist der Mangel an finanziellen Ressourcen. Man sei stolz, als erstes muslimisches Projekt eine Förderung des Berliner Integrationsbeauftragten im Rahmen einer Dreiviertelstelle zu bekommen, sogar mit der Zusage für das nächste Jahr. Doch selbst mit der weiteren halben Stelle, finanziert ab Juli 2016 vom Berliner Senat und dem von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration getragenen Programm *Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen* der sechs Wohlfahrtsverbände, reiche die Förderung auf Dauer nicht aus, um erfolgreich und nachhaltig weiterarbeiten zu können.

Avicenna-Studienwerk

Beim Lots_innenprojekt *Unsere Zukunft. Mit dir!* werden Stipendiat_innen aller deutschen Begabtenförderungswerke in Schulungen zu Multiplikator_innen der Geflüchtetenarbeit ausgebildet.

Ort: Osnabrück
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 2 Hauptamtliche
Finanzierung: Bundesministerium für Bildung und Forschung
Website: www.avicenna-studienwerk.de/fluechtlingsprojekt

Fidel Bartholdy

Initialzündung für *Unsere Zukunft. Mit dir!* war eine spontane Aktion von Stipendiat_innen des ersten muslimischen Begabtenförderungswerks in Deutschland, des *Avicenna-Studienwerks,* im Jahr 2015 bei einer Sommerakademie in Berlin. Zwei Tage vor der Einschulung kam jemand auf die Idee, geflüchteten Kindern Schultüten zu basteln und ihnen damit einen guten Einstieg in ihr Schulleben in Deutschland zu wünschen. Die Freude und Aufregung bei den Kindern, sowie bei ihnen selbst, motivierte die jungen Studierenden dazu, ihr soziales Engagement in ein langfristiges Projekt des Studienwerks einzubringen.

Die Idee des Projekts *Unsere Zukunft. Mit dir!* ist es, deutschlandweit sozial engagierte Stipendiat_innen zu ehrenamtlichen Lots_innen in der Geflüchtetenhilfe auszubilden und sie danach ideell und finanziell zu begleiten. In Regionalgruppen können sie je nach Situation und Bedürfnissen der Geflüchteten konkrete Projektideen umsetzen und als Multiplikator_innen anderen Ehrenamtlern ihr Wissen weitergeben. Langfristig sollen auf diese Weise nachhaltige Strukturen entstehen, die auch ohne weitere Anleitung von der Projektleitung wirken. Die Federführung bei der Konzeption, Koordinierung und Durchführung des Projekts liegt beim *Avicenna-Studienwerk,* angesprochen sind aber alle Stipendiat_innen der insgesamt dreizehn deutschen Begabtenförderungswerke. Mit einer zweijährigen Finanzierung durch das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* können zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen bezahlt werden, die Koordination und Planung übernehmen.

Im August 2016, ein Jahr nach der Gründung, wurden bereits an sieben Orten die ersten Schulungen durchgeführt. 160 Stipendiat_innen wurden in jeweils dreitägigen Wochenendschulungen ausgebildet. Mehr als doppelt so viele hatten sich beworben. Während Mitglieder aller Begabtenförderungswerke unter den Teilnehmer_innen vertreten sind, bilden Stipendiat_innen des

Avicenna-Studienwerks mit 40 Prozent die Mehrheit. Die Teilnehmer_innen machten mit den Schulungen den ersten und grundlegenden Schritt ihres zukünftigen Engagements als Flüchtlingslots_innen. An jedem Schulungswochenende wurden zehn Module zur Praxis und Theorie der sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Geflüchtete angeboten. Sie umfassen die Themen Ehrenamt, Asyl- und Sozialrecht, Arbeitsmarkt- und Hochschulzugang für Geflüchtete, Vermittlung von Sprachkenntnissen, Patenschaften und Mentoring, psychologische Unterstützung, interkulturelle Kommunikation, Projektmanagement und Mutter-Kind-Aktionen. Um das Rad nicht neu zu erfinden, befassen sich die Teilnehmer_innen außerdem mit der Struktur erfolgreicher Projekte. Für die einzelnen Module werden Expert_innen der jeweiligen Bereiche eingeladen, die gleichzeitig auch regionale Bezüge und Kenntnisse haben.

Der zweite Schritt besteht in der Umsetzung des Erlernten in konkrete Aktionen und Projekte. Die Stipendiat_innen engagieren sich nicht nur selbst in Projekten, sondern haben gleichzeitig eine Multiplikator_innenrolle. Mit dem Wissen aus den Schulungen können sie in ihr eigenes soziales Umfeld hineinwirken, indem sie weitere Personen für ehrenamtliches Engagement motivieren. Jede der sieben Regionalgruppen hat für den Verlauf von zwei Jahren ein Budget von 15.000 Euro zur Verfügung, das sie selbstverantwortlich für die Umsetzung und Ausstattung von Projekten nutzen kann. Die Ausgaben müssen dokumentiert und nachgewiesen werden, um der Projektleitung Übersicht und Kontrolle über den Verlauf der Projekte zu ermöglichen. Die Teilnehmer_innen sind also ideell und materiell gut ausgestattet, um eigene Projekte zu konzipieren oder bereits vor Ort bestehende Strukturen zu verstärken. Dies können beispielsweise Freizeitaktionen, Infoveranstaltungen, Sprachtandems oder Musikprojekte sein. Der Schwerpunkt soll auf den Themen Bildung und Flucht liegen. Projekte zu Sprache, Schule und Hochschulzugang stehen damit im Vordergrund. Das Ziel aller Projekte ist, nachhaltig und integrativ zu wirken, indem zwischen neu angekommenen und bereits hier lebenden Menschen Kontakte etabliert werden und darüber gemeinsame Interessen entstehen. Einerseits geht es um die Grundversorgung im Bildungsbereich, zum Beispiel beim Zugang zu Sprachkursen. Andererseits sollen im Sinne der Begabtenförderung vor allem Frauen, Kinder, Schüler_innen und Student_innen unterstützt und motiviert werden, das eigene Potenzial zu nutzen.

Nach der letzten Schulung im August 2016 hat die Umsetzung der praktischen Arbeit in einigen Regionalgruppen bereits begonnen: In Rostock haben die Stipendiat_innen als Reaktion auf diskriminierende Vorfälle in der Stadt ein Fußballturnier für minderjährige Geflüchtete organisiert. In Berlin wurde ein Kinderfest in einer Spandauer Geflüchtetenunterkunft ausgerichtet, bei dem Geschenke verteilt wurden und die Freude der Kinder im Vordergrund stand. Der Start des Engagements in den jeweiligen Städten folgt einer Herangehensweise, die den Stipendiat_innen in den Schulungen an die Hand

gegeben wurde: Auch wenn die Konzeption langfristiger Projekte das Ziel ist, sind Einzelaktionen wie Feste oder ein Fußballturnier ein sinnvoller Weg, um überhaupt erst mit der Zielgruppe in Kontakt zu kommen. Erst nachdem der persönliche Bezug hergestellt ist, können die Bedürfnisse, Probleme und Herausforderungen der Geflüchteten erkannt werden und gemeinsam mit ihnen Projektkonzepte erstellt werden. Bei allen Planungen und Fragen der Lots_innen besteht ein enger Kontakt zur Projektleitung des *Avicenna-Studienwerks*. Auch wenn die ersten 150 Teilnehmer_innen das Kernteam bilden, sollen 2017 in einem nächsten Durchgang weitere Lots_innen ausgebildet werden. Für deren Schulung und die geplanten Weiterbildungen setzt die Projektleitung auf die Impulse und Erfahrungen der bereits geschulten und aktiven Lots_innen.

Wie genau sich die einzelnen Initiativen von *Unsere Zukunft. Mit dir!* entwickeln, wird sich im Laufe der Zeit zeigen. Die Bedingungen des Projekts sind aber ausgesprochen gut: Motivierte Akademiker_innen mit verschiedensten Hintergründen und regionalen Kontakten, von denen viele wertvolle kulturelle und sprachliche Kompetenzen mitbringen, engagieren sich mit Zugriff auf professionelle Schulungen und ausreichende Fördermittel für geflüchtete Menschen. Ihre Projektideen zur Schaffung einer pluralen und offenen Einwanderungsgesellschaft können die Stipendiat_innen mit politischen Entscheidungsträger_innen teilen und damit auch über ihre lokalen Initiativen hinaus positiven Einfluss auf die Situation Geflüchteter nehmen.

Moscheen fördern Flüchtlinge

Fünf islamische Verbände kooperieren in einem großangelegten Strukturbildungsprojekt, um das Ehrenamt in den Moscheegemeinden zu stärken.

Ort: Köln
Gründung: 2016
Mitarbeitende: 35 Hauptamtliche, 750 Ehrenamtliche
Finanzierung: Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, BMI, BAMF und BMFSFJ
Website: http://fluechtlingshilfe.ditib.de/de/moscheen-foerdern-fluechtlinge

Fidel Bartholdy

Im Mai 2016 wurde von den fünf in der deutschen Islamkonferenz vertretenen islamischen Verbänden das Projekt *Strukturaufbau und Unterstützung von Ehrenamtlichen in den Moscheegemeinden für die Flüchtlingshilfe durch die Verbände der Deutschen Islam Konferenz*, Kurztitel: *Moscheen fördern Flüchtlinge* initiiert. Mit dem Projekt soll ein großer Schritt in Richtung Vernetzung und Professionalisierung der beteiligten Moscheegemeinden getan werden, erklärt die Projektleiterin Şennur Karadağ: »Die Flüchtlingsarbeit der Moscheegemeinden an sich ist schon lange da gewesen, aber niemand hat darüber gesprochen. Wir wollen nun die vorhandenen Arbeitsabläufe mit Struktur unterfüttern, um sie effektiver zu gestalten.« Die Verbände wollen damit die Voraussetzungen schaffen, um sich als wichtige Anlaufstelle für muslimische Geflüchtete zu etablieren. Sie wollen damit langfristig ihren Beitrag zur Einbindung der Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft leisten.

Um ein so groß angelegtes Projekt überhaupt möglich zu machen, musste viel Kommunikation zwischen den Verbänden und den als Förderern beteiligten Bundesministerien vorausgehen. Das Projekt wird von der *Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)* getragen. Als weitere Kooperationspartner sind der *Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)*, die *Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e.V. (IGBD)*, der *Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZRMD)* und die *Ahmadiyya Muslim Jamaat in Deutschland e.V. (AMJ)* beteiligt. Das Projekt wird gefördert von der *Integrationsbeauftragten des Bundes*, dem *Bundesministerium des Innern*, dem *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*.

Das Projekt zielt darauf ab, das Fundament für eine nachhaltige und kooperative Geflüchtetenarbeit der beteiligten Verbände sowie deren Mitgliedsmoscheen zu legen. Zu diesem Zweck wurde eine Struktur aufgebaut, an

deren Spitze die Koordinierungsstelle in Köln steht und mit überregionalen und regionalen Flüchtlingsbeauftragten die ehrenamtlichen Flüchtlingsbeauftragten in den Gemeinden einbindet. Gleichzeitig ist bereits im Rahmen der Förderung die direkte Umsetzung der Strukturbildungs- und Vernetzungsmaßnahmen in sogenannten Miniprojekten geplant. Bereits angelaufen sind in verschiedenen Gemeinden bundesweit Ausflüge, Aktionen für Kinder und ein Theaterprojekt – viele weitere sollen folgen. Die Miniprojekte richten sich an alle Geflüchteten, unabhängig von Herkunft und Glaube, gehen aber immer von den Moscheegemeinden und den Bedarfen vor Ort aus. Damit erreichen sie in erster Linie die Menschen, die ohnehin eine Verbindung zu den Moscheen haben – sei es über den eigenen Glauben oder über bestehende Angebote der Gemeinden für Geflüchtete.

Das Herzstück des Projekts ist die Qualifizierung der ehrenamtlich tätigen Gemeindemitglieder durch Schulungsmaßnahmen. Diese Schulungen wurden in enger Zusammenarbeit zwischen den fünf Verbänden entwickelt. Ihre Erfahrungen aus jahrelanger Geflüchtetenarbeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurden in eine gemeinsame Ausrichtung integriert und mit den fördernden Ministerien abgesprochen. Die Besonderheit des Projekts *Moscheen fördern Flüchtlinge* liegt gerade in dieser Bereitschaft von fünf sehr unterschiedlichen Verbänden zu einer umfassenden Zusammenarbeit. Im Lichte der heterogenen Landschaft islamischer Verbände in Deutschland kann diese Zusammenarbeit als richtungsweisend bezeichnet werden.

Im Mai 2016 konnten die Schulungen der überregionalen und regionalen Flüchtlingsbeauftragten beginnen. Die acht überregionalen Flüchtlingsbeauftragten waren für die Unterstützung der 26 regionalen Beauftragten zuständig. Auf der regionalen Ebene wiederum sollen bis Mitte Dezember 2016 insgesamt 750 Multiplikator_innen zu ehrenamtlichen Flüchtlingsbeauftragten der Gemeinden ausgebildet werden. Das Curriculum der Schulungen umfasst 40 Pflicht- und 16 Wahlstunden, welche die Teilnehmer_innen in sieben Schulungstagen durchlaufen. Für die einzelnen Themenbereiche ergänzen die regionalen Flüchtlingsbeauftragten die eigenen Kompetenzen mit externen Expert_innen und bringen dort die regional spezifischen Bedarfe und Herausforderungen ein. Alle Absolvent_innen der Schulungen erhalten ein Zertifikat über die Qualifizierung, damit sie dieses Wissen gegebenenfalls auch in anderen Kontexten nutzen können.

Die Kooperation der fünf Verbände erlaubt weiterhin die Etablierung und Stärkung der Vernetzung mit anderen Akteur_innen der sozialen Arbeit, vor allem den Wohlfahrtsverbänden wie der *Caritas* und der *Diakonie*, aber auch anderen Institutionen. »Wir klopfen an jede Tür und schauen, wie es ankommt. Einige wollen nicht mit uns arbeiten, andere dagegen haben schon lange darauf gewartet, dass muslimische Verbände in die professionelle Flücht-

lingsarbeit einsteigen«, beschreibt Projektleiterin Karadağ den gegenwärtigen Prozess.

Mit der aktuellen Fluchtthematik wurden Strukturen für das soziale Engagement der kooperierenden islamischen Verbände entwickelt. Parallel dazu sind niedrigschwellige Angebote entstanden, die bereits von Strukturbildung und Professionalisierung profitieren. Das bundesweit angelegte DITIB-Patenschaftsprojekt *Gegenwart Geschwisterlich Gestalten* beispielsweise vermittelt Pat_innen und Geflüchtete, um nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe bei alltäglichen Herausforderungen der Geflüchteten zu unterstützen. Mit dem Wissen aus den Schulungen und der Vernetzung zu Moscheen der Partnerverbände können die Pat_innen effektiver arbeiten und mehr Geflüchtete erreichen.

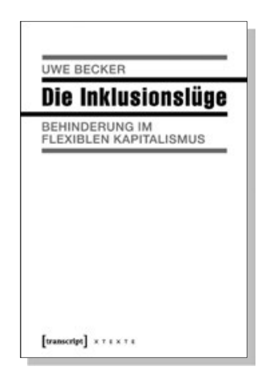
Herausgeber_innen

Werner Schiffauer (Prof. Dr.) ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, Fragen der multikulturellen Gesellschaft, Entwicklungen im Europäischen Islam und die Anthropologie von Staatsapparaten. Er ist Vorsitzender des *Rats für Migration*. Zuletzt ist von ihm erschienen: *Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention*. Suhrkamp. Berlin 2015.

Anne Eilert (M.A.) lebt in Berlin und arbeitet als Bildungsreferentin in einem Sozialunternehmen. Sie hat ihre Masterarbeit zum Thema *Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Feld Berliner Flüchtlingsheime – Motive und Methoden von Beteiligten* geschrieben.

Marlene Rudloff (M.A.) lebt in Berlin und arbeitet als Bildungsreferentin beim *Berliner Arbeitskreis für politische Bildung e.V.* Sie hat ihre Masterarbeit zum Thema *›We don't need a new Lager‹. Lokale Migrationspolitik im Gespräch: eine ethnographische Untersuchung der Verhandlung um die Zukunft der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg* geschrieben.

Soziologie



Uwe Becker
Die Inklusionslüge
Behinderung im flexiblen Kapitalismus

2015, 216 S., kart., 19,99 € (DE),
ISBN 978-3-8376-3056-5
E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3056-9
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3056-5



Gabriele Winker
Care Revolution
Schritte in eine solidarische Gesellschaft

2015, 208 S., kart., 11,99 € (DE),
ISBN 978-3-8376-3040-4
E-Book: 10,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3040-8
EPUB: 10,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3040-4



Johannes Angermuller, Martin Nonhoff, Eva Herschinger, Felicitas Macgilchrist, Martin Reisigl, Juliette Wedl, Daniel Wrana, Alexander Ziem (Hg.)
Diskursforschung
Ein interdisziplinäres Handbuch (2 Bde.)

2014, 1264 S., kart., 2 Bde. im Schuber, zahlr. Abb.
44,99 € (DE), ISBN 978-3-8376-2722-0
E-Book: 44,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-2722-4

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de